



Hamburgisches  
WeltWirtschafts  
Institut



UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

Gutachten für die Prognos AG

Geburten und Kinderwünsche in Deutschland:  
Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen

29. April 2013

**Projektteam, unter Federführung des HWWI für diese Teilstudie:**

Dr. Christina Boll (HWWI)

Prof. Dr. Holger Bonin (ZEW, Projektleiter)

Prof. Dr. Irene Gerlach (FFP Münster)

Prof. Dr. Karsten Hank (Universität zu Köln)

Inga Laß (FFP Münster)

Marc-André Nehr Korn-Ludwig (Universität Duisburg-Essen)

Dr. Nora Reich (HWWI)

Dr. Karsten Reuß (ZEW)

Prof. Dr. Reinhold Schnabel (Universität Duisburg-Essen)

Ann Kristin Schneider (FFP Münster)

Dr. Holger Stichnoth (ZEW)

Dr. Christina B. Wilke (HWWI)

**Kontakt:**

Prof. Dr. Holger Bonin

Leiter des Forschungsbereichs

Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

L 7,1

68161 Mannheim

Tel.: 0621-1235-151

Fax: 0621-1235-225

Email: [bonin@zew.de](mailto:bonin@zew.de)

## Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
----------	-------------------------	----------

### Teil A: Bestandsaufnahme

<b>2</b>	<b>Geburtenrate und Kinderwünsche im Fokus der Familienpolitik .....</b>	<b>5</b>
----------	--	----------

2.1	Beschreibung des Ziels.....	5
-----	-----------------------------	---

2.2	Historische Entwicklung des Ziels.....	8
-----	--	---

<b>3</b>	<b>Problemlage .....</b>	<b>12</b>
----------	--------------------------	-----------

3.1	Entwicklung der Fertilität in Deutschland .....	12
-----	---	----

3.1.1	Zusammengefasste Geburtenziffern .....	12
-------	--	----

3.1.2	Endgültige Kinderzahl je Frau .....	15
-------	-------------------------------------	----

3.1.3	Altersspezifische Geburtenziffern .....	17
-------	---	----

3.1.4	Durchschnittliches Alter der Mütter bei Geburt .....	19
-------	--	----

3.1.5	Kinderlosigkeit und Anzahl der Kinder .....	22
-------	---	----

3.2	Historische und zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland .....	24
-----	--	----

3.3	Gesellschaftliche Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung .....	35
-----	--	----

<b>4</b>	<b>Entwicklung von Kinderwünschen in Deutschland .....</b>	<b>42</b>
----------	--	-----------

4.1	Zur Messung von Kinderwünschen und deren Interpretation .....	42
-----	---	----

4.2	Zum Zusammenhang von Kinderwunsch und realisierten Geburten...	45
-----	--	----

4.3	Kinderwünsche in Deutschland im Zeit- und Ländervergleich .....	47
-----	---	----

4.3.1	Entwicklung des Kinderwunsches in Deutschland über die Zeit .....	47
-------	---	----

4.3.2	Kinderwünsche in Deutschland im europäischen Vergleich .....	49
-------	--	----

4.4	Entwicklung von Kinderwünschen über den Lebensverlauf .....	52
-----	---	----

## Teil B: Einflussfaktoren

<b>5</b>	<b>Soziodemografische Determinanten der Fertilität .....</b>	<b>55</b>
5.1	Einflussfaktoren auf der Mikroebene .....	55
5.1.1	Theoriebasierte Wirkungskanäle und Einflusskategorien .....	55
5.1.2	Soziale Hintergrundfaktoren.....	59
5.1.3	Demografische Faktoren.....	73
5.1.4	Schulische und berufliche Bildung .....	76
5.1.5	Erwerbstätigkeit und Einkommen .....	81
5.2	Makroökonomische Einflussfaktoren .....	97
<b>6</b>	<b>Sozial-normative Determinanten der Fertilität .....</b>	<b>101</b>
6.1	Normen zu Biografiegestaltung und Elternschaft im Lebenslauf .....	101
6.1.1	Normen der Partnerschaftsbildung .....	102
6.1.2	Normative Verbindlichkeit der Elternschaft .....	104
6.1.3	Zeitfenster für Elternschaft.....	106
6.2	Familienmodell und Geschlechterrollen.....	110
6.2.1	Frauen- und Mutterrolle .....	111
6.2.2	Männer- und Vaterrolle .....	117
6.3	Werte und Einstellungen .....	120
6.3.1	Wertschätzung von Ehe und Familie .....	120
6.3.2	Wertschätzung von Kindern.....	125
6.3.3	Mit Familienorientierung in Konkurrenz stehende Werte .....	129
<b>7</b>	<b>Politisch-rechtliche Determinanten der Fertilität.....</b>	<b>135</b>
7.1	Politisch-rechtliches Gesamtsystem .....	135
7.1.1	Familienpolitisches Gesamtprofil.....	136
7.1.2	Rolle weiterer Politikfelder .....	139

7.2	Moderierende Faktoren bei der Wirkung familienpolitischer Leistungen auf die Fertilität.....	142
7.2.1	Familienpolitik und familienbezogene Einstellungen.....	142
7.2.2	Einstellungen und Erwartungen der Bevölkerung gegenüber Familien- und Sozialpolitik.....	144
7.2.3	Bekanntheit und Akzeptanz familienpolitischer Leistungen: Ergebnisse der Akzeptanzanalyse I.....	146
7.3	Evidenz zur Wirkung familienpolitischer Einflussfaktoren .....	154
7.3.1	Hintergrund .....	154
7.3.2	Elternzeit und Elterngeld .....	161
7.3.3	Elternzeit für Väter .....	165
7.3.4	Betreuungszeit und Betreuungsgeld .....	169
7.3.5	Öffentliche Betreuungsinfrastruktur: Platzangebot und Gebühren ..	171
7.3.6	Kindergeld, Kinderfreibetrag und ähnliche Leistungen.....	178
7.3.7	Ehegattensplitting.....	183
7.3.8	Grenzen und Chancen der Evaluation familienpolitischer Einflüsse..	185

### **Teil C: Datenquellen und mögliche Parametrisierung**

<b>8</b>	<b>Datenquellen und mögliche Parametrisierung.....</b>	<b>189</b>
8.1	Datenquellen .....	189
8.2	Mögliche Parametrisierung .....	190
<b>9</b>	<b>Zusammenfassung.....</b>	<b>209</b>
<b>10</b>	<b>Ausblick.....</b>	<b>221</b>
<b>11</b>	<b>Literatur .....</b>	<b>223</b>

## Abbildungen

Abb. 1:	Familienpolitische Zielsetzungen im Rahmen der Evaluation .....	5
Abb. 2:	Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland, 1871-2009 ...	13
Abb. 3:	Zusammengefasste Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland, 1945 bis 2009.....	15
Abb. 4:	Endgültige Kinderzahl je Frau der Geburtsjahrgänge 1865 bis 1965 in Deutschland (Stand: 2009).....	16
Abb. 5:	Endgültige Kinderzahl je Frau der Geburtsjahrgänge 1933 bis 1969 in West- und Ostdeutschland (Stand: 2009).....	17
Abb. 6:	Nach Altersgruppen zusammengefasste Geburtenziffer deutscher Frauen in Deutschland, 1991-2009.....	18
Abb. 7:	Nach Altersgruppen zusammengefasste Geburtenziffern unter 30-jähriger Frauen in West- und Ostdeutschland, 1950 bis 2009 .	18
Abb. 8:	Nach Altersgruppen zusammengefasste Geburtenziffern 30- bis unter 45-jähriger Frauen in West- und Ostdeutschland, 1950 bis 2009.....	19
Abb. 9:	Durchschnittliches Alter der Mütter bei Geburt des 1. Kindes in der bestehenden Ehe in Deutschland, West- und Ostdeutschland, 1960 bis 2009.....	21
Abb. 10:	Durchschnittliches Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder in Deutschland, West- und Ostdeutschland, 1960 bis 2009.....	21
Abb. 11:	Kinderlose Frauen der Geburtsjahrgänge 1933 bis 1968 in West- und Ostdeutschland* (Stand: 2008).....	23
Abb. 12:	Bevölkerungsentwicklung Deutschlands 1950-2011 .....	25
Abb. 13:	Entwicklung der Lebenserwartung 60-Jähriger seit 1871/1881 ....	27
Abb. 14:	Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland seit 1945, in 1000.....	28
Abb. 15:	Bilanz zwischen Lebendgeborenen und Gestorbenen bzw. Zu- und Abwanderungen in Deutschland, 1952 – 2001 (in Tausend)..	29

Abb. 16:	Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 2008 und 2060.....	32
Abb. 17:	Bevölkerung nach Altersgruppen 2008 und 2060 .....	33
Abb. 18:	Entwicklung des Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten .....	35
Abb. 19:	Entwicklung des materiellen Lebensstandards unter alternativen Annahmen .....	37
Abb. 20:	Pflegebedürftige insgesamt in Deutschland 2005-2050, in Mio. ...	39
Abb. 21:	Verortung der Kinderwunschkonzepte im Beziehungs- und Familienpanel (pairfam).....	43
Abb. 22:	Durchschnittliche ideale und erwartete Familiengröße sowie zusammengefasste Geburtenziffern (TFR) in den EU-15-Staaten und den USA .....	44
Abb. 23:	Intendierte und tatsächliche Fertilität: Anteil befragter Männer und Frauen, die zwischen 1998 und 2003 mindestens ein Kind bekommen haben, differenziert nach ursprünglicher Absicht.....	46
Abb. 24:	Durchschnittliche gewünschte Kinderzahl von Männern ( <i>orange-links</i> ) und Frauen ( <i>rosa-rechts</i> ) im Alter 20 bis 49 in ausgewählten europäischen Ländern.....	50
Abb. 25:	Frauenerwerbsquote und Gesamtfertilitätsrate im internationalen Vergleich .....	156
Abb. 26:	Schematische Wirkung von Familienpolitik auf die Fertilität.....	159

## Tabellen

Tab. 1:	Mütter nach Zahl ihrer Kinder (in %), 2008 .....	22
Tab. 2:	Lebenserwartung 1871/1881, 1949/51 und 2008/2010 .....	26
Tab. 3:	Annahmen der 12. Koordinierten Bevölkerungsvoraus- berechnung .....	30
Tab. 4:	Durchschnittlicher Kinderwunsch von Frauen im Alter zwischen 20 und 39 Jahren .....	48
Tab. 5:	Kinderwunsch nach Kinderzahl in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf – 20- bis 39-Jährige, nur Kinderlose, ohne Unentschiedene (Zeilenprozent) .....	49
Tab. 6:	Veränderungen der durchschnittlichen persönlichen idealen Familiengröße von Frauen im Alter 25 bis 39, nach Land (EU-15).	51
Tab. 7:	Soziale Hintergrundfaktoren .....	191
Tab. 8:	Demografische Faktoren .....	195
Tab. 9:	Bildungseinflüsse .....	198
Tab. 10:	Erwerbstätigkeit und Einkommen .....	200
Tab. 11:	Makroökonomische Faktoren .....	204
Tab. 12:	Einstellungsvariablen .....	205

## 1 Einleitung

Im Rahmen einer Gesamtevaluation wird in Deutschland erstmals eine umfassende Analyse der Wirkung von ehe- und familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen auf eine Reihe familienpolitischer Ziele durchgeführt. Eines dieser Ziele ist die „Steigerung der Geburtenrate/Erfüllung von Kinderwünschen“. Die Geschäftsstelle für die Gesamtevaluation hat dem Projektkonsortium den Auftrag erteilt, eine Wirkungsanalyse im Hinblick auf dieses Ziel durchzuführen. Es soll analysiert werden, wie die ehe- und familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen auf das Geburtenverhalten in Deutschland wirken und welche sonstigen Bestimmungsgrößen einen Einfluss haben.

Die Geburtenrate hat als familienpolitische Zielgröße in den letzten Jahren zunehmend öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und ihren gesellschaftlichen Folgen wird verstärkt diskutiert, ob und wie Politik im Allgemeinen und einzelne familienpolitische Leistungen und Maßnahmen im Besonderen zu einer Steigerung der Geburtenrate bzw. zur Erfüllung von Kinderwünschen beitragen können.

Die vorliegende Teilstudie umfasst eine Aufbereitung der Faktenlage zu Geburten und Kinderwünschen in Deutschland sowie einen Überblick (mit Stand März 2012) über die deutsche und internationale Forschung zu den soziodemografischen, sozial-normativen und politisch-rechtlichen Determinanten der Fertilität. Abschließend werden mögliche Datenquellen zur Wirkungsanalyse von Geburtenentscheidungen dargelegt und, aufbauend auf den Ergebnissen der empirischen Evidenz, Vorschläge zur Parametrisierung der Einflussfaktoren unterbreitet. Dieser letzte Teil der Studie bildet damit zugleich die Brücke zur geplanten zweiten Veröffentlichung im Modul, der Wirkungsanalyse einzelner ehe- und familienpolitischer Maßnahmen und Leistungen in Deutschland anhand eines verhaltensgestützten dynamischen Mikrosimulationsmodells.

Die Studie gliedert sich in die Teile A, B und C. Teil A beginnt mit einer Erörterung des familienpolitischen Ziels „Steigerung der Geburtenrate/Erfüllung von Kinderwünschen“ (Kapitel 2) und bietet anschließend eine umfassende Bestandsaufnahme zur Entwicklung der Fertilität und sich daraus ergebender Bevölkerungstrends (Kapitel 3) sowie zur Entwicklung von Kinderwünschen (Kapitel 4). Kapitel 2 geht auf die historische Entwicklung des Ziels ein und

schildert, wie sich in Deutschland nach Jahrzehnten einer großen Zurückhaltung gegenüber Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenrate allmählich eine aktivere Demografiepolitik herausgebildet hat, die den sich abzeichnenden Bevölkerungsrückgang und seine Folgen thematisiert. Das Kapitel diskutiert außerdem die verschiedenen Ebenen, die das Ziel „Steigerung der Geburtenrate/Erfüllung von Kinderwünschen“ ausmachen, und begründet schließlich, warum der vorliegende Bericht vor allem in den Blick nimmt, wie die ehe- und familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen auf die Erfüllung gegebener Kinderwünsche wirken.

Kapitel 3 belegt in einem Überblick über die Entwicklung der Fertilität in Deutschland den langfristigen Trend sinkender Geburtenziffern, der bereits deutlich vor dem „Pillenknicke“ Ende der 1960er Jahre zu Geburtenziffern unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus geführt hat. Für die 1970 und später geborenen Jahrgänge gibt es jedoch Hinweise auf einen leichten Wiederanstieg der Kohortenfertilität. Aufgezeigt werden in Kapitel 3 zudem strukturelle Unterschiede des Geburtenverhaltens in den alten und neuen Bundesländern, die durch die Angleichung aggregierter Fertilitätsmaße verdeckt werden. Außerdem beschreibt das Kapitel die Zusammenhänge zwischen der Geburtenrate und der Bevölkerungsentwicklung und geht auf die gesellschaftlichen Konsequenzen der sich in Deutschland abzeichnenden Veränderungen in Größe und Struktur der Bevölkerung ein.

Kapitel 4 widmet sich den Kinderwünschen von Paaren, einem vieldiskutierten Indikator für das (möglicherweise nicht voll ausgeschöpfte) Potenzial von Geburten. Nach einer Diskussion der methodischen Herausforderungen bei Messung und Interpretation wird anhand empirischer Auswertungen aufgezeigt, dass die geäußerten Kinderwünsche nicht nur im Querschnitt zwischen den Ländern und im Längsschnitt über die Zeit, sondern auch auf der individuellen Ebene über den Lebensverlauf variieren.

Teil B arbeitet die soziodemografischen, sozial-normativen und politisch-rechtlichen Determinanten von Geburtenentscheidungen heraus (Kapitel 5 bis 7). Auch hier wird die Lebensverlaufsperspektive berücksichtigt: Da Geburtenentscheidungen sequenziell wiederkehrend über den Lebensverlauf getroffen werden, können Richtung und Stärke der Einflussfaktoren alters- und auch geburtenspezifisch variieren.

Die in Kapitel 5 diskutierten Determinanten gliedern sich in soziodemografische Einflussfaktoren einerseits und makroökonomische Faktoren andererseits. Die soziodemografischen Faktoren entstammen zahlreichen Studien, welche die Einflussgrößen der Fertilität mithilfe von Personen- und Haushaltsdaten analysiert haben. Den makroökonomischen Größen wie der Arbeitslosen- oder Frauenerwerbsquote wird nur ein vergleichsweise kurzer Abschnitt gewidmet, da sich kausale Zusammenhänge auf dieser aggregierten Ebene oft nur schwierig nachverfolgen lassen.

Sozial-normative Faktoren (Kapitel 6) beschreiben den Einfluss gesellschaftlicher Determinanten wie Normen, Rollenbilder und Wertvorstellungen auf die Fertilität. Die Wirkung dieser Faktoren wird dabei nicht nur durch eine Analyse der spezifischen Situation in Deutschland verdeutlicht, sondern zeigt sich insbesondere durch einen Vergleich mit Ländern, die der Bundesrepublik in vielerlei Hinsicht ähneln, heute jedoch eine höhere Geburtenrate verzeichnen.

Die politisch-rechtlichen Determinanten (Kapitel 7) umfassen Einflüsse, die vom Familienpolitikprofil als Ganzem, von weiteren fertilitätsrelevanten Politikbereichen sowie von den Einflüssen einzelner ehe- und familienpolitischer Maßnahmen auf die Fertilität ausgehen. Auch hier werden theoretische und empirische Befunde zusammengefasst, wobei der Abschnitt zu den familienpolitischen Einflussfaktoren die wesentlichen empirischen Befunde in vergleichbaren Ländern widerspiegelt. Vorangestellt wird zum einen ein Überblick über die Ergebnisse der im Rahmen der Gesamtevaluation durchgeführten Akzeptanzanalyse, da Bekanntheit und Akzeptanz der Maßnahmen Vorbedingung für deren Wirkungsentfaltung ist. Zum zweiten wird der detaillierten Wirkungsanalyse ein Abschnitt über die Bedeutung von Einstellungen für die Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen vorgeschaltet.

Teil C, bestehend aus Kapitel 8, beginnt mit der Identifizierung geeigneter Datensätze für Modelle zur Wirkungsanalyse. Danach wird eine mögliche Parametrisierung der in Teil B identifizierten Faktoren mit Variablen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und des Datensatzes „Familien in Deutschland“ (FiD) dargestellt.

Kapitel 9 fasst die wesentlichen Ergebnisse noch einmal zusammen. Kapitel 10 gibt einen kurzen Ausblick auf den zweiten Teilbericht im Modul, und Kapitel 11 verzeichnet die verwendete Literatur.

## TEIL A:

# BESTANDSAUFNAHME

## 2 Geburtenrate und Kinderwünsche im Fokus der Familienpolitik

### 2.1 Beschreibung des Ziels

Im Fokus des Projektes stehen zwei auf den ersten Blick unterschiedliche Zielsetzungen, einerseits die Steigerung der Geburtenrate und andererseits die Erfüllung von Kinderwünschen. Für den Zweck der in diesem Projekt durchgeführten Analysen ist eine inhaltliche Verortung dieser beiden Aspekte zueinander notwendig (Abb. 1).

**Abb. 1: Familienpolitische Zielsetzungen im Rahmen der Evaluation**



Quelle: eigene Darstellung

Das Ziel einer Steigerung der Geburtenrate befindet sich als Aggregat sämtlicher einzelner Fertilitätsentscheidungen auf der gesellschaftlichen Ebene (*Makroebene*). Die *operative Umsetzung* dieses Ziels setzt demgegenüber an der *Mikroebene*, d.h. der Ebene der individuellen Paarentscheidungen, an. Eine Steigerung der Geburtenrate ließe sich dabei prinzipiell über verschiedene Kanäle auf der Mikroebene erreichen. Im Fokus dieses Projekts steht der Weg über eine *Erfüllung bestehender Kinderwünsche* durch den Abbau vorhandener Barrieren. Ein zweiter denkbarer Weg bestünde in der *Förderung der Entstehung von Kinderwünschen*. So wäre es möglich, über einen Wertewandel in Richtung einer höheren Wertschätzung eines Lebens mit Kindern bzw. über eine Vermittlung der „Lebbarkeit“ von Familie die Entstehung von

Kinderwünschen zu begünstigen. Dieser äußerst langfristige Prozess steht jedoch nicht im Fokus der im vorliegenden Projekt durchgeführten Wirkungsanalyse ehe- und familienbezogener Leistungen und Maßnahmen, die an den finanziellen Rahmenbedingungen ansetzt. Wir diskutieren die Symbolwirkung der Politik jedoch im Rahmen eines Literaturüberblicks in Kapitel 6. Die Zielerreichung über einen möglichen dritten Kanal, eine *Förderung von Geburten ohne vorangehenden Kinderwunsch* (z.B. über eine geänderte Politik zu Schwangerschaftsabbrüchen) ist nicht Gegenstand dieses Projekts.

Im Zentrum des Interesses steht somit die Frage, wie eine Steigerung der Geburtenrate (ausschließlich) über den Kanal der Erfüllung bestehender Kinderwünsche erreicht werden kann. Dementsprechend werden die zwei Aspekte „Steigerung der Geburtenrate“ sowie „Erfüllung von Kinderwünschen“ im Rahmen dieses Projekts nicht als zwei unabhängige, separate Ziele behandelt, sondern als *ein Ziel mit einer gesellschaftlichen Komponente (Steigerung der Geburtenrate) sowie einer individuellen (Erfüllung von Kinderwünschen)*. Dabei steht im Rahmen der Wirkungsanalysen die Geburtenrate im Fokus dieses Projekts – wegen der Datenverfügbarkeit und weil aus politischer Sicht vor allem die gesellschaftlichen Implikationen der niedrigen Geburtenrate von Relevanz sind. Dass die Anhebung der Geburtenrate über eine Erfüllung von Kinderwünschen erreicht werden soll, muss bei der Interpretation der Ergebnisse jedoch berücksichtigt werden.

Der Aufnahme des Ziels der Steigerung der Geburtenrate in das familienpolitische Zielsystem liegt die Annahme zugrunde, dass fertiles Verhalten grundsätzlich (politisch) beeinflussbar ist. Diese Grundannahme ist jedoch nicht unumstritten; ihre Gegenposition bezeichnet Kaufmann (2005: 31) als „Demographischen Fatalismus“. Dabei wird der Bevölkerungsrückgang als unbeeinflussbare Naturtatsache aufgefasst, wodurch sich die politische Reaktionsmöglichkeit nur auf Anpassungsmaßnahmen beschränken kann. Diese Haltung spiegelte sich laut Kaufmann (2005: 30f.) und Wingen (2003: 7f.) z. B. in den Berichten der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ (Schlussbericht: Dt. Bundestag 2002) sowie dem Bericht der „Rürup-Kommission“ (BMGS 2003) wider. Mit Blick auf den internationalen Forschungsstand zur Wirkung familienpolitischer Leistungen und Maßnahmen auf die Fertilität (vgl. Kapitel 7.3) erscheint es jedoch durchaus gerechtfertigt, von der Möglichkeit einer politischen Beeinflussung der Geburtenrate auszugehen.

Auch die im Titel des Projekts festgeschriebene operative Umsetzung der Steigerung der Geburtenrate über eine Erfüllung von Kinderwünschen basiert auf einer zu begründenden Grundannahme. Diese Zielkomponente impliziert, dass Kinderwünsche in Deutschland prinzipiell „ausreichend“ vorhanden sind, und sich die niedrige Geburtenrate lediglich aus vorhandenen Barrieren für die Erfüllung der Wünsche ergibt. Könnte man diese beseitigen und mehr Kinderwünsche realisieren, käme es entsprechend zu einer deutlichen Steigerung der Geburtenrate. Anlass für diese Vermutung gibt der „Fertility Gap“, d.h. die Diskrepanz zwischen gewünschten und realisierten Geburten. Hierbei ist jedoch einschränkend anzumerken, dass aufgrund von Ambivalenzen, Unsicherheiten und temporären Schwankungen bezüglich des Kinderwunsches Vorsicht geboten ist, wenn von Kinderwünschen auf zukünftige Geburten geschlossen wird (vgl. Kapitel 4.2). Längsschnittanalysen von Eckhard und Klein (2012) auf Basis des Familiensurvey unterstützen jedoch die Annahme, dass Barrieren bei der Realisierung von Kinderwünschen einen besonders großen Einfluss auf die Geburtenrate haben. So lassen sich zum Beispiel die negativen Effekte unsicherer Beschäftigung sowie eines höheren Bildungsniveaus auf die Geburtenrate weniger in Richtung fehlender Elternschaftswünsche als vielmehr dahingehend interpretieren, dass gewünschte Geburten aufgeschoben oder gar nicht realisiert werden.

Setzt man das Ziel der Steigerung der Geburtenrate in den weiteren Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung, so ist es als Etappenziel zu sehen. Eine höhere Geburtenrate ist kein Selbstzweck, sondern stellt eine Nebenbedingung für die Erfüllung gesellschaftspolitischer Ziele (wie z.B. wirtschaftlichen Wohlstand) dar (Kaufmann 2005: 162f.). Dies wird deutlich, wenn man die ökonomischen, sozialen und politischen Herausforderungen betrachtet, die sich aus der anhaltend niedrigen Geburtenrate ergeben (siehe Kapitel 3.3). Mit Blick auf die Erfüllung der übergeordneten gesellschaftlichen Ziele ist eine hohe Geburtenrate jedoch nur ein wichtiger Baustein im Gesamtkomplex der „Nachwuchssicherung“ bzw. „Sicherung von Humanvermögen“ (ebd.: 163ff.). Diese hängt nicht nur von der Zahl der Geburten, sondern auch von der Sozialisation und Bildung der Kinder ab. Die Nachwuchssicherung ist damit das Resultat einer parallelen Verfolgung des Ziels der „Steigerung der Geburtenrate“ und anderer Ziele des familienpolitischen Zielsystems wie „Wirtschaftliche Stabilität und soziale Teilhabe“ sowie „Frühe Förderung von Kindern“. Ebenso

ist hierbei das Zusammenwirken von Familienpolitik mit anderen Politikbereichen, insbesondere der Bildungs- und Integrationspolitik, erforderlich.

## **2.2 Historische Entwicklung des Ziels**

Die Anfänge einer staatlichen Politik zur Beeinflussung des Geburtenverhaltens sind in Deutschland etwa am Anfang des 20. Jahrhunderts zu verzeichnen. Während das hohe Bevölkerungswachstum im 19. Jahrhundert keinen Anlass für eine Politik zur Geburtenförderung gab, sank die Geburtenrate ab der Jahrhundertwende durch die Verbreitung des Wissens über Verhütungsmittel. Im Ersten Weltkrieg trat zu einem massiven Rückgang der Geburtenrate die hohe Zahl kriegsbedingter Sterbefälle. Die Reaktion auf diese Entwicklungen markierte einen bevölkerungspolitischen Wendepunkt, indem verschiedene Leistungen für Familien, wie Kriegswochenhilfe sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Säuglings- und Wöchnerinnenpflege, eingeführt wurden (Dienel 2007: 1). In der Weimarer Republik fand zwar ein Bevölkerungsdiskurs mit Blick auf den Geburtenrückgang und dessen Erklärung statt. Trotz staatlicher Absichtserklärungen – z.B. im Rahmen der Weimarer Reichsverfassung<sup>1</sup> und der Einberufung politischer Ausschüsse zu Fragen des Geburtenrückgangs – wurde in der Weimarer Republik jedoch keine aktive Politik zur Steigerung der Geburtenrate betrieben (Manz 2007: 138).

In der Zeit des Nationalsozialismus wurde eine rassistische Bevölkerungspolitik intensiv vorangetrieben, die neben Maßnahmen zur Förderung der Geburt deutscher Kinder (z.B. Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfe und Mutterkreuz) weitestgehend auf Zwangsmaßnahmen bei Abtreibung und Geburtenkontrolle setzte (Bujard 2011: 367; Dienel 2007: 2). Aus diesem Grund wurde die bevölkerungspolitische Diskussion nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit tabuisiert (Gerlach 2010: 135). „Wie tiefgreifend die geschichtliche Zäsur ist, lässt sich daran erkennen, dass der Begriff Bevölkerungspolitik in keinem Gesetz, in keiner Verordnung oder in irgendeinem Text amtlicher Art vorkommt“ (Birg 2003: 27). Anstelle von familienpolitischen Maßnahmen zur Steigerung der Gebur-

---

<sup>1</sup> Zum Beispiel begründet Art. 119 WRV den Schutz der Ehe mit deren zentraler Rolle bei der „Erhaltung und Vermehrung der Nation“ und sichert kinderreichen Familien einen Anspruch auf ausgleichende Fürsorge zu.

tenrate setze die Bundesrepublik Deutschland eher auf Zuwanderungspolitik zur Erneuerung der Generationen, welche auch als „kompensatorische Bevölkerungspolitik“ bezeichnet werden kann (ebd.: 54).

Die Tabuisierung von familienpolitischen Maßnahmen zur Steigerung der Geburtenrate lässt sich in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Ende des 20. Jahrhunderts verfolgen. In den siebziger Jahren etwa galten bevölkerungspolitische Überlegungen bei vielen als „Schreckbild und Gefährdung der Selbstbestimmung der Frau“ (Dienel 2007: 3). Familie wurde als Privatsache verstanden, die dem Einzug des Staates entzogen sein sollte. Dennoch wurde bereits 1979 im Dritten Familienbericht ein politisches Bekenntnis zur Bevölkerungspolitik empfohlen (Deutscher Bundestag, zitiert nach Bujard 2011: 369). In der DDR wurden schon in den fünfziger Jahren Gesetze verabschiedet, die den Erhalt bzw. die Steigerung der Bevölkerung sowie die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt zum Ziel hatten. Ab Mitte der achtziger Jahre wurden in der Bundesrepublik schließlich neue Begriffe eingeführt, die pronatalistische Ziele ohne den Begriff der Bevölkerungspolitik transportieren sollten, wie beispielsweise „bevölkerungsrelevante Familienpolitik“, „demografisch begründete Familienpolitik“ oder auch „generationssolidarische Gesellschafts- und Familienpolitik“ (ebd.).

Auch der Geburtenrückgang und dessen mögliche negative Folgen wurden – obgleich es sich hierbei um einen Prozess handelt, der bereits vor Jahrzehnten einsetzte – lange Zeit in der politischen wie auch überwiegend der wissenschaftlichen Diskussion verdrängt. Erst seit der Jahrtausendwende ist er im Zuge der Diskussion um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme langsam in den öffentlichen Fokus gerückt (Laß 2008: 5). Zu diesem Zeitpunkt kam es erstmals in staatlichen Veröffentlichungen zu einer wertenden Beurteilung des Geburtenniveaus als „zu niedrig“ während es vorher neutral als „relativ niedrig“ bezeichnet wurde (Wingen 2003: 7). Im Jahr 2004 wurde dann das niedrige deutsche Fertilitätsniveau zu einem publizistischen, jedoch nur in Ansätzen zu einem politischen Thema (Kaufmann 2005: 33). Seitdem hat sich zunehmend das Bewusstsein durchgesetzt, dass eine „bevölkerungsorientierte Familienpolitik“ die Geburtenraten mittelfristig wieder steigern könnte (BMFSFJ 2004: 10). Mittlerweile hat sich die Erhöhung der Geburtenrate zu einem erklärten familienpolitischen Ziel entwickelt. So steht sie im Rahmen der „Gesamtevaluation“ gleichrangig neben Zielen wie „Wirtschaftliche Stabilität und

soziale Teilhabe“ oder „Frühe Förderung von Kindern“ (ZEW et al. 2008). Diese Zielsetzung kann in der Familienpolitik der Bundesrepublik Deutschland als Paradigmenwechsel angesehen werden (Rürup/Ranscht 2009: 106).

Die Steigerung der Geburtenrate wird heute vor allem im Zusammenhang einer „nachhaltigen Familienpolitik“ diskutiert. Eine solche nachhaltige Familienpolitik wird dabei im politisch-öffentlichen Diskurs von einer „traditionellen Familienpolitik“ u.a. dadurch abgegrenzt, dass sie gleichzeitig sowohl die Erhöhung der Geburtenrate als auch eine Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit zum Ziel hat. Demgegenüber ist traditionelle Familienpolitik geprägt durch Geldleistungen zur Kompensation der direkten Kosten von Kindern in Verbindung mit der Reduktion von Frauenerwerbstätigkeit (ebd.: 107). Das Konzept der nachhaltigen Familienpolitik hat sich zunehmend etabliert und wird im Siebten Familienbericht mit den umfangreichen Leistungen von Familien im Bereich der Humanvermögensbildung, Generationensolidarität und Fürsorge begründet (BMFSFJ 2006: 245). Vor dem Hintergrund dieser positiven gesellschaftlichen Effekte von Familien ist es – so die Berichtskommission – das „Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik (...), jene sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es der nachwachsenden Generation ermöglichen, in die Entwicklung und Erziehung von Kindern zu investieren, Generationensolidarität zu leben und Fürsorge für andere als Teil der eigenen Lebensperspektive zu interpretieren“ (ebd.). Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen allerdings, dass die familienpolitische Nachhaltigkeitsdebatte noch hinter ihren konzeptuellen Möglichkeiten zurückbleibt: So greift beispielsweise die Fokussierung auf einzelne Indikatoren (wie z.B. die Geburtenrate und die Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen) zu kurz; darüber hinaus ist die Nachhaltigkeitsdebatte im Bereich der Familienpolitik überwiegend ökonomisch geprägt und berücksichtigt nur begrenzt soziale und ökologische Aspekte (Ahrens 2012).

Das Konzept der nachhaltigen Familienpolitik und das damit verbundene Ziel einer Steigerung der Geburtenrate rücken zudem zukünftig in den Kontext der sich in Deutschland neu etablierenden *Demografiepolitik* (BMFSFJ 2012: 18). Diese zielt einerseits darauf, mit den Folgen demografischer Entwicklungen umzugehen, indem daraus resultierende Chancen genutzt werden und Problemen begegnet wird. Andererseits ist es ihr Ziel, die drei demografischen Prozesse Fertilität, Mortalität und Migration zu beobachten und strategisch zu

beeinflussen (Bujard 2012: 9). Mayer (2011: 12) fasst diese beiden Aufträge der Demografiepolitik unter den Schlagworten „verwalten und gestalten“ zusammen. Demografiepolitik ist dabei von dem Anspruch begleitet, die Folgen des demografischen Wandels ganzheitlich politisch in den Blick zu nehmen und ressortübergreifend zu agieren (BMFSFJ 2012: 17). Der Demografiebericht der Bundesregierung (BMI 2011) hebt in diesem Zusammenhang die politischen Gestaltungsmöglichkeiten anhand von zehn Handlungsfeldern hervor. Dieser Bericht bildete die Grundlage für die Entwicklung der ressortüberspannenden *Demografiestrategie* der Bundesregierung (BMI 2012) welche unter dem Schlagwort „Jedes Alter zählt“ sechs zentrale Ziele bzw. Handlungsfelder der Demografiepolitik definiert (ebd.: 3ff.): (1) Familie als Gemeinschaft stärken; (2) motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten; (3) selbstbestimmtes Leben im Alter; (4) Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik fördern; (5) Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern sowie (6) Handlungsfähigkeit des Staates erhalten. Demografiepolitik ist damit nicht nur Aufgabe der Familien-, Frauen- und Migrationspolitik, sondern erfordert auch den Einbezug z.B. der Gesundheits-, Bildungs-, Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik (Mayer 2011: 14; ähnlich: Bujard 2012: 2f.).

### 3 Problemlage

#### 3.1 Entwicklung der Fertilität in Deutschland

Die Entwicklung der Fertilität in Deutschland wird im Folgenden anhand einer Reihe ausgewählter Indikatoren (perioden-, kohorten-, altersspezifische Geburtenziffern, etc.) und unter Berücksichtigung relevanter methodischer Aspekte auf Basis von Daten der amtlichen Statistik dargestellt.<sup>2</sup> Diese haben einerseits den Vorteil hoher Verlässlichkeit, sind aber andererseits mit dem Nachteil behaftet, dass sie nur für Frauen vorliegen und auch sonst wenig zusätzliche Informationen enthalten. Befragungsdaten können diese Lücke nur bedingt schließen (vgl. Kreyenfeld et al. 2012) und wichtige Neuerungen in der amtlichen Statistik, wie die Erfassung des ordnungsspezifischen Geburtenverhaltens, wurden erst vor kurzem eingeführt. Daher stehen hierfür lange Zeitreihen oft nicht zur Verfügung (vgl. jedoch Kreyenfeld et al. 2010).

##### 3.1.1 Zusammengefasste Geburtenziffern

Die *periodenspezifische zusammengefasste Geburtenziffer* (engl.: „total fertility rate“, TFR) errechnet sich für ein Kalenderjahr aus der Summe aller altersspezifischen Geburtenziffern der Altersjahrgänge 15 bis 45 beziehungsweise 49. Sie ist somit eine zusammengesetzte, hypothetische Kennziffer und gibt an, wie viele Kinder je Frau geboren würden, wenn für deren ganzes Leben die altersspezifischen Geburtenziffern des jeweils betrachteten Kalenderjahres gelten würden. Die TFR ist die bislang am häufigsten verwendete Kennziffer zur Charakterisierung des aktuellen Geburtenniveaus, weil die tatsächlichen

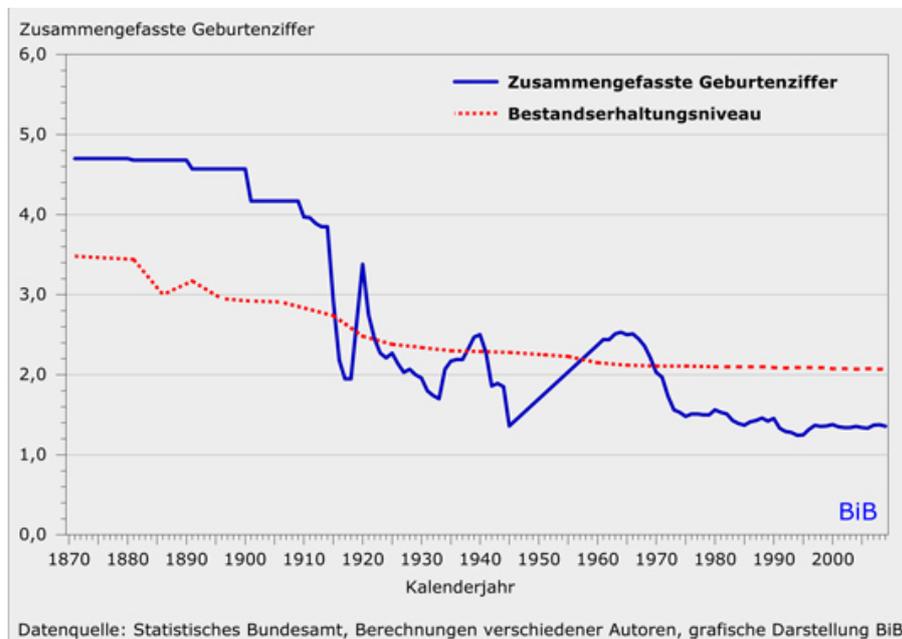
---

<sup>2</sup> Die Geburtenstatistiken beruhen in erster Linie auf Informationen, die in den Standesämtern nach der Geburt eines Kindes aufgenommen werden und als sehr zuverlässig gelten. Eine weitere Datengrundlage bilden Angaben zum Bevölkerungsstand, die nach Auswertung des Zensus 2011 voraussichtlich korrigiert werden müssen, ohne dass dadurch aber die dargestellten Entwicklungen an Aussagekraft verlieren (vgl. Statistisches Bundesamt 2012: 4).

Alle hier verwendeten graphischen Darstellungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung wurden von dessen Website unter <http://www.bib-demografie.de/> heruntergeladen (Zugriff am 22.02.2012). Aus dieser Quelle stammen auch die hier für zentrale Begriffe vorgestellten Definitionen.

durchschnittlichen Geburtenzahlen je Frau erst dann festgestellt werden können, wenn die Frauen das gesamte gebärfähige Alter durchlaufen haben (*Kohortenfertilität*; vgl. Kapitel 3.1.2). Die TFR hat jedoch den Nachteil, dass sie durch das Vorziehen von Geburten in ein niedrigeres oder das Verschieben in ein höheres Lebensalter beeinflusst wird. Da die periodenspezifischen Fertilitätsverhältnisse des jeweils betrachteten Kalenderjahres unterstellt werden, wird die tatsächliche Fertilität der Frauen durch die TFR verzerrt wiedergegeben, wenn signifikante Verhaltensänderungen – wie etwa die Verschiebung von Geburten ins höhere Lebensalter (vgl. Kapitel 3.1.4) – auftreten (vgl. hierzu die äußerst kritische Diskussion bei Sobotka und Lutz 2010).

**Abb. 2: Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland, 1871-2009**



Betrachtet man die langfristige Entwicklung der TFR in Deutschland seit 1871 (siehe Abb. 2) fällt auf, dass erstmals bereits während des Ersten Weltkrieges (!) das damals zur Bestandserhaltung notwendige Geburtenniveau<sup>3</sup> unter-

<sup>3</sup> Das Bestandserhaltungsniveau entspricht dem Geburtenniveau, bei dem der Erhalt der Elterngeneration durch die Kindergeneration gesichert ist, es verändert sich historisch

schritten wurde. In den folgenden Jahrzehnten war die Entwicklung der TFR durch starke Schwankungen gekennzeichnet und es gab zunächst noch einige kürzere Phasen, zuletzt in den 1960er Jahren (dem so genannten „golden age of marriage“), in denen ihr Wert oberhalb des Bestandserhaltungsniveaus lag. Seit Beginn der 1970er Jahre liegt die TFR jedoch stabil und deutlich darunter.

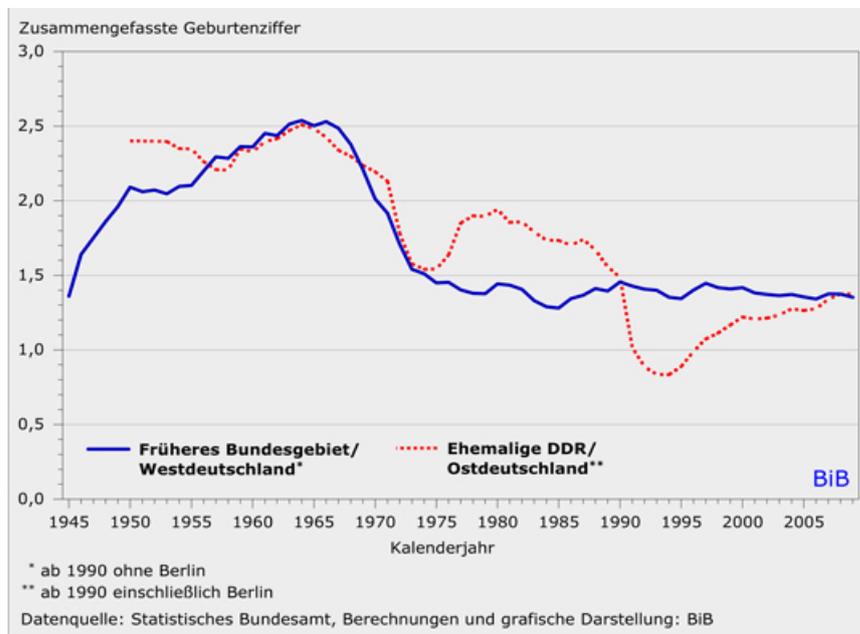
In Westdeutschland liegt die TFR seit 1970, in Ostdeutschland seit 1972 unter einem Wert von 2,1 (siehe Abb. 3). Während sich im Westen jedoch seit 1973 bis heute die TFR stabil bei einem Wert zwischen 1,5 und 1,3 eingependelt hat, lassen sich im Osten deutliche Ausschläge nach oben und nach unten feststellen. Zunächst der so genannte „Honecker-Berg“ in der Zeit von Mitte/Ende der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre. In dieser Zeit stieg die TFR noch einmal auf bis zu 1,9 an, was im Wesentlichen auf institutionelle Anreize zu einer frühen Familiengründung zurückzuführen sein dürfte. Bis zur Wiedervereinigung 1990 sank die TFR aber bereits wieder auf einen Wert von 1,5 (d.h. westdeutsches Niveau) um sich innerhalb von nur drei Jahren nahezu zu halbieren (0,8). Ausgehend von diesem in den Jahren 1993-94 beobachteten Tiefststand hat sich die ostdeutsche TFR seither wieder stetig nach oben bewegt, hat 2008 das damalige westdeutsche Niveau erreicht und lag zuletzt (2010) sogar leicht darüber (1,46 vs. 1,39); vgl. Goldstein und Kreyenfeld (2011).

Gerade im Zusammenhang mit der Beurteilung der Fertilitätsentwicklung in Deutschland nach der Wiedervereinigung ist es jedoch wichtig, die oben ange deuteten methodischen Probleme bei der Berechnung der zusammengefassten Geburtenziffer zu berücksichtigen. So schätzen Luy und Pöttsch (2010: 595), dass in Ostdeutschland der Abstand zwischen einer tempobereinigten TFR und der konventionellen TFR (so, wie sie in Abb. 3 dargestellt ist) in den Jahren 1997 bis 1999 zwischen 0,37 und 0,43 lag. In den Jahren 2000 bis 2007 lag die tempobereinigte TFR in den neuen Ländern immer noch um durchschnittlich 0,28 über dem entsprechenden konventionellen Wert. Für Westdeutschland stellen die Autoren ab 1990 einen mehr oder weniger kontinuierlichen Anstieg der tempobereinigten TFR bis auf knapp 1,7 im letzten Beobachtungsjahr 2008 fest (Luy und Pöttsch 2010: 585).

---

durch die Entwicklung der Sterblichkeit. Waren es um die 1870er bis 1880er Jahre in Deutschland noch 3,48 Geburten je Frau, so sind heute noch 2,08 Kinder dafür nötig.

**Abb. 3: Zusammengefasste Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland, 1945 bis 2009**



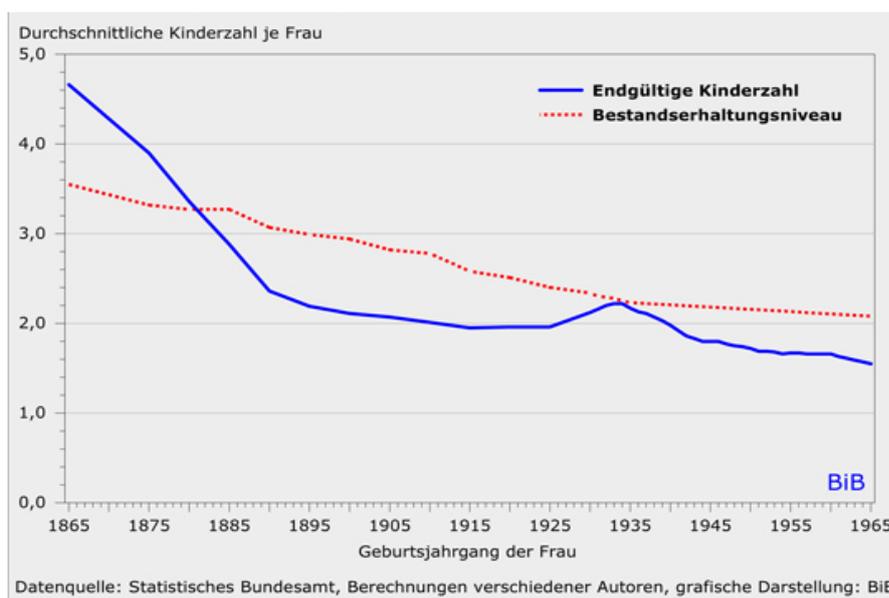
### 3.1.2 Endgültige Kinderzahl je Frau

Die endgültige Kinderzahl ist ein Längsschnitt- beziehungsweise *Kohortenmaß*, in dem die tatsächlichen altersspezifischen Geburtenziffern aus 30 beziehungsweise 35 Lebensjahren einer Frauenkohorte zusammengefasst werden. Diese Maßzahl kann erst erstellt werden, nachdem der betreffende Frauenjahrgang das Alter von 45 beziehungsweise 50 Jahren erreicht und damit das gebärfähige Alter verlassen hat.

Auch anhand dieser Maßzahl zeigt sich, dass eine Fertilität unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus kein besonders neues Phänomen ist (siehe Abb. 4): mit Ausnahme der in der Mitte der 1930er Jahre geborenen Geburtskohorten hat seit dem Jahrgang 1880 (!) keine Kohorte von Frauen mehr die zur Bestandserhaltung notwendige Zahl von Kindern geboren. Bemerkenswert ist der rapide Rückgang der Geburten bei den zwischen 1865 und 1885 geborenen Frauen von durchschnittlich 4,6 auf 3,0 (man spricht hier auch vom „ersten demographischen Übergang“). Der höchste Wert bei den nach 1900 geborenen Frauen wurde mit 2,2 Kindern in der Geburtskohorte 1933 erreicht, die ihre Kinder während des „golden age of marriage“ zur Welt brachten. Hierbei

handelt es sich klar um eine Ausnahme vom historisch langfristigen, kontinuierlichen Rückgang der Kohortenfertilität. Die gegenwärtig letzte vorliegende endgültige Kinderzahl ist die für den Geburtsjahrgang 1961, die bei 1,6 Kindern je Frau liegt (vgl. Statistisches Bundesamt 2012a: 24). Für die danach geborenen Frauen müssen die noch fehlenden Jahre geschätzt werden.

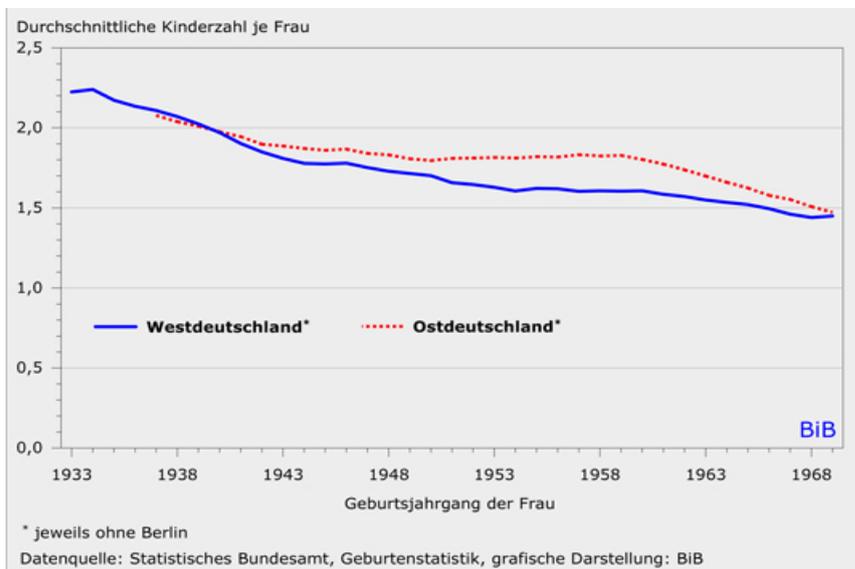
**Abb. 4: Endgültige Kinderzahl je Frau der Geburtsjahrgänge 1865 bis 1965 in Deutschland (Stand: 2009)**



Eine nach West- und Ostdeutschland differenzierende Betrachtung (siehe Abb. 5) zeigt, dass in den ostdeutschen Nachkriegskohorten die endgültige Kinderzahl durchweg höher lag als bei westdeutschen Frauen. Der Unterschied zeigt sich am deutlichsten bei den während der 1950er Jahre Geborenen, lag aber auch hier bei maximal 0,2 Kindern.

Neueste Schätzungen von Goldstein und Kreyenfeld (2011: 464) deuten jedoch darauf hin, dass es bei den um 1970 geborenen Kohorten zu einer Umkehrung dieses Musters kommen und westdeutsche Frauen – zumindest für eine kurze Phase – eine etwas höhere endgültige Kinderzahl aufweisen könnten als jene in Ostdeutschland. Noch wichtiger erscheinen jedoch die Hinweise darauf, dass es in den 1970 oder später geborenen Jahrgängen erstmals wieder zu einem leichten Anstieg der Kohortenfertilität kommen könnte.

**Abb. 5: Endgültige Kinderzahl je Frau der Geburtsjahrgänge 1933 bis 1969 in West- und Ostdeutschland (Stand: 2009)**

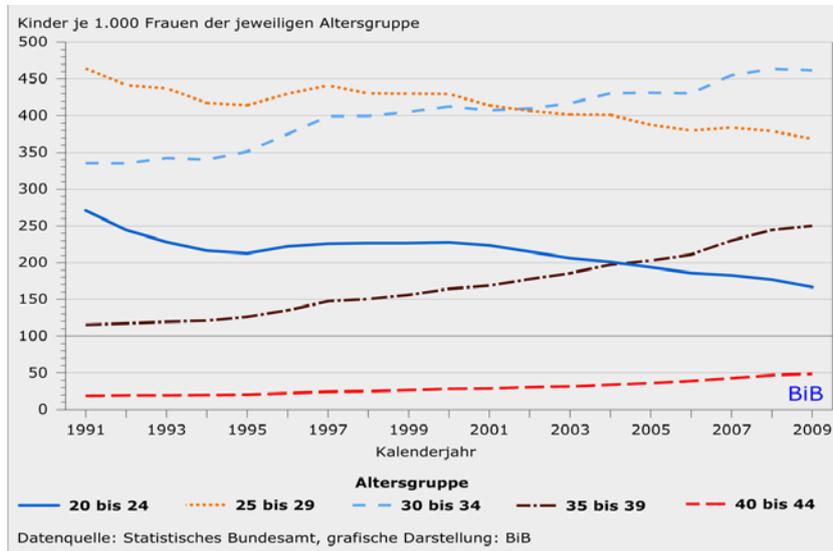


### 3.1.3 Altersspezifische Geburtenziffern

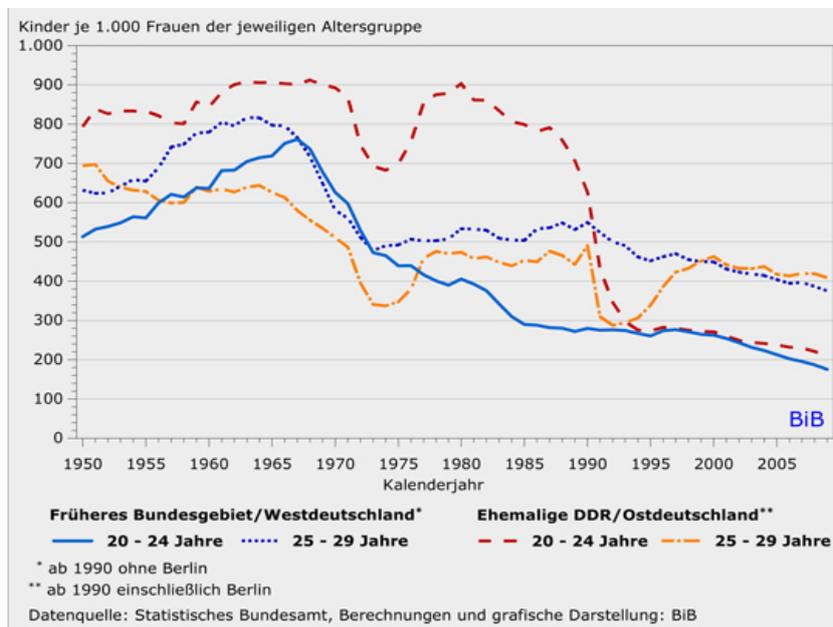
Altersspezifische Geburtenziffern beziehen die Geburten der Frauen einzelner Altersjahre (15-49) in einem Jahr auf 1.000 Frauen des entsprechenden Alters in der Bevölkerung. Der Einfluss von Umfang und Altersstruktur sowohl der Bevölkerung insgesamt als auch der Frauen im gebärfähigen Alter werden damit ausgeschlossen.

Die Betrachtung der altersspezifischen Geburtenziffern im Verlauf der letzten 20 Jahre (siehe Abb. 6) zeigt deutlich, dass die Fertilität in den jüngeren Altersgruppen (20-24 beziehungsweise 25-29 Jahre) kontinuierlich rückläufig ist, während die Fertilitätsziffern im höheren Reproduktionsalter (30-44 Jahre) stetig und sehr deutlich angestiegen sind (ohne jedoch die in den jüngeren Altersgruppen zunehmend ‚fehlenden‘ Geburten vollständig kompensieren zu können). Differenziert man darüber hinaus noch nach West- und Ostdeutschland (vgl. Abb. 7 und Abb. 8) sieht man, dass in der ehemaligen DDR vor allem die jungen, d.h. 20-24-jährigen Frauen Kinder bekommen haben, während die Geburten in der alten Bundesrepublik später erfolgten. In den letzten Jahren ist jedoch – übereinstimmend mit der TFR-Entwicklung – eine deutliche Annäherung der altersspezifischen Fertilitätsziffern in Ost und West beobachtbar.

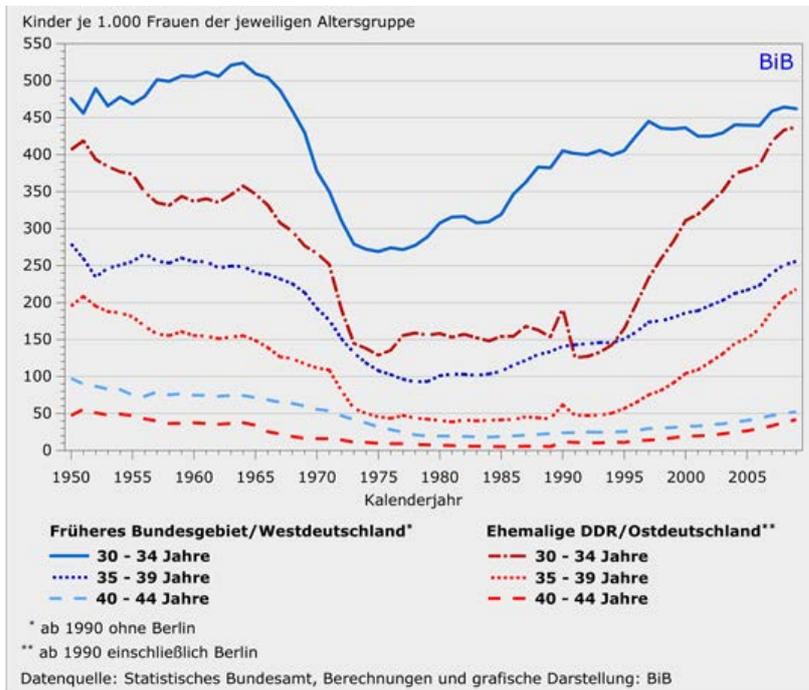
**Abb. 6: Nach Altersgruppen zusammengefasste Geburtenziffer deutscher Frauen in Deutschland, 1991-2009**



**Abb. 7: Nach Altersgruppen zusammengefasste Geburtenziffern unter 30-jähriger Frauen in West- und Ostdeutschland, 1950 bis 2009**



**Abb. 8: Nach Altersgruppen zusammengefasste Geburtenziffern 30- bis unter 45-jähriger Frauen in West- und Ostdeutschland, 1950 bis 2009**



### 3.1.4 Durchschnittliches Alter der Mütter bei Geburt

Die im vorangegangenen Abschnitt dargestellte Entwicklung der altersspezifischen Geburtenziffern spiegelt sich auch in entsprechenden Veränderungen des durchschnittlichen Alters der Mütter bei Geburt ihrer Kinder wider. Eine differenzierte Darstellung ist hier allerdings nur bedingt möglich, da vor 2009 in Deutschland die Geburtenfolge ausschließlich bei Geburten verheirateter Mütter erfasst wurde. Die Ordnungszahl bezog sich dann nur auf die Kinder der Frau mit dem aktuellen Ehemann (unabhängig davon, ob die Kinder vor oder nach der Eheschließung geboren wurden). Voreheliche Kinder von anderen Vätern sowie Kinder aus früheren Ehen der Mutter wurden nicht berücksichtigt (vgl. Luy und Pöttsch 2010).

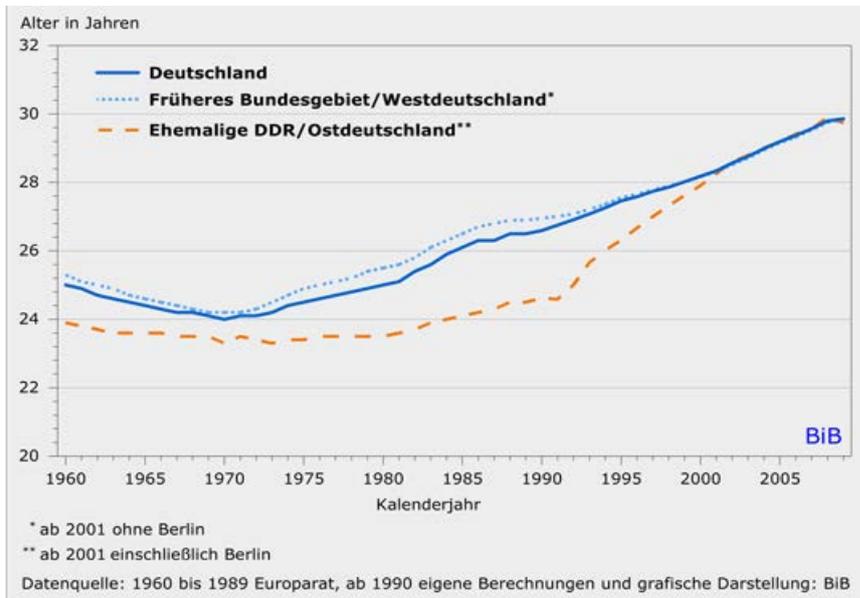
Entsprechend beziehen sich die im Folgenden dargestellten Befunde auf das durchschnittliche Alter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes in der bestehenden Ehe (siehe Abb. 9) beziehungsweise auf das Durchschnittsalter

bei der Geburt eines Kindes unabhängig von der Geburtenfolge (siehe Abb. 10). Darüber hinaus sei jedoch auf die Schätzungen des ordnungsspezifischen Gebäralters ost- und westdeutscher Frauen in den Jahren 2001 bis 2008 bei Kreyenfeld et al. (2010: Tabelle 4) – basierend auf Daten der *Perinatalstatistik* – verwiesen.

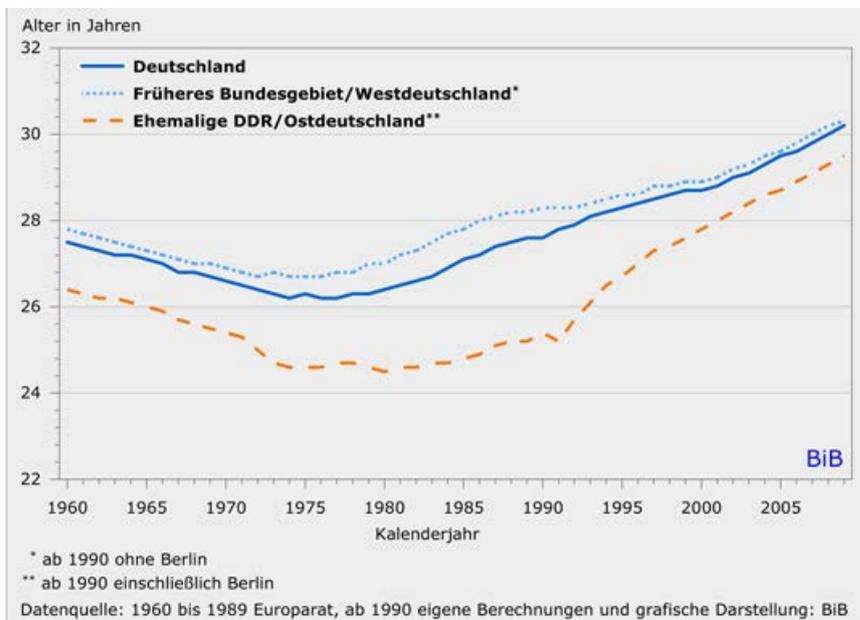
Bis Anfang beziehungsweise Mitte der 1970er Jahre lässt sich in Gesamtdeutschland zunächst eine Absenkung des Alters der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes in der bestehenden Ehe (1970: 24,0) beziehungsweise des durchschnittlichen Gebäralters (1975: 26,3) beobachten (insbesondere bei Erst- und Zweitgeburten; vgl. Luy und Pötzsch 2010: 594). Bis zu diesem Zeitpunkt blieb auch der Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Frauen – diese bekamen ihre Kinder durchschnittlich etwa 1,5 Jahre später als jene – relativ konstant. Seit Anfang der 1970er Jahre bis zum Beginn der 1990er Jahre wuchs diese Differenz jedoch auf etwa 3,0 Jahre an (1990: 28,3 vs. 25,4), was im Wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass die westdeutschen Mütter bei der Geburt ihrer Kinder immer älter wurden, während in der ehemaligen DDR das Gebäralter während dieses Zeitraums hingegen relativ konstant blieb. Seither ist es – bei gleichbleibendem Trend zur Verschiebung von Geburten ins höhere Lebensalter – zu einer deutlichen Angleichung, sowohl beim durchschnittlichen Gebäralter (das 2009 in Deutschland bei 30,2 Jahren lag), vor allem aber auch beim Alter der Mütter zur Geburt des ersten Kindes in der bestehenden Ehe gekommen (die Differenzen liegen hier seit Beginn der 2000er Jahre nur noch bei maximal einem Jahr).

Neueste Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (2012: 11) für das Jahr 2010 zeigen, dass das durchschnittliche Alter westdeutscher Frauen bei der Geburt des ersten Kindes mit 29,2 Jahren nur ein Jahr unter dem Alter bei der Geburt des ersten Kindes in der bestehenden Ehe lag; in Ostdeutschland liegen die entsprechenden Werte bei 27,4 und 29,9 Jahren. Die größere Differenz von 2,5 Jahren in den neuen Bundesländern ist auf den deutlich höheren Anteil nicht-ehelich geborener, auch nachträglich nicht legitimierter Kinder zurückzuführen (Statistisches Bundesamt 2012a: 19). Die Zahlen zeigen auch, dass ein Vergleich des Gebäralters in der bestehenden Ehe die tatsächlich bestehenden West-Ost-Unterschiede hinsichtlich des Zeitpunkts der Familiengründung unterschätzen würde (vgl. auch Goldstein und Kreyenfeld 2011: 465f.).

**Abb. 9: Durchschnittliches Alter der Mütter bei Geburt des 1. Kindes in der bestehenden Ehe in Deutschland, West- und Ostdeutschland, 1960 bis 2009**



**Abb. 10: Durchschnittliches Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder in Deutschland, West- und Ostdeutschland, 1960 bis 2009**



### 3.1.5 Kinderlosigkeit und Anzahl der Kinder

Im Vergleich zur Entwicklung der durchschnittlichen endgültigen Kinderzahl je *Frau* (vgl. Kapitel 3.1.2) blieb die durchschnittliche Kinderzahl von *Müttern* in den vergangenen 30 Jahren relativ stabil bei einem Wert von 2,1. Auch die Verteilung hinsichtlich verschiedener Kinderzahlen hat sich in diesem Zeitraum kaum verändert (vgl. Tabelle 1): „Etwa 30 % der Mütter zwischen 35 und 64 Jahren haben in Deutschland ein Kind, beinahe jede zweite Mutter hat zwei und jede fünfte drei oder mehr Kinder.“ (Statistisches Bundesamt 2012f: 26)

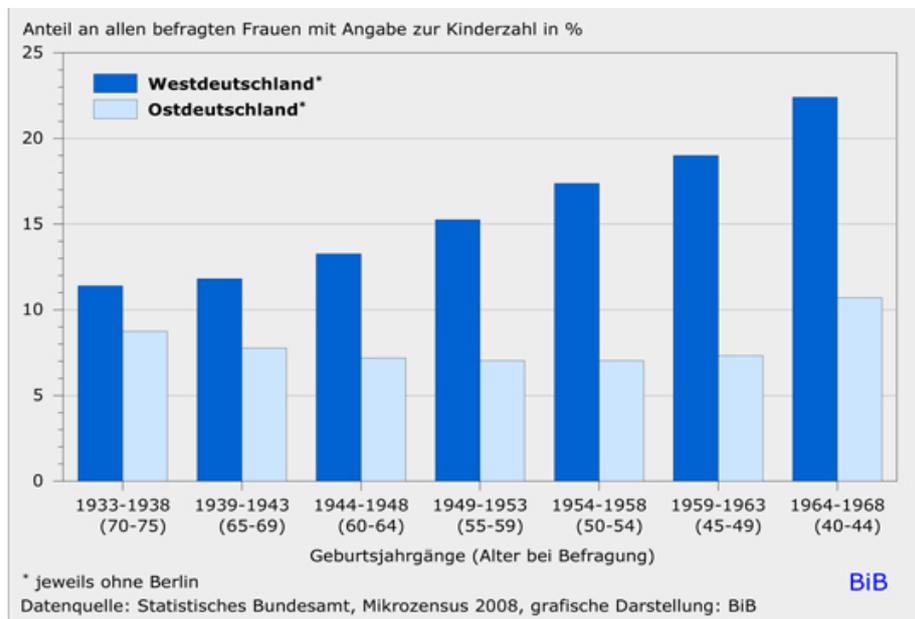
**Tab. 1: Mütter nach Zahl ihrer Kinder (in %), 2008**

Jahrgang und Alter der Mütter im Jahr 2008	Eins	Zwei	Drei oder mehr	Ohne Angabe
1989–1992 (16–19)	85	/	/	/
1984–1988 (20–24)	80	18	3	/
1979–1983 (25–29)	61	31	8	/
1974–1978 (30–34)	46	40	14	/
1969–1973 (35–39)	35	45	18	2
1964–1968 (40–44)	29	43	19	9
1959–1963 (45–49)	27	44	20	9
1954–1958 (50–54)	27	45	21	7
1949–1953 (55–59)	30	46	21	4
1944–1948 (60–64)	30	45	23	2
1939–1943 (65–69)	27	43	29	1
1933–1938 (70–75)	25	39	35	1

Quelle: Statistisches Bundesamt (2012f: 26).

Zwischen den alten und den neuen Bundesländern lassen sich diesbezüglich jedoch deutliche Unterschiede beobachten, vor allem bei den Frauen der 1960er Jahrgänge. Zwar liegen die Anteile der Mütter mit zwei Kindern in beiden Landesteilen etwa gleich hoch, im Westen haben jedoch deutlich weniger Frauen nur ein Kind, während im Osten der Anteil derjenigen mit drei oder mehr Kindern signifikant geringer ausfällt (zum Beispiel Kreyenfeld 2009b). Am deutlichsten werden die regionalen Unterschiede innerhalb Deutschlands jedoch, wenn man die Anteile *Kinderloser* und deren Entwicklung miteinander vergleicht (siehe Abb. 11).

**Abb. 11: Kinderlose Frauen der Geburtsjahrgänge 1933 bis 1968 in West- und Ostdeutschland\* (Stand: 2008)**



Der Anteil kinderloser Frauen<sup>4</sup> in Deutschland ist während der letzten Jahrzehnte kontinuierlich angestiegen. Während in den Geburtsjahrgängen 1933-38 der Anteil kinderloser Frauen mit 11 % im Westen und 9 % im Osten Deutschlands noch etwa gleich hoch war, ist die weitere Entwicklung sehr unterschiedlich verlaufen. In den alten Ländern nahm die endgültige Kinderlosigkeit in den Folgekohorten von 12 % auf 19 % zu, während sie in den neuen Ländern noch bei etwa 7 % verharrte. Erst bei den 1964-68 geborenen ostdeutschen Frauen stieg der Anteil der Kinderlosen erstmals auf 11 %. Damit war er aber immer noch nur halb so hoch wie im Westen, wo 2008 mehr als jede fünfte Frau dieser Kohorte kinderlos blieb. In den jüngeren Kohorten, die ihre reproduktive Phase noch nicht abgeschlossen haben, zeichnet sich ein weiterer Anstieg des Anteils Kinderloser und eine Persistenz der gerade skiz-

<sup>4</sup> Eine der bislang wenigen Untersuchungen zu kinderlosen *Männern* in Deutschland findet sich bei Schmitt (2005), der Daten des *Sozio-ökonomischen Panels* ausgewertet hat.

zierten Ost-West-Unterschiede im Ausmaß der Kinderlosigkeit ab (vgl. Statistisches Bundesamt 2012a: 29).<sup>5</sup>

Vor diesem Hintergrund sei an dieser Stelle sehr deutlich auf die nach wie vor bestehenden *strukturellen Unterschiede des Geburtenverhaltens* in den alten und neuen Bundesländern hingewiesen, die durch die Angleichung von Durchschnittswerten (zum Beispiel der TFR; vgl. Kapitel 3.1.1) verdeckt werden: die niedrigen Geburtenziffern in Westdeutschland werden wesentlich getrieben durch den relativ hohen Anteil Kinderloser (und die Verschiebung von Geburten in höhere Lebensalter), während in Ostdeutschland zwar seit Jahrzehnten die Wahrscheinlichkeit kinderlos zu bleiben deutlich geringer ist als im Westen, dies aber auch für die Wahrscheinlichkeit gilt, dass eine Mutter ein zweites oder drittes Kind bekommt (vgl. die entsprechenden so genannten *parity progression ratios* bei Goldstein und Kreyenfeld 2011: 459).

### **3.2 Historische und zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland**

Die in Kapitel 3.1 beschriebenen Veränderungen des Geburtenverhaltens beeinflussen im Zusammenspiel mit den zwei weiteren demografischen Prozessen Mortalität und Migration Zahl und Struktur der Bevölkerung Deutschlands. Seit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 hat die *Bevölkerungszahl* Deutschlands<sup>6</sup> beinahe kontinuierlich zugenommen, wobei die größten Zuwächse um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zu verzeichnen waren: Von 41 Mio. im Jahr 1871 stieg die Bevölkerung über 56 Mio. im Jahr 1900 auf 65 Mio. im Jahr 1910. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verlangsamte sich die Entwicklung und wies zwischenzeitlich kriegsbedingte Phasen von

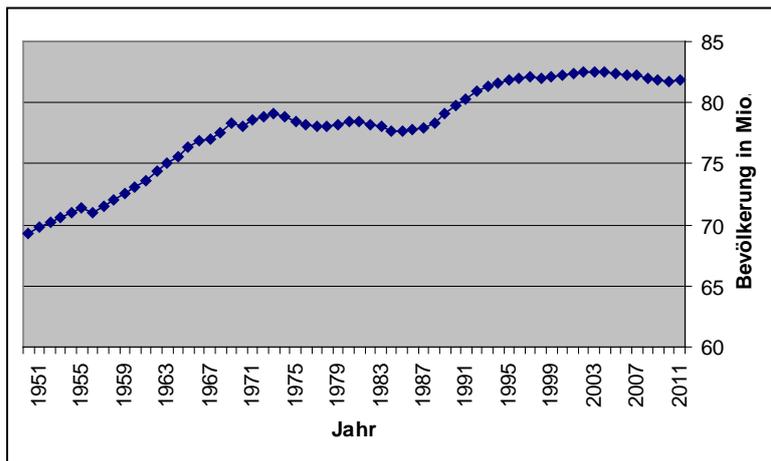
---

<sup>5</sup> Weitergehende Analysen zu verschiedenen Aspekten der Kinderlosigkeit in Deutschland, z.B. hinsichtlich der Bedeutung von Bildungsstand und Erwerbsbeteiligung, finden sich bei Konietzka und Kreyenfeld (2007).

<sup>6</sup> Eine Bevölkerung umfasst laut dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung „die Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt oder innerhalb eines Zeitraumes in einem genau definierten geographischen Raum leben“ (BiB 2005: 55), wodurch alle mit ihrem Hauptwohnsitz in Deutschland gemeldeten Personen, ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft, eingeschlossen sind. Dabei beziehen sich die Angaben für 1871, 1900 und 1910 auf das Reichsgebiet; diejenigen ab 1950 auf den Gebietsstand seit 1990.

Stagnation und Rückgang auf, sodass die Bevölkerungszahl im Jahr 1950 bei 69 Mio. lag (Statistisches Bundesamt 2012f). Die folgende Abbildung illustriert die Bevölkerungsentwicklung seit der Nachkriegszeit:

**Abb. 12: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands 1950-2011**



Quelle: eigene Darstellung; Datenbasis: Statistisches Bundesamt (2012f)

Wie aus der Abbildung ersichtlich, war die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zunächst von einem erneuten Anstieg der Bevölkerungszahl gekennzeichnet, während seit Mitte der 1990er Jahre annähernde Stagnation zu beobachten ist: Von den besagten 69 Mio. Menschen in der Mitte des Jahrhunderts wuchs die Bevölkerung über 78,1 Mio. im Jahr 1970 und 79,8 Mio. im Jahr 1990 auf ihren bisherigen Höchststand von 82,5 Mio. im Jahr 2002. Seit 2003 ist ein langsamer Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, sodass 2011 81,8 Mio. Menschen in Deutschland lebten (Statistisches Bundesamt 2012f).<sup>7</sup>

Neben einer starken Zunahme der Bevölkerungsgröße ergaben sich seit der Gründung des deutschen Reichs zudem deutliche Veränderungen in den *Strukturmerkmalen* der Bevölkerung, z.B. im Hinblick auf die Zusammensetzung

<sup>7</sup> Nach einem kontinuierlichen Absinken der Bevölkerungszahl ist diese 2011 erstmals seit 2002 wieder gestiegen, was auf einen starken Anstieg der Zuwanderung zurückzuführen ist (s.u.).

nach Alter und Staatsangehörigkeit. Wie die folgende Tabelle deutlich macht, ist die *Lebenserwartung* seit 1871 merklich gestiegen:

**Tab. 2: Lebenserwartung 1871/1881, 1949/51 und 2008/2010**

Vollendetes Altersjahr x <sup>1)</sup>	Männlich			Weiblich		
	1871/81	1949/51	2008/2010	1871/81	1949/51	2008/2010
0	35,6	64,6	77,5	38,5	68,5	82,6
1	46,5	67,8	76,8	48,1	71,0	81,9
5	49,4	64,5	72,9	51,0	67,6	77,9
10	46,5	59,8	67,9	48,2	62,8	72,9
20	38,5	50,3	58,1	40,2	53,2	63,0
30	31,4	41,3	48,4	33,1	43,9	53,2
40	24,5	32,3	38,7	26,3	34,7	43,4
50	18,0	23,8	29,5	19,3	25,8	33,9
60	12,1	16,2	21,2	12,7	17,5	24,9
70	7,3	9,8	13,7	7,6	10,4	16,4
80	4,1	5,2	7,7	4,2	5,6	9,1
90	2,3	2,7	3,9	2,4	2,9	4,3
100	k.A.	k.A.	2,0	k.A.	k.A.	2,2

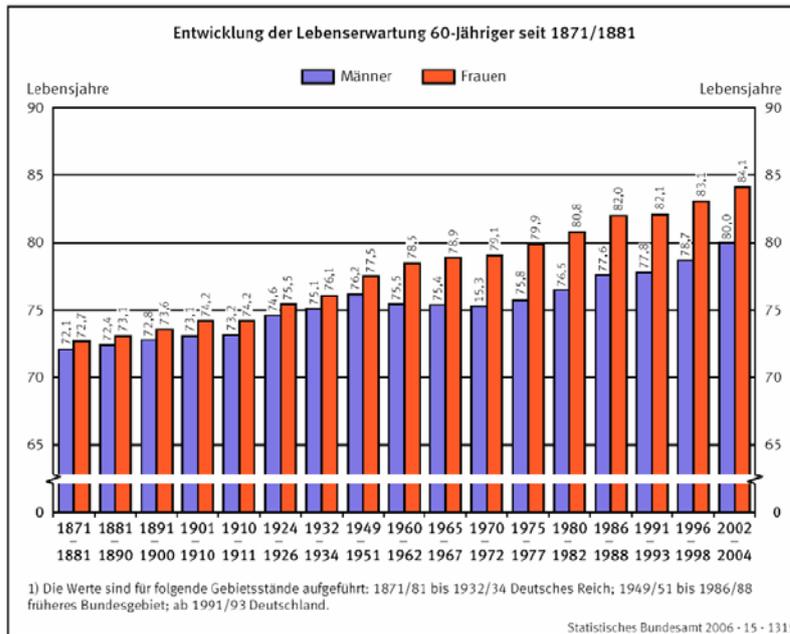
\*) 1871/81 Reichsgebiet; 1949/51 fr. Bundesgebiet ohne das Saarland und Berlin.  
Quelle: eigene Zusammenstellung auf Basis von Statistisches Bundesamt (2012h)

Bei der Gründung des Deutschen Reiches (1871/81) lag die Lebenserwartung eines Neugeborenen bei 35,6 Jahren für Jungen und 38,5 Jahren für Mädchen. Anschließend stieg sie deutlich an, über 64,6 bzw. 68,5 Jahre für Neugeborene 1949/51 auf derzeit 77,5 bzw. 82,6 Jahre (für Neugeborene 2008/10). Über diesen Zeitraum von 140 Jahren ist somit mehr als eine Verdopplung der Lebenserwartung zu beobachten.

Die Zunahme der Lebenserwartung verlief dabei in zwei Phasen, welche grob als die erste und die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts identifiziert werden können (Laß 2008: 19). Die erste Phase bis zur Mitte des Jahrhunderts zeichnete sich durch eine starke Zunahme der Lebenserwartung aus, welche vorwiegend auf dem Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit beruhte: Starb in den Anfängen des Deutschen Reichs 1871/81 ein Viertel der Kinder vor dem ersten Geburtstag und ein Drittel vor dem fünften, erlebten 1949/51 94 % der Neugeborenen ihren ersten Geburtstag (ebd.: 12f). Die (langsameren) Zuwächse bei der Lebenserwartung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

wurden demgegenüber fast ausschließlich durch die Zunahme der weiteren Lebenserwartung im höheren Alter erzielt. Abb. 13 verdeutlicht die zunächst nur langsam, dann beschleunigt ansteigende Lebenserwartung 60-Jähriger seit 1871:

**Abb. 13: Entwicklung der Lebenserwartung 60-Jähriger seit 1871/1881**

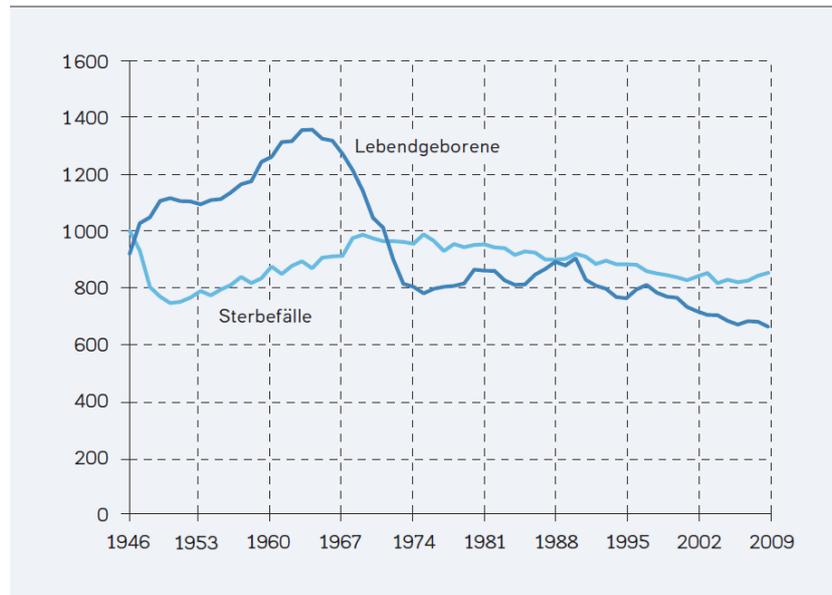


Quelle: Statistisches Bundesamt (2006: 14)

Vergleicht man die in Kapitel 3.1 dargestellte Entwicklung der Fertilität mit dem Wandel der Mortalität seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, so wird ersichtlich, dass der Rückgang der Mortalität eher einsetzte und zunächst rascher verlief als der Geburtenrückgang: Während die Sterblichkeit ab 1870 zu sinken begann, ging die Geburtenrate erst um 1900 zurück. Hierdurch war um die Jahrhundertwende ein hohes Bevölkerungswachstum zu beobachten. Im weiteren Verlauf setzte sich der Geburtenrückgang fort, während sich der Anstieg der Lebenserwartung verlangsamte, sodass sich das natürliche Bevölkerungswachstum zunehmend abschwächte und schließlich negativ wurde. Den Übergang von einem natürlichen Bevölkerungswachstum zu einem Rückgang zeigt auch ein Vergleich der Zahl der Lebendgeborenen mit der Zahl der Ster-

befälle seit Ende des Zweiten Weltkrieges, wie in der folgenden Abbildung dargestellt:

**Abb. 14: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland seit 1945, in 1000**



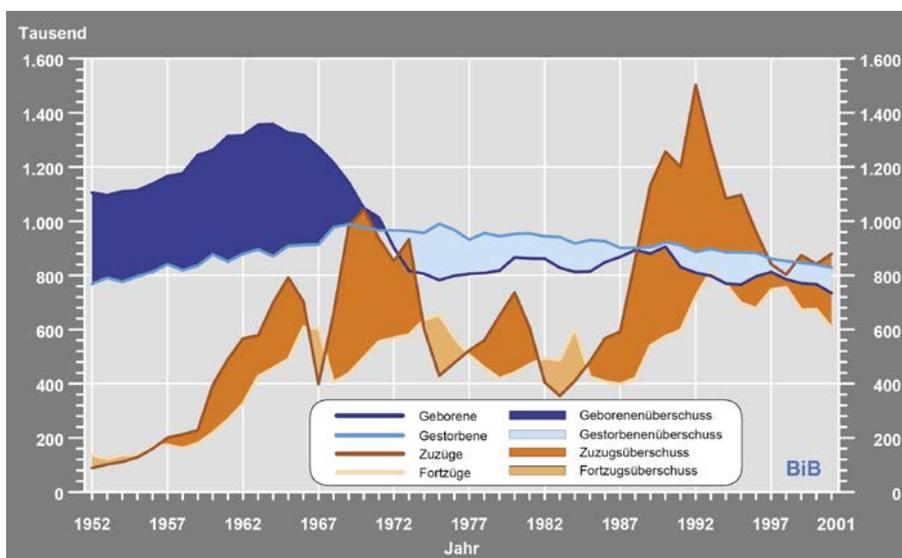
Quelle: Statistisches Bundesamt und WZB (2011: 14)

Hier wird deutlich, dass die Zahl der Sterbefälle seit Jahrzehnten annähernd konstant ist, während die Zahl der Geburten seit den 1960er Jahren deutlich gesunken ist. Aus diesem Grund liegt seit Anfang der 1970er Jahre kontinuierlich ein Gestorbenenüberschuss bzw. *Geburtendefizit* vor, d.h. Jahr für Jahr werden weniger Menschen geboren als Menschen sterben. Im Jahr 2011 lag das Geburtendefizit bei 190.000 Personen (Statistisches Bundesamt 2012i). Isoliert betrachtet führen Fertilität und Mortalität somit seit Jahrzehnten zu einer negativen Bevölkerungsbilanz.

Dass dennoch bis zum Jahr 2002 ein Bevölkerungswachstum in Deutschland zu beobachten war, ist somit gänzlich auf den dritten demografischen Prozess, die *Migration*, zurückzuführen. In den vergangenen Jahrzehnten variierte die Zahl der Zu- und Fortzüge und somit auch der Wanderungssaldo Deutschlands stark (vgl. Abb. 15). Art und Umfang wurden dabei insbesondere von politischen Entscheidungen Deutschlands, den Bedingungen in den jeweiligen Her-

kunftsländern sowie von wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst. Von Relevanz waren hier insbesondere die Anwerbung von Gastarbeitern zwischen 1955 und 1973, die Zunahme der Familiennachzüge in den 1970er Jahren und die hohe Zuwanderung von Spätaussiedlern Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre (Statistisches Bundesamt 2006: 19ff.). Durch die starken Wanderungsströme wurde das Geburtendefizit in den vergangenen Jahrzehnten vollständig ausgeglichen und teilweise überkompensiert, wie die folgende Abbildung verdeutlicht:

**Abb. 15: Bilanz zwischen Lebendgeborenen und Gestorbenen bzw. Zu- und Abwanderungen in Deutschland, 1952 – 2001 (in Tausend)**



Quelle: BiB (2005: 56)

Seit der Jahrtausendwende näherten sich Zu- und Abwanderung in der Höhe an, sodass nur noch geringe Wanderungsüberschüsse (bzw. in den Jahren 2008 und 2009 sogar Wanderungsdefizite) zu verzeichnen sind. Da das Geburtendefizit hierdurch nicht mehr ausgeglichen werden kann, ist seither ein Bevölkerungsrückgang zu beobachten. Zuletzt, im Jahr 2011, stieg der Wanderungssaldo jedoch wieder auf 279.000 Personen, wodurch ein leichter Anstieg der Bevölkerungszahl zu verzeichnen war (Statistisches Bundesamt 2012g).

Die skizzierten Entwicklungen zusammenfassend ist die derzeitige Bevölkerung in Deutschland gekennzeichnet a) im Bereich der *Fertilität* durch eine Gebur-

tenrate deutlich unterhalb des Reproduktionsniveaus, b) im Bereich der *Mortalität* durch eine zunehmende Lebenserwartung älterer Menschen und c) im Bereich der *Migration* durch schwankende, aber tendenziell geringe Wanderungsüberschüsse. Diese Charakteristika bilden die Stellschrauben für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung, wie sie in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Statistisches Bundesamt 2009) bis zum Jahr 2060 modelliert wird. Unter den verschiedenen Modellvarianten spiegelt die „mittlere Bevölkerung“ den erwarteten Verlauf wider, wenn sich die demografischen Trends zu Fertilität, Mortalität und Migration fortsetzen. Sie basiert auf folgenden Annahmen:

**Tab. 3: Annahmen der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung**

Variante	Annahmen		
	Geburtenhäufigkeit (Kinder je Frau)	Lebenserwartung bei Geburt in 2060	Wanderungssaldo (Personen/Jahr)
„Mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze	Annähernde Konstanz bei 1,4	Basisannahme: Anstieg bei Jungen um 8 und bei Mädchen um 7 Jahre	100.000 ab 2014
„Mittlere Bevölkerung, Obergrenze			200.000 ab 2020

Quelle: Statistisches Bundesamt (2009: 11)

Anhand der Modellrechnungen auf Basis der Variante „mittlere“ Bevölkerung wird deutlich, dass die Bevölkerungsentwicklung zukünftig von einer steigenden Differenz zwischen Geborenen und Gestorbenen, d.h. einem wachsenden *Geburtendefizit* geprägt sein wird (ebd.: 13). Dies ist einerseits auf die steigende Zahl an Sterbefällen zurückzuführen, da zukünftig stark besetzte Jahrgänge in das höhere Alter kommen. Diese Entwicklung kann durch eine steigende Lebenserwartung nicht aufgehoben, sondern nur verzögert werden. Während 2008 844.000 Sterbefälle zu verzeichnen waren, werden es 2060 voraussichtlich 1.018.000 sein (Variante „mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze). Andererseits geht die Zahl der Geburten langfristig immer weiter zurück: Bei einer

Geburtenrate von ca. 1,4 Kindern pro Frau ist jede Töchtergeneration um ca. ein Drittel kleiner als ihre jeweilige Müttergeneration, wodurch wiederum die Zahl der zukünftigen potenziellen Mütter reduziert wird.<sup>8</sup> In der Variante „mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze, sinkt die Zahl der Geburten von 683.000 im Jahr 2008 auf 465.000 im Jahr 2060. Das Geburtendefizit steigt hierdurch von 162.000 in 2008 über den Höchststand von 576.000 in 2050 auf 553.000 in 2060 an. Diese Entwicklung hat zur Folge, dass sich der bereits begonnene Rückgang der *Bevölkerungszahl* in den kommenden Jahrzehnten verstärken wird: Im Jahr 2060 wird die Bevölkerung zwischen 65 Mio. („mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze) und 70 Mio. („mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze) betragen.

Der Bevölkerungsrückgang kombiniert mit einer anhaltenden Zuwanderung wird den *Anteil der Zugewanderten* an der Gesamtbevölkerung merklich erhöhen: Zwischen 2009 und 2060 werden sich die Wanderungsgewinne insgesamt auf 4,9 Mio. („mittlere Variante, Untergrenze) bis 9,4 Mio. Menschen („mittlere Variante, Obergrenze) belaufen (ebd.: 34). Da diese Zahlen nur den Saldo aus Fort- und Zuzügen widerspiegeln, wird die eigentliche Zahl der Zugewanderten noch deutlich höher liegen<sup>9</sup>. Auf Basis eigener Bevölkerungsvorausrechnungen hat Birg (2001: 103ff) ermittelt, dass – unter der Annahme eines jährlichen Wanderungssaldos von 170.000 Personen – der Anteil der Zugewanderten und deren Nachkommen bis 2050 von 9 % auf 28 % zunehmen wird. In einigen Gebieten werden die Zugewanderten in den jüngeren Altersklassen dann die Mehrheit stellen. Aufgrund der ethnischen Heterogenität der

---

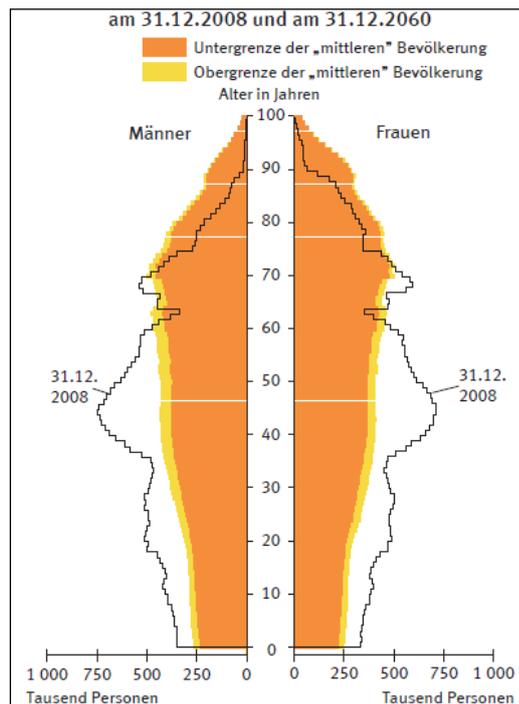
<sup>8</sup> Hier unterliegt die Bevölkerungsentwicklung dem „*demografischen Momentum*“ bzw. Trägheitseffekt: Selbst wenn sich die Geburtenrate deutlich ändert, behalten Populationen ihre Tendenz von Bevölkerungswachstum oder -rückgang über einen langen Zeitraum weiter bei, da die zukünftigen Müttergenerationen bereits geboren sind. Für Deutschland bedeutet dies, dass selbst bei einem unmittelbaren Anstieg der Geburtenrate und bei langfristiger Beibehaltung des Bestandserhaltungsniveaus der Bevölkerungsrückgang aufgrund der schwachen Besetzung der Altersklassen der kommenden Elterngenerationen noch Jahrzehnte anhält (Berlin-Institut 2012).

<sup>9</sup> So weist Birg (2006: 103) darauf hin, dass selbst aus einem Wanderungssaldo von Null nicht geschlossen werden kann, dass die Migration keine Bedeutung für das Land hat, da in diesem Fall einer großen Zahl Zuwanderern eine ebenso große Zahl Abwanderungen gegenüberstehen kann.

Zugewanderten sieht Birg in dieser Entwicklung die Entstehung einer „Multi-minoritätengesellschaft“ (Birg 2006: 109).

Die prognostizierte Abnahme der Bevölkerung wird weiterhin von einem erheblichen Wandel der *Altersstruktur* der Bevölkerung begleitet werden, wie die folgende Abbildung verdeutlicht:

**Abb. 16: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland 2008 und 2060**

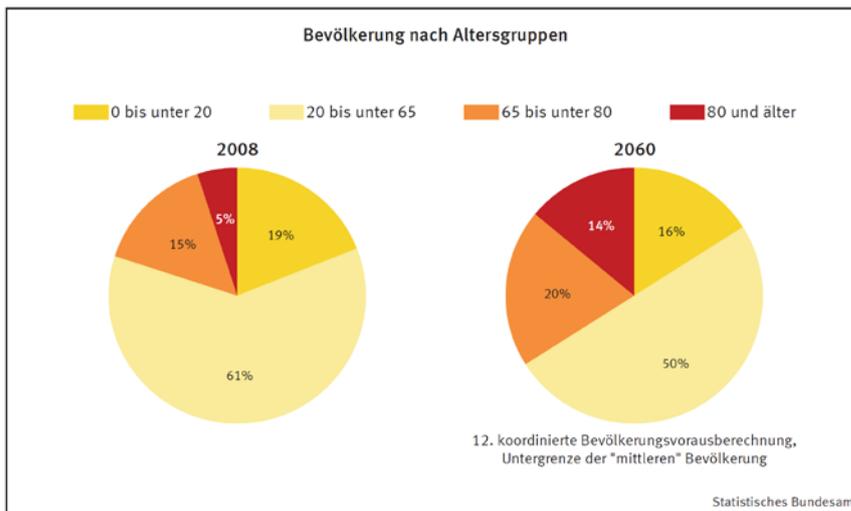


Quelle: Statistisches Bundesamt (2009: 15) (Ausschnitt)

Bereits heute hat die Altersstruktur Deutschlands keine Ähnlichkeit mehr mit der klassischen Pyramidenform; vielmehr weist sie die Form einer „zerzausten Wettertanne“ (Statistisches Bundesamt 2009: 14) auf, mit schwach besetzten jüngeren und älteren Jahrgängen und demgegenüber einer starken Besetzung der mittleren Altersstufen. Im Verlauf der nächsten Jahrzehnte verschieben sich die stark besetzten Jahrgänge immer weiter in die höheren Altersstufen, dünnen aus und werden von kleineren Jahrgängen ersetzt. Bis 2060 wird die Altersstruktur dadurch zunehmend glatter und schließlich die Form einer Urne annehmen.

Die zunehmende Verschiebung der Bevölkerung in Richtung der ältesten Jahrgänge führt zu einer Veränderung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung (Abb. 17):

**Abb. 17: Bevölkerung nach Altersgruppen 2008 und 2060**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2009: 16)

Heute (2008) stellen die Personen im erwerbsfähigen Alter (20-64 Jahre) mit einem Anteil von 61 % an der Gesamtbevölkerung die größte Bevölkerungsgruppe. Die unter 20-Jährigen sind mit 19 % am zweitstärksten vertreten, gefolgt von den 65-79-Jährigen (15 %). Die Gruppe der Hochbetagten, d.h. der 80-Jährigen und Älteren, ist mit 5 % derzeit vergleichsweise klein. Diese Anteile werden sich in den kommenden 50 Jahren zugunsten der 65-Jährigen und Älteren verschieben („mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze): Im Jahr 2060 stellen die Personen im Erwerbsalter zwar weiterhin die größte Gruppe, ihr Anteil geht jedoch auf 50 % zurück. Zudem kommt es innerhalb dieser Gruppe zu einer Verschiebung zugunsten älterer Personen im Erwerbsalter (ebd.: 18). Demgegenüber erfährt die Gruppe der Hochbetagten den größten Zuwachs, indem ihr Anteil auf 14 % steigt. Zudem werden die 65-79-Jährigen mit 20 % deutlich stärker vertreten sein als die unter 20-Jährigen (16 %). Als Resultat der Verschiebung der Anteile der Altersgruppen steigt das Medianalter der Bevölkerung Deutschlands bis 2060 kontinuierlich an: Beträgt es heute 43 Jahre, wird es im Jahr 2060 voraussichtlich bei 52 Jahren liegen (ebd.: 16).

Der Wandel der Altersstruktur spiegelt sich auch in der Entwicklung des Alten- und Jugendquotienten<sup>10</sup> sowie ihrer Summe, dem Gesamtquotienten, wider. Alten-, Jugend- und Gesamtquotient gelten als Indikatoren für das Ausmaß an Unterstützungsleistungen, die die Erwerbsbevölkerung an noch nicht bzw. nicht mehr erwerbstätige Personen zu leisten hat, und damit als Hinweis auf die wirtschaftliche Belastung dieser Altersgruppe.<sup>11</sup> Abb. 18 illustriert die Entwicklung des Alten-, Jugend- und Gesamtquotienten von 1950 bis 2060.

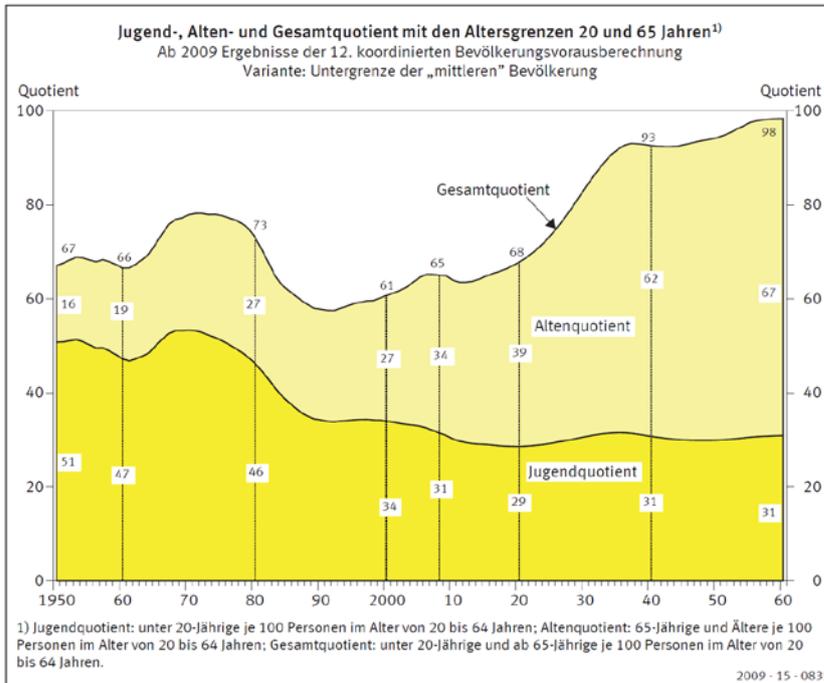
Während in den vergangenen Jahrzehnten der Gesamtquotient vom Jugendquotienten dominiert wurde, tragen Jugend- und Altenquotient derzeit in ähnlichem Maße zum Gesamtquotienten bei: Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren kamen 2008 31 Personen unter 20 Jahren und 34 Personen über 64 Jahren. Zukünftig wird sich das ursprüngliche Verhältnis der Quotienten umkehren, und der Gesamtquotient wird vom Altenquotienten dominiert. Letzterer wird im Jahr 2050 voraussichtlich einen Wert von 62 aufweisen und bis zum Jahr 2060 auf 67 ansteigen. Der Jugendquotient hingegen wird zukünftig beinahe konstant bleiben und auch im Jahr 2060 31 betragen, da sich der Rückgang der Bevölkerung unter 20 Jahren parallel zu dem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter vollzieht (ebd.: 20). Als Konsequenz aus einem konstanten Jugend- und einem steigenden Altenquotienten wird der Gesamtquotient zukünftig stark anwachsen, auf 93 im Jahr 2050 und 98 im Jahr 2060.

---

<sup>10</sup> Der Altenquotient beschreibt das Verhältnis zwischen den Personen im Rentenalter und den Personen im Erwerbsalter; er wird somit errechnet als Anzahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren. Demgegenüber umfasst der Jugendquotient die Anzahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren.

<sup>11</sup> Hierbei ist allerdings kritisch anzumerken, „dass es sich um recht ungenaue Belastungsindikatoren handelt, da sie nicht die wirklichen ökonomischen oder sozialen Beziehungen zwischen den Generationen abbilden“ (Micheel 2005: 55). So befinden sich auch in der Altersgruppe der Erwerbsfähigen Personen mit finanziellem Unterstützungsbedarf, während umgekehrt viele Jugendliche und über 64-Jährige wirtschaftliche und soziale Leistungen für die Gesellschaft erbringen.

**Abb. 18: Entwicklung des Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten**



Quelle: Statistisches Bundesamt (2009: 20)

Als Fazit lässt sich festhalten, dass sich aufgrund der in den demografischen Prozessen Fertilität, Mortalität und Migration angelegten Trends bis 2060 weit reichende demografische Veränderungen in Deutschland ergeben werden. Die Bevölkerungsentwicklung wird gekennzeichnet sein von a) einem deutlichen Rückgang der Bevölkerungsgröße, b) einer parallelen Zunahme des Anteils der zugewanderten Bevölkerung sowie c) einer Verschiebung der Altersstruktur zugunsten der älteren und hochbetagten Bevölkerung. Aufgrund des demografischen Momentums könnte eine Anhebung der Geburtenrate diese Entwicklung kurz- und mittelfristig nicht mehr aufhalten, langfristig jedoch abfedern. Der folgende Abschnitt beleuchtet die erwarteten gesellschaftlichen Auswirkungen der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung.

### 3.3 Gesellschaftliche Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung

In diesem Abschnitt sollen die Auswirkungen der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung umrissen werden, da deren öffentliche und wissenschaftliche

Diskussion den Anstoß gegeben hat, eine Steigerung der Geburtenrate in Deutschland (wieder) als ein politisch wünschenswertes Ziel zu definieren. Die Höhe der Geburtenrate hat gegenüber den anderen beiden Bevölkerungsprozessen Mortalität und Migration den stärksten Effekt sowohl auf die demografische Alterung als auch den Bevölkerungsrückgang (Bujard 2012: 4). Bei der Diskussion der Konsequenzen dieser Entwicklungen muss an dieser Stelle eine Auswahl erfolgen, da die Bevölkerungsentwicklung prinzipiell einen Einfluss auf alle gesellschaftlichen Teilbereiche ausübt (Wahl 2004: 13). Hierzu gehören unter anderem die Bereiche der sozialen Sicherung, der wirtschaftlichen und der regionalen Entwicklung, der medizinischen Versorgung, des bürgerschaftlichen Engagements und der Generationenbeziehungen (BiB 2009: 35).

Im Fokus der wissenschaftlichen Analysen stehen zumeist die *ökonomischen Auswirkungen*, die sich aus der Alterung der Bevölkerung ergeben. Wie oben (Kapitel 3.2) aufgezeigt, steht zukünftig einem steigenden Anteil an Personen im Rentenalter ein sinkender Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter gegenüber, was sich in einem steigenden Altenquotienten manifestiert. Eine geringere Zahl Erwerbstätiger bedeutet eine geringere Zahl an Einkommenssteuerzahlern sowie Beitragszahlern für das soziale Sicherungssystem, während gleichzeitig der Finanzierungsbedarf insbesondere der Rentenversicherung, aber auch der Kranken- und Pflegeversicherung durch die steigende Zahl Älterer und Hochbetagter ansteigt. So steigen ab dem Alter von 50 Jahren, insbesondere zwischen 65 und 80 Jahren, die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheitsleistungen deutlich an. Zwar geht die steigende Lebenserwartung auch mit gewonnenen Jahren bei körperlicher und geistiger Gesundheit einher, dennoch erkranken ältere Personen im Durchschnitt häufiger und schwerer als jüngere. Gleichzeitig entrichten Rentner durchschnittlich einen deutlich geringeren Beitrag an die GKV als Erwerbstätige (BMI 2011: 149f).

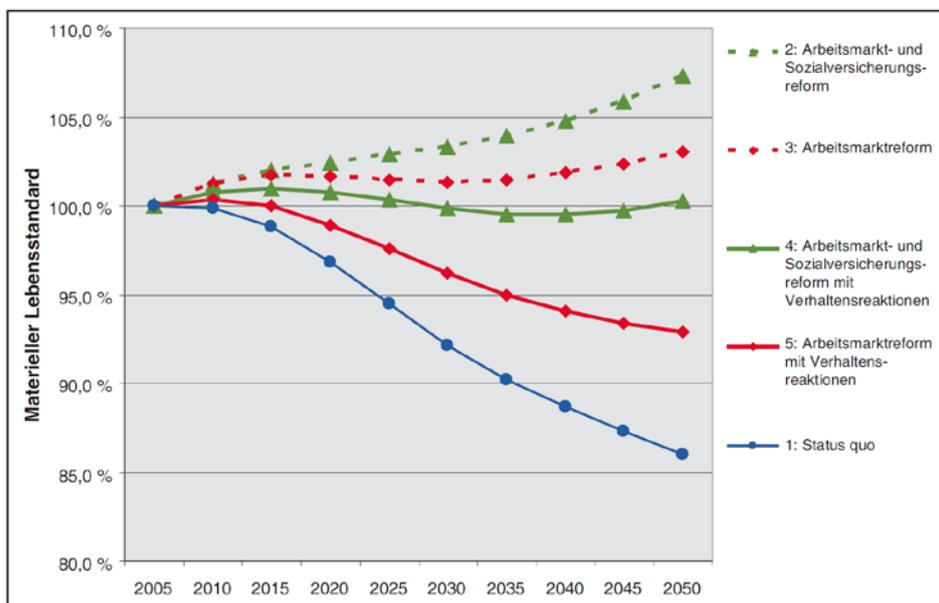
Auf dem Arbeitsmarkt wird sich das sinkende Erwerbspersonenpotenzial insbesondere bei den Fachkräften bemerkbar machen. Bereits heute fehlen im Bereich der MINT-Berufe<sup>12</sup> beinahe 150.000 Erwerbstätige (Koppel und Plün-

---

<sup>12</sup> Die Abkürzung MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.

necke 2009: 24); durch die schwache Besetzung der ins Erwerbsalter nachrückenden Jahrgänge wird sich der Mangel zukünftig noch verstärken und Wertschöpfungsverluste durch Stellenvakanzen und lange Besetzungszeiten nach sich ziehen (ebd.: 35f). Weiterhin unterliegt, wie bereits erwähnt, auch die Gruppe der Personen im Erwerbsalter einem Alterungsprozess. Wie sich das Humankapital und der technische Fortschritt in dieser alternden Erwerbsbevölkerung entwickeln werden, ist bisher noch unsicher, da sowohl positive als auch negative Einflüsse angenommen werden (Rürup und Gruescu 2003: 47; Gräf 2003: 25). Insgesamt erwarten die vorhandenen Studien durch die beschriebenen demografischen Veränderungen unter sonst gleichen Rahmenbedingungen deutliche Einbußen bezüglich des Wirtschaftswachstums bzw. der Steigerung des materiellen Lebensstandards (z.B. Börsch-Supan 2011; Klös und Seyda 2007; Gräf 2003; Rürup und Gruescu 2005; Rürup und Gruescu 2003). Exemplarisch hierzu werden in folgender Abbildung die Berechnungen Börsch-Supans zur Entwicklung des Lebensstandards dargestellt:

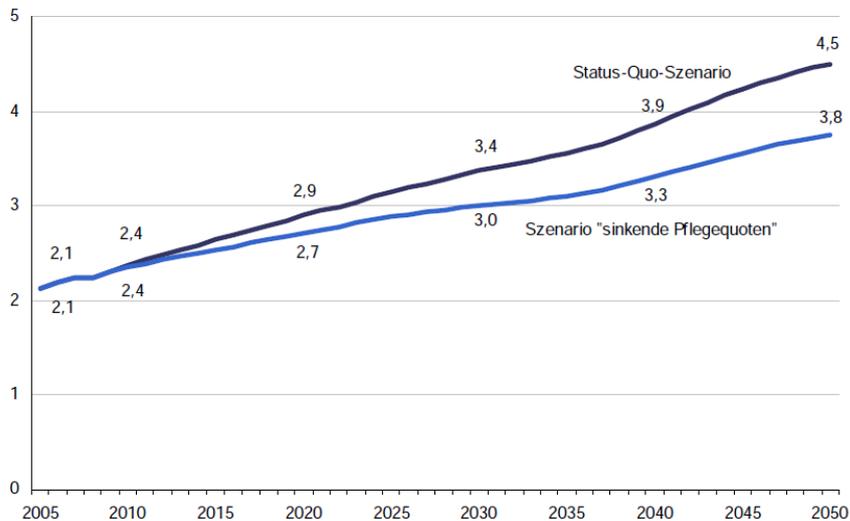
**Abb. 19: Entwicklung des materiellen Lebensstandards unter alternativen Annahmen**



Quelle: Börsch-Supan (2011: 25)

Die Abbildung zeigt die Entwicklung des Lebensstandards in Deutschland relativ zu einer hypothetischen Situation ohne demografischen Wandel (horizontale Linie bei 100 %). Es wird deutlich, dass bis 2050 aufgrund des demografischen Wandels unter sonst gleichen Rahmenbedingungen (Alternative „Status quo“) mit einer deutlichen Einbuße des Lebensstandards zu rechnen ist. Die Berechnungen des Autors verdeutlichen jedoch auch, dass arbeitsmarkt- und sozialpolitische Anpassungen wie eine Erhöhung des Rentenalters, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Reformen der Sozialversicherung dazu beitragen können, die demografisch bedingten ökonomischen Herausforderungen zu bewältigen (Börsch-Supan 2011: 24f). Auch eine gezielte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften kann hierbei unterstützen (BMI 2011: 77). Eine Erhöhung der Geburtenrate wirkt sich zwar nicht unmittelbar positiv auf Wirtschaftswachstum und Lebensstandard aus, da die zusätzlich geborenen Kinder zunächst ins Erwerbsalter kommen müssen, würde jedoch langfristig positive Effekte zeitigen (Gräf 2003: 11; Plünnecke und Seyda 2007: 56ff.).

Die demografischen Veränderungen führen nicht nur zu ökonomischen, sondern auch zu sozialen Herausforderungen, wobei hier exemplarisch auf die Situation der *Angehörigenpflege* eingegangen werden soll. Die Pflege durch Familienangehörige ist in Deutschland weit verbreitet und stellt die gesellschaftliche Norm dar (Gerlach und Laß 2012a: 253). Von den gut 2,3 Mio. Pflegebedürftigen im Jahr 2009 wurden knapp 1,1 Mio. ausschließlich durch Angehörige betreut; weitere 555.000 Personen wurden in Privathaushalten entweder in Kooperation von Angehörigen mit ambulanten Pflegediensten oder ausschließlich von Pflegediensten gepflegt (Statistisches Bundesamt 2011). Die meisten Menschen wünschen sich im Bedarfsfall eine Pflege zu Hause oder bei den eigenen Kindern und lehnen eine Unterbringung im Pflegeheim ab. Auch die Angehörigen fühlen sich in erster Linie selbst in der Pflicht, falls ein Verwandter pflegebedürftig würde (Delta Lloyd 2006: 4f). Auch der Gesetzgeber sieht zunächst den Pflegebedürftigen und dessen Angehörige in der Verantwortung, wenngleich er die Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert (Gerlinger und Röber 2009: 21). Aufgrund der Alterung der Bevölkerung ist zukünftig auch ein deutlicher Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen zu erwarten, wie die Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes in der folgenden Abbildung illustrieren:

**Abb. 20: Pflegebedürftige insgesamt in Deutschland 2005-2050, in Mio.**

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010b: 30)

Der Vorausberechnung nach wird die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2050 auf 3,8 Mio. Personen (unter der Annahme gesundheitlicher Verbesserungen z.B. durch den medizinisch-technischen Fortschritt) bis 4,5 Mio. Personen (unter der Annahme gleichbleibender Pflegequoten) ansteigen. Gleichzeitig können bedingt durch die vergleichsweise hohe Kinderlosigkeit (vgl. Kapitel 3.1.5), die zunehmend instabiler werdenden Partnerschaften (z.B. Gerlach und Laß 2012b: 30) sowie die steigende berufsbedingte räumliche Mobilität (Wiss. Beirat 2012: 42) immer weniger Menschen auf Angehörige zurückgreifen, die ihre Pflege übernehmen könnten. Die vorhandenen Angehörigen werden im Bereich der familialen Pflege dagegen umso dringender gebraucht, um dem Wunsch nach einer Pflege in den eigenen vier Wänden bzw. im Kreis der Familie zu entsprechen. Die Bedeutung der Angehörigenpflege wird auch deswegen weiter steigen, da durch den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials zukünftig weniger Menschen einen Pflegeberuf ergreifen können und dadurch Engpässe bei der Versorgung mit qualifiziertem Personal zu erwarten sind (Gerlach und Laß: 2012a: 257).

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich familiäre Pflege belastend auf die Gesundheit der Pflegeperson auswirken kann, insbesondere, wenn die Pflegeperson neben der Angehörigenpflege einer Erwerbstätigkeit nachgeht (ebd.:

253f.). Derzeit sind 40 % der Pflegepersonen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig, jeweils zu gleichen Teilen in Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung (MDK Bayern 2008: 18). Dieser Anteil könnte noch weiter steigen, da das sinkende Erwerbspersonenpotenzial zum Erhalt des Wirtschaftswachstums weitestgehend ausgeschöpft werden wird (s.o.). Um der doppelten Anforderung des Arbeitsmarktes und der Angehörigenpflege gleichzeitig gerecht werden zu können, bedarf es neben Anpassungen durch die staatliche Familienpolitik, wie z.B. durch das Gesetz über die Pflegezeit 2008 und die Familienpflegezeit 2011 angestoßen, zukünftig auch steigender Anstrengungen betrieblicher Personalpolitik im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege.

Der demografische Wandel wird zudem zu *regionalen Disparitäten* führen. Die Entwicklung der Bevölkerungszahl verläuft zukünftig regional äußerst ungleichmäßig. Auf Landesebene ist bis zum Jahr 2060 bei allen Bundesländern ein Bevölkerungsverlust zu verzeichnen; anteilig variiert dieser jedoch zwischen 43 % in Sachsen-Anhalt und 6 % in Hamburg (eigene Berechnungen auf Basis von Statistisches Bundesamt 2010a). Auch innerhalb der Bundesländer zeigen sich deutliche Unterschiede: So werden in Zukunft viele Gemeinden und Regionen einen Bevölkerungsrückgang hinnehmen müssen, während andere in den nächsten Jahren zunächst weiter wachsen (BMI 2011: 38). Dabei wird aufgrund der niedrigen Geburtenrate die Zuwanderung – nicht zuletzt durch Binnenwanderungen – zukünftig für viele Regionen zur einzigen Möglichkeit, Bevölkerungswachstum zu erzielen (ebd.: 40). Dementsprechend könnte die ungleiche demografische Entwicklung zu einem verstärkten Wettbewerb um Bewohner zwischen den einzelnen Gebieten führen (ebd.: 171). Langfristig gesehen bleiben möglicherweise nur einzelne „Wachstumsinseln“ (ebd.: 38) bestehen, während das Gros der Kreise und Gemeinden an Bevölkerung verlieren wird.

Von der Alterung der Bevölkerung werden zukünftig alle Regionen betroffen sein, doch auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede im Verlauf. Der Demografiebericht der Bundesregierung (ebd.: 39) unterscheidet mit Blick auf die räumliche Entwicklung in Deutschland drei Regional-Typen: Erstens existieren Regionen mit Bevölkerungswachstum, die gleichzeitig durch eine Zunahme älterer Personen („Alterung von oben“) gekennzeichnet sind. Regionen dieses Typs finden sich in Süddeutschland, den Ballungszentren Hamburg und Berlin sowie entlang der Rheinschiene. Der zweite Regional-Typus verzeichnet einen

Bevölkerungsrückgang flankiert von einer Abnahme der Zahl jüngerer Personen („Alterung von unten“). Diesem Typus sind viele ländliche Regionen in den alten Bundesländern zuzuordnen. Der dritte Typus ist gekennzeichnet von einem Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitiger „Alterung von oben und unten“. Hierzu gehören viele Regionen der neuen Bundesländer.

Durch die Zunahme regionaler Disparitäten wird der grundgesetzliche Auftrag, gleiche Lebensverhältnisse herzustellen, zunehmend erschwert (Tutt 2007: 44). So führt diese Entwicklung für die regionale Strukturpolitik und die öffentliche Versorgung mit Infrastruktur, insbesondere in Nord- und Ostdeutschland, zu Herausforderungen (BMI 2011: 173; Bujard 2012: 3). In den dünn besiedelten Räumen kann es durch die Bevölkerungsabnahme zu einem Überangebot an technischer und sozialer Infrastruktur kommen, welches mit hohen Pro-Kopf-Kosten für die einzelnen Bürger verbunden ist. Gleichzeitig wird es für diese Kommunen, die häufig von einer schlechten Haushaltslage betroffen sein werden, schwieriger werden, die Infrastrukturleistungen im gewohnten Maß aufrecht zu erhalten. Dies ist insbesondere deswegen problematisch, da die Infrastrukturbedürfnisse sich in einer alternden Gesellschaft auf wohnortnahe Angebote konzentrieren werden. Die Infrastruktur einer Kommune ist jedoch sowohl für ihre Attraktivität als Wohnort als auch als Wirtschaftsstandort von entscheidender Bedeutung. Die Autoren des Demografieberichts befürchten, dass „sich daher eine Abwärtsspirale aus Bevölkerungsrückgang und Alterung, Überdimensionierung der Infrastruktur, hohen Kosten für die Nutzer, abnehmender Standortattraktivität, sinkenden Erwerbsmöglichkeiten und zugleich wachsenden Versorgungsdefiziten ergeben (kann)“ (BMI 2011: 173). Laut BiB stellen sich mit Blick auf die regionale Entwicklung zwei zentrale Aufgabenfelder für die Raumordnungspolitik: Einerseits die Förderung von Wachstumsregionen, andererseits die Sicherung der Daseinsvorsorge insbesondere in den schwach besiedelten Gebieten (BiB 2008: 71).

## 4 Entwicklung von Kinderwünschen in Deutschland

Der Kinderwunsch von Paaren ist ein vieldiskutierter Indikator für die zukünftige Entwicklung der Geburtenziffern und stellt somit auch einen für die Politik potenziell wichtigen Indikator möglicher (ungedeckter) Bedarfe im Bereich familienbezogener Leistungen dar (vgl. Höhn et al. 2006). Im Folgenden sollen methodische Aspekte der Messung und Interpretation von Kinderwünschen (Kapitel 4.1), die Tauglichkeit dieses Indikators zur Vorhersage zukünftiger Fertilität (Kapitel 4.2), seine Entwicklung in Deutschland im Zeit- und Ländervergleich (Kapitel 4.3) sowie die Variation der Kinderwunsch-Angabe über den Lebensverlauf (Kapitel 4.4) dargestellt und diskutiert werden. Wesentliche Determinanten des Kinderwunsches werden im Zusammenhang mit den Determinanten der Fertilität in den Kapiteln 5 bis 7 erörtert.

### 4.1 Zur Messung von Kinderwünschen und deren Interpretation

Den Kinderwunsch gibt es nicht – und entsprechend weichen die Kinderwunschdefinitionen in verschiedenen Studien zum Teil stark voneinander ab, was die Vergleichbarkeit ihrer Ergebnisse deutlich erschwert. Man muss nicht nur zwischen der Frage ob *überhaupt* beziehungsweise *wie viele* Kinder gewünscht werden differenzieren, die folgenden Beispiele zeigen auch, dass oft nicht zwischen abstrakteren *Wünschen* und konkreteren *Intentionen* unterschieden wird (vgl. hierzu ausführlicher Buhr und Kuhnt 2012, sowie Klein 2006: Tabelle 1):

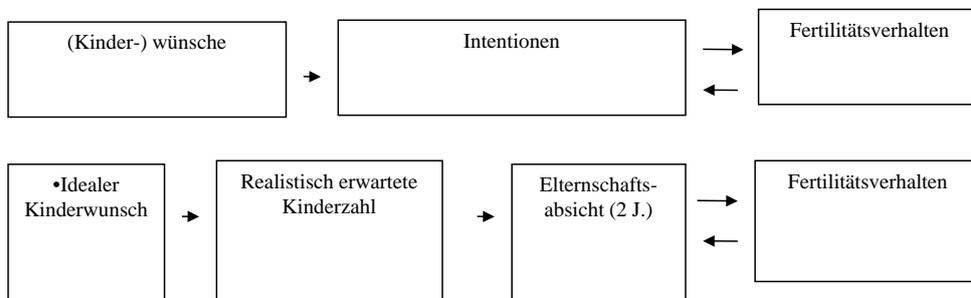
- Heiland et al. (2008) verwenden die Frage „If it was entirely up to you: How many children in total do you want or rather would you have wanted?“ und nennen dies ‚ideale Kinderzahl‘.
- Goldstein et al. (2003) unterscheiden zwischen der für sich persönlich als ideal wahrgenommenen Kinderzahl („[F]or you personally, what would be the ideal number of children you would like to have [...]?“) und der für eine Familie im Allgemeinen idealen Kinderzahl („Generally speaking, what do you think is the ideal number of children for a family?“).
- Hayford (2009) verwendet die Begriffe Fertilitätserwartungen (expectations) und Fertilitätsabsichten (intentions) synonym. Die

zugrundeliegende Frage lautet hier: „Altogether, how many (more) children do you expect to have?“

- Liefbroer (2009: 371) bezieht sich in seinen Analysen auf die Frage nach zusätzlich gewollten Kindern und bezeichnet dies als Absicht beziehungsweise Intention (family size intention).
- Iacovou und Tavares (2011) sprechen ebenfalls von Intentionen und legen die Frage „How many [more] children do you think you will have?“ zugrunde.

Die Abgrenzung zwischen Intentionen und Wünschen ist also nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der verschiedenen Studien nicht immer eindeutig. Dies ist sowohl hinsichtlich der empirischen Vergleichbarkeit (zum Beispiel Hagewen und Morgan 2005), als auch aus theoretischer Perspektive misslich, „da sich beide Konzepte in ihrem Abstraktionsgrad und Realitätsbezug unterscheiden und in unterschiedlichen Phasen von Fertilitätsentscheidungen eine Rolle spielen“ (Buhr und Kuhnt 2012; siehe auch Abb. 21).

**Abb. 21: Verortung der Kinderwunschkonzepte im Beziehungs- und Familienpanel (pairfam)**

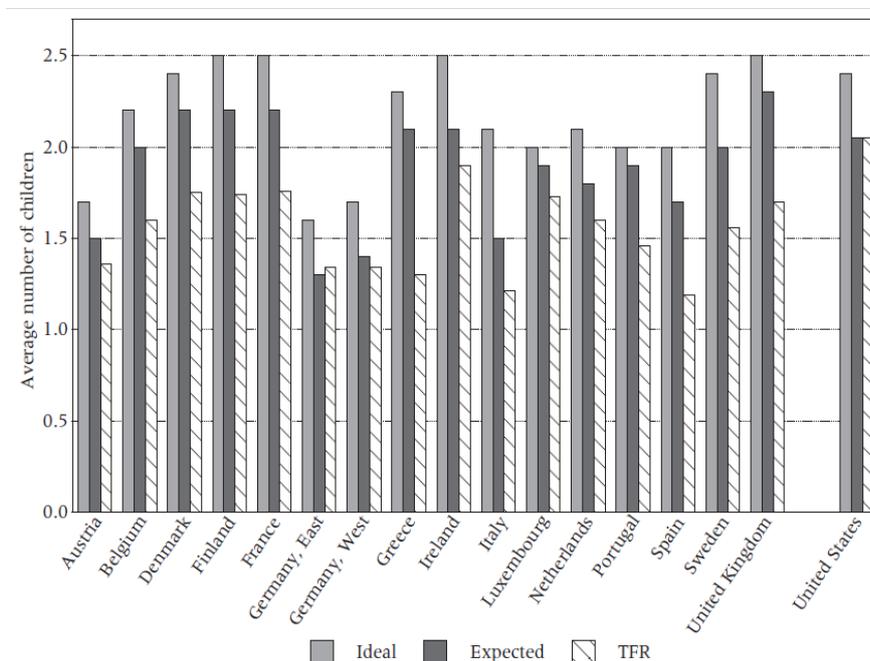


Quelle: Buhr und Kuhnt (2012).

Selbst die sehr *differenzierte Messung von Kinderwünschen im* neuen Beziehungs- und Familienpanel (pairfam), die es erlaubt, zwischen idealer und realistisch erwarteter Kinderzahl sowie nach konkreten Fertilitätsabsichten innerhalb der nächsten zwei Jahre zu unterscheiden, sieht sich nach wie vor mit dem Problem konfrontiert, dass die Erfassung von (weiteren) Kinderwünschen auch in dem Maße mit Unsicherheit behaftet ist, wie die Befragten selbst über ihren Kinderwunsch (noch) unsicher sind. So zeigt eine aktuelle Untersuchung

von Ní Bhrolcháin und Beaujouan (2011: Tabelle 2) auf Basis des britischen General Household Survey, dass - je nach Definition - zwischen 31 % und 47 % aller Frauen im Alter zwischen 18 und 44 Jahren hinsichtlich ihrer Absichten (weitere) Kinder zu bekommen Unsicherheit äußern (vgl. auch Toulemon und Testa 2005). Hinzu kommt das Problem, dass sich Kinderwünsche im Zeit- beziehungsweise Lebensverlauf als eher instabil erwiesen haben (zum Beispiel Hayford 2009, Iacovou und Tavares 2011; vgl. auch Kapitel 4.4). Es erscheint daher als außerordentlich wünschenswert, in zukünftigen Erhebungen zum Kinderwunsch Ambivalenzen, Unsicherheiten und Schwankungen über die Zeit besser zu erfassen. Entsprechend scheint Vorsicht geboten, wenn aus Kinderwünschen Rückschlüsse auf zukünftig *realisierte* Geburten gezogen werden sollen (vgl. Kapitel 4.2) beziehungsweise wenn aus der häufig beobachteten Diskrepanz zwischen idealer, erwarteter und realisierter Kinderzahl („fertility gap“; vgl. Abb. 22) Rückschlüsse auf die Notwendigkeit beziehungsweise Möglichkeiten familienpolitischer Interventionen abgeleitet werden.

**Abb. 22: Durchschnittliche ideale und erwartete Familiengröße sowie zusammengefasste Geburtenziffern (TFR) in den EU-15-Staaten und den USA**



Quelle: Hagewen und Morgan (2005: 509).

Besonders problematisch erscheint hier die Gegenüberstellung messfehlerbehafteter periodenspezifischer Fertilitätsziffern mit ‚idealen‘ Kinderzahlen (vgl. Sobotka und Lutz 2010: 671f.). Zudem wird die „ideal number of children [...] usually interpreted as the number of children an individual would like to have under ideal conditions of life. However, ‘ideal’ conditions of life can hardly be satisfied, i.e. as an indicator to measure the extent of policy needs, the ideal number of children can be seen as biased upwards“ (Philipov 2009: 356). Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass von einer Differenz zwischen zwei aggregierten Maßzahlen (TFR und durchschnittlicher idealer Kinderzahl) auf unerfüllte individuelle Kinderwünsche geschlossen wird.

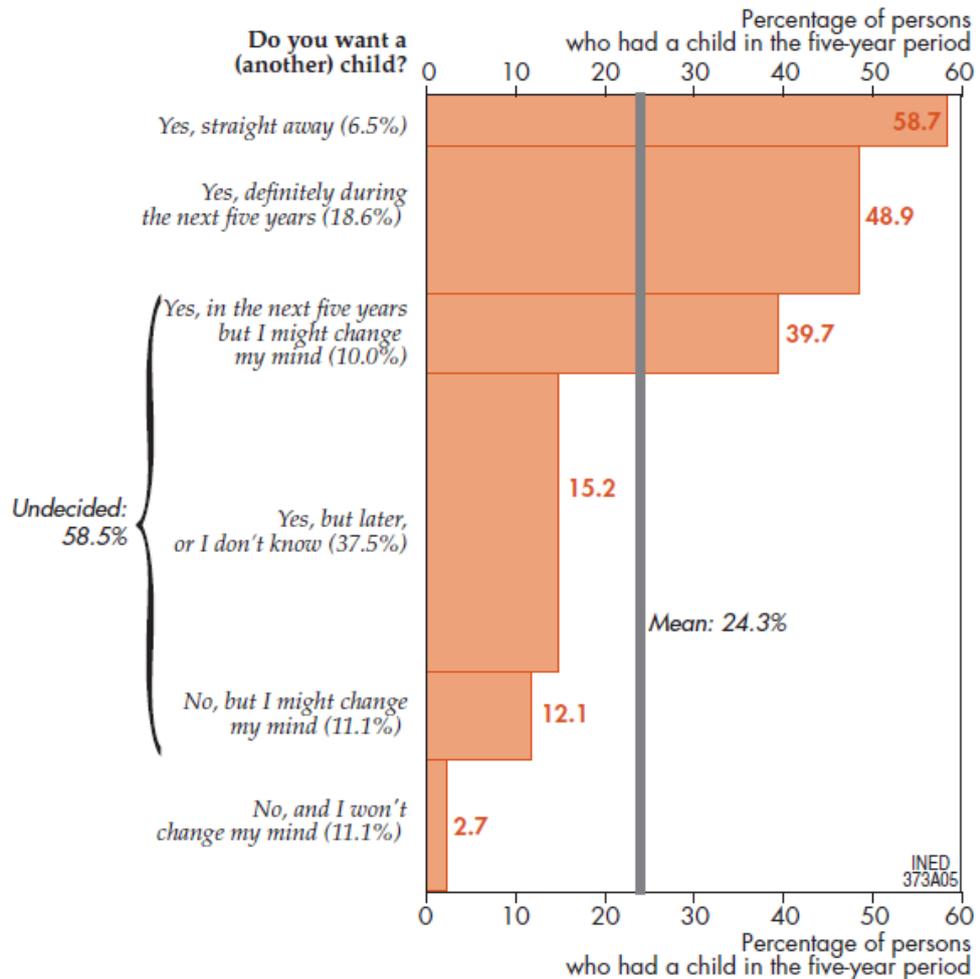
#### **4.2 Zum Zusammenhang von Kinderwunsch und realisierten Geburten**

Studien zum Zusammenhang zwischen Kinderwünschen und realisierter Kinderzahl weisen zwar meist auf einen positiven Zusammenhang zwischen beiden Größen hin, die Stärke des Zusammenhangs variiert jedoch zum Teil sehr deutlich (vgl. Hayford 2009: 266f.). Ruckdeschel (2007: 213) stellt zusammenfassend fest, dass „die genannte Kinderzahl umso wahrscheinlicher realisiert [wird], je enger der Zeithorizont und je konkreter die Frage ist.“ Ob zu einem bestimmten Zeitpunkt gewünschte Geburten im Lebensverlauf tatsächlich in vollem Umfang realisiert werden, hängt dabei sowohl von der Entwicklung persönlicher Lebensumstände als auch von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab (zum Beispiel Morgan und Rackin 2010, Régnier-Loilier und Vignoli 2011), während gewollte Kinderlosigkeit hiervon weniger beeinflusst zu werden scheint. Entsprechend hat sich gezeigt, dass „*negative intentions* are a very good predictor of future behaviours, while *positive intentions*, although still a good predictor, systematically overestimate observed fertility“ (Régnier-Loilier und Vignoli 2011: 362; Hervorhebungen nicht im Original).

Es ist wichtig festzuhalten, dass selbst wenn im *Durchschnitt* der Unterschied zwischen früher im Lebensverlauf geplanter und später tatsächlich erreichter Kinderzahl moderat ausfallen sollte, dies nicht unbedingt Rückschlüsse auf die Höhe der *individuellen* Wahrscheinlichkeit, ursprünglich formulierte Fertilitätsabsichten entsprechend realisiert zu haben, zulässt. So stellen etwa Morgan und Rackin (2010: 113) für amerikanische Geburtskohorten der Jahre 1957-64 fest, dass im Alter von 45 Jahren „only 43 percent of women had realized their intended parity at age 24. Instead, frequent errors in under- and

overachieving fertility intentions are partly compensating to produce similar overall levels of intent and behavior.“

**Abb. 23: Intendierte und tatsächliche Fertilität: Anteil befragter Männer und Frauen, die zwischen 1998 und 2003 mindestens ein Kind bekommen haben, differenziert nach ursprünglicher Absicht**



Quelle: Toulemon und Testa (2005: 1).

Auch Toulemon und Testa (2005) stellen auf Basis französischer Umfragedaten fest, dass ein erheblicher Anteil der Befragten, die angegeben haben, sicher ein (weiteres) Kind zu bekommen, ihre bei der ersten Befragung geäußerte Absicht bis zum zweiten Befragungszeitpunkt fünf Jahre später nicht realisiert

haben – und dass sich umgekehrt in der Gruppe derjenigen, die sicher oder wahrscheinlich kein (weiteres) Kind bekommen wollten Geburten beobachten lassen (wenn auch verhältnismäßig selten); vgl. Abb. 23. In weiterführenden Analysen stellte sich heraus, dass „the probability of having a child over the five-year period varies according to the reported intentions, but also according to age, marital status, duration of union – for persons in union – and number of children.“ (Toulemon und Testa 2005: 3)

### **4.3 Kinderwünsche in Deutschland im Zeit- und Ländervergleich**

#### **4.3.1 Entwicklung des Kinderwunsches in Deutschland über die Zeit**

Während die Geburtenziffern in Deutschland und anderen in ihrer demografischen Entwicklung fortgeschrittenen Gesellschaften bereits seit Jahrzehnten rückläufig sind beziehungsweise sich auf niedrigem Niveau stabilisiert haben, galt eine Zahl von zwei oder sogar mehr Kindern lange Zeit als nach wie vor ‚ideale‘ Familiengröße (vgl. Goldstein et al. 2003).

In Westdeutschland wurde im Rahmen von Eurobarometer-Befragungen jedoch schon 1979 und 1989 mit Werten von 1,95 beziehungsweise 1,97 eine durchschnittliche ideale Kinderzahl pro Familie<sup>13</sup> knapp unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus beobachtet (siehe INKA 1990: 16). Die für sich selbst als ideal betrachtete Kinderzahl („[F]or you personally, what would be the ideal number of children you would like to have or would have liked to have?“) lag im Eurobarometer 2001 in Westdeutschland sogar bei nur 1,73 (in der Altersgruppe 25-39 beziehungsweise den Kohorten 1962-76). Der entsprechende Wert für Ostdeutschland lag im gleichen Jahr bei 1,74 (Testa 2007: 362).

Diese ‚ideale‘ Kinderzahl zu Beginn der 2000er Jahre liegt damit sehr nah bei der in verschiedenen Befragungen erhobenen durchschnittlichen ‚gewünschten‘ Kinderzahl deutscher Frauen, die zwischen 1992 und 2005 konstant bei ca. 1,75 gelegen hat (siehe Tab. 4). Der stabile Durchschnittswert verbirgt je-

---

<sup>13</sup> Die zugrundeliegenden Fragen lauteten: „In your country today, what do you think is the ideal number of children for a family?“ (1979) beziehungsweise „In your country today, what do you think the ideal number of children is for a family like yours or the one you might have?“ (1989); vgl. Goldstein et al. (2003: 482).

doch massive Veränderungen in der Verteilung von Kinderwünschen nach Kinderzahl (siehe Tab. 5). Augenfällig ist hier vor allem der bereits seit den 1980er Jahren beginnende, aber insbesondere zwischen 1992 und 2003 erfolgte drastische Anstieg *gewollter Kinderlosigkeit* (im Osten von 15 % auf 26 %, im Westen von 21 % auf 40 % der noch Kinderlosen). Parallel hierzu sinkt – nach einem zwischenzeitlichen Anstieg – der Anteil derjenigen, die sich nur ein Kind wünschen, ebenfalls deutlich. Unabhängig davon, ob man vor dem Hintergrund dieser Befundlage von einer gesellschaftlichen Polarisierung sprechen möchte (vgl. etwa Huinink 2002), zeichnet sich zumindest eine bimodale Verteilung des Kinderwunsches – gleichermaßen bei Frauen *und* Männern – ab.

**Tab. 4: Durchschnittlicher Kinderwunsch von Frauen im Alter zwischen 20 und 39 Jahren**

	1988*	1992	2003	2005
Ø gewünschte Kinderzahl	2,15	1,75	1,74	1,75
Datenquelle	DJI Familien-survey	Family and Fertility Survey	Popul. Policy Accept. Study	Generations und Gender Survey

\* nur Westdeutschland

Quelle: Höhn et al. (2006: 16).

Neuere Ergebnisse von Testa (2007) auf Basis des Eurobarometer 2006 weisen auf eine persönliche ideale Kinderzahl in Deutschland von durchschnittlich 2,1 hin, was einem Anstieg – seit 2001 – von 0,4 entsprechen würde. Zwar weist die Autorin selbst darauf hin, dass dieser Befund mit großer Vorsicht zu interpretieren sei; der von ihr berichtete Wert entspricht aber auch der in den ersten drei pairfam-Wellen (2008-11) gleichbleibenden idealen Kinderzahl („Wie viele Kinder würden Sie im Idealfall insgesamt gerne haben?“) von zum Befragungszeitpunkt Kinderlosen (der entsprechende Wert liegt bei Eltern sogar noch etwas höher; persönliche Kommunikation mit Petra Buhr im Februar 2012).

**Tab. 5: Kinderwunsch nach Kinderzahl in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf – 20- bis 39-Jährige, nur Kinderlose, ohne Unentschiedene<sup>14</sup> (Zeilenprozente)**

Erhebungszeitpunkt	Gewünschte Kinderzahl				N
	0 Kinder	1 Kind	2 Kinder	3+ Kinder	
Ostdeutschland					
1982*	4,2	32,6	58,4	4,8	601
1987	3,5	35,9	55,4	5,1	626
1992	15,1	40,8	40,7	3,4	985
2003	25,8	18,5	49,5	6,2	275
Westdeutschland					
1988	14,4	7,9	58,6	19,1	2,526
1992	20,9	22,2	48,2	8,6	1,609
2003	39,8	8,2	41,5	10,4	364

\* nur Frauen im Alter von 19 bis 39 Jahren, kinderlos

Quelle: Klein (2006: 50). Berechnungen auf Basis der DDR-Kinderwunschstudien (1982 und 1987), des DJI Familiensurveys (1988) sowie der Population Policy Acceptance Studies (1992 und 2003).

Ob hier aber tatsächlich von einer *Trendwende* gesprochen werden kann, welche Implikationen dies für die tatsächliche Fertilität hätte und welche Ursachen einer solchen Entwicklung, falls es sie tatsächlich geben sollte, zu Grunde liegen (ob es sich etwa um verhaltens- oder kompositionsbedingte Veränderungen handelt; vgl. Edmonston et al. 2010), lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen.

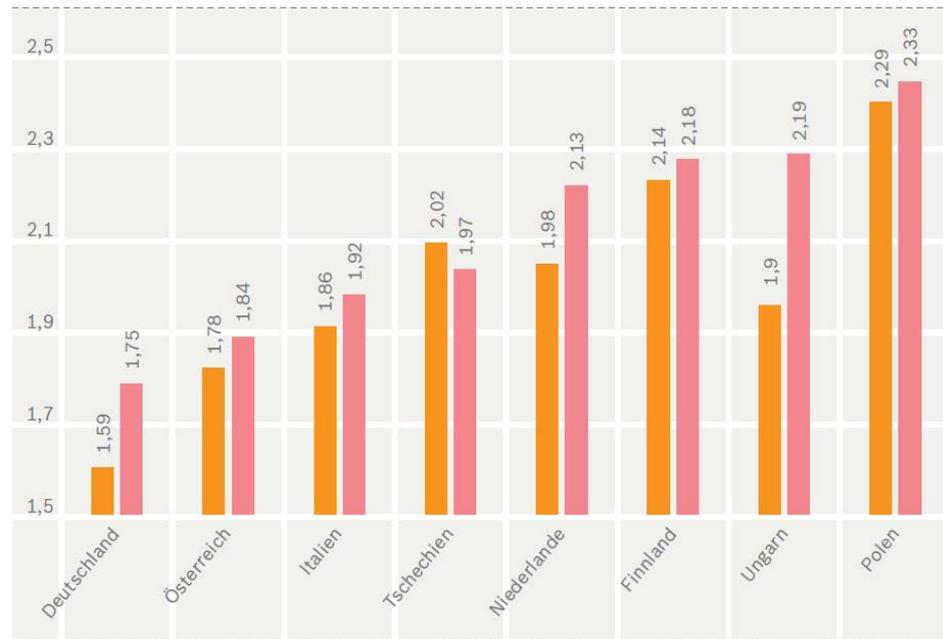
#### 4.3.2 Kinderwünsche in Deutschland im europäischen Vergleich

Deutschland gehört zu den europäischen Ländern mit der niedrigsten idealen oder gewünschten Kinderzahl (vgl. Abb. 24 und Tab. 6). Seit Beginn der international vergleichenden Erhebung von Kinderwünschen im Eurobarometer 1979 (vgl. INKA 1990) hat sich an diesem Befund nichts geändert, wenngleich die Entwicklung in den einzelnen Ländern zum Teil sehr unterschiedlich verläuft. So ist in den vergangenen Jahren die ideale Kinderzahl in einigen Län-

<sup>14</sup> Hierbei ist zu beachten, dass der Anteil der Unentschiedenen („weiß nicht“) in den 1980er Jahren bei unter 10 %, zum letzten Erhebungszeitpunkt jedoch bei ca. 25 % lag (Klein 2006: 48).

dern etwas gestiegen (zum Beispiel Irland, Niederlande), während sie in anderen weiter zurückgegangen ist (zum Beispiel Italien, Spanien); vgl. Tab. 6.

**Abb. 24:** Durchschnittliche gewünschte Kinderzahl von Männern (*orange-links*) und Frauen (*rosa-rechts*) im Alter 20 bis 49 in ausgewählten europäischen Ländern



Quelle: Höhn et al. (2006: 17). Berechnungen auf Basis der Population Policy Acceptance Study (2003).

Ein besonders interessanter Vergleichsfall ist *Österreich*, das viele strukturelle Ähnlichkeiten zu Deutschland aufweist. Auch hier lässt sich mindestens seit der Geburtskohorte 1946 ein stetig abnehmender Kinderwunsch beobachten, sodass „[y]oung adults in Austria expressed fertility intentions that were below the replacement-level threshold as early as in 1986 and women born since the mid-1950s consistently desired fewer than two children on average throughout their reproductive lives“ (Sobotka 2009: 387 und Abb. 1). Anders als in Deutschland findet sich im Eurobarometer 2006 – im Vergleich zur Befragung 2001 – für Österreich jedoch kein Hinweis auf einen Anstieg der per-

sönlichen idealen Kinderzahl (siehe Tab. 6); vgl. auch die aktuelle Untersuchung von Neuwirth et al. (2011) auf Basis des Generations and Gender Survey.<sup>15</sup>

**Tab. 6: Veränderungen der durchschnittlichen persönlichen idealen Familiengröße von Frauen im Alter 25 bis 39, nach Land (EU-15)**

Countries	Cohorts 1962-76		Diff. 2006-2001	Age 25-39		Diff. 2006-2001
	2001	2006		2001	2006	
Austria	1.75	1.75	0.00	1.75	1.69	-0.06
Belgium	2.25	2.25	0.00	2.25	2.23	-0.02
Denmark	2.43	2.63	0.20	2.43	2.50	0.07
Finland	2.49	2.50	0.01	2.49	2.61	0.12
France	2.51	2.66	0.15	2.51	2.48	-0.03
Germany	1.73	2.13	0.40	1.73	2.11	0.38
Germany East	1.74	2.23	0.49	1.74	2.08	0.34
Germany West	1.73	2.12	0.39	1.73	2.12	0.39
Greece	2.36	2.42	0.06	2.36	2.31	-0.05
Ireland	2.65	2.80	0.15	2.65	2.78	0.13
Italy	2.11	1.99	-0.12	2.11	2.02	-0.09
Luxembourg	2.27	2.28	0.01	2.27	2.14	-0.13
Netherlands	2.08	2.32	0.24	2.08	2.37	0.29
Portugal	2.10	2.32	0.22	2.10	2.23	0.13
Spain	2.21	2.16	-0.05	2.21	2.04	-0.17
Sweden	2.52	2.53	0.01	2.52	2.59	0.07
United Kingdom	2.43	2.42	-0.01	2.43	2.43	0.00
EU-15	2.16	2.29	0.13	2.16	2.24	0.08

Quelle: Testa (2007: 362). Berechnungen auf Basis der Eurobarometer 2001 und 2006.

Die Gründe dafür, dass Deutschland und Österreich hinsichtlich des Kinderwunsches die europäischen Schlusslichter bilden, sind laut Goldstein et al. (2003: 491) in erster Linie darin zu suchen, dass in diesen beiden Ländern bereits seit längerem junge Menschen in einem Kontext niedriger Fertilität aufwachsen und dadurch selbst einen geringeren Kinderwunsch entwickeln: „it

<sup>15</sup> Eine Ursache für die Divergenz Deutschlands und Österreich könnte der familienpolitische Paradigmenwechsel in Deutschland im Zusammenhang mit dem Elterngeld darstellen; vergleiche zu den unterschiedlichen familienpolitischen Entwicklungen Deutschlands und Österreichs Blum (im Erscheinen).

may be that a culture of low fertility has emerged in German-speaking Europe“ (vgl. hierzu auch Testa und Grilli 2006 sowie Kapitel 6).

#### 4.4 Entwicklung von Kinderwünschen über den Lebensverlauf

Die Ausprägung individueller Kinderwünsche wird durch ein ganzes Bündel von Einflussfaktoren bestimmt.<sup>16</sup> Diese Einflussfaktoren werden in Kapiteln 5 bis 7 ausführlich erläutert und daher hier nicht weiter dargelegt.

Unabhängig von einzelnen Einflussfaktoren variieren Kinderwünsche offenbar auch über die Zeit. Eine Reihe von Studien weist auf eine hohe Bedeutung von Erfahrungen und Ereignissen im *Lebensverlauf* und – damit zusammenhängend – auf eine hohe Plastizität der zu verschiedenen Zeitpunkten geäußerten Vorstellungen bezüglich der gewünschten oder erwarteten Kinderzahl hin (zum Beispiel Hayford 2009, Iacovou und Tavares 2011). So berichten etwa Heiland et al. (2008), dass bis zu 50 % der Panelbefragten des DJI Familiensurveys zu den Erhebungszeitpunkten 1988 und 1994/95 unterschiedliche Angaben zu der von ihnen gewünschten endgültigen Kinderzahl gemacht haben. Ein ähnliches Bild ergeben vorläufige Auswertungen der pairfam-Wellen 1-3 (persönliche Kommunikation mit Petra Buhr im Februar 2012). Dabei zeichnet sich im Lebensverlauf zwar tendenziell eine Anpassung nach unten ab, Liefbroer (2009) findet jedoch in einer Untersuchung für die Niederlande auch, dass ca. 14 % der befragten Männer und Frauen ihren Kinderwunsch zwischen dem Alter 26 und 44 nach oben revidiert haben. Auch dieser Befund wird durch vorläufige Auswertungen aktueller pairfam-Daten bestätigt (persönliche Kommunikation mit Petra Buhr im Februar 2012). Buhr und Kuhnt (2012) zeigen auf Basis der ersten beiden pairfam-Wellen, dass vor allem Änderungen

---

<sup>16</sup> Einen Überblick geben zum Beispiel Klein 2006 und Ruckdeschel 2004. So gibt es Befunde, die die Rolle individueller *Werthaltungen* betonen (zum Beispiel Ruckdeschel 2007) und solche, die auf *bildungsbezogene* Unterschiede von Kinderwünschen verweisen (zum Beispiel Klein und Eckhard 2005). Andere Untersuchungen zeigen, dass vor allem jüngere *Männer* einen weniger stark ausgeprägten Kinderwunsch aufweisen als Frauen (zum Beispiel Eckhard und Klein 2006). Zu den wenigen Studien, die sich mit Kinderwünschen von Männern beschäftigen, zählen ferner Ruckdeschel (2008) sowie Schmitt und Winkelmann (2005). Auch von Erwerbsstatus, arbeitsplatzbezogenen Merkmalen und familienpolitische Maßnahmen gehen Einflüsse auf den Kinderwunsch aus.

im *Partnerschaftsstatus* einen Einfluss auf die kurzfristige Stabilität des Kinderwunsches ausüben; längerfristig wirken sich darüber hinaus auch Erfahrungen im *Erwerbsleben* sowie mit früheren Kindern auf den (weiteren) Kinderwunsch aus (vgl. hierzu auch Klein und Eckhard 2008).

## TEIL B:

# EINFLUSSFAKTOREN

## 5 Soziodemografische Determinanten der Fertilität

### 5.1 Einflussfaktoren auf der Mikroebene

#### 5.1.1 Theoriebasierte Wirkungskanäle und Einflusskategorien

Die ökonomische Theorie der Fertilität begreift Kinder als ein – im technischen Sinne – ‚normales‘ Gut (Becker 1960, Ben-Porath 1973, Becker und Lewis 1973, Willis 1973): Die Nachfrage nach ihnen steigt mit dem Einkommen und sinkt mit dem Preis, den man im Verhältnis zu anderen nutzenstiftenden Gütern für sie aufwenden muss. In Modellen der Neuen Haushaltsökonomik, für die Becker mit der Haushaltsproduktionstheorie (1965) den Grundstein legte, sind die zentralen die Fertilität erklärenden Variablen auf der Seite der Restriktionen daher das verfügbare Haushaltseinkommen und die direkten Kinderkosten. Gegeben die Restriktionen realisiert der Haushalt annahmegemäß diejenige Kinderzahl, die seinen Präferenzen am nächsten kommt, sprich: seinen Nutzen maximiert.

Diese Modellkategorie hat in den letzten Jahrzehnten drei wesentliche Modifikationen erfahren: Zum einen wird dem Umstand Rechnung getragen, dass im Zuge der Bildungsexpansion die Zeitkosten von Frauen während der Kinderbetreuung deutlich gestiegen sind, sodass die Kinderkosten in explizite und implizite Kosten aufzuspalten sind und das Erwerbseinkommen der Frauen fortan – wegen eines geburtenfördernden Einkommens- und eines geburtenhemmenden Substitutions- (Opportunitätskosten-)Effektes – als ambivalent bezüglich seiner Wirkung auf die Fertilität anzusehen ist (Mincer 1963). Der Aspekt der Opportunitätskosten der Betreuungszeit gewinnt in der Lebensverlaufs-perspektive zusätzliche Bedeutung, da die Kosten über die kurzfristigen Einkommensverluste hinausgehen. Diese langfristigen Wirkungen wurden im Rahmen der Gesamtevaluation im Modul „Zentrale Leistungen im Lebensverlauf“ noch einmal aufgezeigt (siehe auch Boll 2009; 2011b).

Zum zweiten gewann der Aspekt der ‚Kinderqualität‘ zunehmend an Bedeutung, da man den positiven Zusammenhang zwischen elterlichem Einkommen und elterlichen Ansprüchen an Ausbildung, Kleidung, etc. ihrer Sprösslinge erkannte: Die Nachfrage nach Kindern hat neben der quantitativen auch eine qualitative Dimension, und zahlreiche Studien, auf die Becker (1960) selbst

hingewiesen hat (Dublin und Lotka 1946, Stigler 1950, Tarver 1956, Conrad und Meyer 1958) thematisieren schon früh diesen Zusammenhang. Der von Becker (1960) in seinem Quantity-Quality-Ansatz modellierte endogene Kinderpreis hat zum Ergebnis, dass bei einer Einkommenselastizität der Nachfrage in Bezug auf die ‚Kinderqualität‘, die die Einkommenselastizität in Bezug auf die ‚Kinderquantität‘ überkompensiert, die Fertilität per Saldo mit steigendem Einkommen *sinkt* (Willis 1973, Becker und Lewis 1973).

Schließlich berücksichtigt die Modellgruppe der unitären Modelle, wie die Modelle der neuen Haushaltsökonomik auch genannt werden, keine Interessenskonflikte zwischen den Partnern. Für das Geburtenverhalten wie auch für alle anderen Haushaltsentscheidungen wird vielmehr davon ausgegangen, dass die Partner identische Interessen verfolgen (daher die Bezeichnung „unitäre“ Modelle). Verhandlungstheorien auf Haushaltsebene als Gegenentwurf zu den unitären Modellen berücksichtigen demgegenüber explizit mögliche Interessenskonflikte: In dieser Modellkategorie sind Konsum- und Zeitverwendungsentscheidungen der Haushaltsmitglieder das Resultat innerpartnerschaftlicher Verhandlungsprozesse (Manser und Brown 1980, McElroy und Horney 1981, Chiappori 1988; 1992, Blood und Wolfe 1960, Kooreman und Kapteyn 1990, Schultz 1990, McElroy 1990, Ott 1992, Lundberg und Pollak 1993, Greenwood et al. 2003, Klawon und Tiefenthaler 2001, Rasul 2008, Steurer 2008, Hener 2010).<sup>17</sup> Bezüglich des Geburtenverhaltens ist eine mögliche Implikation der Verhandlungsmodelle, dass bei asymmetrisch zwischen den Partnern verteilten Spezialisierungsrisiken auf Kinderbetreuung eine Unterinvestition in Kinder resultiert, sprich: aus gesamtgesellschaftlicher Sicht zu wenig Kinder geboren werden. Anders ausgedrückt: Wenn die Frauen wissen, dass sie durch eine Arbeitsteilung, bei der sie sich auf die Kinderbetreuung konzentrieren, ihre Verhandlungsposition im Haushalt schwächen und wenn

---

<sup>17</sup> Dabei wird zwischen kooperativen Modellen, die von bindenden Vereinbarungen der Partner ausgehen („Nash Bargaining“ Modelle (Manser und Brown 1980, McElroy und Horney 1981) sowie „Collective Models“ (Chiappori 1988; 1992)) und nicht-kooperativen Modellen, in denen Vereinbarungen gebrochen werden können (zum Beispiel Lundberg und Pollak 1993; 2008), unterschieden; für einen Überblick vgl. Alderman et al. (1995), Browning et al. (2004) sowie Chiappori und Donni (2009).

diese Verhandlungsposition entscheidend für die Verteilung der Haushaltsgüter auf die Partner ist, wird dies ihre Geburtenbereitschaft reduzieren.

Unitäre und Verhandlungsmodelle eint die gemeinsame Botschaft, dass fertilitätsrelevante Einflussfaktoren über drei Kanäle wirken: über *Preise, Einkommen und Präferenzen*, und dass in vielen Fällen mehrere Kanäle zugleich betroffen sind.

Die in diesem Bericht diskutierten Einflussfaktoren der Fertilität auf der Mikroebene fangen die in empirisch getesteten, ökonomischen Fertilitätsmodellen unterschiedlicher Provenienz signifikanten Faktoren ein. Dabei können nicht alle potenziell relevanten Faktoren untersucht werden. So werden etwa gesundheitliche Restriktionen bei der Realisierung von Kinderwünschen ausgeblendet. Empirische Befunde zum Einfluss des Gesundheitszustandes auf die Fertilität sind zu einem großen Teil medizinischer Provenienz und müssen wegen des Fokus des vorliegenden Berichts auf den sozio-ökonomischen und institutionellen Impulsen hier vernachlässigt werden.

Die im Folgenden vorgestellten Einflussfaktoren teilen sich auf in soziale Hintergrundfaktoren (Kapitel 5.1.2), demografische Faktoren (Kapitel 5.1.3) sowie Humankapitalfaktoren, die wiederum in Bildungsfaktoren (Kapitel 5.1.4) und Faktoren, die die Erwerbstätigkeit und das erzielte Einkommen betreffen (Kapitel 5.1.5) gegliedert werden. Die Klassifikation orientiert sich damit in Teilen an der Vorgehensweise von Rønsen (2004). Die Analyse, ob ein Faktor die Einkommenssituation eines Haushalts oder/und den Relativpreis eines (weiteren) Kindes berührt oder/und etwas über die Präferenzen eines Haushalts aussagt, erleichtert die Identifikation politischer Steuerungsmöglichkeiten.

In den *sozialen Hintergrundfaktoren* sind auch Faktoren mit Einfluss auf die Präferenzen der Haushalte beziehungsweise Individuen enthalten.<sup>18</sup> Zwar ist die Annahme stabiler (exogener) Präferenzen in ökonomischen Modellen unverzichtbar, um die Verhaltenswirkungen veränderter Preise und Einkommen zu identifizieren, was bei der Aufgabe dieser Annahme nicht möglich wäre, da mit Präferenzänderungen jegliches Verhalten erklärbar wäre und überdies das

---

<sup>18</sup> Vergleiche ausführlicher zu Werten von Kindern für ihre Eltern den Value of Children Approach in Kapitel 6.3.2.

Feld der ökonomischen Expertise verlassen würde (Becker und Stigler 1977). Dennoch sind interpersonell unterschiedliche (zeit-, einkommens- und preis-stabile) individuelle Präferenzen plausibel, sodass die Veränderung von Einkommen und Preisen interpersonell variierende Fertilitätseffekte zeitigt. So können Personen mit unterschiedlichem Elternhaushintergrund unterschiedlichen Nutzen aus der Zahl ihrer Kinder ziehen. Darüber hinaus hängen die empirisch gemessenen Fertilitätseffekte auch von der Spezifikation des Kindernutzens ab (Hotz 2007). Wird angenommen, dass Eltern nicht aus der Zahl ihrer Kinder, sondern aus der mit ihnen verbrachten Zeit Nutzen ziehen, werden Geburten unter sonst gleichen Annahmen früher realisiert (Newman 1988).

Die *demografischen Faktoren* umfassen demografische Merkmale von Eltern und, sofern vorhanden, Kindern im Haushalt. Mit zunehmendem Alter der Mutter sinkt die gemeinsame Zeit mit Kindern, sodass der durch Kinder empfangene Nutzen, je nach Spezifikation der Präferenzstruktur, mit dem Alter abnehmen kann. Andererseits lassen sich mit dem Aufschub von Erst- oder Folgegeburten möglicherweise die Opportunitätskosten von Kindern reduzieren. Sind schon Kinder im Haushalt vorhanden, kann ein gewisser Geburtenabstand zur vorigen Geburt dann attraktiv erscheinen, wenn sich Eltern eine höhere Kinderzahl erst in späteren Jahren mit höheren Einkommen leisten können. Diese Beispiele zeigen, dass auch die demografischen Variablen in ihrer Wirkungsweise an die drei Wirkungskanäle Einkommen, Preise und Präferenzen angebunden sind.

Die *Humankapital-Faktoren* umfassen das Bildungsniveau sowie die Erwerbserfahrung (Training-on-the-Job); beide beeinflussen in hohem Maße die Einkommenserzielungskapazität am Markt und damit nicht nur die Kinder-nachfrage über den Einkommenseffekt, sondern zusätzlich auch über den Substitutionseffekt im Wege der einkommensabhängigen Zeitkosten der elterlichen Kinderbetreuung. Im Unterschied zu Rønsen (2004) werden den Humankapitalvariablen in diesem Bericht auch die Einkommenseinflüsse zugerechnet, da diese die marktmäßige Verwertbarkeit des Humankapitals unmittelbar reflektieren.

Gemäß der mikroökonomischen Theorie haben Personen mit hohem Bildungsstand oder/und hoher Erwerbsintegration wegen hoher Zeitkosten der Kin-

derbetreuung eine geringere, wegen des höheren Haushaltseinkommens jedoch eine höhere Geburtenwahrscheinlichkeit als Personen mit niedrigerer Erwerbsintegration. Welcher der beiden konträr wirkenden Effekte bezüglich der Fertilität überwiegt, hängt unter anderem vom vorherrschenden Modell geschlechtsspezifischer Rollenteilung und vom Grad der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im betreffenden Lebensumfeld ab. In West- wie Ostdeutschland waren 2008 12 % der nichterwerbstätigen Frauen im Alter von 35 bis 49 Jahren kinderlos; unter den erwerbstätigen waren es in Ostdeutschland nur 11 %, in Westdeutschland dagegen 26 % (Statistisches Bundesamt 2012a). Dieser statistische Befund belegt diese These bereits eindrucksvoll. Die empirische Evidenz für Deutschland und im Mehrländervergleich, wie im Folgenden dargestellt wird, gibt weitere Hinweise auf deren Gültigkeit. Das Bildungsniveau ist zugleich auch mit Präferenzen für Kinder hoch korreliert, was die Evaluation von Bildungseffekten erschwert.

Umgekehrt ziehen Beschäftigungs- und Einkommensunsicherheit, wie sie durch Arbeitslosigkeit angezeigt werden, eine sinkende Kindernachfrage nach sich. Rückläufige Geburtenraten in südeuropäischen Ländern seit den 1990er Jahren (McDonald 2000a, De la Rica und Iza 2005, González und Jurado-Guerrero 2006) oder in osteuropäischen Ländern nach dem Fall des Eisernen Vorhangs (Eberstadt 1994, Witte und Wagner 1995, Ranjan 1999, Kharkova und Andreev 2000) sind daher modellkongruent zu erklären. Die dem traditionellen Ansatz immanente Annahme des Alleinernährers der Familie vernachlässigt jedoch auch im Zusammenhang mit der Untersuchung der Wirkungen ökonomischer Unsicherheit die wachsende Bedeutung des gut gebildeten und erwerbstätigen weiblichen Partners für das Familieneinkommen. Nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit den Erfahrungen in Ostdeutschland nach der ‚Wende‘ nimmt seit einigen Jahren die empirische Evidenz zu Fragen zu, die sich mit der Bedeutung des Erwerbsstatus und der Arbeitsplatz- und Erwerbseinkommenssicherheit (allgemeiner: ökonomischen Sicherheit) auch des weiblichen Partners für das Geburtenverhalten beschäftigen.

### **5.1.2 Soziale Hintergrundfaktoren**

Die sozialen Hintergrundfaktoren der Partner werden als diejenige Variablenkategorie betrachtet, die die Präferenzen der Partner bezüglich ihrer Kinderwünsche am stärksten prägt. Dies gilt für Elternhaus-Faktoren wie den sozio-

ökonomischen Status der Eltern, die Geschwisterzahl, die sozialen Netzwerke, aber auch für die religiöse Orientierung. Auch der Familienstand beziehungsweise die Familienstands-Biografie kann präferenzindizierend sein und wird daher in dieser Kategorie erfasst. Zugleich spiegelt der Familienstand jedoch auch Budgetrestriktionen und implizite Kinderkosten wider.

#### **5.1.2.1 Sozio-ökonomischer Hintergrund des Elternhauses**

Kindbezogene Einstellungen werden durch Sozialisationserfahrungen im Elternhaus gebildet (Easterlin 1961). Kiernan (1995) zeigt für das Vereinigte Königreich, dass Teenager-Mütter und -Väter eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, aus einem Elternhaus mit niedrigem sozio-ökonomischem Status und finanziellen Schwierigkeiten zu kommen sowie selbst die Schulkarriere frühzeitig verlassen zu haben. Hinweise auf die Bedeutung des Erwerbsstatus der Eltern auf die Bildungs- und Karriereaspirationen sowie die Familienorientierung der Kinder geben auch Borck (2011) sowie Fortin (2005). Rønsen (2004) zeigt, dass norwegische Frauen, deren Vater Arbeiter war, ihr erstes Kind früher bekommen als Frauen, deren Vater Landwirt oder selbstständig beschäftigt war, und dass letztere wiederum früher Mutter werden als Frauen, deren Vater die Position eines leitenden Angestellten innehatte. Für höhere Paritäten ist der Einfluss des sozio-ökonomischen Status des Elternhauses schwächer. Für finnische Frauen kehrt sich der Einfluss auf Zweit- und Drittgeburten sogar um: Hier haben Töchter leitender Angestellter die höchste Übergangsrate. Für Deutschland kommt Huinink (1989) zu dem Ergebnis, dass ein hoher sozio-ökonomischer Status des Elternhauses sowohl zu verzögerten Erstgeburten als auch zu verzögerten Zweitgeburten führt.

#### **5.1.2.2 Familienstand der Eltern**

Huinink (1987) kann zeigen, dass Frauen und Männer, die in Ein-Eltern-Familien aufgewachsen sind, gegenüber Personen aus Paarfamilien ein höheres Risiko für frühe Geburten aufweisen, zugleich aber auch mit höherer Wahrscheinlichkeit kinderlos bleiben. Für das Vereinigte Königreich zeigen Aassve et al. (2006), dass die Wahrscheinlichkeit einer Geburt bei Töchtern alleinerziehender Mütter höher ist.

### 5.1.2.3 Geburtenverhalten der Eltern, Zahl der Geschwister

Die Zahl der Geschwister prägt die Präferenzen bezüglich der eigenen Familiengröße (Andorka 1978, Huinink 1989). So zeigen Kotte und Ludwig (2011) auf Basis von Daten der ersten beiden pairfam-Wellen, dass es einen signifikant positiven Zusammenhang zwischen der Anzahl der Geschwister und der Anzahl der selbst gewünschten und realisierten Kinder gibt. Auch Rønsen (2004) findet positive Effekte des Aufwachsens mit vielen Geschwistern auf den Übergang zur Erst-, Zweit- und Drittgeburt (Norwegen) beziehungsweise zur Erstgeburt (Finnland). Studien für Österreich legen ebenfalls einen positiven Zusammenhang zwischen Geschwisterzahl und (gewünschter oder realisierter) Kinderzahl nahe (Buber 2002, Hoem et al. 2001). Baudin (2010) leitet aus der Annahme, dass Eltern eine Fertilitätsnorm an ihre Kinder weitergeben, die Schlussfolgerung ab, dass eine Änderung ‚vererbter‘ hoher Kinderzahlen nur durch einen Produktivitätsschock bewerkstelligt werden kann; dieser würde – in der Modellterminologie gesprochen – das Gewicht der Zeitkosten von Kindern in den Vorder- und jenes der Präferenzen in den Hintergrund rücken.

### 5.1.2.4 Einflüsse im Herkunftsland der Eltern

Neben diesen individuellen Eltern-Einflüssen gibt es bei Personen mit Migrationshintergrund zusätzlich auch Hinweise auf die Übertragung kultureller Einflüsse aus dem Herkunftsland der Eltern. Fernández und Fogli (2009) zeigen für in den USA geborene Frauen, deren Eltern Einwanderer sind, dass das Erwerbs- und Fertilitätsverhalten dieser Frauen positiv mit der Frauenerwerbsquote und Geburtenrate im Herkunftsland ihrer Eltern, wie es 50 Jahre zuvor bestand, korreliert. Demnach sind die kulturellen Hintergründe im Herkunftsland der Eltern ein eigenständiger Erklärungsfaktor für das Geburtenverhalten dieser Frauen, der zu den Fertilitätserfahrungen auf der individuellen Ebene wie der Zahl der eigenen Geschwister (Fernández und Fogli 2006) hinzutritt.

### 5.1.2.5 Religiöse Orientierung

Eine Vielzahl von Studien belegt, dass die religiöse Orientierung ein valider Präferenzindikator ist, der einen Einfluss auf das Geburtenverhalten ausübt. So finden Groot und Pott-Buter (1992) für die Niederlande, dass religiöse Aktivität (gemessen an der Zahl der Kirchgänge pro Jahr) die Wahrscheinlichkeit der Mutterschaft erhöht, wenngleich der Effekt zumindest teilweise über die ge-

ringere Erwerbsbeteiligung religiös orientierter Mütter mit kleinen Kindern zu erklären ist. Zudem zeigt die Studie, dass der negative Effekt auf die Erstgeburt verschwindet, wenn nur Mütter in Ehen oder Partnerschaften betrachtet werden: In diesem Fall hat die religiöse Aktivität auch auf die Übergangswahrscheinlichkeit zur Erstgeburt einen positiven Einfluss. Dies bedeutet, dass religiös orientierte Personen in den Niederlanden die Konstitution der Partnerschaft zwar aufschieben, aber anschließend eine höhere Geburtenwahrscheinlichkeit aufweisen als religiös weniger affine Personen.

Nicht nur das religiöse Verhalten, auch die Konfessionszugehörigkeit spielt eine Rolle. Für West- und Ostdeutschland findet Vatterrott (2011) eine höhere Wahrscheinlichkeit der Erst- und Zweitgeburt für Frauen mit Religionszugehörigkeit als für konfessionslose Frauen, wobei der Effekt für katholische Frauen stärker ausgeprägt ist als für evangelische Frauen. Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass insbesondere hinsichtlich der Erstgeburt das Merkmal religiöse Orientierung die beobachtbaren Ost-/West-Unterschiede im Geburtenverhalten erklären kann. Auch Arránz Becker et al. (2010) untersuchen die Zusammenhänge von religiöser Orientierung und Geburtenverhalten in Deutschland. Die insgesamt eher schwach ausgeprägte Religiosität, die Arránz Becker et al. (2010: 58) für ostdeutsche Frauen konstatieren, hat nach Annahmen der Autoren komplexe Auswirkungen auf die Fertilität: Einerseits würde durch die geringe konfessionelle Bindung der Übergang zur Erstgeburt beschleunigt, da wenig religiöse Personen früher Partnerschaften aufnehmen und institutionalisieren. Gleichzeitig senke die schwach ausgeprägte Religiosität jedoch die Übergangsrate zum zweiten Kind. Der verzögernde Effekt der Religiosität auf die Eheschließung scheint dabei empirisch stärker zu wirken als sein beschleunigender Effekt auf die Fertilität nach der Heirat (Arránz Becker et al. 2010: 53): Für konfessionslose Befragte konnten die Autoren eine höhere Wahrscheinlichkeit für Erstgeburten feststellen als bei denjenigen, die einer Konfession angehörten (ebd.: 53). Damit stehen die Ergebnisse von Arránz Becker im Widerspruch zu jenen von Vatterrott<sup>19</sup>.

---

<sup>19</sup> Vatterrott führt die Ergebnisunterschiede in beiden Studien darauf zurück, dass in der Studie von Arránz Becker nur Kohorten ab 1970 betrachtet werden, für die das Merkmal

Zahlreiche weitere internationale Studien zum Thema bestätigen jedoch die gegenläufigen Effekte der Religiosität auf Timing und Gesamtkinderzahl, wie sie weiter oben bereits aus den Ergebnissen von Groot und Pott-Buter (1992) für die Niederlande berichtet wurden. So belegt Rønsen (2004) auch für Norwegen und Finnland, dass religiös aktive Mütter die Erstgeburt hinauszögern, aber nach erfolgter Erstgeburt höhere Übergangswahrscheinlichkeiten zum zweiten und dritten Kind aufweisen. Dies wird auch hier auf die Norm der Abstinenz außerehelicher sexueller Kontakte zurückgeführt. Kravdal (1996) zeigt für Norwegen, dass die Zahl der Kirchgänge den Einfluss des Betreuungsausbaus auf die Übergangswahrscheinlichkeit zum dritten Kind leicht erhöht. In einer früheren Studie zeigt derselbe Autor, dass Religiosität die Drittgeburtswahrscheinlichkeit in Norwegen generell positiv beeinflusst (Kravdal 1992). Auch in Österreich besteht ein positiver Zusammenhang zwischen Religiosität und der Kinderzahl, genauer: dem Wunsch nach einem zweiten Kind (Buber 2002) und der Realisierung einer dritten Geburt (Hoem et al. 2001). Schließlich ermitteln auch Hank et al. (2004) einen negativen Effekt der Konfessionslosigkeit auf die Erstgeburtenrate in Westdeutschland. Für Ostdeutschland können die Autoren allerdings keinen vergleichbaren Effekt feststellen.

Carl (2002: 61) zeigt in ihrer Literaturübersicht, dass gewollt kinderlose Personen im Vergleich zu Eltern in geringerem Ausmaß über religiöse Einstellungen verfügen. Es wird angenommen, dass ein Fehlen religiöser Einstellungen es vereinfacht, sich von religionsinhärenten Erwartungen bezüglich Kindern zu lösen. Auch die Befunde von Rupp (2005) zeigen in diesem Kontext, dass eine geringere Nähe zu Religion und eine deutlich weniger ausgeprägte Verbundenheit mit der Kirche eine Distanz zur Familiengründung begünstigen. Rupp sieht darin die positive Wirkung traditionaler und religiöser Einstellungen auf die Fertilität bestätigt (Rupp 2005: 27). Carl (2002: 178) findet daneben Unterschiede zwischen Eltern und gewollt kinderlosen Frauen und Männern mit Blick auf religiöse Einstellungen: Im Vergleich zu Eltern sind gewollt Kinderlose zu einem größeren Anteil konfessionslos und geben in geringerem Ausmaß an,

---

der Konfessionslosigkeit der dominante Einfluss auf die Erstgeburtswahrscheinlichkeit darstellt.

sich konfessionell gebunden zu fühlen. Die Frage nach Ursache und Wirkung bleibt hier jedoch unbeantwortet.

Zudem gibt es Hinweise, dass auch Unterschiede in der religiösen Orientierung der Partner eine Rolle spielen. So findet Lehrer (1996), dass diese die Geburtenwahrscheinlichkeit US-amerikanischer verheirateter Frauen mindern. Die Autorin erklärt dies damit, dass die Frauen in diesen Fällen mit mehr Konflikten bezüglich der Kinderwünsche rechnen und daher weniger bereit sind, sich auf marktferne Aktivitäten zu konzentrieren. Auch in Spanien führt die Zugehörigkeit der Partner zu verschiedenen Religionen zu einer größeren Differenz zwischen gewünschter und realisierter Kinderzahl (Adserà 2006).

Der Einflussfaktor Religiosität belegt, dass zur Analyse des Geburtenverhaltens mikrodatenbasierten Studien Vorrang gegeben werden sollte. Die Korrelation zwischen (aggregierter) Fertilität und religiöser Prägung auf der Makroebene hat das umgekehrte Vorzeichen zur Korrelation auf der Mikroebene: Traditionell stärker religiös beziehungsweise stärker katholisch geprägte Gesellschaften wie Italien, Spanien, Portugal haben generell (Ausnahme Irland) eine geringere Geburtenziffer als protestantisch geprägte Gesellschaften.<sup>20</sup> Da durch die religiöse Affinität auf der Makroebene jedoch auch weitere fertilitätsrelevante Faktoren wie beispielsweise das Angebot externer Kinderbetreuung beeinflusst werden, lässt sich der Einfluss der Religiosität nur auf der Mikroebene valide identifizieren.

#### **5.1.2.6 Partnerschaft, Partnerschaftsqualität, Geschlechterrollen der Partner**

Die Untersuchung von Hillmann und Kuhnt (2011) belegt, dass das Vorhandensein eines Partners beziehungsweise die Partnerschaftsqualität eine Bedeutung für Kinderwünsche und deren Realisierung hat. So zeigen Studien für Deutschland, Frankreich und Großbritannien, dass ein *fehlender Partner* den

---

<sup>20</sup> Gesamtfertilitätsrate in ausgewählten europäischen Ländern, Durchschnitt 1999-2009: Dänemark 1,79; Deutschland 1,36; Irland 1,96; Griechenland 1,34; Spanien 1,32; Frankreich 1,93; Italien 1,32; Niederlande 1,73; Norwegen 1,86; Österreich 1,38; Polen 1,30; Portugal 1,42; Finnland 1,79; Schweden 1,73; Vereinigtes Königreich 1,77 (Eurostat 2012a).

Übergang zur Mutterschaft verzögert und die Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten reduziert (Kreyenfeld 2009a, Eckhard und Klein 2012 für das erste und zweite Kind in Westdeutschland; Hank et al. 2004 für das erste Kind in West- und Ostdeutschland, Köppen 2003 für das zweite Kind in Westdeutschland und Frankreich, Aassve et al. 2006 für Großbritannien). Auch die Partnerschaftsdauer ist bezüglich einer Erstmutterschaft von Bedeutung. So zeigen Eckhard und Klein (2012) für Frauen einen signifikanten Interaktionseffekt des Kinderwunsches und der Partnerschaftsdauer auf: Vorhandene Kinderwünsche münden bei Frauen erst unter der Voraussetzung einer bestimmten Partnerschaftsdauer in einer Familiengründung, während die bloße Existenz einer Paarbeziehung für eine Realisierung des Kinderwunsches nicht ausschlaggebend ist. Die Autoren folgern daraus, dass der Wandel zu instabileren, kürzeren Partnerschaften dazu beiträgt, dass viele vorhandene Kinderwünsche von Frauen nicht realisiert werden.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die vielfach unterstellte geringere *Bindungsbereitschaft* von Männern hingewiesen. Vor allem jüngere Männer haben einen weniger stark ausgeprägten Kinderwunsch als Frauen (zum Beispiel Eckhard und Klein 2007). Für viele Männer stellt sich die Kinderfrage konkret erst in einer festen Partnerschaft und ist Partnerlosigkeit eine wichtige Erklärung für Kinderlosigkeit (vgl. Eckhard 2006). Auch Eckhard und Klein (2012) zeigen sowohl einen negativen Effekt von Partnerlosigkeit als auch von wahrgenommenen Partnerschaftsproblemen auf eine erste Vaterschaft auf und belegen zudem, dass Kinderwünsche bei Männern häufig erst mit der Zeit im Kontext einer stabilen Partnerschaft entstehen. Die zunehmend kürzeren Partnerschaftsdauern führen bei Männern somit häufig dazu, dass Kinderwünsche gar nicht erst entstehen.

Innerhalb bestehender Partnerschaften ergibt sich insgesamt ein Bild, dass auf einen gleichwertigen Einfluss der Kinderwünsche beider Partner auf Fertilitätsentscheidungen hindeutet (vgl. zum Beispiel die Analysen von Bauer und Kneip (im Druck) auf Basis von pairfam-Daten, sowie Pavetic und Stein 2011, die das Bamberger Ehepaar-Panel ausgewertet haben; siehe auch Thomson 1997). Im Fall nicht übereinstimmender Kinderwünsche kann es zu einem ‚Veto‘ eines Partners kommen, wobei die Verhandlungsmacht sowohl von individuellen Faktoren (zum Beispiel der Humankapitalausstattung der Frau; Rosina und Testa 2009) oder von strukturellen Faktoren (zum Beispiel der Lage auf

dem Partnermarkt; Bauer und Kneip, im Druck) abhängen kann. Hinsichtlich der realisierten Kinderzahl bei unterschiedlichen Kinderwünschen findet sich Evidenz dafür, dass Kompromisse geschlossen werden und Geburten aufgeschoben oder teilweise gar nicht realisiert werden, was – im Vergleich zu Paaren mit übereinstimmenden Kinderwünschen – zu tendenziell unterdurchschnittlichen Fertilitätsraten führt (zum Beispiel Testa et al. 2011, Thomson 1997).

In einer Reihe aufeinander bezogener empirischer Arbeiten (Miettinen et al. 2011, Puur et al. 2008, Westoff und Higgins 2009) konnte ferner gezeigt werden, dass *Einstellungen zu Geschlechterrollen* in der Partnerschaft und in der Gesellschaft (vgl. hierzu auch Kapitel 6.2.1 und 6.2.2) signifikant mit individuellen Kinderwünschen korrelieren. Die Richtung dieses vor allem bei Männern beobachteten Zusammenhangs konnte bislang jedoch nicht eindeutig determiniert werden, d.h. es gibt Hinweise darauf, dass sowohl besonders traditionelle als auch besonders egalitäre Einstellungen mit einem höheren Kinderwunsch einhergehen (vgl. hierzu insbesondere Miettinen et al. 2011; siehe auch Ruckdeschel 2009).

Zahlreiche Befunde gibt es inzwischen zum Einfluss des *Engagements des männlichen Partners im Haushalt und bei der Kinderbetreuung* auf das Geburtenverhalten. In einer deskriptiven Analyse im OECD-Querschnitt finden de Laat und Sevilla-Sanz (2011), dass in Ländern, in denen sich Männer stärker an der Familienarbeit beteiligen, Frauenerwerbsquoten und Fertilitätsraten höher sind. Auch in mikroökonomisch fundierten Studien zeigen sich teilweise positive Fertilitätseffekte familienaktiver Väter. So wirkt hohes Engagement des Mannes für Kinderbetreuung in Deutschland nach einer Studie von Cooke (2004) positiv auf die Wahrscheinlichkeit der Zweitgeburt. Auch für Österreich findet Buber (2002), dass der Wunsch der Frau nach einem zweiten Kind stimuliert wird, wenn der Partner bei der Kinderbetreuung hilft. Schließlich findet Cooke (2003) auch für junge italienische Paare, bei denen die Partnerin erwerbstätig ist, dass der Umfang der Kinderbetreuungszeit des Vaters einen positiven Effekt auf die zweite Geburt hat. Allerdings hat die Kinderbetreuungszeit des Partners in Dänemark und Spanien keinen signifikanten Effekt (Brodmann et al. 2007). Die Beteiligung des Partners an der zu verrichtenden Hausarbeit hat geringere Fertilitätseffekte als die väterliche Kinderbetreuung: Hier konnte Cooke (2004) für Deutschland keinen Einfluss auf den Übergang

zur Zweitgeburt finden. Auch für Ungarn kann kein signifikanter Effekt der Hausarbeitszeit von Vätern auf das Geburtenverhalten belegt werden (Oláh 2003).

#### 5.1.2.7 Gemeinsamer Haushalt und Familienstand

In Italien und Spanien ist die *Gründung eines gemeinsamen Haushaltes* für den Übergang zur Elternschaft zentral (González und Jurado-Guerrero 2006, Schmitt 2008). Darüber hinaus ist in zahlreichen Studien der Einfluss des *Familienstandes* auf die Fertilität belegt, allerdings mit international gemischten und zudem paritätsspezifischen Ergebnissen.<sup>21</sup> So finden Lesthaege und Moors (1995) für Deutschland, Frankreich, Belgien und die Niederlande heraus, dass bei Paaren die Wahrscheinlichkeit, nicht ehelich zusammenzuleben mit Religiosität und traditioneller Familienorientierung signifikant negativ korreliert. Der Einfluss auf die Fertilität ist jedoch mehrdeutig, wie bereits im Abschnitt zur Religiosität (vgl. Kapitel 5.1.2.5) deutlich wurde. So hat verheiratet zu sein für Frauen in Deutschland einen positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit einer ersten Geburt (Hank 2002). Ruckdeschel (2009) findet für deutsche Kinderlose einen höheren Kinderwunsch, wenn diese verheiratet sind und ebenfalls, wenn diese mit dem Partner zusammenleben (Referenzkategorie sind jeweils Unverheiratete ohne gemeinsamen Haushalt). Für den Übergang zur zweiten Geburt findet Hank (2002) ebenfalls einen positiven, Ruckdeschel (2009) dagegen keinen signifikanten Effekt des ehelichen Familienstandes. Für Ostdeutschland spielt der Familienstand für Geburtenentscheidungen ohnehin eher eine untergeordnete Rolle (Grünheid 2004). Auch für Deutschland insgesamt gilt, dass die Ehe immer weniger als Voraussetzung für die Elternschaft gesehen wird. So hat sich der Anteil der nicht ehelich geborenen Kinder zwischen 1995 bis 2010 von 15 % auf 33 % mehr als verdoppelt (Statistisches Bundesamt 2012a).

In Österreich spielt der Familienstand beim Übergang zum zweiten Kind keine Rolle (Buber 2002), wogegen der Familienstand der Ehe in Frankreich nur auf den Übergang zur zweiten, nicht dagegen auf jenen zur ersten Geburt einen positiven Einfluss hat (Ruckdeschel 2009). Auch in Kanada ist die Wahrschein-

---

<sup>21</sup> Vgl. hierzu auch Kapitel 6.3.1.

lichkeit einer Geburt generell bei verheirateten Partnern höher (Milligan 2002). Während der Status der Ehe in den meisten genannten Ländern zumindest teilweise geburtenstimulierend zu wirken scheint, zeigt sich für Skandinavien ein abweichendes Bild: Für Finnland kommt eine Untersuchung von Hardoy und Schøne (2005) zu dem Ergebnis, dass Mütter, die mit ihren Partnern unverheiratet zusammenleben, eine größere Wahrscheinlichkeit für weitere Geburten aufweisen als verheiratete Mütter. In Schweden und Norwegen ist der Familienstand schon seit den 1980er Jahren weitgehend entkoppelt vom Geburtenverhalten und eheähnliche Gemeinschaften haben eine lange Tradition; im Jahr 2003 wurden 56 % (Schweden) beziehungsweise 50 % der Kinder (Norwegen) nicht ehelich geboren (Billari 2005a; 2005b).

Der Familienstand ist überdies nicht nur im aktuellen Status fertilitätsrelevant. Einige Studien zeigen, dass auch die *Familienstands-Biografie* als Indikator für unbeobachtete Familienorientierungen dient. So zeigen Rønsen und Sundström (1996; 1997), dass Frauen, die ihren Partner heirateten, ohne zuvor mit ihm zusammengelebt zu haben, eine geringere Rückkehrwahrscheinlichkeit auf den Arbeitsmarkt besitzen als Frauen mit einer Phase des Zusammenlebens vor der Heirat, woraus sie eine höhere Familienorientierung mit einer höheren Geburtenwahrscheinlichkeit in der erstgenannten Frauengruppe ableiten. Rønsen (2004) kann diese These für Finnland und Norwegen insofern bestätigen als sie eine geringere Übergangswahrscheinlichkeit zum zweiten Kind bei verheirateten Müttern nachweist, die vor der ersten Geburt mit ihrem Partner zusammenlebten als bei Müttern, die keine solche Phase des vor-ehelichen Zusammenlebens aufweisen. Auf den Übergang zur Drittgeburt kann die Autorin für diese Faktoren jedoch keinen Einfluss finden. Für Deutschland kann Cooke (2004) keinen Einfluss der Monate des Zusammenlebens vor der Ehe auf die Übergangswahrscheinlichkeit zur Zweitgeburt feststellen. Auch das zeitliche Zusammentreffen von Heirat und Erstgeburt im selben Jahr ist in dieser Studie ohne Effekt.

Weiterhin gibt es Hinweise auf die Bedeutung der *Eheparität*. So findet Oláh (1996) für Schweden eine höhere Zweitgeburtswahrscheinlichkeit für Frauen, die zum Zeitpunkt der Erstgeburt in dritter oder höherer Ehe verheiratet waren als für Frauen, die zu diesem Zeitpunkt in erster oder zweiter Ehe verheiratet waren. Köppen (2003) findet sowohl in Westdeutschland als auch in Frankreich die höchste Zweitgeburtenrate bei Frauen, die mehrmals verheiratet

waren, die zweithöchste bei Frauen, die einmal verheiratet waren, und eine noch geringere bei Frauen, die niemals verheiratet waren oder geschieden sind. Breton und Prioux (2005) sowie Ekert-Jaffé et al. (2002) bestätigen für Französinen den positiven Effekt einer zweiten oder höheren Eheparität auf die Wahrscheinlichkeit einer ersten oder dritten Geburt.

Der Familienstand beeinflusst ferner auch den Fertilitätseffekt von Bildungsunterschieden zwischen den Partnern (Bauer und Jacob 2008). Bei Paaren mit einem Bildungsvorsprung des männlichen Partners, der Effizienzgewinne aus Spezialisierung nahelegt, hat dieses Merkmal nur in Ehen einen geburtenfördernden Effekt; bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften hingegen können die Autoren keinen signifikanten Geburteneinfluss des traditionellen Bildungsabstands zwischen den Geschlechtern finden. Die Autoren führen dies auf unterschiedliche Spezialisierungsrisiken und –vorteile der Kinderbetreuung, wie sie durch Verhandlungsmodelle modelliert werden, in Ehen versus Lebenspartnerschaften zurück.<sup>22</sup>

#### 5.1.2.8 Region

Geburtenraten variieren zum Teil deutlich zwischen Regionen (Andorka 1978).<sup>23</sup> Dies ist der Fall für unterschiedliche Gebietsstände innerhalb von Ländern sowie zwischen Ländern. Darüber hinaus spielt auch der Agglomerationsgrad eine Rolle: Einige Studien belegen eine signifikant höhere Geburtenneigung auf dem Land als in der Stadt (Andersson et al. 2004 für Zweit- und Drittgeburten in Schweden, Köppen 2003 für Zweitgeburten in Westdeutschland und Frankreich, Hank et al. 2004 für Ostdeutschland). In anderen Studien hat die Agglomerationsrate des Wohnortes dagegen keinen signifikanten Einfluss (Hank et al. 2004 sowie Hank 2002 für Westdeutschland, Buber 2002 für den Wunsch nach einem zweiten Kind in Österreich). In empirischen Fertili-

---

<sup>22</sup> Allerdings sind eingetragene Lebenspartnerschaften den Ehen nach dem Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz) inzwischen weitgehend gleichgestellt, mit Ausnahme des Splittingvorteils durch Zusammenveranlagung in der Einkommensteuer (Ehegattensplitting).

<sup>23</sup> Jedoch gilt für Deutschland, dass diese Unterschiede zumindest zum Teil auf selektive Wanderungsprozesse zurückzuführen sind (Huinink und Wagner 1989), worauf auch Hill und Kopp (2000) hinweisen.

tätsmodellen wird dem potenziellen Einfluss regionsspezifischer Faktoren zunächst dadurch Rechnung getragen, dass für möglichst viele beobachtbare Merkmale auf der wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Ebene kontrolliert wird. Darüber hinaus muss aber davon ausgegangen werden, dass unbeobachtete Regionaleffekte, vornehmlich Unterschiede im fertilitätsrelevanten Werte- und Normensystem, für einen Gutteil der statistisch unerklärten Restvariation verantwortlich sind. Diesen unbeobachteten Effekten wird in den Modellen durch die Aufnahme von Regionaldummys Rechnung getragen. Die Dummys zeigen die Dimension dieser unbeobachteten Regionaleffekte zwar auf, erklären sie aber noch nicht. Die empirische Fertilitätsforschung kann sich zur Gewinnung weiterer Erkenntnisse hinsichtlich des Einflusses fertilitätsrelevanter Einstellungen daher nur auf die theoretischen Wirkungskanäle, wie sie aus vorwiegend soziologischen Ansätzen hervorgehen, sowie auf regionale Unterschiede in Befunden zu erfragten Einstellungsunterschieden der Bevölkerung stützen (vgl. hierzu im Einzelnen Kapitel 7.2).

#### **5.1.2.9 Soziale Netzwerke im Nahbereich**

Die Bedeutung sozialer Interaktion in familiären und nicht-familiären sozialen Netzwerken für Fertilitätsabsichten und –verhalten wird in der demografischen Literatur stark diskutiert (zum Beispiel Rossier und Bernardi 2009). Jüngste empirische Evidenz hierfür liefern etwa die Ergebnisse einer international vergleichenden Studie von Balbo und Mills (2011a). Die Autorinnen finden in den Daten des Generations and Gender Survey für Frankreich, Deutschland und Bulgarien Hinweise darauf, dass durch persönliche Netzwerke erfahrene soziale Unterstützung, aber auch ein durch diese ausgeübter sozialer Druck die Absicht von Müttern und Vätern, ein zweites oder drittes Kind zu bekommen, signifikant beeinflusst. Bemerkenswert ist hierbei, dass die beobachteten sozialen Interaktionseffekte in solchen institutionellen Kontexten stärker ausfallen, die als weniger familienfreundlich erachtet werden (d.h. Bulgarien und Deutschland, im Vergleich zu Frankreich). Carl (2002) berichtet jedoch von gewollt Kinderlosen in Deutschland, dass diese sich zwar durchaus gesellschaftlichem Druck ausgesetzt sehen, diesen im sozialen Nahbereich (Eltern, Verwandte) allerdings selten wahrnehmen (vgl. Kapitel 6.1.2).

Soziale Netzwerke können nicht nur indirekt, über die von ihnen vermittelte soziale Unterstützung (oder im negativen Sinn: über den von ihnen ausgehen-

den sozialen Druck), Einfluss auf das Geburtenverhalten nehmen. Darüber hinaus können auch Geburten im Freundes- oder Bekanntenkreis mit einem stärkeren Kinderwunsch und mit einer höheren Wahrscheinlichkeit, diesen zu realisieren, einhergehen (Kotte und Ludwig 2011: Tabelle 4). Für die Elternschaft von Geschwistern finden Kotte und Ludwig mit den ersten beiden pairfam-Wellen keinen solchen Effekt. Für die Niederlande können Balbo und Mills (2011b) jedoch auch für die Elternschaft von Geschwistern einen positiven Einfluss auf das eigene Fertilitätsverhalten belegen (vgl. hierzu auch Lyngstad und Prskawetz 2010).

Soziale Netzwerke spielen auch hinsichtlich der Möglichkeit kostenloser Kinderbetreuung eine Rolle für das Geburtenverhalten. Familiäre Betreuungsnetzwerke reduzieren die den Eltern entstehenden Zeitkosten der Kinderbetreuung und wirken theoriegemäß positiv auf die Geburtenwahrscheinlichkeit, zumal wenn Alternativen wie das institutionelle Betreuungsangebot wenig ausgebaut sind. Die wenigen verfügbaren empirischen Befunde bestätigen die geburtenfördernde Wirkung des Vorhandenseins solcher Netzwerke vor Ort. So belegen Hank und Kreyenfeld (2003) für Deutschland, dass Eltern eines Partners am Wohnort der Familie die Übergangsrate zur Mutterschaft erhöhen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Ette und Ruckdeschel (2007). Hank et al. (2004) finden einen solchen Effekt – theoriekonform – nur für Westdeutschland, nicht aber für Ostdeutschland. García-Morán und Kuehn (2012) belegen für Deutschland einen positiven Effekt von Großeltern am Wohnort auf den Übergang in Mutterschaft und auf die Wahrscheinlichkeit von Müttern, einen regulären Teilzeit- oder Vollzeitjob auszuüben. Allerdings weisen die Autorinnen auch darauf hin, dass die Löhne der Mütter mit familialen Netzwerken vor Ort geringer sind als jene von Müttern, die nicht über diese Möglichkeiten der Kinderbetreuung verfügen, und begründen dies mit der Orientierung an den Großeltern eingeschränkten Mobilität der Frauen. Die reduzierten Opportunitätskosten von Kindern können somit nicht nur von der kostenlosen Kinderbetreuung, sondern zusätzlich auch von den geringeren Lohnsätzen dieser Frauen herrühren. Dementsprechend führt, wie García-Morán und Kuehn in ihrem Simulationsmodell zeigen, eine Erhöhung der staatlichen Kita-Subvention nicht zu einer höheren Erwerbstätigkeit, sondern zu einer erhöhten Mobilität dieser Frauen: das Substitut zur kostenlosen

Großelternbetreuung ist nunmehr erschwinglich und wird nach der lohn erhöhenden Wohnortverlagerung am neuen Wohnort in Anspruch genommen.

#### 5.1.2.10 Nationalität und Migrationserfahrung

Frauen mit einer im Vergleich zur Bevölkerungsmehrheit abweichenden Nationalität zeigen in einigen Studien eine höhere Geburtenneigung.

So haben nach Hank und Kreyenfeld (2003) Frauen mit einer ausländischen Nationalität (die ausländischen Frauen in dem Datensatz kommen aus Griechenland, Italien, Spanien, Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien) eine höhere Erstgeburtswahrscheinlichkeit. Dasselbe Ergebnis finden Hank et al. (2004) für Ausländerinnen in Westdeutschland. Hank (2002) kann allerdings keinen solchen Effekt feststellen. Bezüglich des Übergangs zu einer zweiten Geburt belegt weder die Studie von Hank und Kreyenfeld (2003) noch jene von Hank (2002) einen signifikanten Effekt der Nationalität.

Allerdings geht die Geburtenrate ausländischer Frauen in Deutschland seit Jahren zurück und nähert sich immer mehr der Rate deutscher Frauen an. Dies liegt auch an der veränderten Struktur der Ausländerinnen: Während die Anteile der Frauen mit einer höheren Geburtenhäufigkeit zurückgehen, steigt der Anteil der Osteuropäerinnen mit einer Geburtenrate, die zum Teil noch unter dem deutschen Wert liegt. Die Migrationserfahrung<sup>24</sup> spielt jedoch eine Rolle: Der Anteil Kinderloser ist unter im Ausland geborenen und nach Deutschland eingewanderten Frauen für die Jahrgänge 1979-1983 mit 51 % deutlich niedriger als unter in Deutschland geborenen Frauen mit 74 %, während für ältere Kohorten kaum Unterschiede festzustellen waren.<sup>25</sup> Die Kinderlosigkeit ist demnach bisher vor allem bei den Frauen ohne Migrationserfahrung angestiegen. Das Merkmal der Nationalität ist unter den Frauen mit Migrationserfah-

---

<sup>24</sup> Frauen mit Migrationserfahrung sind im Ausland geboren und nach Deutschland zugewandert. Sie können die deutsche oder eine ausländische Nationalität innehaben (vgl. Statistisches Bundesamt 2012a).

<sup>25</sup> Allerdings verdeutlichen die in Kapitel 6 referierten Studien, dass selbst in Frankreich der Einfluss von Migranten auf die Fertilität, wenn auch vorhanden, nicht als entscheidender Faktor für die relativ hohe Geburtenrate, beispielsweise im Vergleich mit Deutschland, gelten kann, sondern dass sich die beiden Nachbarländer insbesondere bezüglich familienbezogener Normen und Werte unterscheiden.

rung dagegen nachrangig für das Geburtenverhalten: Frauen mit ausländischer Nationalität, die jüngeren Jahrgängen angehören, haben kaum noch eine von Frauen mit deutscher Nationalität abweichende durchschnittliche Kinderzahl (Statistisches Bundesamt 2012a).

Breton und Prioux (2005) testen für Frankreich die Übergangswahrscheinlichkeit zum dritten Kind unter Europäerinnen und Frauen ohne europäische Nationalität und finden eine höhere Wahrscheinlichkeit für letztgenannte Gruppe, insbesondere, wenn die Frauen selbst viele Geschwister haben. Milligan (2002) fand für Kanada höhere Geburtenwahrscheinlichkeiten für Immigranten als für Nichtimmigranten. Für Großbritannien belegt eine Studie von Aassve et al. (2006), dass Menschen mit nicht-weißer ethnischer Herkunft die Familiengründung zwar verzögern, aber anschließend eine höhere Fertilitätsrate aufweisen.

#### **5.1.2.11 Wohnraum**

Zum Einfluss des Wohnraumes auf die Fertilität gibt es nur wenige empirische Befunde. Kohlmann und Kopp (1997) finden einen negativen Einfluss des Wohnraums (Anzahl der Wohnräume größer 6 qm) auf den Übergang zum ersten Kind, aber für Folgegeburten keine signifikanten Effekte. Für Italien und Spanien findet Cooke (2003) keinen Einfluss der Zimmeranzahl sowie der Zustimmung zur Aussage „Wohnkosten sind eine Bürde“ auf die Wahrscheinlichkeit der Zweitgeburt. Kulu und Vikat (2007) zeigen jedoch für Finnland, dass vom Wohnungstyp ein eigenständiger Geburteneffekt ausgeht. So ist der Übergang zur Erst-, Zweit- und Drittgeburt für Paare, die in Häusern leben, wahrscheinlicher als für Paare, die in Wohnungen leben. Bei Kontrolle für den Familienstand reduzieren sich die Unterschiede zwar (insbesondere bezüglich der Erstgeburt, da kinderlose Paare, die in Häusern leben, überwiegend verheiratet sind), bleiben aber auf statistisch signifikantem Niveau bestehen.

### **5.1.3 Demografische Faktoren**

#### **5.1.3.1 Alter der Mutter**

Der Einfluss des Alters der (potenziellen) Mutter auf die Fertilität ist, dies zeigen die meisten empirischen Studien, paritätsspezifisch. Für den Übergang zur ersten und zweiten Geburt finden zahlreiche Studien einen positiven Zusam-

menhang mit dem Alter, das heißt je älter die Frau ist, desto wahrscheinlicher sind diese Ereignisse (Hank und Kreyenfeld 2003, Hank 2002, Ruckdeschel 2009, Hardoy und Schøne 2005, Krapf 2009, Rønsen 2004). In der Regel nimmt der positive Alterseinfluss auf die Erstgeburt aber mit dem Alter der Frau ab (Hank und Kreyenfeld 2003, Hank 2002 für Westdeutschland, Hardoy und Schøne 2005). Zudem findet sich für die zweite und dritte Geburt häufig ein negativer Effekt des Alters (Hank et al. 2004 für Ostdeutschland, Gerster und Lappegård 2010, Cooke 2003, Rønsen 2004). Auch Kohlmann und Kopp (1997), die zwar einen negativen per Saldo-Effekt des Alters in paritätsunspezifischen Analysen ermitteln, konstatieren immerhin, dass der negative Alterseffekt umso stärker ausgeprägt, je höher die Parität ist. Der Abfall der Geburtenwahrscheinlichkeit beispielsweise zwischen dem 40. und dem 45. Lebensjahr ist demnach für Drittgeburten höher als für Zweit- oder Erstgeburten. Einen glockenförmigen Verlauf für die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Geburt in Abhängigkeit vom Alter der Mutter finden Lalive und Zweimüller (2005) für Österreich.

### 5.1.3.2 Anzahl, Alter und Geschlecht vorhandener Kinder

Nach der mikroökonomischen Theorie senken steigende Skalenerträge der Haushaltsproduktion die direkten Kosten und die Opportunitätskosten von Kindern. Ein bereits angeschaffter familientauglicher Pkw transportiert auch das dritte Kind zum Geigenunterricht, kleine Kinder können zeitgleich beaufsichtigt werden usw. Geschwisterprämien in familienpolitischen Maßnahmen wie gebührenreduzierte Kita-Plätze für Geschwisterkinder verstärken diese das Spacing von Geburten tendenziell reduzierenden Effekte. Dem stehen ggf. positiv Spacing-abhängige Einkommensverluste entgegen: So kann ein gewisser Abstand zur Erstgeburt erforderlich sein, um das während der ersten Babypause teilweise entwertete Humankapital zu restaurieren (vgl. hierzu Kapitel 5.1.5.6).

Ältere Befragungsergebnisse<sup>26</sup> legen nahe, dass eine starke Kindorientierung eher relevant für den Übergang zum ersten und zum dritten Kind ist; bei der zweiten Elternschaft sind es eher die Berufsorientierung der Frau sowie ihr

---

<sup>26</sup> Studie „Generatives Verhalten in Nordrhein-Westfalen“

Streben nach Unabhängigkeit, die den Verzicht auf ein zweites Kind nahelegen (Simm 1988). Das zweite Kind wird zudem als Spielkamerad für das erste Kind geboren (Fachinger 1981 nach Huinink 1989), und dieses Geburtenmotiv ist gemäß einer Studie von Urdze und Rerrich (1981) besonders ausgeprägt für Mütter mit höherem Bildungsniveau (Bolte 1980 nach Huinink 1989).

Die Zeitspanne, die seit der letzten Geburt vergangen ist, hat ebenfalls einen Einfluss auf den Übergang zur nächsthöheren Geburt. Haan und Wrohlich (2009) belegen eine geringere Geburtenwahrscheinlichkeit im laufenden Jahr, wenn im Vorjahr eine Geburt erfolgte. Rønsen (2004) findet allerdings für Norwegen und Finnland, dass weitere Geburten im Sinne eines Aufholeffektes zügiger erfolgen, wenn die Erstgeburt verzögert wurde. In einigen Ländern beziehungsweise Studien zeigt sich eine glockenförmige Verteilung der Wahrscheinlichkeit einer zweiten Geburt in Abhängigkeit vom Alter des ersten Kindes (Buber 2002 für Österreich, Cooke 2004 für Deutschland, Gerster und Lappegård 2010 für Norwegen, Köppen 2003 für Westdeutschland und Frankreich). Die höchste Wahrscheinlichkeit für die Zweitgeburt scheint in Österreich bei einem einjährigen Kind vorzuliegen. Mit zunehmenden Geburtenabständen folgen Norwegen (erstes Kind unter zwei Jahre alt), Deutschland (erstes Kind 24-48 Monate alt) beziehungsweise Westdeutschland (erstes Kind 25-36 Monate alt) und schließlich Frankreich (erstes Kind 37-48 Monate alt) (Cooke 2004, Köppen 2003). Für den Übergang zum dritten Kind wurde in Österreich ebenfalls ein glockenförmiger Zusammenhang mit dem Alter des vorherigen Kindes festgestellt (Hoem et al. 2001), mit der höchsten Übergangsrate zur Drittgeburt, wenn das zweite Kind ein Jahr alt ist. Für Norwegen zeigt Kravdal (1992), dass die Wahrscheinlichkeit für die Drittgeburt am höchsten bei einem zweiten Kind unter zwei Jahren ist.

Neben dem Alter der vorhandenen Kinder scheint auch deren *Geschlecht* eine Rolle für die Entscheidung für weitere Geburten zu sein. Breton und Prioux (2005) zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit einer dritten Geburt in Frankreich größer ist, wenn die beiden vorhandenen Kinder das gleiche Geschlecht haben. Denselben Befund liefern Pollard und Morgan (2002) für US-amerikanische Eltern. Auch Hank und Kohler (2000) liefern für 17 europäische Länder den Befund einer starken Präferenz für gemischtgeschlechtliche Kinder. Andersson et al. (2004) zeigen für Dänemark, Norwegen, Finnland und Schweden, dass weder vom männlichen noch vom weiblichen Geschlecht des

ersten Kindes eine erhöhte Übergangswahrscheinlichkeit zur Zweitgeburt ausgeht, dass aber Finnen eine Präferenz für einen Sohn und Norweger, Schweden und Dänen dagegen eine Präferenz für eine Tochter entwickelt haben. Eltern von zwei Kindern haben eine Präferenz für ein Kind jeden Geschlechts. Die Autoren schließen daraus, dass die zunehmende Chancengleichheit der Geschlechter in nordischen Ländern nicht mit einer Geschlechterindifferenz bezüglich der eigenen Kinder einhergegangen ist.

#### **5.1.4 Schulische und berufliche Bildung**

##### **5.1.4.1 Bildungsniveau des weiblichen Partners**

Die klare Botschaft empirischer Befunde ist, dass Geburtenentscheidungen bildungsabhängig sind (Bratti und Tatsiramos 2008). Dabei scheinen Ländereffekte und die Geburtenordnung eine Rolle zu spielen.

In Deutschland werden Frauen mit höherem Bildungsabschluss deutlich seltener und später Mutter als solche mit geringem Bildungsabschluss. Das Bildungsniveau korreliert daher auch in der überwiegenden Mehrheit der Studien negativ mit der Erstgeburtenwahrscheinlichkeit (Hank et al. 2004, Hank 2002, Ruckdeschel 2009, Huinink und Kreyenfeld 2004, Neyer et al. 2006, Bredtmann et al. 2009). Hohe Kinderlosigkeit von Akademikerinnen ist dabei vor allem ein westdeutsches Phänomen (Kreyenfeld 2004): In Ostdeutschland wich der Anteil der Kinderlosen unter den Akademikerinnen im Jahr 2008 kaum vom durchschnittlichen Kinderlosen-Anteil über alle Bildungsgruppen ab, während er in den alten Bundesländern zum selben Zeitpunkt rund zehn Prozentpunkte höher lag (Statistisches Bundesamt 2012a; vgl. hierzu auch Kapitel 3.1.5). Der Bildungseinfluss verliert beim Übergang zu höheren Geburtenparitäten allerdings an Bedeutung (Bredtmann et al. 2009 für beide Teile Deutschlands) beziehungsweise kehrt sich in einen positiven Effekt bei der Zweitgeburt (Kreyenfeld 2002, Hank 2002, Ruckdeschel 2009, Köppen 2006, Kohlmann und Kopp 1997; letztere allerdings auch für die Erstgeburt). Für deutsche Akademikerinnen zeigen sich zusammengenommen folgende Muster (Neyer et al. 2006): Erstens eine höhere Kinderlosigkeit, zweitens ein späteres Timing der Erstgeburt, aber anschließend eine höhere Übergangswahrscheinlichkeit zum zweiten Kind und drittens eine Polarisierung zwischen Kinderlosen und Frauen mit mindestens zwei Kindern (Huinink 1989, Grünheid 2004).

Allerdings zeigt Kreyenfeld (2000b), dass Akademikerinnen in der ehemaligen DDR vor der Wiedervereinigung eine höhere Erstgeburtswahrscheinlichkeit hatten als Frauen mit abgeschlossener Lehre: Erstere gingen nach abgeschlossener Ausbildung deutlich zügiger in Mutterschaft über als die letztgenannte Frauengruppe. In den alten Bundesländern verhielt es sich seinerzeit genau umgekehrt: Hier hatten Frauen mit Abitur auch dann noch eine signifikant niedrigere Erstgeburtswahrscheinlichkeit als Frauen mit Realschulabschluss, wenn man auch für die Dauer der Erwerbserfahrung nach Berufseinstieg kontrolliert (Kreyenfeld 2004). Nach der Wiedervereinigung näherte sich der Bildungseinfluss im Osten dem unveränderten Einfluss im Westen an: Der Hochschulabschluss verlor seinen positiven Effekt auf den Übergang zur Mutterschaft. Nunmehr hatten geringqualifizierte Frauen die höchste Erstgeburtswahrscheinlichkeit. Allerdings reduziert ein Hochschulabschluss den Übergang zur Erstgeburt in Ostdeutschland noch immer weniger stark als in Westdeutschland (Kreyenfeld 2000b).

Auch im europäischen Kontext zeigen die meisten Studien einen negativen Bildungseffekt auf die Erstgeburtswahrscheinlichkeit (Bratti und Tatsiramos 2008). Dies gilt etwa für Skandinavien (Krapf 2009, Neyer et al. 2006, Rønsen 2004 für Norwegen). Der Abstand zum zweiten und sogar zum dritten Kind ist dagegen auch in Skandinavien kürzer (Lappegård 2010, Gerster und Lappegård 2010, Duvander und Andersson 2006, Andersson et al. 2004, Duvander et al. 2010, Hardoy und Schøne 2005, Kravdal 1992, Oláh 1996, Rønsen 2004 für Norwegen). Anders als in (West-)Deutschland sind Akademikerinnen in Skandinavien allerdings, trotz späterem Übergang in Mutterschaft, nicht häufiger kinderlos als Frauen mit geringerem Bildungsniveau. In Spanien und Italien ist der Zusammenhang zwischen Bildung und Erstgeburtenrate ebenfalls strikt negativ, für zweite oder weitere Geburten finden Studien teilweise ebenfalls einen positiven Effekt (De la Rica und Iza 2004, Baizán 2009, Brodmann et al. 2007, Cooke 2003). In angloamerikanischen Ländern scheint generell, nicht nur für den Übergang zur Erstgeburt, ein negativer Effekt zwischen Bildungsniveau und Geburtenwahrscheinlichkeit zu bestehen (Aassve et al. 2006, Milligan 2002). Für Frankreich dagegen wurde ein U-förmiger Zusammenhang bezüglich der Zweitgeburtenrate (Köppen 2003), für Österreich bezüglich der dritten Geburt gefunden (Hoem et al. 2001). Das heißt, in Frankreich (Österreich) haben Frauen mit mittlerer Bildung eine niedrigere Übergangswahr-

scheinlichkeit zum zweiten (dritten) Kind als Frauen mit niedriger Bildung und zugleich eine niedrigere als Frauen mit höherer Bildung. Schließlich belegen auch Gustafsson und Wetzels (2000) in einer Studie für die Länder Deutschland, Großbritannien, Schweden und die Niederlande, dass höher gebildete Frauen in allen vier Ländern und sowohl in den 1990er als auch in den 1980er Jahren stärker zur Aufschiebung von Geburten neigten als niedriger gebildete Frauen. Sie begründen dies in einem Lebenszyklusmodell der Fertilität mit dem doppelten Aufschiebungsvorteil, der sich aus abnehmenden Lohnwachstumsraten bei ununterbrochener Vollzeitkarriere („Benchmark-Frau“) im Zeitverlauf ergibt: Der Lohnabstand zur „Benchmark-Frau“ sinkt nicht nur während der Auszeitphase, sondern zusätzlich auch nach dem Wiedereinstieg in das Erwerbsleben.

Allerdings gibt es auch hier abweichende Ergebnisse. So zeigt Schmitt (2008), dass der Bildungseinfluss auf Mutterschaft in Großbritannien nur schwach ausgeprägt ist. Rønsen (2004) findet, dass in Finnland nicht nur gering qualifizierte, sondern ebenso hoch qualifizierte Mütter eine erhöhte Übergangswahrscheinlichkeit zur Erstgeburt haben. Tivig et al. (2011) führen diese kontroversen Ergebnisse auf die unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen zurück, die dem Staat eine von Land zu Land abweichende moderierende Funktion zuweisen.

#### **5.1.4.2 Berufsfeld in der weiblichen Bildungsentscheidung**

Auch das Berufsfeld beeinflusst Entscheidungen zur Mutterschaft: So weisen Frauen mit einem Berufsabschluss für Unterrichts- oder Gesundheitsberufe eine deutlich niedrigere Kinderlosigkeit und eine deutlich höhere Kinderzahl auf als andere Frauen (Hoem et al. 2006 für Schweden, Lappegård 2002 sowie Lappegård und Rønsen 2005 für Norwegen). Nicht nur Bildungs-, sondern auch Berufswahlentscheidungen werden aber in engem Zusammenhang zur Familienorientierung getroffen; ähnlich wie bei Bildungsentscheidungen ist auch hier zu vermuten, dass sich Personen selbst in Orientierung an ihrem beabsichtigten Geburtenverhalten in bestimmte Berufe beziehungsweise Berufsfelder einwählen (Mincer und Polachek 1974). In der Tat gibt es Hinweise aus empirischen Studien dafür, dass Frauen mit einer hohen Präferenz für Kinder ihre Ausbildungs- und Erwerbsentscheidungen an dieser Präferenz orientieren (Bauer und Jacob 2008, Klevmarken und Tasiran 1996). Diese wechselseitige

Kausalität erschwert die Interpretation der Einflüsse von bildungs- und berufsbezogenen Merkmalen auf das Geburtenverhalten. Die potenzielle Endogenität des Arbeitsangebots soll in der mikroökonomischen Simulation Berücksichtigung finden.

#### **5.1.4.3 Bildungsniveau des männlichen Partners**

Ein positiver Fertilitätseffekt eines hohen Bildungsstands des weiblichen Partners kann auch vom hohen Bildungsniveau ihres Partners herrühren: Dies ist der Fall, wenn Ehepartner einander im Bildungsniveau gleichen („assortative mating“) und vom hohen männlichen Bildungsniveau über den Einkommenseffekt ein positiver Fertilitätseffekt ausgeht. In der Tat zeigen Studien für Deutschland, dass bei Kontrolle für das Bildungsniveau des Partners der positive eigenständige Effekt mütterlicher Bildung auf die Übergangswahrscheinlichkeit zur Zweitgeburt verschwindet oder zumindest deutlich schwächer ausfällt (Kreyenfeld 2002; 2003, Köppen 2006). Ein positiver Einfluss mütterlicher Bildung verweist dann auf die Hintergrundvariable einer hohen Partnerbildung, die die ökonomische Stabilität des Haushalts gewährleistet, während die Erträge des mütterlichen Bildungsniveaus am Markt gar nicht eingefahren werden. Hingegen bleibt der positive Fertilitätseffekt eines hohen mütterlichen Bildungsniveaus auf die Zweitgeburt auch bei Kontrolle für die Partnerbildung erhalten, wenn die Mutter ihre Qualifikation am Arbeitsmarkt einkommensbildend einsetzen kann (Köppen 2006 für Frankreich).

Die empirischen Befunde zum Einfluss des Bildungsniveaus des männlichen Partners auf die Übergangswahrscheinlichkeit zum zweiten und dritten Kind sind gemischt. Positive Effekte finden Brodmann et al. (2007) für Spanien, Andersson et al. (2004) sowie Duvander und Andersson (2006) für Schweden, Duvander et al. (2010) für Norwegen und Finnland, Hardoy und Schøne (2005) sowie Lappegård (2010) für Norwegen. Einen generell positiven Geburteneffekt männlicher Bildung finden gar Milligan (2002) für Kanada und Cooke (2004) für Deutschland.

Keine signifikanten Effekte finden Köppen (2003) für Westdeutschland, Ruckdeschel (2009) für Frankreich, Brodmann et al. (2007) für Dänemark und Klaseen und Launov (2006) für Tschechien. Einen negativen Effekt finden Aassve et al. (2006) für Großbritannien sowie Hoem et al. (2001) für Österreich (bezogen auf die dritte Geburt).

#### **5.1.4.4 Bildungsabstand der Partner**

Bauer und Jacob (2008) haben den Geburteneffekt des Bildungsabstands zwischen den Partnern für Deutschland untersucht. Die höchste Wahrscheinlichkeit für Kinderlosigkeit haben demnach hypogame Paare, in denen die Frau ein höheres Bildungsniveau hat als der Mann, gefolgt von homogamen Paaren mit hohem Bildungsabschluss beider Partner. Ein traditionelles Bildungsgefälle mit einer höheren Bildung des männlichen Partners (hypergame Paare) induziert die höchste Geburtenwahrscheinlichkeit. Allerdings kommt es auf den Typ der Bildung an: Der geburtenfördernde Effekt stellt sich nur bei einem entsprechenden Abstand im beruflichen Bildungsniveau ein. Die Autoren sehen ihre Befunde kongruent mit den Theorien zur Partnerwahl, nach denen (allgemeine) Bildung als Komplement und Einkommenspotenzial (berufliche Bildung) als Substitut angesehen werden. Fertilitätsfördernd wirken demnach zum einen eine Konformität von Rollenbildern, für die das allgemeine Bildungsniveau ein Indikator ist, und zum anderen Diversität von Einkommenserzielungspotenzialen, die über die berufliche Bildung bestimmt werden. Der geburtenhemmende Effekt eines weiblichen Bildungsvorsprungs kann im Rahmen von Verhandlungsmodellen damit erklärt werden, dass bei traditionellen Rollenerwartungen in der Partnerschaft die Frau trotz ihrer höheren Einkommenserzielungskapazität das Spezialisierungsrisiko zu tragen erwartet. Zudem kann der weibliche Bildungsvorsprung die Verhandlungsposition der Frau in der Aushandlung der Kinderzahl stärken. Hat die Partnerin einen geringeren Kinderwunsch als ihr Partner, verschafft ihr der Bildungsvorsprung die Möglichkeit, diesen durchzusetzen.

#### **5.1.4.5 Laufende Ausbildung**

Vom erreichten Bildungsniveau zu unterscheiden ist die Bildungspartizipation, das heißt der Status „in Ausbildung“. Personen in Ausbildung haben eine signifikant niedrigere Erstgeburtswahrscheinlichkeit als Personen mit abgeschlossener Ausbildung; dieser Sachverhalt kann als länderübergreifend empirisch gesichert gelten (Schmitt 2008, Kreyenfeld 2000b; 2004, González und Jurado-Guerrero 2006, Bratti und Tatsiramos 2008, Blossfeld und Jaenichen 1990, Blossfeld und Huinink 1991, Groot und Pott-Buter 1992, Hank 2002 sowie Hank et al. 2004 für Westdeutschland, Gebel und Giesecke 2009 für Ost- und Westdeutschland, Oláh 2003 sowie Krapf 2009 für Schweden, Baizán 2009 für

Spanien, Vikat 2004 für Finnland). Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene führt das längere Verweilen in Bildungsinstitutionen zu einem Geburtenaufschub (Institutioneneffekt: Brüderl und Klein 1991). Bildungspartizipation und Bildungsstand stehen daher in einem engen Zusammenhang. Ohne Kontrolle für die Bildungspartizipation der Person, mithin für die Dauer der Ausbildung, würde der Bildungsniveaueffekt auf die Fertilität verzerrt ausgewiesen (Blossfeld und Huinink 1991). In Deutschland gilt der negative Einfluss des Ausbildungsstatus auch für höhere Paritäten, in anderen Ländern ist dies nicht unbedingt der Fall. So findet sich kein Einfluss für Folgegeburten in Frankreich (Köppen 2006) und in Spanien (Baizán 2009). Auch für Ostdeutschland vor der Wende stellt sich der Einfluss abweichend dar: Kreyenfeld (2000b) kann zeigen, dass der Status „in Ausbildung“ in Ostdeutschland seinerzeit sogar einen positiven Erstgeburtseffekt hatte (vgl. die in der ehemaligen DDR übliche Parallelität von Familiengründung und beruflicher Etablierung). Auch nach der Wiedervereinigung gilt, dass der Umstand, in Ausbildung zu sein, die Erstgeburtswahrscheinlichkeit in Ostdeutschland entweder signifikant weniger reduziert als in Westdeutschland (Kreyenfeld 2000b) oder sogar gar nicht beeinflusst (Hank 2002, Hank et al. 2004).

## **5.1.5 Erwerbstätigkeit und Einkommen**

### **5.1.5.1 Beschäftigungsstatus und -sicherheit des weiblichen Partners**

Studien, die den Einfluss des Erwerbsstatus auf die Fertilität analysieren, sind zahlreich (u. a. Cigno und Ermisch 1989, Kravdal 1992; 2002, Kohlmann und Kopp 1997, Andersson 2000, Kreyenfeld 2000a; 2009, Hoem et al. 2001, del Boca 2002, Buber 2002, Oláh 2003, Castles 2003, Cooke 2003; 2004, Rønsen 2004, Vikat 2004, Kreyenfeld 2004, Adersà 2004; 2006, Bhaumik und Nugent 2005, Lalive und Zweimüller 2005, De la Rica und Iza 2005, Klasen und Launov 2006, Aassve et al. 2006, Björklund 2006, Brodmann et al. 2007, Bratti und Tatsiramos 2008, Schmitt 2008, Baizán 2009, Gebel und Giesecke 2009, Ruckdeschel 2009, Gerster und Lappegård 2010, Kalwij 2010).

Ein aktueller Beschäftigtenstatus der Frau wirkt dann, wenn Familie und Beruf als unvereinbar angesehen oder/und Mütter vorwiegend die Rolle der Betreuungsperson innehaben, signifikant negativ auf den Übergang in Elternschaft (vgl. Schmitt 2008 für Finnland, Frankreich, Großbritannien und Deutschland

sowie Bratti und Tatsiramos 2008). So findet Cooke (2004) für Deutschland für die Konstellation ‚männlicher Alleinverdiener – weibliche Hausfrau‘ einen positiven Effekt auf die Fertilität. Demgegenüber haben Französinen in Doppelverdiener-Paaren signifikant häufiger einen Kinderwunsch als in Paaren, in denen nur der Mann ein Erwerbseinkommen erzielt; hier wirkt die weibliche Erwerbstätigkeit positiv auf den Kinderwunsch (Ruckdeschel 2009). Auch in der ehemaligen DDR erhöhte eine aktuelle Beschäftigung die Erstgeburtswahrscheinlichkeit (Kreyenfeld 2004), was auf einen starken Einkommenseffekt bei subjektiv erlebter Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine Ernährerinnen-Rolle ostdeutscher Mütter hinweist. Dies hat sich in Ostdeutschland auch nach der Wiedervereinigung nicht geändert: Eine Studie von Gebel und Giesecke (2009) bestätigt, dass die Sicherung einer stabilen Arbeitsmarktposition der Frau hier einen maßgeblichen (positiven) Effekt auf die Erstgeburtswahrscheinlichkeit hat, während in Westdeutschland die Arbeitsmarktlage des männlichen Partners in diesem Zusammenhang die dominante Rolle spielt.

Weiterhin haben auch in Schweden beschäftigte Frauen eine höhere Wahrscheinlichkeit, Mutter zu werden, als nicht beschäftigte (Krapf 2009). Umgekehrt verhält es sich in Tschechien und Großbritannien: Dort haben beschäftigte Frauen eine geringere Erstgeburtswahrscheinlichkeit als nichtbeschäftigte (Aassve et al. 2006 für Großbritannien, Klasen und Launov 2006 für Tschechien). Auch in Finnland haben arbeitslose Mütter eine höhere Übergangsrate in Mutterschaft als erwerbstätige Frauen (Vikat 2004). Für Spanien sind die Befunde widersprüchlich. Nach einer Studie von De la Rica und Iza (2005) haben neben den nichtbeschäftigten auch die befristet beschäftigten Frauen eine niedrigere Wahrscheinlichkeit für die erste Geburt als (unbefristet) beschäftigte Frauen, nach einer Studie von Baizán (2009) ist die Übergangsrate in Mutterschaft für Hausfrauen dagegen höher als für beschäftigte Frauen. Für Folgegeburten hat der Erwerbsstatus hier keinen Effekt.

Bezüglich der Übergangsraten zur Zweit- und Drittgeburt sind die Befunde gemischt. So wirkt eine aktuelle Erwerbstätigkeit in Norwegen positiv auf die Übergangsrate zum zweiten, aber negativ auf den Übergang zum dritten Kind (Gerster und Lappegård 2010). In Finnland haben nach einer Studie von Vikat (2004) Hausfrauen die höchste Wahrscheinlichkeit, zum zweiten oder dritten Mal Mutter zu werden, gefolgt von arbeitslosen Frauen (Zweitgeburt) bezie-

ungsweise erwerbstätigen Frauen (Drittgeburt). In Norwegen dagegen hat eine Erwerbstätigkeit nach der zweiten Geburt keinen Einfluss auf den Übergang zur dritten Geburt (Kravdal 1992). Auch für Österreich (Lalive und Zweimüller 2005) und Tschechien (Klasen und Launov 2006) werden keine signifikanten Effekte des Beschäftigtenstatus auf die Zweitgeburt gefunden.

Die hohe Bedeutung des Vereinbarkeitskontextes für den Effekt der Frauenbeziehungsweise Müttererwerbstätigkeit auf die Wahrscheinlichkeit von (weiteren) Geburten wird auch im Länderquerschnitt belegt: In Ländern mit hohen Frauenerwerbsquoten ist tendenziell auch die Geburtenrate höher; der einst negative Zusammenhang zwischen beiden Größen hat sich in eine positive Korrelation verkehrt (siehe hierzu weiter unten Kapitel 7.3.1).

Umgekehrt indiziert ein aktueller Arbeitslosenstatus fehlendes laufendes Erwerbseinkommen und künftige Einkommensunsicherheit. Betrifft diese den weiblichen Partner, legt die ökonomische Theorie wiederum zwei Effekte nahe: Aus dem Einkommenseffekt heraus wird die Geburtenbereitschaft gedämpft, aus dem Substitutionseffekt heraus wird sie zugleich stimuliert. Denn da die Erwerbsalternative aktuell offenbar nicht zur Verfügung steht, sind die Opportunitätskosten der Kinderbetreuung gering. Wiederum kommt es für den per Saldo-Effekt darauf an, welche Rolle die Partnerin in der Partnerschaft für den Einkommenserwerb innehat. Hier zeigen sich länderspezifische Effekte.

Bhaumik und Nugent (2005) zeigen, dass die subjektiv erlebte Beschäftigungsunsicherheit des weiblichen Partners in West- wie Ostdeutschland einen U-förmigen Verlauf hat: Mit steigendem Arbeitslosigkeitsrisiko sinkt die Geburtenwahrscheinlichkeit zunächst, um ab einem gewissen Schwellenwert wieder anzusteigen. Unterhalb des Schwellenwerts dominiert also der negative Einkommenseffekt, oberhalb der Schwelle der positive Opportunitätskosteneffekt. Beide Effekte sind jedoch für Ostdeutschland nach dieser Studie deutlich schwächer ausgeprägt als für Westdeutschland.

Andersson (2000) findet für Schweden keinen Effekt der Arbeitslosigkeit von Frauen auf die Geburtenwahrscheinlichkeit. Für Finnland findet dagegen Vikat (2004), dass die Erstgeburtenrate am höchsten bei arbeitslosen Frauen, gefolgt von erwerbstätigen Frauen, ist. Hausfrauen oder Frauen in Ausbildung haben eine geringere Übergangsrate in Mutterschaft als die erstgenannten

beiden Gruppen. Offenbar wird Arbeitslosigkeit in diesen Ländern mit einer relativ hohen Vereinbarkeit von Familie und Beruf als vorübergehendes Phänomen bei einer grundsätzlich hohen Erwerbsorientierung sowie Erwerbs- und Einkommensverantwortung der Frauen für die Familiengründung gesehen. Der Übergang zur zweiten und dritten Geburt ist in der Studie von Vikat (2004) dagegen bei Hausfrauen am wahrscheinlichsten.

Auch befristeten Beschäftigungsverhältnissen werden vereinzelt Fertilitätseffekte zugeschrieben. So haben in Spanien nach einer Studie von De la Rica und Iza (2005) befristet beschäftigte Frauen eine niedrigere Wahrscheinlichkeit für die erste Geburt als unbefristet beschäftigte Frauen. Dies bestätigt auch die Studie von Baizán (2009), ohne allerdings für Folgegeburten entsprechende Effekte zu finden. Für Deutschland finden Eckhard und Klein (2012) einen signifikant negativen Effekt befristeter Beschäftigung auf eine Erstgeburt bei Frauen. Adserà (2006) erklärt in ihrer Analyse des Spanish Fertility Survey der Jahre 1985 und 1999 die unterhalb der gewünschten Kinderzahl liegende Anzahl realisierter Geburten mit unsicheren Erwerbschancen (hohe Arbeitslosigkeit, Zeitverträge) junger Frauen und zeigt, dass stabile Beschäftigung im öffentlichen Sektor einen wichtigen Beitrag zur Schließung dieser Lücke leisten kann. Speziell für die zweite Geburt findet Cooke (2003) für Italien und Spanien jedoch keinen Einfluss der Beschäftigung im öffentlichen Sektor.

Ein bedeutender Einfluss auf die Wirkungsstärke ökonomischer Unsicherheit scheint vom Bildungsniveau als Drittvariable auszugehen. Kreyenfeld (2000a) findet für Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung, dass insbesondere bei Frauen mit geringem Bildungsniveau der Status der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit positiv auf den Übergang zur Erstgeburt wirkt. In einer späteren Untersuchung (Kreyenfeld 2009a) konkretisiert sie diesen Befund, indem sie feststellt, dass subjektiv erlebte ökonomische Unsicherheit für niedrig gebildete Frauen einen Geburtenanreiz, für hochqualifizierte Frauen dagegen einen Anreiz zum Aufschub der Erstgeburt darstellt. Auch Schmitt (2008) belegt, dass Langzeitarbeitslosigkeit bei deutschen Frauen die Übergangswahrscheinlichkeit zur Erstgeburt erhöht, insbesondere wenn sie nur über einen niedrigen Ausbildungsabschluss verfügen. Ferner haben auch im Vereinigten Königreich arbeitslose, niedrig qualifizierte Frauen eine höhere Erstgeburtswahrscheinlichkeit (Schmitt 2008). Offenbar verstärkt in den genannten Ländern bei geringer Bildung die ökonomische Unsicherheit den Anreiz, angesichts geringer Alternativkos-

ten eine Geburt und damit den Eintritt in ein alternatives Lebensmodell mit Kindern zu wagen, während bei hoher Bildung die ökonomische Unsicherheit eher als temporär empfunden wird, was eine Aufschiebung der Geburtenentscheidung begünstigt.

#### **5.1.5.2 Arbeitsstundenzahl des weiblichen Partners**

Offenbar spielt jedoch auch der Umfang der Erwerbstätigkeit eine Rolle. Berufliche Belastungen (Zeitdruck) wirken sich in einer international vergleichend angelegten Untersuchung auf Basis des European Social Survey von Begall und Mills (2011) insbesondere in solchen gesellschaftlichen Kontexten negativ auf die Absicht, ein (weiteres) Kind zu bekommen aus, in denen wenig Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Cooke (2004) zeigt für Deutschland, dass die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Geburt mit steigender Arbeitsstundenzahl der Mutter zurückgeht. In Italien, wo auf dem rigiden Arbeitsmarkt vergleichsweise wenige Teilzeitstellen angeboten werden, wirkt sich der regionale Anteil von Teilzeitstellen an allen Arbeitsstellen positiv auf den Übergang zum zweiten Kind (und die Erwerbstätigkeit von Müttern) aus (del Boca 2002). Für Ungarn und Schweden findet Oláh (2003), dass im Vergleich mit nichterwerbstätigen Frauen vollzeitbeschäftigte Frauen eine geringere Übergangsrate zur Zweitgeburt haben.<sup>27</sup> Anders verhält es sich in Österreich: Hier haben Frauen, die mindestens 35 Wochenstunden arbeiten, eine höhere Übergangsrate zur Zweitgeburt als nichterwerbstätige Frauen (Buber 2002).

#### **5.1.5.3 Berufliche Stellung des weiblichen Partners**

Kohlmann und Kopp (1997) zeigen für Deutschland, dass Frauen mit niedrigem beruflichem Status gegenüber nichterwerbstätigen Frauen eine höhere Geburtenwahrscheinlichkeit für Erst-, Zweit- und Drittgeburten aufweisen. Die Auto-

---

<sup>27</sup> Für Schweden wurde zwischen verschiedenen Arten der Nicht-Erwerbstätigkeit kontrolliert. Nur Frauen in Elternzeit und Hausfrauen haben eine höhere Wahrscheinlichkeit einer zweiten Geburt im Vergleich zu Vollzeit erwerbstätigen Frauen. Aber Frauen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit oder „sonstiger Nicht-Erwerbstätigkeit“ nicht berufstätig sind (sowie Teilzeit erwerbstätige Frauen), haben kein signifikant von Vollzeit erwerbstätigen Frauen abweichende Wahrscheinlichkeit einer Zweitgeburt. Studentinnen haben eine signifikant geringere Zweitgeburtenwahrscheinlichkeit als Vollzeit erwerbstätige Frauen.

ren belegen zudem, dass die berufliche Stellung der Frau insbesondere bei der Erstgeburt eine große Rolle spielt und führen dies darauf zurück, dass die Erstgeburt als das einschneidende machtvördernde Ereignis innerhalb der Ehe gilt. Frauen mit niedrigem beruflichem Status bekommen nach diesen Befunden mit hoher Wahrscheinlichkeit ein erstes Kind. Zu demselben Ergebnis kommen Cigno und Ermisch (1989) für Großbritannien, führen dies jedoch auf steilere Einkommensprofile von Frauen in höherer beruflicher Stellung zurück, die den Aufschub von Geburten und, damit verbunden, eine geringere Gesamtkinderzahl pro Frau in dieser Gruppe bewirken. Gegenüber den genannten Befunden, die implizit an dem mit dem beruflichen Status korrelierenden Lohnverzicht (Opportunitätskosten) anknüpfen, gibt es auch Hinweise auf positive Fertilitätseinflüsse der Beschäftigungs*qualität* im Sinne individueller Gestaltungsspielräume bei der ausgeübten Tätigkeit. In einer international vergleichend angelegten Untersuchung auf Basis des European Social Survey zeigen Begall und Mills (2011), dass Frauen, die angeben, ein höheres Maß an Kontrolle über ihre Arbeit zu haben, eher beabsichtigen, ein zweites Kind zu bekommen.

#### 5.1.5.4 Erwerbserfahrung des weiblichen Partners

Neben dem aktuellen Erwerbsstatus spielt in einigen Studien auch die Anzahl der Monate oder Jahre, die eine Frau schon gearbeitet hat, eine Rolle. Rønsen (2004) findet für finnische Frauen einen negativen Einfluss von Erwerbserfahrung zum Zeitpunkt der Erstgeburt auf die Übergangsrate zur Zweitgeburt. Für Österreich belegen Hoem et al. (2001), dass sich eine Nichterwerbstätigkeit vor der ersten und zwischen der ersten und zweiten Geburt positiv auf die Übergangsrate zur Drittgeburt auswirkt. Auch für Westdeutschland und Frankreich findet Köppen (2003), dass fehlende Erwerbserfahrung („noch nie gearbeitet“) die Übergangsrate zur Zweitgeburt erhöht. Demgegenüber wirkt die Anzahl der Monate in Erwerbstätigkeit in Dänemark und Spanien positiv auf den Übergang zum zweiten Kind (Brodmann et al. 2007). Insbesondere bei Frauen ohne jegliche Erwerbserfahrung sowie bei der Entscheidung für die Drittgeburt dominieren vermutlich Selektionseffekte, da hier die Kindorientierung vermutlich sehr stark ausgeprägt ist (Simm 1988).

### 5.1.5.5 Lohneinkommen des weiblichen Partners

Wie Walker (1995) für Schweden zeigen kann, ist die Bedeutung des Anstiegs weiblicher Einkommen über die Zeit für die Fertilitätsentwicklung um ein Vielfaches höher als andere Faktoren, veränderte familien- und steuerpolitische Rahmenbedingungen eingeschlossen. Im Detail ist der Einfluss komplex, da er sich für erwerbsorientierte Frauen – wie schon die Einflüsse von Bildung und Beschäftigung – aus zwei konträr wirkenden Einflüssen zusammensetzt: Ein höheres Einkommen wirkt über den Substitutionseffekt negativ und über den Einkommenseffekt zugleich positiv auf die Fertilität. Zudem muss auch von Selektionseffekten ausgegangen werden, da das Lohneinkommen nicht nur Ursache, sondern auch Folge von (geplanter) Fertilität und daraus abgeleiteten Bildungsinvestitionen ist: Für familienorientierte nichterwerbstätige Frauen sind Lohneinkommen gar nicht beobachtbar.

Die Stärke des Substitutionseffektes hängt davon ab, ob und in welcher Höhe Opportunitätskosten der Kinderbetreuung aus der einkommenserzielenden Tätigkeit entstehen. Dies ist zunächst von zwei Faktoren abhängig: Dem Anteil der Kinderbetreuungszeit, der gemäß den vorherrschenden Werten beziehungsweise Präferenzen als unabänderlicher elterlicher Eigenbetreuungsanteil angesehen wird, sowie dem Preis und der Verfügbarkeit von externer (außerfamiliärer) Kinderbetreuung für den als prinzipiell substituierbar angesehenen Zeiteanteil. Somit haben einerseits die Einstellungen zur Fremdbetreuung von Kleinkindern und andererseits das informelle und das institutionelle Kinderbetreuungsangebot einen Einfluss auf den Fertilitätseffekt einer Einkommenserhöhung. Ermisch (1989) hat das Quantity-Quality-Modell von Becker und Lewis (1973) um die Komponente der Verfügbarkeit externer Kinderbetreuung erweitert und gelangt zu einem U-förmigen Zusammenhang zwischen Fertilität und Lohneinkommen der Mutter: Bei geringen Löhnen reicht die Lohnerhöhung nicht aus, um einen Einkommenseffekt in Gang zu setzen; externe Betreuung kann sich der Haushalt nur in geringem Ausmaß leisten, sodass die Lohnerhöhung nur die Opportunitätskosten erhöht, mit negativem Fertilitätseffekt. Bei hohen Löhnen und hoher Inanspruchnahme externer Betreuung überwiegt der Einkommenseffekt den Opportunitätskosten-Effekt, die Fertilität reagiert modellgemäß positiv. Der Break-Even-Point zum positiven Fertilitätseffekt wird dabei bei umso geringerem Einkommen erreicht, je niedriger

die Kinderbetreuungskosten und je höher (unter sonst gleichen Umständen) die angebotene Qualität der Betreuung ist.

Kann die empirische Evidenz diese Thesen belegen? Zahlreiche Studien finden einen geburtenaufschiebenden Effekt hoher weiblicher Lohnraten (Heckman und Walker 1990 sowie Klevmarken und Tasiran 1996 für Schweden, Merrigan und St Pierre 1998 für Kanada sowie Rønsen 2004 für Norwegen und Finnland, jedoch mit geringerer Effektstärke als Heckman und Walker für Schweden). Für Spanien finden Brodmann et al. (2007) generell einen negativen Geburten Einfluss hoher Fraueneinkommen. Für Dänemark ist der Effekt in derselben Studie interessanterweise nicht signifikant.

Die Selektionshypothese legt nahe, dass Frauen mit hohen Löhnen eine höhere Arbeitsmarktorientierung und eine geringere Geburtenneigung haben, so dass der geburtenaufschiebende Lohneffekt nicht mit höheren Opportunitätskosten, sondern mit unbeobachteter geringerer Familienorientierung zu begründen wäre. Unbeobachtete Heterogenität in den Präferenzen für Kinder konkurriert als Erklärungsansatz (Selektionshypothese) also mit dem Erklärungsansatz unbeobachteter Heterogenität in den Fähigkeiten (niedrige Opportunitätskosten wegen niedriger Einkommenserzielungskapazität). Hier offenbart sich wieder das bereits andernorts diskutierte Problem wechselseitiger Kausalität, das in diesem Fall die Aussagekraft des weiblichen Lohnsatzes als Erklärungsfaktor für das Geburtenverhalten in Frage stellt.

Hierzu ist zweierlei anzumerken. Erstens erhöhen niedrige Einkommen nur unter bestimmten weiteren Annahmen die Geburtenwahrscheinlichkeit (Jones et al. 2011). So muss die Kindererziehung ausreichend zeitintensiv in Bezug auf die Zeit der Eltern sein. Darüber hinaus muss eine hohe Substitutionselastizität zwischen Kindern und anderen nutzenstiftenden ‚Konsumgütern‘ vorliegen, da ansonsten der positive Substitutionseffekt den negativen Einkommenseffekt nicht dominiert. Zweitens können *positive* Lohneffekte auf die Fertilität weder mit der Selektions- noch mit der Opportunitätskostenhypothese, sondern nur mit dem Einkommenseffekt des Lohnes erklärt werden. Insofern schließen die theoretischen Erklärungsansätze zum Einfluss von Humankapitalfaktoren auf die Fertilität einander nicht aus, sondern ergänzen sich, und es ist eine Frage der geeigneten Modellspezifikation, die in den Daten dominanten Wirkungsbeziehungen abzubilden.

In der Tat belegen zahlreiche Studien, vor allem in Vereinbarkeitskontexten, den positiven Einfluss des weiblichen Lohnsatzes auf die Geburtenwahrscheinlichkeit, so beispielsweise für die Erstgeburt schwedischer Frauen (Andersson 2000, Krapf 2009). Auch für Finnland kann Vikat (2004) einen positiven Einfluss des weiblichen Einkommens auf den Übergang zur Erstgeburt bei jüngeren Frauen sowie allgemein für den Übergang zur Zweitgeburt feststellen. Beim Übergang zur Drittgeburt zeigt sich der von Ermisch (1989) theoretisch begründete U-förmige Verlauf. Einen U-förmigen Verlauf findet Vikat in derselben Studie auch für den Übergang älterer Frauen (31-44 Jahre) zur Erstgeburt. In dieser Altersgruppe haben demnach sowohl finnische Frauen mit sehr niedrigem wie auch mit sehr hohem Erwerbseinkommen eine hohe Übergangswahrscheinlichkeit in Mutterschaft, während bei Frauen unter 31 Jahren der Übergang in Mutterschaft umso wahrscheinlicher ist, je höher ihr Einkommen ist. Auch für Deutschland findet Cooke (2004) einen positiven Lohneffekt. In Österreich wirkt das Einkommen im letzten Job positiv auf die Übergangsrate zur Zweitgeburt (Lalive und Zweimüller 2005).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass dort, wo Beruf und Familie als vereinbar wahrgenommen werden und zusätzlich bei jungen Frauen, bei denen die Option ‚Hausfrau‘ kaum noch existiert, der Einkommenseffekt dominiert: Steigende Löhne stimulieren hier die Geburtenneigung. Bei älteren Frauen sowie höheren Geburtenordnungen zeigen sich zuweilen noch U-förmige Verläufe: Hier braucht es für die Durchsetzungskraft des Einkommenseffektes das Überschreiten eines gewissen Einkommensschwellenwertes.

Einen anderen Blick auf den weiblichen Lohnsatz haben Verhandlungsmodelle der Haushaltsproduktion. Ein Kriterium, nach dem bei unterschiedlichen Interessen der Partner entschieden wird, ist die "power rule" (Bauer und Jacob 2008: 4). Unter der Annahme nicht bindender Absprachen, also der möglichen Auflösung der Beziehung, geben die Interessen des Partners mit der relativ stärkeren Verhandlungsmacht letztlich den Ausschlag für die Fertilitätsentscheidung des Paares. Die Verhandlungsmacht wird vom außerhalb der Ehe beziehungsweise Partnerschaft erreichbaren Nutzenniveau als ‚Drohpunkt‘ bestimmt. Ein hohes Erwerbseinkommen eines Partners signalisiert eine hohe materielle Unabhängigkeit dieses Partners, da auch außerhalb der Partnerschaft eine hohe Einkommenserzielungskapazität besteht. Daher steigt die relative Verhandlungsmacht mit dem Lohneinkommen. Bestehen nun Diffe-

renzen der Partner bezüglich Kinderwünschen und hat die Frau einen höheren Kinderwunsch als der Mann, ist sie qua ihrer starken Verhandlungsposition in der Lage, diesen Kinderwunsch durchzusetzen; hat die Frau die niedrigere Präferenz für Kinder, kann sie auch diese durchsetzen (Hener 2010, Iyigun und Walsh 2007): Hat die Frau aufgrund vorhergesehener Spezialisierungsrisiken, die von ihrem Rückzug vom Arbeitsmarkt langfristig ausgehen, eine geringere Präferenz für Kinder als der Mann, kann sie bei starker Einkommensposition den Verzicht auf Kinder durchsetzen, sodass eine aus Haushalts- wie gesellschaftlicher Sicht suboptimale Geburtenzahl resultiert (Rasul 2008). Die ‚power rule‘ in Verhandlungsmodellen bietet daher einen alternativen Erklärungsansatz für Geburteneffekte hoher weiblicher Lohnraten und das Phänomen der Kinderlosigkeit von Akademikerinnen in Kontexten mit eher geringer Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

#### 5.1.5.6 Lebenseinkommensprofil des weiblichen Partners

Da Kinder eine „lebenslange Unternehmung“ sind, wie Gustafsson (2003: 353) treffend bemerkt, ist es nötig, bei der Betrachtung von Opportunitätskosten nicht nur das entgangene laufende Einkommen, sondern das entgangene Lebenseinkommen in den Blick zu nehmen. So führen etwa Dey und Wasoff (2010) die von ihnen in einer Stichprobe schottischer Eltern beobachtete Differenz zwischen ‚idealer‘ und tatsächlicher Kinderzahl auf eine Verzögerung erster Geburten zurück, die aus „opportunity costs of childbearing in terms of foregone qualifications, careers and earnings“ resultiert.

Der Einfluss von Geburten auf den weiteren Karriere- und Einkommenspfad von Frauen ist mittlerweile Gegenstand zahlreicher ökonomischer Analysen der Fertilität (Mincer und Polachek 1974, Happel et al. 1984, Wolpin 1984, Moffitt 1984, Cigno und Ermisch 1989, Hotz und Miller 1988; 1993, Joshi 1990; 1998, Cigno 1991, Walker 1995, Dankmeyer 1996, Gustafsson 2003, Hotz 2007, Erosa et al. 2010). Die Opportunitätskosten der Kinderbetreuungszeit variieren dabei nicht nur über die Person, sondern auch über die Zeit, woraus sich unmittelbar Timing-Effekte ergeben. Im Einzelnen sind fünf Faktoren maßgeblich: Der vorgeburtliche Humankapitalstock der Frau (vgl. die Ausführungen zum Bildungseffekt weiter oben), der Grad der Entwertung des Humankapitals während der Auszeitphase (Happel et al. 1984, ferner Mincer und Polachek 1974 sowie Erosa et al. 2010), die Dauer der Auszeitphase (Walker

1995), das Investitionsprofil in Humankapital über den Erwerbsverlauf in Form von Weiterbildungsaktivitäten (Cigno und Ermisch 1989) und die Erträge dieser Humankapitalinvestitionen (Cigno 1991). Zusammenfassend konstatiert Gustafsson (2003), dass der Anreiz, die Erstgeburt aufzuschieben, mit einem Anstieg aller genannten fünf Faktoren zunimmt.<sup>28</sup>

Für Deutschland existiert eine Reihe empirischer Studien zu den Einkommensausfällen infolge von Geburten (Helberger 1984, Licht und Steiner 1991a; 1991b; 1992, Galler 1991, Beblo und Wolf 2002a; 2002b; 2003, Kunze 2002, Kunze und Ejrnaes 2004, Ziefle 2004, Görlich und de Grip 2007, Boll 2009; 2011a; 2011b). Boll (2009; 2011a; 2011b) beziffert auf Basis von SOEP-Daten die Einkommensverluste für westdeutsche Frauen und kann zeigen, dass diese in der Tat in Verluste durch Entwertung des Humankapitals einerseits sowie durch unterlassene Erweiterungsinvestitionen in dasselbe andererseits unterteilt werden können. Für eine Frau mittlerer Bildung können sich die Verluste, je nach Zeitpunkt und Muster der Unterbrechung, allein bis zum 46. Lebensjahr auf bis zu 200 000 Euro belaufen. Ein Teil der Lohnverluste kann dabei als einseitiges Spezialisierungsrisiko von Frauen auf Hausarbeit und Kinderbetreuung aufgefasst werden, wenn eine Erwerbsunterbrechung im Zusammenhang mit der Geburt nicht vermieden werden kann und zugleich von instabilen Eheverträgen auszugehen ist. Unter dem Aspekt der Folgekosten, also der Einkommensverluste, die selbst nach Rückkehr in die Vollzeittätigkeit noch entstehen, besteht ein Anreiz zur Aufschiebung der Erstgeburt.

Für wegen ihrer Präferenzstruktur nicht erwerbsorientierte Frauen stellen entgangene Erwerbseinkommen keinen Bestandteil der Opportunitätskosten der Kinderbetreuungszeit dar. Bei diesen Frauen ist daher kein Verhaltens effekt aus veränderten Lohnraten zu erwarten. Anders verhält es sich mit Frauen, die grundsätzlich erwerbsorientiert sind, obwohl sie aktuell keine Erwerbs-

---

<sup>28</sup> Einzige Ausnahme stellt das Modell von Cigno und Ermisch (1989) dar, in dem der Einkommenseffekt des mütterlichen Humankapitals vor der Geburt den Substitutionseffekt überkompensiert und daher einen Geburten vorziehenden Effekt ausübt.

tätigkeit ausüben (arbeitslose Frauen sowie eingeschränkt auch Frauen in der sogenannten stillen Reserve).<sup>29</sup>

Auch auf Spacing-Entscheidungen hat das Einkommensprofil der Frau einen Einfluss. Unter der Annahme, dass die Betreuung von Kleinkindern zeitintensiv in der Nutzung der mütterlichen Zeit ist (Willis 1973) und die Erwerbsunterbrechung Folgekosten zeitigt, die über die direkten Lohneinbußen während der Auszeitphase hinausgehen, können Hotz und Miller (1988) sowie Moffitt (1984) belegen, dass ein Anreiz zum Spacing von Geburten besteht. Diesem liegt das Bestreben zugrunde, das individuelle Humankapital zu restaurieren. Boll (2009) zeigt, dass das Humankapital von Akademikerinnen in Westdeutschland vor allem unter langen Auszeiten leidet, während Auszeiten für niedrig gebildete Frauen per se problematisch sind.<sup>30</sup> Demnach haben höher gebildete Frauen einen höheren Spacing-Anreiz (Hinauszögern von Folgegeburten) als hochgebildete Frauen.

Die Lebenszyklusperspektive hat den Vorteil, auf der Kostenseite das ökonomisch-theoretisch relevante Lebenseinkommen zu erfassen. Lebenszyklusmodelle der Fertilität ermöglichen, Tempo-Effekte von Quantum-Effekten zu trennen (Hotz 2007) und liefern daher unverzichtbare Einsichten in das Geburtenverhalten. Dennoch ist der Bedeutungsgehalt dieser Modelle zu relativieren. Erstens führt auch in Lebenszyklusmodellen eine positive Zeitpräferenz für Kinder zu vorziehenden Geburteneffekten: Ziehen Eltern Nutzen nicht nur aus der Kinderzahl (Happel et al. 1984), sondern auch aus der gemeinsam mit ihnen verbrachten Zeit (Moffitt 1984) ist ein maximaler Geburtenaufschub

---

<sup>29</sup> Zu beachten ist, dass diese Argumentation unter sonst gleichen Umständen erfolgt. Der Fall, dass eine Person von Erwerbstätigkeit in Arbeitslosigkeit überwechselt, ist davon zu unterscheiden und bewirkt *ceteris paribus* (u. a. unter unveränderten Löhnen), dass die Opportunitätskosten der Eigenbetreuung des Kindes mit diesem Statuswechsel sinken (siehe weiter oben).

<sup>30</sup> Im Einzelnen bestehen die Einkommensverluste von Akademikerinnen zu einem größeren Teil aus entgangenen Einkommen durch unterlassene Weiterbildungsinvestitionen während der Auszeitphase, während die Einkommensverluste von geringer Qualifizierten stärker von Entwertungseffekten des Humankapitals während dieser Phase herrühren.

nicht mehr zwingend die Folge.<sup>31</sup> Zweitens basiert ein Teil der Modelle auf der nicht realistischen Annahme perfekter Kapitalmärkte. Durch die Annahme unbegrenzter Kreditaufnahme gegen Rückzahlung aus zukünftigem Einkommen verliert die periodische Einkommensrestriktion ihre Bindungskraft. Das Motiv der Konsumverstetigung wird vollends außer Kraft gesetzt; stattdessen rückt das ‚career planning‘ Motiv (Gustafsson 2003) in den Vordergrund, wonach die Implikation monetärer Aspekte von Geburtenentscheidungen lautet, dass man Kinder nicht dann bekommt, wenn man sie sich leisten kann (Heckman und Willis 1975, Wolpin 1984, Moffitt 1984, Hotz und Miller 1993), sondern wenn sie am wenigsten kosten (Happel et al 1984, Walker 1995). Junge Menschen mit unsicherer Jobperspektive, zumal, wenn sie noch in Ausbildung sind, haben aber begrenzte Möglichkeiten der Kreditaufnahme am Kapitalmarkt. Die empirische Evidenz zum Fertilitätseffekt des Auszubildenden-Status bestätigt dies.

Insofern ist es zielführend, bezüglich der Analyse von Einkommenseffekten auf periodische Einkommen zu fokussieren. Was die Opportunitätskosten und damit den Substitutionseffekt von Fraueneinkommen auf die Fertilität betrifft, liefern Lebenszyklusmodelle jedoch wertvolle Hinweise. Ein steigendes Bildungsniveau, steigende Beschäftigungsquoten von Müttern, hohe Scheidungsraten und die Reform des Unterhaltsrechts 2008 sind Entwicklungen, die nahelegen, dass die langfristigen Opportunitätskosten von Kindern in der Analyse von Fertilitätsentscheidungen beachtet werden sollten.

#### **5.1.5.7 Erwerbsstatus und Einkommen des männlichen Partners**

Welche Bedeutung der Erwerbsstatus und das Einkommen des Partners für das Geburtenverhalten des Paares haben, hängt wiederum von der in der Partnerschaft geltenden Rollenverteilung ab. Solange der Erwerbsstatus des männlichen Partners von der Geburt nicht in wesentlichem Maße tangiert wird, weil das traditionelle Rollenmodell die Mutter in der Verantwortung für die Kinderbetreuung sieht, können Einkommen und Beschäftigungssicherheit des männlichen Partners als geburtenexogene Variable angesehen werden.

---

<sup>31</sup> Unter gewissen Annahmen zum intertemporalen Nutzen-/Kostenverhältnis aus Kindern ist dies jedoch auch dann noch der Fall.

Eine höhere Beschäftigungssicherheit und Einkommenserzielungskapazität des Mannes wirken sich dann einzig über den Einkommenseffekt, das heißt: uneingeschränkt positiv auf die Nachfrage nach Kindern, aus; der negative Substitutionseffekt, der aus entsprechend höheren Zeitkosten der Kinderbetreuung resultiert, kommt nicht zum Tragen. Aassve et al. (2006) belegen für Großbritannien, dass beschäftigte Männer eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, dass ihre Partnerin ein Kind bekommt als nichterwerbstätige Männer. Auch der positive Effekt des männlichen Einkommens auf die Geburtenwahrscheinlichkeit ist vielfach belegt (Merrigan und St Pierre 1998 für Kanada, Heckman und Walker 1990 für den Übergang zur Drittgeburt in Schweden, für den Übergang zur zweiten oder weiteren Geburt Hardoy und Schøne 2005 für Norwegen, Baizán 2009 für Spanien, Cooke 2003<sup>32</sup> für Spanien und Italien). Für Dänemark und Spanien konnten Brodmann et al. (2007) dagegen keine signifikanten Effekte finden. Für Deutschland fanden Kohlmann und Kopp (1997) für Erst- und Zweitgeburten sogar eine negative Wirkung, für Drittgeburten ist der Effekt nicht signifikant.

Umgekehrt geht von zunehmender Einkommens- und Beschäftigungsunsicherheit des männlichen Partners in Partnerschaften mit traditionellem Rollenverständnis tendenziell ein Geburten mindernder Effekt aus. So wirkt ein befristetes Beschäftigungsverhältnis des Partners in Spanien negativ auf die Übergangsrate zur ersten Geburt (De la Rica und Iza 2005). Allerdings kann Adserà (2006) für Spanien keinen Einfluss der Art des Arbeitsvertrages des Partners auf die Differenz zwischen der Anzahl realisierter und gewünschter Kinder finden. Auch für Westdeutschland konnten Berninger et al. (2011) mit Daten des Generations and Gender Survey einen negativen Zusammenhang zwischen prekärer Beschäftigung des männlichen Partners und seinem Wunsch nach einem ersten Kind feststellen. Ebenfalls für westdeutsche Männer konnten Eckhard und Klein (2012) mit Daten des Familiensurvey 1988-2000 einen Interaktionseffekt befristeter Beschäftigung mit dem Kinderwunsch aufzeigen, sowohl mit Blick auf die Erstgeburtenrate als auch auf die Rate weiterer Geburten. Demnach wird die Realisierung von Kinderwünschen bei Männern häufig aufgrund befristeter Beschäftigung verhindert. Die Auto-

---

<sup>32</sup> nur für Paare mit männlichem Alleinernährer

ren sehen für diesen Effekt die mit befristeter Beschäftigung einhergehende Unsicherheit über die zukünftige Erwerbssituation als ausschlaggebend an (Eckhard und Klein 2012. 247f.).

Schmitt (2008) zeigt im Querschnitt der Länder Deutschland, Finnland, Vereinigtes Königreich und Frankreich, dass im Fall, dass der Mann einen höheren Bildungsstand hat als die Frau, der männliche Arbeitslosenstatus den Übergang zur Erstgeburt negativ beeinflusst. Bildungsunterschiede zwischen den Partnern zugunsten des Mannes scheinen demnach ähnlich zu wirken wie eine traditionelle Rollenverteilung, da sie in ähnlicher Weise dem Mann die Ernährerrolle zuweisen. Ein gar positiver von männlicher Arbeitslosigkeit ausgehender Fertilitätseffekt lässt sich theoretisch nur mit einem konträr zum Common Sense strukturierten Rollenverständnis oder einem Humankapitalvorsprung des weiblichen Partners verzeichnen und wird für einen Bildungsvorsprung der Frau auch tatsächlich belegt (Schmitt 2008). Hier unterstreicht der Status der Arbeitslosigkeit die ohnehin relativ geringere Einkommenserzielungskapazität des Mannes, sodass die verminderten Zeitkosten der Kinderbetreuung die Kinderkosten weiter reduzieren und die Geburtenwahrscheinlichkeit erhöhen.

Allerdings findet Kreyenfeld (2000a) für Ostdeutschland in den Jahren nach der Wiedervereinigung, dass die Arbeitslosigkeit des männlichen Partners ohne Einfluss auf den Übergang zur Erstgeburt war. Auch Gebel und Giesecke (2009) können für Ostdeutschland keinen Effekt männlicher Arbeitslosigkeit auf den Übergang zur Erstgeburt feststellen, während dieser Effekt für Westdeutschland signifikant negativ ist. Für Ostdeutschland kommen die Autoren zu dem Schluss, dass Beschäftigtenstatus und Einkommen der Frau einen wesentlich stärkeren Einfluss auf den Übergang in Elternschaft ausüben als die Situation des männlichen Partners, während es sich für Westdeutschland umgekehrt verhält. Darüber hinaus zeigen die Autoren, dass Beschäftigungsunsicherheit im Sinne befristeter Beschäftigungsverhältnisse – im Gegensatz zu Arbeitslosigkeit – keinen nennenswerten Einfluss auf das Geburtenverhalten ausübt.

Zu der These, dass begrenzte monetäre Ressourcen auf Seiten des männlichen Partners vor allem dort negativ auf die Geburtenwahrscheinlichkeit wirken wo vorrangig der Mann in der Rolle des Familienernährers gesehen wird, passt auch der Befund von Düntgen und Diewald (2008), dass Teilzeitarbeit des

männlichen Partners in Ostdeutschland noch stärker verzögernd auf den Übergang zur Vaterschaft wirkt als in Westdeutschland. (Einen etwaigen Einfluss des Partner-Teilzeiterwerbsstatus auf den Übergang in Mutterschaft haben die Autoren nicht untersucht.)

Generell zeigen die empirischen Befunde, dass die Sicherheit des Arbeitsverhältnisses des Partners eine geringere Rolle für Geburtenentscheidungen spielt als die Arbeitslosigkeit des Partners. Zweitens sind Erstgeburtswahrscheinlichkeiten von diesen Partnermerkmalen weniger betroffen als höhere Geburtenparitäten. Drittens sind die Effekte länderspezifisch und auf der Mikroebene zusätzlich von der Bildungsverteilung der Partner abhängig, was auf Drittvariableneinflüsse wie Einstellungen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung auf der Mikro- und Makroebene sowie wohlfahrtsstaatliche Faktoren hinweist.

#### **5.1.5.8 Lebensinkommensprofil des männlichen Partners**

In Lebenszyklusmodellen der Fertilität hat auch das Einkommensprofil des männlichen Partners einen Einfluss auf die Fertilität. Unter der Annahme, dass das periodische Einkommen des Haushalts für diesen bindend ist, sprich: der Haushalt nicht die Möglichkeit der Kreditaufnahme hat, findet die Geburt dann statt, wenn das Paar sich das Kind am ehesten ‚leisten kann‘ (Motiv der Konsumversteigerung über den Lebenslauf). Dies ist unter der Annahme steigender männlicher Einkommen über die Zeit und Unabhängigkeit der männlichen Erwerbsarbeitszeit von Betreuungserfordernissen am Ende des Fruchtbarkeitsfensters der Fall. Aus dem bei maximalem Einkommen und Konsumniveau minimalen Nutzenentgang aus dem geburtsbedingten Konsumverzicht ergibt sich ein maximaler Aufschiebungsanreiz der Erstgeburt (Happel et al. 1984). Die Befunde von Heckman und Willis (1975), Wolpin (1984) und Newman (1988) belegen in der Tat, dass im Kontext periodisch bindender Einkommen steile Einkommensprofile des männlichen Partners einen Anreiz zur Geburtenaufschiebung bewirken. Dies betrifft bei Männern allerdings eher das Spacing von (Folge-)Geburten.

#### **5.1.5.9 Haushaltseinkommen**

Die empirischen Befunde zur Wirkung des Haushaltseinkommens auf die Fertilität sind gemischt und schwierig zu interpretieren, da die Spezifikation des

Haushaltseinkommens in den Studien sehr unterschiedlich ist. Interessant wäre, Fertilitätseffekte von Nichtlohn-Einkommensbestandteilen wie Zins-, Pacht- oder Mieteinkommen oder auch Vermögenseffekte auf die Fertilität zu untersuchen. Diese Analysen sind in Europa jedoch so gut wie nicht vorhanden. Im Folgenden werden zuerst Analysen genannt, die im Haushaltseinkommen zumindest teilweise auch Nichtlohnbestandteile erfassen.

In einer Untersuchung für Dänemark und Spanien hat das Haushaltseinkommen in Dänemark einen schwach positiven, in Spanien gar keinen Effekt auf die Zweitgeburt (Brodmann et al. 2007).<sup>33</sup> In Kanada wurde ebenfalls ein positiver Effekt des Haushaltseinkommens auf die Geburtenwahrscheinlichkeit gefunden; hier umfasst diese Größe das männliche Erwerbs- sowie das Nichtlohnneinkommen des Haushalts (Milligan 2002). Mit derselben Spezifikation findet del Boca (2002) für Italien keinen signifikanten Effekt des Haushaltseinkommens auf die Übergangsrate zur Zweitgeburt. Cooke (2003) belegt für Italien und Spanien einen positiven Zweitgeburteneffekt. Sie differenziert zwischen Haushaltseinkommen (alle Einkommensbestandteile umfassend) zwischen 51 % und 75 % des Medianeinkommens versus Einkommen oberhalb dieser Grenze und belegt den erwähnten positiven Effekt für Paare, deren Haushaltseinkommen mehr als drei Viertel des Medianeinkommens beträgt.

Eine Spezifikation des Haushaltseinkommens, die nur die Erwerbseinkommen der Partner umfasst, wurde für Schweden getestet. Duvander et al. (2010) fanden hier einen negativen Effekt dieser Größe auf die Übergangsrate zum zweiten und dritten Kind. Mit derselben Spezifikation fanden Duvander und Andersson (2006) für Schweden allerdings einen positiven Effekt auf die Zweitgeburten- und einen U-förmigen Effekt auf die Drittgeburtenrate.

## 5.2 Makroökonomische Einflussfaktoren

Andersson (2000) konstatiert, dass die Geburtenrate in Schweden in den 1980er und den 1990er Jahren positiv mit dem konjunkturellen Zyklus korrelierte. Die meisten Studien, die makroökonomische Faktoren der Fertilität in

---

<sup>33</sup> Da zusätzlich für das weibliche und männliche Lohneinkommen kontrolliert wird, ist anzunehmen, dass im Haushaltseinkommen nur Nichtlohnbestandteile erfasst werden.

die Analyse einbeziehen, rekurren aber auf die *regionale Arbeitslosenquote*. Eine hohe regionale Arbeitslosenquote bedeutet finanzielle Einbußen für die Betroffenen und sendet allgemein ein Signal ökonomischer Unsicherheit aus. Dies beeinflusst, wie Studien zeigen, vorwiegend die Wahrscheinlichkeit von Folgegeburten. So zeigt Krapf (2009) für Schweden, dass für den Übergang zur Erstgeburt die regionale Arbeitslosenquote keine Rolle spielt. Hoem (2000) findet allerdings, dass die Arbeitslosenquote auf der Gemeindeebene in Schweden durchaus einen negativen Effekt auf die Geburtenwahrscheinlichkeit hat, ohne nach Paritäten zu unterscheiden. Auch in Norwegen hat eine hohe regionale Arbeitslosenquote einen dämpfenden Effekt auf die Geburt eines weiteren Kindes (Hardoy und Schøne 2005). Ferner spielt offenbar eine Rolle, ob die Arbeitslosigkeit eher Frauen oder eher Männer betrifft, im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitsteilung der Partner in Haushalt und Beruf. Während die regionale Arbeitslosenquote von Männern in Italien und Spanien ohne signifikante Wirkung auf den Übergang zur Zweitgeburt ist, hat die regionale Frauen-Arbeitslosenquote einen positiven Effekt bei Alleinverdiener-Paaren (Cooke 2003). Für Westdeutschland findet Hank (2002) dagegen weder für die Erstgeburt- noch für die Zweitgeburtswahrscheinlichkeit einen signifikanten Effekt der regionalen Arbeitslosenquote. Sowohl für intertemporale Vergleiche als auch für Regionenvergleiche der Arbeitslosenquote gilt, dass die Bedeutsamkeit für das Geburtenverhalten sowohl abhängig vom Ausmaß der Schwankungen als auch vom erreichten Niveau der Größe ist. So ist plausibel anzunehmen, dass geringe Schwankungen um eine niedrige Arbeitslosenquote geringere Fertilitätseffekte haben als hohe Schwankungen um einen hohen Wert.

Eine Analyse von Adserà (2006) für Spanien zeigt, dass die regionale Arbeitslosenquote nicht nur auf das laufende Geburtenverhalten wirkt, sondern auch zeitversetzt noch eine nachhaltige Wirkung entfaltet. Hierbei spielt offenbar das Alter, in dem das Signal ökonomischer Unsicherheit empfangen wurde, eine Rolle. Die Autorin belegt, dass eine hohe regionale Arbeitslosenquote zum Zeitpunkt, als die Frau 24 Jahre alt war, die Differenz zwischen realisierter und gewünschter Kinderzahl erhöht.

Das Gegenstück zur Arbeitslosenquote ist die Beschäftigungsquote. Für Westdeutschland zeigt Hank (2002), dass eine hohe *Frauenerwerbsquote* einen positiven Effekt auf den Übergang zur Erstgeburt hat. Für Zweitgeburten kann

te er keinen vergleichbaren Einfluss finden. Möglicherweise spielen in diesem Zusammenhang jedoch wieder die – an anderer Stelle bereits diskutierten – Drittvariableneffekte der Präferenzen und, damit verbunden, institutioneller Rahmenbedingungen in der Region eine Rolle, die zugleich das Erwerbs- wie das Geburtenverhalten befördern. Für diese These spricht, dass die regionale Arbeitslosenquote (siehe oben) sowie weiterhin auch der *Anteil der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst*, ein weiterer Indikator für die Sicherheit von Arbeitsplätzen, in derselben Studie ohne Effekt auf die Erst- und Zweitgeburt ist.

Auch die Befunde zur *regionalen Teilzeitquote* sind gemischt. Während del Boca (2002) für Italien einen positiven Effekt dieser Größe auf das Geburtenverhalten findet, konstatiert Cooke (2003), dass sich Italienerinnen (und Spanierinnen) eher Vollzeitstellen wünschen, und Gutiérrez-Domènech (2008) zeigt, dass Teilzeit erwerbstätige Spanierinnen nicht mehr Kinder haben als Vollzeitbeschäftigte.

Weitere deskriptiv-vergleichende internationale Studien zeigen, dass Indikatoren, die die *Geschlechtergerechtigkeit* am Arbeitsmarkt reflektieren, mit der Gesamtfertilitätsrate im betreffenden Land positiv korrelieren. Hierzu zählen Indikatoren wie der Anteil Frauen mit tertiärer Bildung oder der Frauenanteil unter MINT-Studienabsolventen. Negativ korrelieren mit der Gesamtfertilitätsrate dagegen Faktoren wie der Gender Pay Gap oder die Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen Frauen und Männern (Chesnais 1996, McDonald 1997, Castles 2003, Kröhnert et al. 2004, Kröhnert und Klingholz 2008, Borck 2011, Mischke 2011). Kausale Effekte auf das Geburtenverhalten lassen sich aus diesen Aggregatdaten jedoch schwerlich identifizieren (Ellwood und Bane 1985, Andersson 2000), weshalb auf eine detailliertere Darstellung dieser Befunde hier verzichtet wird.

Insgesamt ist der Erklärungsgehalt der makroökonomischen Variablen auf das Geburtenverhalten daher begrenzt. In den Studien, die den Einfluss dieser Faktoren auf die individuelle Geburtenwahrscheinlichkeit testen, geht ihr Einfluss oftmals verloren, sobald für weitere Regionalfaktoren wie politisch-rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen kontrolliert wird. Dies liegt daran, dass die regionalökonomischen Faktoren oft gemeinsam mit den anderen regionspezifischen Merkmalen variieren: Die regionale Erwerbstätigkeit von Müttern steht in engem Zusammenhang mit der Kinderbetreuungs-

**Geburten und Kinderwünsche in Deutschland:**  
**Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen**

Infrastruktur vor Ort und beide sind wiederum eng verbunden mit den regional vorherrschenden Einstellungen zur Mutterrolle (vgl. hierzu 6.2.1). Studien hingegen, die den Einfluss von Makrovariablen auf die Gesamtfertilitätsrate testen, kranken an der mangelnden Übertragbarkeit der Ergebnisse auf das individuelle generative Verhalten in einem bestimmten Land – zumal dann, wenn die Befunde durch multinationale Querschnittsanalysen gewonnen wurden (vgl. beispielsweise Bujard 2011a,b).

## 6 Sozial-normative Determinanten der Fertilität

Dieses Kapitel befasst sich mit dem Einfluss gesellschaftlicher Determinanten wie Normen, Rollenbilder und Wertvorstellungen auf die Fertilität. Der Einfluss dieser Faktoren soll dabei nicht nur durch eine Analyse der spezifischen Situation in Deutschland deutlich gemacht werden, sondern er zeigt sich insbesondere durch eine Kontrastierung mit Ländern, die der Bundesrepublik in vielerlei Hinsicht (zum Beispiel wirtschaftlicher Entwicklungsgrad, Ausbau des Wohlfahrtsstaates, Erfahrung eines historischen Geburtenrückgangs) ähneln, heute jedoch eine höhere Fertilität zu verzeichnen haben. Im Fokus wird hierbei an vielen Stellen ein Vergleich mit Frankreich stehen. Mit Blick auf die wohlfahrtsstaatliche Ausrichtung anhand der Typologie von Esping-Andersen (1990) erscheinen Frankreich und Deutschland ähnlich; beide werden dem konservativen Typ zugerechnet. Gauthier (1999) weist allerdings richtigerweise darauf hin, dass die klassische Wohlfahrtsstaatsforschung Unterschiede in den familienpolitischen Entwicklungen nur unzureichend erklären kann. So bestehen beispielsweise zwischen Frankreich und Deutschland deutliche Unterschiede in der Total Fertility Rate (im Folgenden kurz TFR). Als Erklärung für die höhere TFR Frankreichs wird häufig das Argument angeführt, diese sei durch einen höheren Anteil und unterschiedliche Herkunftsländer der Migranten bedingt (zum Beispiel Sobotka 2010: 42). Diverse Studien (zu den neueren zählen Davie und Mazuy 2010, Héran und Pison 2007, Sievert und Klingholz 2009, Prioux 2007, Sobotka 2010, Toulemon 2004) können jedoch belegen, dass der Einfluss von Migranten auf die Fertilität, wenn auch vorhanden, nicht als entscheidender Faktor für die höhere Fertilität Frankreichs gegenüber Deutschlands gelten kann. Vielmehr kann im Folgenden gezeigt werden, dass sich die beiden Nachbarländer insbesondere bezüglich familienbezogener Normen und Werte unterscheiden, welche sich – worauf das sich anschließende Kapitel 6 näher eingehen wird – in unterschiedlichen politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen widerspiegeln.

### 6.1 Normen zu Biografiegestaltung und Elternschaft im Lebenslauf

Die Entscheidung für oder gegen ein Kind stellt eines von vielen Ereignissen im Lebenslauf dar und muss immer im Zusammenhang mit anderen Lebenslaufentscheidungen analysiert werden. Birg, Flöthmann und Reiter (1991) (siehe

auch: Birg 2006) haben mit der „*Biographischen Theorie der demographischen Reproduktion*“ einen Ansatz entwickelt, der demografische Entscheidungen im Kontext des Lebenslaufes betrachtet. Der Lebenslauf wird dabei als dynamischer Entscheidungsprozess gesehen, wobei die in einer Entscheidungssituation vorhandenen Wahloptionen nicht nur von den jeweils aktuellen Lebensumständen abhängen, sondern vor allem von den Ergebnissen zurückliegender Entscheidungen. Die Autoren betonen, dass sich in der Vergangenheit zum Beispiel durch die Zunahme von Beschäftigungsmöglichkeiten, die gestiegene Mobilität, die Verbesserung der (Aus-)Bildung und die Erhöhung der Lebenserwartung das Spektrum an Möglichkeiten der Lebenslaufgestaltung (das „biografische Universum“) stetig ausgedehnt hat. Je größer jedoch das biografische Universum, desto größer ist auch die Entscheidungsunsicherheit beziehungsweise die Furcht vor einer Fehlentscheidung. Langfristige und ggf. irreversible Festlegungen, wie die Entscheidung zur Elternschaft, haben weitreichende biografische Konsequenzen, denn sie reduzieren die Zahl der weiteren Lebenslaufoptionen. Analog zum Konzept der (monetären) Opportunitätskosten (vgl. Kapitel 5) bezeichnen die Autoren den Verlust an biografischen Optionen durch eine Lebenslaufentscheidung als „biografische Opportunitätskosten“. Durch das zunehmende biografische Universum steigen auch die biografischen Opportunitätskosten einer Entscheidung. Die Autoren gehen deswegen davon aus, dass langfristige Festlegungen immer häufiger vermieden oder aufgeschoben werden, um das Risiko einer Fehlentscheidung zu minimieren und biografische Opportunitätskosten zu vermeiden. Bezüglich der Reihenfolge einzelner biografischer Elemente wie Ausbildung und Elternschaft ist entscheidend, dass gesellschaftliche Vorstellungen zu den idealen Ablaufstrukturen existieren. Im Folgenden soll auf die Normen, die einzelne Lebenslaufentscheidungen und -abschnitte beeinflussen, näher eingegangen und deren Auswirkungen auf die Fertilität untersucht werden.

### **6.1.1 Normen der Partnerschaftsbildung**

Normen der Partnerwahl haben einen indirekten Einfluss auf die Fertilität, da ein geeigneter Partner und eine stabile Partnerschaft allgemein als *Grundvoraussetzung* zur Familiengründung angesehen werden: So haben Höhn et al. (2006) auf Basis des Generations and Gender Survey (2005) ermittelt, dass 73 % der Männer und 61 % der Frauen der Aussage „Man sollte erst Kinder

bekommen, wenn man sich sicher ist, dass man als Paar zusammenbleibt“ zustimmen. Kinderlose haben diesen Anspruch mit 73 % sogar häufiger als Eltern mit 63 % (Höhn et al. 2006: 38). Zu noch höheren Zustimmungswerten kommt eine repräsentative Befragung des IfD Allensbach aus dem Jahr 2005: Für 86 % der 16- bis 44-Jährigen muss die Voraussetzung einer stabilen Partnerschaft unbedingt erfüllt sein, bevor eine Familiengründung stattfindet; weitere 12 % halten dies für wichtig (BMFSFJ 2005a: 50). In Deutschland herrscht zudem die Vorstellung vor, dass eine Eheschließung einer Familiengründung vorausgehen sollte, während in anderen Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, eine weniger enge Verknüpfung zwischen Ehe und Elternschaft besteht (vgl. hierzu auch Kapitel 6.3.1 sowie Kapitel 5.1.2.7).

Neben ökonomisch-rationalen Aspekten wie einer sinkenden Abhängigkeit vom Partner (zum Beispiel durch steigende Erwerbschancen für Frauen; Technisierung des Haushalts) einerseits sowie einer steigenden Anzahl von Alternativen zur Partnerschaft und Ehe (zum Beispiel durch eine Liberalisierung des Scheidungsrechts sowie der zunehmenden gesellschaftlichen Akzeptanz von Alleinlebenden) andererseits haben auch *Normen der Partnerwahl* dazu beigetragen, dass die Voraussetzung einer stabilen Partnerschaft beziehungsweise einer Ehe für eine Familiengründung zunehmend schwerer zu erfüllen ist. Wie Nave-Herz (2006) betont, bestehen trotz der verbreiteten Vorstellung von der freien und unbeschränkten Partnerwahl auch heute noch normativ bedingte Selektionskriterien, die die Gruppe potenzieller (Ehe-) Partner deutlich einschränken: Hierzu gehört das dominante Prinzip, einen Ehepartner zu wählen, zu dem man eine emotionale Beziehung aufgebaut hat. Bei der Auslösung emotionaler Beziehungen werden internalisierte soziale Normen zum Beispiel bzgl. des idealen Altersabstands oder der idealen Körpergröße des Partners wirksam, die die Gruppe potenzieller Partner einschränken (Nave-Herz 2006: 130f). Wie Huinink und Konietzka zeigen, führt diese normativ vorgegebene Altersdifferenz (Männer sollten ca. 3 Jahre älter sein als ihre Partnerinnen) in Kombination mit einer überproportionalen Abwanderung junger Frauen zu einem „marriage squeeze“ in Ostdeutschland: Für die Männer der jüngsten Altersgruppe ist keine ausreichende Anzahl junger Frauen vorhanden. Diese Situation wird sich durch den Geburtenrückgang nach der Wiedervereinigung noch verschärfen (Huinink und Konietzka 2007: 136f.).

Weiterhin sind Normen bzgl. des Bildungsniveaus bei der Partnerwahl wirksam: Bestand früher eine Tendenz zur Bildungshypergamie, d.h., die Ehemänner verfügen über ein höheres Bildungsniveau als die jeweilige Ehefrau, ist zunehmend eine Tendenz zur Bildungshomogamie zu beobachten (Huinink und Konietzka 2007: 135, Blossfeld und Timm 1997: 446). Mit Blick auf das steigende Qualifikationsniveau von Frauen führt das Muster der Bildungshypergamie, und in abgeschwächter Form auch das der -homogamie, zu einem vergleichsweise kleinen Partnermarkt: Die Möglichkeit der Aufwärtsheirat ist für hochqualifizierte Frauen nicht gegeben, und hoch qualifizierte Männer wählen oft weiterhin niedriger qualifizierte Frauen. Ebenso finden gering qualifizierte Männer schwer eine Partnerin, da sie für die tendenziell besser gebildeten Frauen als Partner unattraktiv sind (Kröhnert et al. 2006: 24f.). Die Bildungsexpansion und damit das gestiegene Qualifikationsniveau der Frauen haben in Kombination mit dem dominanten Muster der Partnerwahl somit zu einem Ungleichgewicht auf dem deutschen Partnermarkt geführt, welches dazu beiträgt, dass für viele potenzielle Eltern die Grundvoraussetzung für eine Familiengründung nicht gegeben ist.

### 6.1.2 Normative Verbindlichkeit der Elternschaft

Die Entscheidung für oder gegen Kinder wird nicht unabhängig von der Frage getroffen, welcher Lebensentwurf sozial akzeptiert beziehungsweise erwartet wird und welches Lebensmodell demgegenüber negativ sanktioniert wird. In Deutschland ist in den vergangenen Jahrhunderten eine schrittweise *Abnahme der normativen Verbindlichkeit eines Lebens mit Kindern* zu beobachten: In der agrarischen Gesellschaft war Kinderlosigkeit in der Ehe selten freiwillig und – zumindest für die Frau – mit sozialer Ächtung verbunden. Die Härte der Sanktionen nahm im Zeitverlauf zwar ab, jedoch wurde Kinderlosigkeit bei westdeutschen Ehepaaren auch in den 1970er Jahren noch mit einer unsozialen Einstellung oder sogar mit Egoismus assoziiert (Nave-Herz 2006: 79f.). Auch in der DDR, welche sich durch eine pronatalistische Politik auszeichnete, stellte Elternschaft für die meisten Menschen ein normatives Element des Lebenslaufs dar (Arránz Becker et al. 2010: 39f.).

In den letzten Jahrzehnten wurde Kinderlosigkeit dann zunehmend gesellschaftlich akzeptiert: „Entscheidungen für oder gegen Kinder sind nicht mehr oder doch kaum noch – vielleicht von kleinen persönlichen Bezugsgruppen

abgesehen – von außen etwa durch ‚soziale Kontrolle‘ geprägt (...)“ (Wingen 2004: 73). Die Ergebnisse der Befragung des IfD Allensbach bestätigen Wingens Einschätzung: 79 % der 16-44-Jährigen sind der Ansicht, dass kinderlose Frauen in der Gesellschaft genauso anerkannt sind wie Mütter; nur 7 % meinen, dass eine Frau ein Kind haben muss, um anerkannt zu werden (BMFSFJ 2005a: 63). Die kinderlosen Personen selbst teilen diese Sicht: So zeigt Rupp (2005: 39) anhand von Daten des Bamberger Ehepaar-Panels, dass sich 63 % der Befragten nicht diskriminiert fühlen. Mit sehr abwertenden Äußerungen wurden nur 7 % der Befragten konfrontiert, wenngleich weitere 5 % öfters kritisch auf ihre Kinderlosigkeit angesprochen wurden. Carl (2002) ermittelt auf Basis einer Befragung von gewollt kinderlosen Frauen und Männern in Deutschland, dass Kinderlose sich zwar durchaus mit gesellschaftlichem Druck konfrontiert sehen; sie nehmen diesen jedoch selten im sozialen Nahbereich (d.h. seitens der Eltern oder dem Freundeskreis) wahr (Carl 2002: 181).

Wie Régnier-Loilier und Solaz (2010) auf Datenbasis des European Social Survey (2006) zeigen, nimmt Deutschland mit Blick auf die Bewertung beziehungsweise Ablehnung von Kinderlosigkeit eine mittlere Stellung ein: Auf die Items „Sagen Sie mir, wie sehr Sie es befürworten oder missbilligen, wenn eine Frau/ein Mann sich dafür entscheidet, keine Kinder zu haben“ reagieren ca. 22-23 % der Befragten mit „missbillige ich sehr“ oder „missbillige ich“. Während die gesellschaftliche Ablehnung von Kinderlosigkeit in Frankreich höher ist als in Deutschland (25 % missbilligen die Kinderlosigkeit von Frauen (sehr) und sogar 36 % die von Männern), gehören die skandinavischen Länder alleamt zu der Gruppe der tolerantesten Länder – in Schweden, Dänemark und Norwegen liegt die Ablehnung Kinderloser jeweils unter 10 % (Régnier-Loilier und Solaz 2010: 73f.). Dementsprechend zeigt sich auf dieser Datenbasis kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Ablehnung Kinderloser und der TFR.

Parallel zu einem gesunkenen normativen Druck zur Elternschaft stehen den meisten Menschen als Resultat der Erweiterung des „biografischen Universums“ heute auch alternative sinnstiftende Handlungsoptionen zu einer Elternschaft, wie das Berufsleben oder ehrenamtliche Tätigkeiten offen; was die „biografischen Opportunitätskosten“ der Elternschaft erhöht hat. Insgesamt wird Kinderlosigkeit daher von einigen gesellschaftlichen Gruppen immer weniger als Mangel empfunden. Diesbezüglich ermitteln Dorbritz und Schwarz (1998: 246) auf Datenbasis der Population Policy Acceptance Study (1992) für

Frauen zwischen 30 und 39 Jahren zwei *soziale Milieus mit einer hohen (gewollten) Kinderlosigkeit*: Erstens das „Milieu der konkurrierenden Optionen“, dem Frauen mit niedrigem bis mittlerem Einkommen angehören. Für sie wäre eine Entscheidung für Kinder eine Entscheidung gegen Lebensqualität. Zweitens das „Karrieremilieu“, in dem sich voll- und hauptberufstätige, unverheiratete, hochqualifizierte Frauen finden. Für sie würde eine Elternschaft die Vollerwerbstätigkeit und die Karriere gefährden. Auf Datenbasis der Population Policy Acceptance Study (2003) bestätigt Dorbritz (2005: 389) das Fortbestehen dieser beiden Milieus der Kinderlosigkeit. Insgesamt sieht der Autor auf Basis der PPAS-Ergebnisse und weiterer Forschungsergebnisse „Indizien für die Existenz einer Kultur der kinderlosen Gesellschaft, die sicher noch nicht Leitkultur ist, aber es durchaus werden könnte“ (ebd.: 399).

### 6.1.3 Zeitfenster für Elternschaft

Normen, die das mögliche Zeitfenster für Elternschaft abstecken, haben einen Einfluss auf die Fertilität, da hiervon einerseits ein Einfluss auf den Zeitpunkt der Familiengründung ausgeht und andererseits hierdurch ungeplante Kinderlosigkeit zum Teil erklärt werden kann. Dabei sind nicht nur gesellschaftliche Vorstellungen über das ideale Alter für eine Mutter- oder Vaterschaft relevant, sondern auch Vorstellungen darüber, welche Vor- beziehungsweise Rahmenbedingungen für die Gründung einer Familie erfüllt sein sollten.

Bereits Birg et al. (1991) stellten anhand ihres biographischen Surveys (1986/7), der die Entwicklung der „biographischen Theorie der demografischen Reproduktion“ begleitete, fest, dass sich unter den Befragten dominante Muster bezüglich der *idealen Reihenfolge von Elementen im Lebenslauf* zeigten. Diesbezüglich sah die große Mehrheit der Befragten in der idealen Zukunftsplanung junger Frauen die Berufsausbildung als ersten Schritt, gefolgt von der Berufstätigkeit. Eheschließung und Geburt von Kindern wurden zeitlich hinter diesen Elementen eingeordnet. Das dominante Muster bestand in der Sequenz „Berufsausbildung – Berufstätigkeit – Heirat – Kind“, welche 55 % der Befragten bevorzugten. Zudem sahen über 70 % der Befragten die Geburt von Kindern, die Heirat oder beides für den Lebenslauf einer Frau unter diesen möglichen Biografieelementen als am ehesten verschieb- oder verzichtbar an (Birg et al. 1991: 21f.).

Neuere Studien bestätigen, dass die ökonomische Unabhängigkeit von den Eltern und der Abschluss der Ausbildung in Deutschland als Grundlage der Familiengründung angesehen werden. So zeigt Meuser (2007) anhand von Gruppendiskussionen in den 1990er Jahren, dass in der Lebensplanung junger Männer zunächst der Berufseinstieg erfolgt, und anschließend die Familiengründung (Meuser 2007: 139). Auch Schmitt (2005) gelangt auf Basis einer Analyse des SOEP zu dem Ergebnis, dass Männer eine Familiengründung erst dann in Erwägung ziehen, wenn sie die ökonomische Absicherung der Familie, zum Beispiel durch eine Vollzeitberufstätigkeit, gewährleisten können. Für Frauen kann er diesen Zusammenhang nicht nachweisen (Schmitt 2005: 40). Weiterhin kann Kühn (2005) auf Basis der Längsschnittuntersuchung „Statuspassagen in die Erwerbstätigkeit“ zeigen, dass die berufliche Entwicklung des Mannes ein entscheidender Faktor dafür ist, dass Familienplanung und -gründung aufgeschoben werden. Die biografische Familienplanung und der Übergang in die Elternschaft sind für die Männer im Sample in der Regel erst möglich, wenn vergleichsweise sichere berufliche Perspektiven bestehen (Kühn 2005). Eine durch das IfD Allensbach durchgeführte repräsentative Befragung (BMFSFJ 2005a) ergibt, dass die berufliche Etablierung und materielle Stabilität sowohl von Männern als auch Frauen unter die wichtigsten Voraussetzungen für eine Familiengründung gezählt werden: So sehen 69 % den Abschluss der Berufsausbildung beider Partner und 67 % eine gesicherte berufliche Position mindestens eines Partners als unabdingbare Voraussetzung für eine Familiengründung an. 64 % setzen eine gute finanzielle Situation voraus und 59 % ein Einkommensniveau, bei dem ein einziges Einkommen für die Familie ausreicht (BMFSFJ 2005a: 50).

Regional vergleichende Forschungsarbeiten zeigen allerdings Unterschiede bezüglich der Strukturierung von Lebensläufen zwischen West- und Ostdeutschland auf: So weisen Bernardi et al. anhand qualitativer Befragungen nach, dass das sequenzielle Muster einer vorangehenden beruflichen Etablierung und einer anschließenden Familiengründung eine starke Gültigkeit für Westdeutschland beanspruchen kann, während für Ostdeutschland eher eine Parallelität von Familiengründung und beruflicher Konsolidierung charakteristisch ist (Bernardi et al. 2008). Zudem verweist Mau (1998) auf die unterschiedliche Bedeutung ökonomischer Unsicherheit für das Geburtenverhalten. In Ostdeutschland hat die Familie vor dem Hintergrund der insgesamt größe-

ren Unsicherheiten eine strukturbildende, stabilisierende Funktion für den Lebenszyklus. In Westdeutschland dagegen fungiert die Familie eher als destabilisierender Faktor: Hier stellt sie ein Konkurrenzmodell zu ökonomischem Erfolg dar, das nur unter der Vorbedingung gegebener ökonomischer Sicherheit realisierbar ist.

Neben Normen bezüglich der Reihenfolge unterschiedlicher Lebenslaufelemente beeinflussen auch *Altersnormen* das Zeitfenster für Elternschaft. Belege hierfür liefert die bereits erwähnte Studie des IfD Allensbach (BMFSFJ 2005a): Die große Mehrheit der Bevölkerung verortet das optimale Alter für eigene Kinder zwischen Anfang 20 und Anfang 30. Die persönliche Lebensplanung weicht jedoch zumeist von dieser Idealvorstellung ab: Eine deutliche Mehrheit der unter 27-Jährigen fühlt sich noch zu jung für Kinder. Gleichzeitig gehen die Kinderwünsche insbesondere von Frauen, aber auch von Männern bereits ab Mitte 30 wieder spürbar zurück (BMFSFJ 2005a: 25f.). Zudem zeigen Bratti und Tatsiramos (2008) auf Basis eines internationalen Vergleichs, dass auch Normen bezüglich einer späten Mutterschaft das Geburtenverhalten beeinflussen. So können sie zeigen, dass eine aufgeschobene Erstgeburt zu einer beschleunigten Zweitgeburt führt, wenn die konsolidierte Beschäftigungs- und Einkommensbasis der Mutter einen weiteren Kinderwunsch begünstigt und das nationale Normengefüge kein Stigma für späte Mutterschaft setzt (zum Beispiel in Dänemark, Frankreich). Demgegenüber führt die verspätete Erstgeburt im Fall der Stigmatisierung und geringer Verdienstmöglichkeiten von Müttern zu einer niedrigeren Gesamtkinderzahl pro Frau (zum Beispiel in den Mittelmeerländern).

Aufgrund verlängerter Ausbildungszeiten erreicht ein beträchtlicher Anteil der potenziellen Elterngenerationen seine ökonomische Selbstständigkeit heute erst nach dem 26. bis 28. Lebensjahr. Noch in den 1960er und frühen 70er Jahren war die Mehrheit der Bevölkerung spätestens mit dem 21. bis 23. Lebensjahr ökonomisch unabhängig (Bertram et al. 2005: 45; Bertram et al. 2011: 96). Aus dieser Tatsache resultiert in Kombination mit vorhandenen Altersnormen sowie der beschriebenen (insbesondere in Westdeutschland geltenden) Norm, die den Abschluss der Ausbildung und den Berufseinstieg als Vorbedingung für die Familiengründung festschreibt, dass die Grundlagen für eine Familiengründung für viele junge Menschen erst in der zweiten Hälfte des dritten Lebensjahrzehnts gegeben sind. Dies bedeutet, dass die berufliche

Etablierung, der Aufbau einer ökonomischen Basis und einer stabilen Partnerschaft sowie die Geburt von Kindern zeitlich zusammenfallen und zumeist in einem Zeitraum von fünf bis sieben Jahren bewerkstelligt werden müssen. Für dieses Zeitfenster hat sich der Begriff der „*Rush Hour des Lebens*“ (z.B. Bertram 2012; Bertram et al. 2011) etabliert.

Für Menschen in dieser Lebensphase besteht ein hohes Risiko, letztlich nicht alle Lebensziele verwirklichen zu können. Wie oben dargelegt, wird zumeist der beruflichen Entwicklung der Vorzug vor anderen langfristigen Festlegungen gegeben und eine Familiengründung verschoben. Dabei gestaltet sich der Aufbau einer soliden Einkommensbasis – als Zeichen der beruflichen Etablierung – heute jedoch schwieriger als früher: Während Anfang der 1970er Jahre das Pro-Kopf-Einkommen in Haushalten im Alter von Anfang 20 bereits ähnlich hoch war wie mit Mitte 50 und es somit möglich war, sich bereits vor der Familiengründung eine eigene finanzielle Existenz aufzubauen, liegt das Einkommen in Haushalten junger Menschen heute deutlich niedriger als bei Personen im Alter von 45-60 Jahren (Bertram et al. 2011: 97f.)<sup>34</sup>. Im Anschluss an die langwierige berufliche und ökonomische Konsolidierung wird die zunächst nur verschobene Familiengründung dann häufig später nicht mehr nachgeholt – zum Beispiel aus biologischen Gründen oder aus Sorge um den Erhalt des gewohnten Lebensstils und -standards. Im historischen Vergleich entsteht dadurch die paradoxe Situation einer deutlich verkürzten Zeit für die Familiengründung bei gleichzeitig gestiegener Gesamtlebenszeit. Hierzu passend zeigt Kühn (2005) auf Basis der erwähnten Studie „Statuspassagen in die Erwerbstätigkeit“, dass die befragten Männer teilweise über Probleme berichten, den richtigen Zeitpunkt für die Familiengründung zu finden, was unter anderem durch Unzufriedenheit mit der eigenen beruflichen Entwicklung beziehungsweise unsichere berufliche Perspektiven bedingt ist (Kühn 2005: 139ff.).

---

<sup>34</sup> Aufgrund der derzeitigen Schwierigkeiten junger Erwachsener beim Aufbau einer Einkommensbasis und der beruflichen Etablierung, kombiniert mit hohen Erwartungen der älteren Generationen an die Wirtschafts- und Fürsorgeleistungen dieser jungen Generation, bezeichnet Bertram die derzeitigen jungen Erwachsenen insgesamt auch als „überforderte Generation“ (Bertram 2012: 26ff.).

Dass Kinderlosigkeit häufig Ergebnis eines verpassten Zeitfensters ist, zeigen auch Studien zu dem Verlauf der „*Entscheidung*“ zur *Kinderlosigkeit*. Rupp (2005) zeigt auf Basis des Bamberger Ehepaar-Panels, dass sich die Mehrheit der kinderlos bleibenden Ehepaare nicht bewusst und frühzeitig gegen eine Elternschaft entscheidet. Vielmehr erfolgt die Eheschließung zumeist mit einem Kinderwunsch; die dennoch resultierende Kinderlosigkeit ist Ergebnis des Hinausschiebens und anschließenden Ausbleibens der positiven Entscheidung für Kinder (Rupp 2005: 21). Die Autorin unterscheidet vier unterschiedliche Entwicklungen, die zur Kinderlosigkeit unter den Paaren geführt haben: 1) *Aufschub* - unter denjenigen Befragten, die den Kinderwunsch in jeder Panelbefragung bejahen, aber dennoch keine Kinder bekommen, 2) *Annäherung* - unter denjenigen, die sich in den ersten Ehejahren für Kinder entscheiden, jedoch niemals das Timing fixieren, 3) *Unentschieden* – unter denjenigen, die in den ersten Ehejahren zu gar keiner eindeutigen Position kommen, sowie 4) *gewollte Kinderlosigkeit*, unter denen, die annähernd konstant eine Entscheidung gegen Kinder berichteten. Die Aufschiebenden bildeten mit 42 % des Samples dabei die größte Gruppe, gefolgt von den gewollt Kinderlosen mit 31 % (ebd. 30f.). Ähnlich betont Carl (2002) auf Basis einer Retrospektivbefragung, dass drei verschiedene Typen von Kinderlosen unterschieden werden müssen: Die Frühentscheider, die niemals oder nur für eine sehr kurze Phase im Leben einen Kinderwunsch hatten und ihre Entscheidung gegen Kinder bereits vor dem 25. Lebensjahr getroffen haben, die Spätentscheider, die die Elternschaft zunächst aufschieben und sich dann im Alter von ca. 35 Jahren, also noch innerhalb des biologischen Zeitfensters, endgültig gegen Kinder entscheiden, sowie die Aufschieber, die bis zum Ende des biologischen Zeitfensters keine bewusste Entscheidung gegen Kinder treffen und äußere Bedingungen als Grund für das lange Aufschieben verantwortlich sehen (Carl 2002: 183).

## 6.2 Familienmodell und Geschlechterrollen

Mit Blick auf die gelebte Familienform bildete das *Modell der bürgerlichen Familie*, welches sich im 19. Jahrhundert herausbildete und seine Hochphase in den 1950er und 60er Jahren hatte, jahrzehntelang den zentralen Orientierungsrahmen und zeigt auch heute noch normative Verbindlichkeit. Die Herausbildung der bürgerlichen Familie als dominante Familienform ging einher

mit einem Intimisierungs- und Emotionalisierungsprozess der familialen Binnenstruktur. Die Familie wurde zu „einer geschlossenen Gemeinschaft mit Exklusivcharakter“ (Nave-Herz 2006: 49). Sie galt als „privater Raum“, der nur begrenzt für Einflüsse von außen offen ist (Huinink und Konietzka 2007: 67). Es kam zur Anerkennung der Kindheit als eigenständige Entwicklungsphase (Ariès 1978) sowie zur Zuweisung der Alleinverantwortung für die Sozialisation der Kinder an die Eltern (Nave-Herz 2006: 51f.). Konsequenzen dieser Entwicklungen waren gehobene Ansprüche an die Sozialisation der Kinder durch die Eltern (insbesondere die Mutter) sowie eine zunehmende emotionale Zuwendung zum Kind. Kinder blieben im bürgerlichen Familienmodell zwar selbstverständliche Folge der Eheschließung (Nave-Herz 2006: 51), aber die hohen emotionalen Ansprüche an die Familienbeziehungen waren deutlich leichter mit einer geringen Kinderzahl zu erfüllen (vgl. hierzu auch Kapitel 6.3.2). Das bürgerliche Familienmodell impliziert zudem eine strikte Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern, die dem Mann die öffentliche Sphäre und die produktiven Aufgaben (Erwerbsarbeit) und der Frau die private Sphäre und damit die reproduktiven Aufgaben (Familienarbeit) zuweist, wobei reproduktive Tätigkeiten jedoch eine geringere gesellschaftliche Wertschätzung als produktive Tätigkeiten erfahren (Huinink und Konietzka 2007: 67).

In den letzten Jahrzehnten hat die normative Verbindlichkeit des bürgerlichen Familienmodells nachgelassen, was sich in einem Wandel der Mutter- und Vaterrollen niederschlägt. Im Folgenden wird der Forschungsstand zu den heutigen Geschlechterrollenbildern dargestellt und der Zusammenhang zwischen Rollenbildern und Fertilität aufgezeigt.

### 6.2.1 Frauen- und Mutterrolle

Seit den 1960er Jahren ist ein deutlicher Wandel der Frauenrolle zu beobachten (zum Beispiel Peuckert 2008: 229f.): Waren Frauen zuvor nur dann erwerbstätig, wenn es die ökonomische Situation erforderte, zeigte der Arbeitsmarkt nun wachsendes Interesse an den Frauen. Umgekehrt erhöhten sich durch die Bildungsreform der 1960er Jahre die Investitionsleistungen von Frauen in das eigene Humankapital und damit verbunden die Berufs- und Einkommensaussichten. Dies führte zu einer Zunahme der *Berufsorientierung* von Frauen, welche in Konkurrenz zu der bis dahin dominierenden *Familienorientierung* trat. Unterstützt wurde dieser Prozess durch den Übergang von der

Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, der gerade für Frauen das Spektrum der Berufstätigkeiten erweiterte. Zudem wurde die Berufsorientierung dadurch gefördert, dass, wie Nave-Herz (2006: 69f.) betont, durch die gestiegene Lebenserwartung und bereits gesunkene Kinderzahl pro Familie die Länge der Familienphase relativ zur Gesamtlänge des Lebens deutlich zurückging. Dauerte die Familienphase vor einhundert Jahren durchschnittlich noch das halbe Leben, umfasst sie heute nur noch ein Viertel; das Leben in einer Familie ist zu einer „transitorischen Lebensphase“ (Nave-Herz 2006: 70) geworden. In Anbetracht der Tatsache, dass die Kindererziehung nur noch einen kurzen Teil des Lebens einnimmt, wird die normative Festschreibung der Frauen auf die Familienphase, wie sie im bürgerlichen Familienmodell zu finden ist, problematisch. Peuckert spricht in diesem Zusammenhang von der „demographischen Freisetzung der Frauen“ (Peuckert 2008: 229). Hinzu kommt, dass die traditionale Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zunehmend ihren Sinn verlor, da der Zeitaufwand für Hausarbeit, zum Beispiel durch das steigende Angebot verarbeiteter Lebensmittel, gesunken ist (Hülkamp und Seyda 2004: 35).

Mit Blick auf die Höhe der Bildungsabschlüsse haben Frauen mittlerweile zu den Männern aufgeschlossen, und auch die Erwerbsbeteiligung nähert sich derjenigen der Männer an<sup>35</sup> (zum Beispiel Geißler 2011: 302f.). Ein Wandel des gesellschaftlichen *Leitbildes bezüglich der Mutterrolle* vollzieht sich demgegenüber nur langsam – das bürgerliche Familienmodell wirkt bis heute nach. Es liegt somit ein „cultural lag“, das heißt eine Ungleichzeitigkeit im Wandel zweier gesellschaftlicher Teilbereiche – der Schul- und Berufsbereich auf der einen Seite und der Familienbereich auf der anderen Seite – vor (Nave-Herz 2006: 75). Der langsame Wandel der Mutterrolle lässt sich anhand der Daten des World Values Surveys und European Values Surveys nachzeichnen: So ist der Anteil der Deutschen, die der Meinung sind, dass eine erwerbstätige Mutter ein genauso warmes und stabiles Verhältnis zu ihren Kindern aufbauen

---

<sup>35</sup> Wobei hier einschränkend darauf hingewiesen werden muss, dass sich zwar die Erwerbsquoten von Frauen und Männern angleichen, sich jedoch weiterhin starke Unterschiede bzgl. des Erwerbsumfangs zeigen, da Teilzeitarbeit unter Frauen weit verbreitet ist, während Männer zumeist Vollzeit beschäftigt sind.

kann wie eine nichtberufstätige Mutter, im Zeitraum von 1990 bis 2000 von 57 auf 67 % gestiegen. Dennoch vertraten im Jahr 2000 noch 66 % der Befragten die Meinung, dass Kinder im Vorschulalter vermutlich darunter leiden, wenn ihre Mutter berufstätig ist. Allerdings zeigt sich auch hier ein deutlicher Wertewandel: 1990 waren noch 79 % der Befragten diese Auffassung (Inglehart 2004).

Das ambivalente deutsche Bild der Frauen- und Mutterrolle kann bei (potenziellen) Müttern einen *Wertekonflikt* auslösen: Wie Bertram et al. (2005) anhand der Typologie von Hakim (2000) und Basis von Daten des DJI-Familiensurveys 2000 deutlich machen, verfolgt der Großteil der Frauen in Deutschland einen adaptiven Lebensentwurf, d.h. sie möchten eine Balance zwischen Beruf und Familie herstellen; nur eine kleine Minderheit der Frauen ist ausschließlich berufs- oder familienorientiert (Bertram et al. 2005: 27ff.). Auch Mühling et al. zeigen auf Basis des Bamberger Ehepaar-Panels, dass junge Frauen sowohl dem Lebensbereich „Familie und Kinder“ als auch dem Bereich „Arbeit und Beruf“ einen hohen Stellenwert beimessen (Mühling et al. 2006: 110f.). In beiden Lebensbereichen herrschen jedoch hohe Ansprüche vor: Frauen wollen im Berufsleben erfolgreich und leistungsfähig sein – was zumeist hohen und kontinuierlichen Einsatz erfordert – aber gleichzeitig haben sie auch das Bedürfnis, nach der Geburt eines Kindes ganz für dieses da zu sein (Nave-Herz 2006: 74). Berufs- und Familienorientierung stehen hierdurch in einem Spannungsverhältnis: Frauen haben die Befürchtung, entweder der Erwerbsarbeit oder der Mutterrolle nicht gerecht werden zu können. Durch dieses Spannungsverhältnis wird ein Teil der Frauen von der Erwerbsarbeit zugunsten der Kindererziehung abgehalten und umgekehrt verzichtet ein anderer Teil auf eine (frühe) Familiengründung zugunsten des Erwerbslebens.

Der Konflikt zwischen den beruflichen Ansprüchen und denen aus der Mutterrolle ist in Deutschland vergleichsweise stark ausgeprägt; was sich einerseits im besonders hohen Anteil kinderloser Frauen (zum Beispiel Dorbritz 2005) und andererseits im besonders hohen Anteil nicht erwerbstätiger Mütter manifestiert: „In keinem anderen westeuropäischen Land ziehen sich Frauen mit zwei Kindern derart häufig aus dem Erwerbsleben zurück“ (Kröhnert und Klingholz 2008: 11). Die bereits erwähnten Daten des World Values Surveys und European Values Surveys (2000) zeigen, dass Deutsche einer Erwerbstätigkeit von Müttern besonders kritisch gegenüberstehen: Bezüglich der Zu-

stimmung zur Aussage, dass eine erwerbstätige Mutter ein genauso warmes und stabiles Verhältnis zu ihren Kindern aufbauen kann wie eine nichtberufstätige Mutter, lagen die Deutschen nur im unteren Mittelfeld der betrachteten Länder (Rang 59 von 76). Zudem liegt Deutschland im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern bezüglich der Aussage, dass Kinder im Vorschulalter vermutlich darunter leiden, wenn ihre Mutter berufstätig ist, im oberen Mittelfeld (Rang 11 von 28). Ein direkter Vergleich mit Frankreich auf Basis dieser Daten zeigt, dass die Erwerbstätigkeit von Müttern dort deutlich stärker akzeptiert wird als in Deutschland: Die erstgenannte Aussage fand im Jahr 2000 unter 77 % der Befragten Zustimmung (D: 67 %), die letztgenannte unter 56 % (D: 66 %) (Inglehart 2004). Auch Fagnani (2001; ähnlich Brachet et al. 2010) betont, dass es in Frankreich gesellschaftlich legitim ist, als Mutter berufstätig zu sein und die Kinder extern betreuen zu lassen, während in Deutschland weiterhin Normen starke Geltungskraft besitzen, die die Präsenz der Mutter bei der Erziehung der Kinder vorschreiben. Ruckdeschel (2009) weist zudem darauf hin, dass in Frankreich die Vereinbarkeitsproblematik auf der praktischen, nicht aber auf der normativen Ebene existiert: „Die Debatte, ob eine Mutter arbeiten sollte oder nicht, wird schlicht nicht geführt“ (Ruckdeschel 2009: 111). Erwerbsarbeit und Mutterschaft werden in Frankreich laut Schultheis nicht als sich ausschließend angesehen, sondern führen eine „friedliche – wenn auch scheinbar paradoxe – Koexistenz“ (Schultheis 1998: 215).

Hinter diesen unterschiedlichen Betreuungsnormen und damit Mutterrollen in Deutschland und Frankreich stehen verschiedene *Vorstellungen bezüglich der Sozialisation von Kindern*: Laut Luci ist in Frankreich die gesellschaftliche Vorstellung, dass eine Erziehung von Kindern im Kollektiv dem Wohl des Kindes diene, traditionell verankert. Ausgangspunkt ist die Vorstellung von der Seele eines Neugeborenen als „weißes Blatt“ (Luci 2011: 12), das erst durch Sozialisation beschrieben wird und möglichst unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt werden sollte. Deswegen schadet eine Mutter, die nicht ihre ganze Zeit der Kindererziehung widmet, sondern dieses auch von anderen Personen betreuen lässt, nicht dem Kindeswohl und wird durchaus als gute Mutter (*bonne mère*) angesehen. In Deutschland wird die Seele eines Neugeborenen demgegenüber traditionell als vollkommen gutwertig angesehen, und erst in der weiteren Entwicklung des Kindes wird sie durch negative Einflüsse der Außenwelt beeinträchtigt. Aus diesem Grund fördert es die charakterliche Entwicklung

des Kindes, wenn es möglichst lange von äußeren Einflüssen ferngehalten wird. Hierdurch stehen deutsche Eltern Kinderbetreuungseinrichtungen deutlich misstrauischer gegenüber als französische (Luci 2011: 11ff; zur Spezifik des deutschen Mutterbilds vergleiche auch Vinken 2007; Durand 2004).

Allerdings muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass von *dem* Deutschland eigentlich nicht gesprochen werden kann. Studien, die sich mit dem Fertilitätsverhalten im deutschen Ost-West-Vergleich vor und nach der Wiedervereinigung beschäftigen, kommen überwiegend zu dem Schluss, dass *Einstellungsunterschiede* – vorwiegend zu mütterlicher Erwerbstätigkeit, Fremdbetreuung von Kleinkindern und der Bedeutung von Familie als zentralem Lebensentwurf – *zwischen Ost- und Westdeutschland* dazu geführt haben, dass sich das Geburtenverhalten ostdeutscher Frauen vor der Wiedervereinigung von jenem der westdeutschen unterscheidet und auch weiterhin unterscheiden wird (Vatterrott 2011, Goldstein und Kreyenfeld 2011, Borck 2011, Bauernschuster und Rainer 2010, Kreyenfeld 2002; 2004; 2009; Bernardi et al. 2008; Konietzka und Kreyenfeld 2002, Störtzbach 1994)<sup>36</sup>. So wird der Grund dafür, dass sich das Erstgeburtsalter von Müttern in Ostdeutschland zwar dem westdeutschen etwas angenähert hat, aber noch immer um ein Jahr unter demselben liegt (Goldstein und Kreyenfeld 2011), in der osteuropäischen Norm junger Erstgeburten gesehen, von der sich ostdeutsche Frauen im Transformationsprozess nur teilweise entfernt haben (Kreyenfeld 2004). Auch die hohe Erwerbsquote ostdeutscher Frauen ist auf das Fortwirken des Erwerbsethos in sozialistischen Regimen zurückzuführen; zudem hat das politische System als „äußerer Feind“ in der ehemaligen DDR den familiären Zusammenhalt gestärkt und die Bedeutung von Kindern und Familienleben als Glücksquelle deutlich angehoben (Kreyenfeld 2002). In Westdeutschland besteht dagegen überwiegend die Haltung, Mütter kleiner Kinder sollten ihre Erwerbstunden einschränken (Braun et al. 1994, Konietzka and Kreyenfeld 2002, Ruckdeschel 2009).

Mehrere Studien belegen den Zusammenhang zwischen dem weiblichen Rollenbild und der Fertilität im internationalen Vergleich: Borck (2011) hat auf

---

<sup>36</sup> Eine Ausnahme zu dieser Zukunftsprognose bildet Lechner (2001), der von einem Annäherungsprozess ausgeht.

Basis mehrerer ISSP-Wellen für die OECD-Länder einen Zusammenhang zwischen dem national dominanten Bild der Mutterrolle und der Fertilität nachgewiesen: So korreliert die Zustimmung zu der Aussage „Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen, die der Frau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern“ sowie zu der Aussage „Ein Kind, das noch nicht zur Schule geht, wird wahrscheinlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist“ im Vergleich der OECD-Länder negativ mit der TFR (Borck 2011: 8). Auch Billari (2008) hat für das Jahr 2000 für die Zustimmung zur letztgenannten Aussage (Vorschulkinder leiden unter Berufstätigkeit der Mutter) im europäischen Vergleich einen negativen Zusammenhang zur TFR aufgezeigt (Billari 2008: 3). Auf Basis von World Values Survey Daten können Feyrer et al. (2008) ebenfalls einen Zusammenhang zwischen geschlechterrollenbezogenen Einstellungen und der Fertilität nachweisen: Es zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der TFR und dem Anteil der Bevölkerung, die der Aussage „Eine berufstätige Mutter kann ihren Kindern genauso viel Wärme und Geborgenheit geben wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist“ sowie der Aussage „Im allgemeinen sind Väter genauso geeignet, sich um die Kinder zu kümmern wie Mütter“ stark zustimmen (Feyrer et al. 2008: 13).

Insgesamt sieht McDonald (2000b) den Grund für ein geringes Fertilitätsniveau in einer zunehmenden Gleichstellung der Geschlechter in individuenorientierten Institutionen (zum Beispiel im Bildungssystem und Erwerbsleben) in Kombination mit einer geringen Geschlechtergleichheit in familienorientierten Institutionen (insbesondere der Familie selbst): „High levels of equity enjoyed by women as individuals in combination with continuing low levels of equity for women in their roles as wives and mothers mean that many women will end up bearing fewer children than they aspired to when they were younger. The outcome for the society is a very low fertility rate“ (McDonald 2000b: 437f).

Auch Kröhnert und Klingholz (2008) zeigen auf Basis einer Reihe soziodemografischer Indikatoren einen positiven Zusammenhang zwischen der Fertilität eines Landes und dem Ausmaß der Gleichbehandlung der Geschlechter. Als Indikatoren ziehen sie hierfür die Frauenerwerbsquote, den Anteil der unter Dreijährigen in Kindertagesstätten, höhere Bildungsabschlüsse in Natur und Technik je 1.000 Frauen zwischen 20 und 29 Jahren, die Differenz zwischen

den Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern, die Scheidungshäufigkeit sowie den Anteil nichtehelicher Geburten heran (vgl. hierzu auch Kapitel 5.2).

Im internationalen Vergleich sehen Feyrer et al. (2008) die deutsche Frauenrolle als eine Übergangssituation auf dem Entwicklungspfad in Richtung einer (stärker) egalitären Verteilung der Familienarbeit und verbinden damit die Erwartung einer zukünftig wieder ansteigenden Fertilität. Die Autoren identifizieren drei Stadien des Status von Frauen in den Gesellschaften: In der frühen Phase ist der Status der Frauen am niedrigsten; sie erhalten niedrige Löhne und sind für die gesamte Familienarbeit zuständig. Deswegen sind viele Frauen nicht erwerbstätig und spezialisieren sich auf Haus- und Familienarbeit; die Fertilität ist dabei hoch. In der mittleren Phase – in welcher sich Deutschland, aber auch zum Beispiel Spanien und Italien derzeit befinden – haben sich die Erwerbschancen von Frauen verbessert, dennoch sind die Frauen weiterhin für den überwiegenden Teil der Haus- und Familienarbeit zuständig. Hierdurch sinkt die Fertilität bei steigender Frauenerwerbsbeteiligung. In der letzten Entwicklungsphase erreichen die Erwerbschancen der Frauen das Niveau der Männer; die Frauenerwerbsbeteiligung ist noch höher als in der mittleren Phase. Aufgrund der gestiegenen Verhandlungsmacht der Frauen beteiligen sich Männer deutlich stärker, wenn nicht sogar gleichwertig, an der Haus- und Familienarbeit und dadurch steigt die Fertilität wieder an. Die Autoren verorten zum Beispiel die skandinavischen Länder und die Niederlande am Beginn dieser letzten Phase (Feyrer et al. 2008: 3f.).

### 6.2.2 Männer- und Vaterrolle

Mit Blick auf das gesellschaftliche Leitbild der Männer- und Vaterrolle sind nur langsame Tendenzen des Wandels beobachtbar. In Deutschland ist die aus dem bürgerlichen Familienmodell entstammende Rolle des *männlichen Ernäh-rers* weiterhin der dominante Lebensentwurf junger Männer, wie zum Beispiel Bertram et al. auf Basis von Daten des DJI-Familiensurveys 2000 zeigen: Unterteilt man die Lebensentwürfe auf Basis der Typologie von Hakim (2000) in berufsorientierte, adaptive (d.h. Erwerbs- und Familienarbeit vereinbarende) und haushaltszentrierte Lebensentwürfe, so waren im Jahr 2000 67 % der Männer ausschließlich berufsorientiert; ein Drittel der Männer favorisiert ein adaptives Lebensmodell; eine ausschließliche Haushaltszentrierung war unter deutschen Männern gänzlich unüblich (Bertram et al. 2005: 30).

Während das Ernährermodell somit weiterhin stark verwurzelt ist, ist Vaterschaft dennoch zunehmend mit neuen, höheren Ansprüchen behaftet, die sich in dem Diskurs über die „neuen Väter“ widerspiegeln: „Der neue Vater beteiligt sich an allen elterlichen Aktivitäten, soweit ihm nicht biologische Grenzen gesetzt sind. Er spielt nicht nur mit den Kindern, sondern wechselt auch die Windeln, bereitet Mahlzeiten zu und füttert das Baby. Seine Anwesenheit bei der Geburt ist eine Selbstverständlichkeit. Er tut dies alles unabhängig davon, ob es sich bei dem Kind um einen Sohn oder eine Tochter handelt“ (Meuser 2007: 141). Vaterschaft wandelt sich von einem sozialen Status zur sozialen Praxis und entwickelt sich hierdurch zu einer Gestaltungsaufgabe (ebd.). Die neue Aufgabe des Vaters als Erzieher ersetzt dabei nicht die Ernährerrolle, sondern kommt zu dieser additiv hinzu (Volz und Zulehner 2009: 87). Meuser (2007) stellt in diesem Zusammenhang die Vermutung auf, dass sich die gestiegenen Ansprüche an Vaterschaft negativ auf die Bereitschaft zur Familiengründung auswirken, da die Männer befürchten, den gesteigerten Ansprüchen nicht gerecht zu werden (Meuser 2007: 147).

In der alltäglichen Praxis hat sich das neue, anspruchsvollere Leitbild des „neuen Vaters“ jedoch bisher nicht durchgängig verbreiten können. Vielmehr resultiert der Wandel der Vaterrolle in einer *Vielzahl verschiedener Vatern*typen: Bambey und Gumbinger identifizieren auf Basis einer Clusteranalyse sechs verschiedene Vaterntypen, die von „traditionell-distanziert“ bis „egalitär“ reichen (Bambey und Gumbinger 2006: 27). Demgegenüber ermitteln Volz und Zulehner vier verschiedene Männer- und damit auch Vaterntypen („teiltraditionell“, „balancierend“, „suchend“ sowie „modern“) (Volz und Zulehner 2009: 34). Einer praktischen Umsetzung des Leitbilds des „neuen Vaters“ stehen auch vielfach gesellschaftliche Hindernisse entgegen. So beschreibt zum Beispiel Gesterkamp (2005) die vielfältigen beruflichen und politischen Hindernisse, mit denen Männer derzeit (noch) konfrontiert sind, wenn sie beruflich kürzer treten und sich in der Vaterschaft engagieren wollen.

Neben einem zunehmend ambivalenten Rollenbild erweist sich als problematisch, dass das zurzeit noch normativ vorherrschende Leitbild des Alleinernährers zunehmend im Kontrast zur wirtschaftlichen Realität junger Männer steht. Aufgrund der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, der vergleichsweise hohen Arbeitslosigkeit sowie Diskontinuitäten im Lebenslauf können insbesondere junge Männer dem Anspruch des Alleinernährers einer Familie immer sel-

tener gerecht werden (Krüger 2006: 196, Meuser 2007: 147) Krüger weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass „immer weniger junge Männer sich die Ernährerrolle und die Familiengründung zutrauen“ (Krüger 2006: 196). Ähnlich argumentiert auch Meuser mit Blick auf das Zusammenspiel gesteigerner Ansprüche an Vaterschaft sowie Schwierigkeiten bei der Übernahme der Ernährerrolle: „Mit der Anspruchssteigerung an Vaterschaft und der De-Institutionalisierung des Lebenslaufs entsteht gewissermaßen gleichzeitig von zwei Seiten aus ein negativer Druck auf die Bereitschaft von Männern, das ihnen Mögliche zu tun, um vorhandene Kinderwünsche zu realisieren“ (Meuser 2007: 147).

Hierzu passend ermittelt Kühn (2005) auf Basis von qualitativen Befragungen junger Männer, dass die Familiengründung von Männern mit Perspektivenproblemen verbunden ist. Diese stehen im Zusammenhang mit „Unsicherheiten über die eigene Männerrolle im Spannungsfeld zwischen fortbestehender Traditionalität und sozialem Wandel“ (Kühn 2005: 145). Einerseits bedeutet die Übernahme von Erziehungszeiten durch den Vater im sozialen Umfeld eine Abweichung von der Norm, und eine dauerhafte Erwerbsunterbrechung wird von keinem der Befragten gewünscht. Andererseits erkennt die überwiegende Mehrheit der jungen Männer das Recht der Frauen auf Gleichberechtigung und Teilhabe am Erwerbsleben an und ist deswegen bestrebt, Aufgaben der Haus- und Familienarbeit zu übernehmen. Dieses ambivalente Vaterbild wird insbesondere dann problematisch, wenn es auf ein ambivalentes Mutterbild trifft: In dem Maße, in dem auch die Frauen aufgrund struktureller Unvereinbarkeiten von verantwortungsvoller Mutterschaft und dauerhafter Erwerbstätigkeit über ihre Rolle verunsichert sind, potenziert sich die Unsicherheit in den Partnerschaften und führt häufig dazu, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema Familiengründung aufgeschoben und Familiengründung von einer Selbstverständlichkeit zunehmend zu einem unsicheren möglichen zukünftigen Ereignis wird.

Ähnlich wie Kühn betrachtet auch Kaufman (2000) männliche und weibliche Geschlechterrollenbilder parallel und weist für die USA auf Basis zweier Panelwellen Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre die Bedeutung von Rollenbildern für den Kinderwunsch und die tatsächliche Familiengründung nach. Er ermittelt, dass Frauen mit egalitären Rollenvorstellungen seltener als Frauen mit einem traditionellen Rollenbild eine Familiengründung anstreben und

auch seltener realisieren. Demgegenüber ist die Wahrscheinlichkeit eine Vaterschaft anzustreben beziehungsweise zu realisieren für egalitär eingestellte Männer höher als für traditionelle Männer: „It does appear that egalitarian attitudes act to decrease women’s entrance to parenthood at the same time that they act to increase men’s entrance to parenthood“ (Kaufman 2000: 139). Egalitäre Männer wünschen sich tendenziell eine Familie, während egalitäre Frauen zusätzliche/alternative Lebensinhalte zur Familien- und Hausarbeit anstreben. Kaufman sieht hierin einen „mismatch in the impact of gender role attitudes on fertility and family formation“ (ebd.: 141).

### 6.3 Werte und Einstellungen

Eine zentrale Dimension sozial-normativer Determinanten stellen Werte und Einstellungen dar, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Familienorientierung von Personen ausüben. In diesem Zusammenhang wird innerhalb der sozialwissenschaftlichen Diskussion insbesondere für die vergangenen Jahrzehnte ein Wertewandel konstatiert. Welche (veränderten) Werte und Einstellungen aus familiendemografischer Sicht relevant werden, wird im Folgenden diskutiert. Zunächst wird dabei die Wertschätzung, die Ehe und Familie allgemein beigemessen wird, im Fokus stehen, um anschließend die Wertschätzung von Kindern in den Blick zu nehmen. Abschließend wird auf diejenigen Werten eingegangen, die mit den familien- und kinderbezogenen Werten in Konkurrenz stehen oder stehen können.

#### 6.3.1 Wertschätzung von Ehe und Familie

Nach wie vor hat die *subjektive Wertschätzung von Ehe und Familie* kaum an Bedeutung eingebüßt und eine deutliche Mehrheit von 87 % würde es begrüßen, wenn dem Familienleben in Zukunft mehr Bedeutung beigemessen würde (Dorbritz et al. 2005: 32). Die Eltern-Familie, das heißt die Familie mit beiden Elternteilen und Kind(ern), bleibt somit trotz des Anstiegs alternativer Lebens- und Familienformen quantitativ die dominante, auch wenn ihr Anteil unter allen Lebensformen gesunken ist (Nave-Herz 2006: 76). So ist inzwischen lediglich ein Drittel aller Haushalte ein Familienhaushalt. Gleichzeitig, so konstatiert Nave-Herz (2006), wird der Familie jedoch in Deutschland eine hohe Wertschätzung entgegengebracht. Andere Lebensformen sind dagegen mehrheitlich keine bewusst gewählten Alternativen zur Eltern-Familie. Selbst ge-

stiegene Scheidungszahlen lassen sich in diesem Kontext nicht notwendig als Bedeutungsverlust oder Abneigung gegen Ehe und Familie interpretieren. Vielmehr konstatiert Nave-Herz (2006: 74), dass gerade aufgrund der hohen und teils sogar gestiegenen Wertschätzung die Belastbarkeit von unharmonischen Beziehungen abgenommen habe.

Damit bleiben Ehe und Familie für die Mehrheit die ideale Lebensform. Dabei geht es inzwischen allerdings weniger um die traditionelle Familie in ihrer institutionalisierten Form, sondern vielmehr um die tatsächlich gelebten Beziehungen. Sowohl Dorbritz et al. (2005) als auch andere Studien belegen in diesem Zusammenhang einen *Bedeutungsverlust der Ehe als institutioneller Einrichtung* (zum Beispiel Noelle-Neumann und Köcher 2002). Dabei zeigen sich allerdings Unterschiede zwischen Verheirateten und Ledigen, wobei letztere der Ehe und Familie eine insgesamt geringere Bedeutung beimessen. So konnte anhand der Population Policy Acceptance Study (PPAS) ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Familienstand der Befragten und deren Einstellung zu Ehe und Elternschaft festgestellt werden: Während 41 % der Ledigen die Ehe für eine überholte Einrichtung hielten, taten dies nach Umfrageergebnissen lediglich 9 % der Verheirateten (Dorbritz et al. 2005: 33; vgl. hierzu auch Ruckdeschel 2007: 223ff.). Ein Vergleich der Einstellungen mit Frankreich zeigt, dass der Ehe und Familie in ihrer institutionalisierten Form in Deutschland eine höhere Bedeutung beigemessen wird (Brachet et al. 2010). Auswertungen auf der Basis des „European Values Survey 1990“ zufolge stimmten der Aussage „Die Ehe ist eine überholte Einrichtung“ 29 % der Franzosen und 12 % der Deutschen zu (Schultheis 1998). Jüngere Befunde der PPAS weisen inzwischen einen Anteil von 24 % der deutschen Befragten auf, die der Aussage zustimmen. Gleichzeitig halten 76 % der Deutschen die Ehe jedoch nach wie vor nicht für eine überholte Einrichtung (Dorbritz et al. 2005: 32). Dennoch zeigen die Ergebnisse insgesamt auch für Deutschland ein Bedeutungsverlust der Institution Ehe beziehungsweise Familie.

In diesem Zusammenhang kann der für die Industrienationen konstatierte *säkulare Wertewandel* als Erklärungsmodell für den generellen Bedeutungs-rückgang der Institution Familie herangezogen werden. So ging mit sinkendem Einfluss der Kirchen und der anhaltenden Erosion religiöser Einstellungen und Überzeugungen auch der normative Bedeutungsgehalt der Institution Ehe zurück. Da insbesondere für die staatssozialistischen europäischen Länder ein

fortgeschrittener Säkularisierungsprozess zu beobachten ist, erklären sich somit auch Unterschiede bei den Einstellungen zu Ehe und Familie in Ost- und Westdeutschland. Diese zeigen sich vor allem in der unterschiedlichen Bewertung außerfamiliärer Kinderbetreuung und Berufstätigkeit von Frauen (Arránz Becker et al. 2010: 41). So lag die Akzeptanz mütterlicher Erwerbstätigkeit bei Kindern im Vorschulalter Mitte der 1990er Jahre in Ost- und Westdeutschland noch an den entgegengesetzten Enden des europäischen Spektrums (ebd.). Aber auch jüngere Untersuchungen zeigen, dass sich diesbezügliche Orientierungen in den beiden Regionen noch nicht gänzlich angeglichen haben. Ruckdeschel (2009) erfasst in diesem Zusammenhang in ihrer Analyse zu kulturellen Unterschieden hinsichtlich des Kinderwunsches die Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern anhand zweier Dimensionen. Dabei zeigen sich hinsichtlich der allgemeinen Wertschätzung nicht erwerbstätiger Frauen und Mütter über die Aussage „Sich um Haushalt und Kind zu kümmern ist genauso erfüllend wie eine bezahlte Arbeit“, dass die Zustimmungsraten sowohl bei den Kinderlosen als auch bei den Eltern mit Kindern in Ostdeutschland am niedrigsten sind – weniger als die Hälfte der Befragten stimmte der Aussage hier zu (Ruckdeschel 2009: 120). Der Vergleich, der neben Westdeutschland auch Frankreich in die Analyse mit einbezieht, zeigt dabei wesentlich höhere Zustimmungsraten für die übrigen Befragungsgruppen. Die höchsten Zustimmungswerte ergeben sich allerdings für die westdeutschen Eltern, während in Frankreich keinerlei Unterschiede zwischen der Einstellung der Gruppe der Kinderlosen und jener der Eltern ausgemacht werden kann (ebd.: 121). Hinsichtlich des zweiten Indikators für die kulturelle Dimension (Aussage: „Ein Vorschulkind wird darunter leiden, wenn seine Mutter arbeitet“) lassen sich allgemein niedrigere Zustimmungsraten feststellen (vgl. Kapitel 6.2.1). Vor allem in den neuen Bundesländern stimmten auffallend wenige Befragte dieser Aussage zu (18 % der Kinderlosen und 14 % der Eltern). Diese nach wie vor positive Einstellung zu früher außerfamiliärer Kinderbetreuung wird auch als „longue durée“ (Pfau-Effinger und Geissler 2002) des ostdeutschen Familienmodells bezeichnet, das auch im vereinten Deutschland weiterwirkt. Auch wenn sich die Einstellungen der Franzosen sowie der Westdeutschen ähnlicher sind, kann für Westdeutschland mit 47 % Zustimmung der Eltern (Frankreich: 42 %) und 44 % der Kinderlosen (Frankreich: 39 %) die größte Ablehnung von früherer Müttererwerbstätigkeit ausgemacht werden (Ruckdeschel 2009: 122).

Auch wenn Ehe und Familie in ihrer traditionellen Form als Wert an sich verloren haben, richten sich die *Vorstellungen stärker an der ‚Normalfamilie‘* aus, sobald Kinder ins Spiel kommen (Dorbritz et al. 2005: 32). Untersuchungen für Deutschland ergeben, dass das eheliche Zusammenleben eher befürwortet und ein Zuhause mit Vater und Mutter als notwendig für das glückliche Heranwachsen des Kindes erachtet wird, wenn Kinder vorhanden sind. Für notwendig erachten dabei nach Angaben der PPAS 60 % der Verheirateten eine Eheschließung, wenn Kinder vorhanden sind, diese Meinung teilen jedoch nur 28 % der Ledigen (Dorbritz et al. 2005: 33) (vgl. Kapitel 6.1.1). Der Vergleich zu Frankreich zeigt zudem, dass hier vor allem die Stabilität und die Qualität der Paarbeziehung betont werden. So bekommen französische Frauen auch entsprechend öfter ihr erstes Kind außerhalb der Ehe (eine von zwei Geburten)<sup>37</sup>, während dies lediglich für weniger als ein Drittel der deutschen Frauen gilt (Brachet et al. 2010, Onnen-Isemann 2007). In einem deutschen Ost-West-Vergleich zeigt sich, dass die Wertvorstellungen der ostdeutschen Befragten in der Population Policy Acceptance Study (PPAS) insgesamt weniger an der ‚Normalfamilie‘ ausgerichtet sind als die der Westdeutschen (Dorbritz et al. 2005: 32). Dies zeigt sich auch in der familialen Praxis: Während in den alten Bundesländern 60 % der Kinder innerhalb einer Ehe zur Welt kommen, sind es in den neuen nur 25 % (Brachet et al. 2010).

Zahlreiche empirische Untersuchungen (zum Beispiel Hahn und Burkhart 1998, Noelle-Neumann und Köcher 2002, Shell-Studie 2002) belegen einen *hohen Zufriedenheitsgrad mit dem gelebten Ehe- und Familienleben*. Insgesamt zeigt ein Vergleich der bevorzugten und der tatsächlich gelebten Lebensform die höchsten Anteile an Übereinstimmung bei den Verheirateten (85 %), die bereits vor der Ehe zusammengelebt haben, und den Befragten in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften. Verheiratete Frauen sind allerdings im Durchschnitt unzufriedener mit der Ehe als Männer. Dieser geschlechtsspezifische Unterschied in der Zufriedenheitsbewertung ist dabei sogar international

---

<sup>37</sup> Bezüglich eines deutsch-französischen Vergleichs muss hier allerdings einschränkend auf die in Frankreich für alle unverheirateten Paare verfügbare – und zur Ehe alternative – Option des zivilen Solidaritätspakts (*pacte civil de solidarité – PACS*) hingewiesen werden, durch die Partnerschaften dort einen Rechtsstatus erhalten.

verbreitet (Nave-Herz 2006: 73). Die geringsten Übereinstimmungswerte lassen sich für die Gruppe der Alleinstehenden und denen, die in einer Partnerschaft ohne gemeinsamen Haushalt leben, ausmachen. Insgesamt stimmt lediglich bei 60 % der Befragten die gewünschte mit der tatsächlich gelebten Lebensform überein. Dieses Ergebnis verdeutlicht, dass nicht selten äußere Umstände zu abweichendem Verhalten führen (Dorbritz et al. 2005: 34).

Offen bleibt an dieser Stelle allerdings die Frage nach der Ursache und Wirkung. So kann anhand der vorliegenden Daten keine Aussage darüber getroffen werden, ob familienorientierte Personen eher heiraten und Kinder bekommen oder ob sie sich für eine Familie in ihrer traditionellen Form entscheiden und ihre Einstellung nachträglich dem Verhalten anpassen (vgl. zur sogenannten Strategie zur Vermeidung kognitiver Dissonanz auch Kapitel 6.3.2). Auch können Einstellungsunterschiede auf den Einfluss des Alters sowie auf vorhandene partnerschaftliche und familiäre Bindungen zurückgeführt werden.

Hinsichtlich der *Stärke familialer Bindungen* macht Giuliano (2007) vor allem kulturelle Unterschiede für das Aufschieben der Lebensabschnitte verantwortlich, das in vielen Fällen zur Kinderlosigkeit führt. So lebt nach Erkenntnissen der Autorin ein Anteil von 70 bis 80 % der jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 33 in südeuropäischen Ländern (Italien, Portugal, Griechenland, Spanien) im Elternhaus. Gleichzeitig sind diese Länder von einem steigenden Heiratsalter und einer sinkenden Geburtenrate gekennzeichnet. Im Unterschied dazu leben in den USA und in Kanada lediglich 10 bis 35 % der 18- bis 33-Jährigen noch bei ihren Eltern, während die Fertilität in diesen Ländern weitaus weniger dramatisch gesunken ist. Diesen Umstand führt Giuliano auf Differenzen in kulturellen Normenkomplexen zurück, welche insbesondere die Art der familialen Bindungen betreffen. So sind nach Angaben der Autorin die Verwandtschaftsbeziehungen in den südlichen Ländern Europas vor allem muslimisch beeinflusst und die starken Bindungen zeigen sich in einem langen Verbleib der Kinder im Elternhaus sowie in der späteren Pflege der Eltern im Alter. Reformatorische Einflüsse haben im Norden Europas dagegen zur Herausbildung schwächerer Verwandtschaftsbeziehungen geführt und Individuen lösen sich hier früher von ihren Eltern. In ihrer Untersuchung zeigt Giuliano, dass südeuropäische Einwanderer in den USA das demografische Verhalten

ihres Herkunftslandes beibehalten, obwohl die strukturellen Bedingungen des Ankunftslandes eher jenen der nordeuropäischen Länder entsprechen.

Normen und Wertvorstellungen hinsichtlich Ehe und Familie werden daneben auch *über Kommunikationsmedien transportiert*, die in westlichen Industriegesellschaften inzwischen als zentrale Träger kultureller Wertorientierung gesehen werden können. Dabei werden nicht nur herrschende Normenkomplexe widergespiegelt, vielmehr wird hier gesellschaftlicher und sozialer Wandel auch maßgeblich vorangetrieben. Insbesondere dem Fernsehen als vorherrschendem Medium dieser Zeit kommt somit auch für familienbezogene Orientierungen eine bedeutende Rolle zu. Bereits eine im Jahr 1995 im Auftrag der Unabhängigen Landesanstalt für das Rundfunkwesen Schleswig Holstein erstellte Studie zum „Wertesystem der Familienserien im Fernsehen“ machte in diesem Kontext auf die gesellschaftliche Wirksamkeit von Familienserien über ihre Unterhaltungsfunktion hinaus aufmerksam (Hannover und Birkenstock 2005: 29).

Neuere Untersuchungen zum Thema Familienbild in den Medien zeigen, dass im Unterhaltungsfernsehen die „Normalfamilie“ kaum noch erscheint. Vielmehr seien „attraktive Alleinstehende“ und „Karriere-Kommissarinnen“ die neuen Lieblingshelden der Drehbuchautor/innen. Die These wird dabei unterstützt durch den Befund einer Studie des Adolf-Grimme-Instituts, nach welchem die Geburtenrate im Filmleben bei gerade einmal 0,48 Kindern je Frau und 0,6 Kindern je Mann lag. Gleichzeitig gab es im angegebenen Untersuchungszeitraum (2004) beinahe doppelt so viele Singles und dreimal so viele Alleinerziehende wie in der deutschen Realität. Das Bild der karriereorientierten Frau zeigt sich daneben auch in den hohen Beschäftigungsquoten der Frauen in Film und Fernsehen: Diese lag mit 76 % nicht nur weit über dem realen bundesdeutschen Niveau von 57 %, sondern sogar noch über der weltweit höchsten Beschäftigungsquote norwegischer Frauen (74 %). Damit wird die „reine Hausfrau“ zunehmend zur aussterbenden Filmspezies, während ein Leben ohne Kinder bereits zur filmischen Normalität geworden ist (Bonstein 2006: 102f.).

### **6.3.2 Wertschätzung von Kindern**

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich vor allem die Wertschätzung von Kindern verändert. So wird als eine der entscheidenden Ursachen für den ers-

ten Geburtenrückgang die verringerte Bedeutung von Kindern hinsichtlich der direkten Wohlfahrtssteigerung sowie der Absicherung im Alter gesehen (Klein 2006: 6). Zudem hat das Konzept der „verantworteten Elternschaft“ (Kaufmann 2005: 140) die Ansprüche an Elternschaft erhöht: Da seit der Entwicklung zuverlässiger Kontrazeptiva eine nahezu vollständige Geburtenplanung möglich ist, wird von Eltern erwartet, dass sie sich bewusst für jedes ihrer Kinder entscheiden und die volle Verantwortung für diese übernehmen. Damit verbunden sind für die Eltern gesteigerte Anforderungen an die Pflege und Erziehung von Kindern (vgl. hierzu auch Kapitel 5). Allerdings hat im Gegenzug dazu die Bedeutung von Kindern hinsichtlich psychischer und emotionaler Bedürfnisse zugenommen. Zur Befriedigung solcher Bedürfnisse, die Eltern an ein Leben mit Kindern knüpfen, reichen jedoch vermutlich bereits wenige Kinder aus.

Die *Einstellung zu Kindern* scheint sich *zwischen Kinderlosen und Eltern* zu unterscheiden. Rupps (2005) Analysen zufolge fällt dabei die Bewertung von Kindern in der Gruppe der Kinderlosen bereits zu Beginn der Ehe deutlich skeptischer aus als bei späteren Eltern, die schon frühzeitig eine positive Einstellung gegenüber Kindern entwickeln (Rupp 2005: 25). Zudem zeigt Carl (2002) in einer Aufarbeitung des derzeitigen Forschungsstandes, dass Kinderlose negative Seiten der Kinder beziehungsweise positive Seiten der Kinderlosigkeit stärker wahrnehmen und angeben, anderen Aktivitäten im Vergleich zur Kindererziehung mehr Interesse entgegenzubringen. Kinderlose Frauen nehmen stärkere Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wahr als Frauen mit Kinderwunsch. Die negativen Einstellungen werden in einigen Studien als Strategie der Reduktion kognitiver Dissonanz beziehungsweise als Legitimation oder entscheidungsstabilisierende Selbsteinschätzung diskutiert (Carl 2002: 62).

Einen möglichen Erklärungsansatz hinsichtlich der Einstellung zu Kindern bietet die von Lutz et al. (2007) vorgelegte These der „*low fertility trap*“ („Fertilitätsfalle“). Die Autor/innen führen die höhere Kinderlosigkeit junger Deutscher und Österreicher/innen dabei auf das bereits kleinere familiäre Umfeld zurück, in welchem sie selbst sozialisiert wurden. Eine sinkende Wunschkindzahl sei damit die „natürliche Konsequenz aus vielen Jahren mit real niedrigen Geburtenraten“ (Lutz und Milewski 2004), da sich „der Wandel der tatsächlichen Kinderzahl auf die Ideale der nächsten Generation auswirkt“ (ebd.). Auch

Sievert und Klingholz (2009) ziehen das Konzept der Fertilitätsfalle heran, um den Fertilitätsunterschied zwischen Deutschland und Frankreich zu erklären: Da Frankreich niemals so niedrige Geburtenraten wie Deutschland zu verzeichnen hatte, hat sich eine Fertilitätsfalle dort im Gegensatz zur Bundesrepublik nicht eingestellt (Sievert und Klingholz 2009: 8).

Einen weiteren Erklärungsansatz stellt der „*Value-of-Children-Approach*“ dar, der die grundlegenden Werte von Kindern für ihre Eltern in den Mittelpunkt der Analyse der Fertilitätsentscheidung stellt und damit versucht, die Erklärungslücken makrostruktureller und haushaltsökonomischer Theorien zum Geburtenrückgang zu schließen (vgl. hierzu auch Kapitel 5.1.1). Während letztere zwar zur Erklärung einiger familien- und sozialpolitischer Fragestellungen herangezogen werden können, bleibt ihre Erklärungskraft dabei jedoch unvollständig, da die ausschließlich preistheoretisch fundierten Fertilitätsmodelle sich lediglich auf die ansteigenden „Kosten“ von Kindern, nicht aber auf ihren Wert bezüglich des „Nutzens“ beziehen. Der „Value-of-Children“-Ansatz, der insbesondere durch die Arbeiten von Hoffman und Hoffman (1973) geprägt wurde, rückt dabei Überlegungen zur individuellen Motivation des Kinderhabens und dem (wahrgenommenen) Wert von Kindern in den Vordergrund. Damit soll der zentralen Frage nachgegangen werden, aus welchen Gründen sich Menschen für oder gegen Kinder entscheiden. Hoffman und Hoffman (1973) sehen im Wert von Kindern eine vermittelnde Variable zwischen der zu erklärenden Fertilitätsentscheidung einerseits und dem sozio-kulturellen und sozio-strukturellen Kontext andererseits. Der Wert von Kindern als primäre Entscheidungsdimension beinhaltet dabei unterschiedliche Aspekte und ist kulturabhängig (Neuwirth et al. 2011: 25).

Auch Nauck (2007) unterscheidet zwischen *ökonomischen, psychischen und soziokulturellen Nutzenkomponenten* hinsichtlich der Entscheidung für oder gegen Kinder. Die letzte Komponente verweist dabei auf die Möglichkeit der Elternschaft als Quelle sozialer Anerkennung, zu welcher Kinder sowohl mittelbar als auch unmittelbar beitragen können. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass Kinder zu wesentlichen Vergemeinschaftungsprozessen beitragen und bestehende Beziehungen intensivieren können. Wie eine Auswertung des Generation and Gender Survey (GGS) für Deutschland zeigt, sehen insbesondere kinderlose Männer als Wert von Kindern die Möglichkeit der Verbesserung ihrer Partnerschaft, die so mit der Familiengründung eine neue Qualität

erhält (Höhn et al. 2006: 26). Ähnlich zeigen Analysen des Familiensurvey 1988-2000 den Stellenwert des Partnerbindungsmotivs auf: Hier sind ca. zwei Drittel der kinderlosen Frauen und Männer der Ansicht, dass Kinder die Partner einander näherbringen (Eckhard und Klein 2012: 238). Hinsichtlich der kulturellen Wertschätzung lässt sich zudem unter den Befragten eine kleine Gruppe ausmachen, die mit der Geburt eines (weiteren) Kindes einen Statuszugewinn erwartet, während die Mehrheit der befragten Kinderlosen und Eltern allerdings mit keiner Veränderung hinsichtlich der sozialen Anerkennung rechnet. Immerhin geht aber mit 18 % bei den kinderlosen Männern und 13 % bei den kinderlosen Frauen ein nennenswerter Anteil von einer Verbesserung des eigenen Ansehens aus (Höhn et al. 2006: 26). Dagegen rechnet ein Fünftel der Eltern mit drei oder mehr Kindern mit einem Statusverlust bei weiteren Geburten. In Bezug auf die kulturelle Wertschätzung von Kindern scheint es diesen Ergebnissen zufolge damit nicht nur ein „Zuwenig“, sondern offenbar auch ein „Zuviel“ an Kindern zu geben.

Die emotionale Wertschätzung von Kindern, die sich vor allem in Dimensionen wie Liebe, Glück und Zufriedenheit zeigt, wurde im Generations and Gender Survey anhand subjektiver Bewertungen zu *Auswirkungen der Geburt auf das eigene Leben* (wie zum Beispiel hinsichtlich der ‚allgemeinen Zufriedenheit‘ oder der Qualität der ‚Partnerbeziehung‘) erfasst. Die Auswertungen von Höhn et al. (2006) zeigen, dass nur eine Minderheit der im GGS Befragten der Meinung ist, dass sich ihre individuelle Lebensfreude mit dem ersten oder einem weiteren Kind steigern wird (ebd.: 23). Während lediglich ein Viertel der Befragten davon ausgeht, dass sich mit dem ersten oder einem weiteren Kind die Lebensfreude verbessern wird, erwarten knapp zwei Drittel keine wesentliche Veränderung. Werden allerdings nur Kinderlose in die Betrachtung einbezogen, so ergibt sich ein abweichendes Bild: Hier rechnen immerhin 44 % mit einer positiven Veränderung ihrer Lebensfreude. Eltern, die bereits ein Kind haben, erwarten dagegen zu 65 % keine Veränderung in ihrer Lebensfreude.

Insgesamt liegt den verschiedenen Ansätzen zur Wertschätzung von Kindern die *Annahme eines gesteigerten psychisch-emotionalen Nutzens* von Kindern in modernen Gesellschaften zugrunde, der nach Ansicht der Vertreter/innen gegenüber anderen Nutzenarten von Kindern dominiert. Dabei spiegeln auch die skizzierten Befunde des GGS zum emotionalen Wert im Wesentlichen die Aussagen der Value-of-Children-Theorien wider. So stiften Kinder in der heuti-

gen Gesellschaft zwar durch emotionale Bindungen vor allem psychologischen Nutzen, da dieser jedoch bereits mit wenigen Kindern erreicht werden kann, sinkt der Wert dieses Zusatznutzens mit dem zweiten oder weiteren Kindern (Höhn et al. 2006: 23). Auch Eckhard und Klein (2012) zeigen in ihren Auswertungen des Familiensurvey die große Bedeutung des emotionalen Nutzens von Kindern auf: Immaterielle Eigenschaften wie Sinnstiftung, Gebrauchtwerten und Freude werden sowohl von Männern als auch Frauen besonders häufig mit Kindern in Verbindung gebracht. Selbst unter den kinderlosen Befragten stimmen z.B. über 85 % voll oder überwiegend der Aussage zu, dass Kinder eine Erfüllung im Leben darstellen (Eckhard und Klein 2012: 238).

Die Analyse des GGS sowie des Familiensurvey zeigt zudem die sinkende Bedeutung *ökonomischer Nutzenkomponenten* auf. Im Familiensurvey nehmen Sicherungsmotive die hinteren Ränge der Kinderwunschmotive ein; jeweils weniger als die Hälfte der Befragten stimmt den Items „Kinder sind gut, um jemanden zu haben, der einem im Alter hilft“ sowie „Kinder sind gut, um jemanden zu haben, auf den man sich im Notfall verlassen kann“ zu (Eckhard und Klein 2012: 238). Ebenso wird im GGS die Sicherheit im Alter von den Befragten kaum als Grund für Kinder gesehen. Die Mehrheit ist vielmehr der Meinung, dass ‚Kinderkriegen‘ Privatsache sei, bei welcher Überlegungen über die Zukunft der Gesellschaft keine Rolle spielen sollten (Höhn et al. 2006: 27). Dabei erwartet selbst bei den Kinderlosen nur etwa ein Drittel einen positiven Einfluss auf die eigene Situation im Alter, während 61 % der Meinung sind, dass sich ihre eigene Situation durch eigene Kinder nicht verändern würde. Daneben rechnen 78 % der Eltern damit, dass ein weiteres Kind keinen Einfluss auf ihre Fürsorge und Sicherheit im Alter hätte (ebd.). Auch in diesem Ergebnis sehen die Autor/innen die Annahme bestätigt, dass der ökonomische Nutzen von Kindern in modernen Wohlfahrtsstaaten immer seltener als Motiv der Familiengründung herausgezogen werden kann, auch wenn der tatsächliche ökonomische Nutzen wesentlich größer ist als dessen subjektiv wahrgenommene Bedeutung.

### **6.3.3 Mit Familienorientierung in Konkurrenz stehende Werte**

Eine zentrale Dimension des postmodernen Wertewandels stellt der Faktor der Selbstverwirklichung dar. Der individuellen Freiheit wird dabei eine höhere Priorität eingeräumt als der Verantwortungsübernahme durch Elternschaft.

Somit werden Partnerschaft, Ehe und Familie zunehmend zu einem Hindernis für das individuelle Streben nach (wirtschaftlicher) Unabhängigkeit und Selbstentfaltung sowie die Bewältigung der Anforderungen am Arbeitsmarkt.

Tatsächlich kann für die westdeutsche Bundesrepublik seit den 1980er Jahren ein Zuwachs *postmaterialistischer Werte* konstatiert werden, während zuvor materialistische Werte dominierten. Diese Zunahme der Bedeutung sozialer Werte, die auf Partizipation, Selbstverwirklichung und Lebensqualität ausgerichtet sind, wird dabei auf den kulturellen Wertewandel zurückgeführt, der sich innerhalb westlicher Gesellschaften seit Ende des Zweiten Weltkrieges vollzogen hat. Dabei kam es nach Inglehart zu einem Aufstieg so genannter postmaterialistischer Werte, die das zuvor dominierende materialistische Wertesystem zunehmend verdrängen. Damit nimmt die Bedeutung sozialer Werte, die auf das physische Überleben und die physische Sicherheit ausgerichtet sind, mehr und mehr ab. So sind nach empirischen Ergebnissen Ingleharts postmaterialistisch orientierte Frauen deutlich seltener der Ansicht, dass Frauen Kinder bekommen müssten, während gleichzeitig die nicht-eheliche Lebensgemeinschaft unter Postmaterialisten als Lebensform in höherem Maße Akzeptanz erfährt. Auch zeigen die Analysen Ingleharts eine tendenziell geringere Geburtenrate in Ländern mit einem hohen Anteil postmaterialistisch orientierter Einwohner (Huinink und Konietzka 2007: 110). Für die Bundesrepublik machen Dorbritz et al. (2005) inzwischen eine vollständige Polarisierung der beiden Werttypen aus, bei der 51 % der Bevölkerung eine postmaterialistische und 49 % eine materialistische Orientierung aufweisen. Dabei hat sich der Anteil der Postmaterialisten in den neuen Bundesländern zwischen 1996 und 2006 beinahe verdoppelt und ist von 22 auf 45 % gestiegen (Kroh 2008: 482). Kroh sieht in dieser rasanten Entwicklung des ostdeutschen Wertesystems allerdings – entgegen der Theorie des Wertewandels Ingleharts – einen Periodeneffekt (ebd.).

Die Postmaterialismustheorie Ingleharts wurde bereits in theoretischer als auch in empirischer Hinsicht kritisch beurteilt (vgl. dazu zum Beispiel Huinink und Konietzka 2007). Unbestritten bleibt dennoch ihr bedeutender Einfluss auf die Familiendemografie, vor allem da sie in direkter Verbindung zur These des zweiten demografischen Übergangs steht. Die *These des zweiten demografischen Übergangs* gilt als eines der einflussreichsten Konzepte bei der Analyse des familiendemografischen Wandels in Europa. Sie bildet dabei die Erweite-

rung des klassischen Modells des demografischen Übergangs, das europäischen Ländern eine Verschiebung des Gleichgewichts von hoher Sterblichkeit und hoher Fertilität hin zu einem Gleichgewicht von niedriger Sterblichkeit und niedriger Fertilität zuschreibt. Im Mittelpunkt der Theorie des zweiten demografischen Übergangs stehen nun allerdings nachhaltige Veränderungen von Familie und Lebensformen, die dabei ebenfalls auf einen Wertewandel in Richtung Postmaterialismus zurückgeführt werden. Dahinter steht die Annahme eines „umfassenden, qualitativ neuartigen und unumkehrbaren demografischen Regimewechsels in den europäischen Ländern“ (Huinink und Konietzka 2007: 114), der dabei mit einem soziokulturellen Umbruch einhergeht, der den Wandel der Familien- und Geburtenentwicklung als Ausdruck und Folge desselben versteht. Allerdings wurde auch die Erklärungskraft dieses, insbesondere von Lesthaeghe (1992) und van de Kaa (1987) vertretenen Ansatzes bereits von verschiedener Seite kritisiert (vgl. dazu zum Beispiel Coleman 2004). Zwar lässt sich empirisch ein einschneidender Wandel hinsichtlich der demografischen Entwicklung feststellen, die Theorie des zweiten demografischen Übergangs lässt aber wesentliche Fragen offen. So bleibt beispielsweise unklar, ob sich der konstatierte Wertewandel als unabhängige Dimension des Modernisierungsprozesses darstellt. Auch kann mit Hilfe des Ansatzes nicht geklärt werden, wann und wie Werte die Entscheidungen der individuellen Akteure hinsichtlich Fertilität, Lebensformen und Familie beeinflussen und auch der Einfluss gesellschaftlicher Rahmenbedingungen bleibt ausgeklammert.

Auch in der Population Policy Acceptance Study konnte kein eindeutiger Trend zu postmaterialistischen Werten und größerer Selbstverwirklichung festgestellt werden (Dorbritz et al. 2005: 28). Die Ergebnisse der Studie zeigten vielmehr, dass Kinder- und Paarorientierung im Vergleich zu anderen Werten (wie zum Beispiel Berufsorientierung, Freizeitinteressen und Selbstverwirklichung) vorne in der Werthierarchie liegen. Allerdings zeigte sich dennoch, dass insbesondere der Faktor Selbstverwirklichung, der mit Erwerbstätigkeit und Freizeit ein weiteres grundlegendes Wertebündel bildet, eine Ablehnung der Familiengründung maßgeblich stützt. Dieser Befund spricht damit für die These, dass familiäre Orientierungen und Selbstverwirklichungsansprüche als miteinander konkurrierende Werte auftreten, da sie potenziell unvereinbar scheinen (vgl. dazu auch Ruckdeschel 2007).

Die in der Studie erhobenen Wertorientierungen wurden mittels einer Faktorenanalyse gebündelt, wodurch grundlegende Dimensionen beziehungsweise Faktoren sichtbar wurden. Hinsichtlich des Zusammenhangs von Wert- und Kinderorientierung zeigen die Ergebnisse der Studie, dass der Faktor „Selbstverwirklichung, Karriere und Gleichberechtigung“ am engsten mit einer Ausrichtung an Kinderlosigkeit verknüpft ist (ebd.: 30). Insgesamt zeigten sich dabei kaum Unterschiede in der grundlegenden Struktur der Wertorientierung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Dennoch wurden die bekannten Geschlechterstereotype deutlich, die sich anhand einer verstärkten Familien- und Kinderorientierung unter Frauen sowie einer vermehrten Orientierung an Karriere und Selbstverwirklichung der Männer ablesen lassen (Dorbritz et al. 2005: 29). In diesem Zusammenhang erwarten vor allem Frauen Einschränkungen ihres Freiraums durch Kinder und die Veränderungen für Freizeitinteressen und Lebensstil halten viele Frauen von einer Geburt ab. Wird unmittelbar nach den Konsequenzen gefragt, die ein (weiteres) Kind für die individuelle Selbstbestimmung hätte, erhärtet sich dieses Ergebnis. Vor allem Kinderlose betrachten Kinder oft als Einschränkung des eigenen Freiraums. Unter den Eltern sind es insbesondere Mütter, die hinsichtlich ihrer Möglichkeiten, das zu tun, was sie möchten, eine deutliche Verschlechterung ihrer persönlichen Situation erwarten – und zwar unabhängig von der Kinderzahl. Die meisten Väter gehen dagegen von einer unveränderten Handlungsfreiheit aus (Höhn et al. 2006: 36).

Dorbritz et al. (2005) stellen daneben in ihren Auswertungen eine stärkere Orientierung der jüngeren Befragten (zwischen 20 und 39 Jahren) an Werten wie außerfamiliärer Anerkennung, Freunden, Selbstverwirklichung, Karriere und Einkommen fest, während bei den Älteren (40 Jahre und älter) eher Haus, Urlaub und Ausbildung der Kinder im Vordergrund stehen. Ein Ost-West-Vergleich zeigt außerdem, dass den westdeutschen Befragten vor allem eigene Interessen, Freizeit, Freunde, Haus und Karriere wichtig sind und den Ostdeutschen neben dem Einkommen die Erwerbstätigkeit sowie Vereinbarkeitsaspekte am Herzen liegen (Dorbritz et al. 2005: 29). In diesem Zusammenhang weisen auch Arránz Becker et al. (2010) auf anhaltende soziokulturelle Unterschiede in den ost- und westdeutschen Orientierungen hin. So senkt ihren Befunden zufolge die vergleichsweise stärker ausgeprägte Berufsorientierung ostdeutscher Frauen zwar die Wahrscheinlichkeit einer Erst- und Zweitgeburt,

gleichzeitig seien ostdeutsche Frauen jedoch auch familienorientierter als Westdeutsche, was wiederum die Fertilität positiv beeinflusst (ebd.: 58). Dies führt nach Ergebnissen der Untersuchung zu einer insgesamt höheren Übergangsrate zur Geburt des ersten Kindes bei ostdeutschen Frauen, während die Wahrscheinlichkeit einer Zweitgeburt bei den westdeutschen Frauen im Zeitverlauf deutlich höher ist. Die insgesamt niedrigere Erstgeburtenrate westdeutscher Frauen konnte dabei vollständig durch deren niedrigere Familienorientierung sowie deren gleichzeitig stärkere konfessionelle Bindung erklärt werden (vgl. Kapitel 5.1.2.5). Vor allem die gleichzeitige Orientierung ostdeutscher Frauen an Beruf und Familie erklärt somit auch die höhere Bedeutung von Vereinbarkeitsaspekten bei ostdeutschen Frauen, die Dorbritz et al. (2005) ausmachen konnte.

Auch der Wert der *Unabhängigkeit* hat nach dem Forschungsüberblick von Carl (2002) eine Bedeutung für die Kinderlosigkeit: Den von ihr referierten Studien zufolge stellt insbesondere unter den gewollt kinderlosen Frauen Unabhängigkeit im Vergleich zu Müttern oder Frauen mit Kinderwunsch einen wichtigeren Wert dar (Carl 2002: 61). Auf Basis ihrer eigenen qualitativen Untersuchung stellt Carl fest, dass Unabhängigkeit insgesamt einen hohen Stellenwert im Leben gewollt Kinderloser einnimmt und einen wichtigen Einflussfaktor hinsichtlich der Entscheidung zur Kinderlosigkeit darstellt (Carl 2002: 178f.). Daneben ermittelt Carl (2002: 179), dass die Gedanken gewollt Kinderloser an Kinder in stärkerem Ausmaß mit einer Angst vor gefährdeter Selbstverwirklichung verbunden sind. Gewollt Kinderlose geben im Vergleich zu Eltern an, dass ihre Gedanken an Kinder in geringerem Ausmaß mit einer emotionalen Stabilisierung verbunden seien. Sie verfügen zudem über weniger soziale Stereotype zu Kindern als Eltern, stimmen seltener zu, dass gesellschaftliche Unterstützung für ein Leben mit Kindern fehle und weisen einen stärkeren Pessimismus im Hinblick auf ein Leben mit Kindern auf.

Dass somit insgesamt Elternschaft in Deutschland nur mehr ein Wert unter vielen ist, zeigen auch die Ergebnisse des GGS. Weder Männer noch Frauen sehen Kinder heute als unerlässlich für ein erfülltes Leben an. So ist inzwischen die Hälfte der Frauen der Ansicht, dass Kinder für ein erfülltes Frauenleben nicht mehr notwendig sind. In diesem Zusammenhang kann für Deutschland in den vergangenen Jahren ein deutlicher Wertewandel beobachtet werden. So ist der Anteil derjenigen, die meinen, dass Kinder für ein erfülltes Frauenleben

**Geburten und Kinderwünsche in Deutschland:**  
**Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen**

notwendig seien, zwischen 1990 und 2000 von 65 auf 36 % gesunken (Höhn et al. 2006: 29). Zusammenfassend kann damit konstatiert werden, dass Elternschaft in Deutschland einen Wert unter vielen darstellt, der das Leben mit Sinn erfüllen kann. Dabei lässt sich anhand der Ergebnisse des GGS jedoch auch eine hohe Wertetoleranz ausmachen, die den Mitmenschen zugesteht nach der individuellen „Façon“ zu leben. Das bedeutet in der Konsequenz einen Rückgang des Kinderwunsches, der eben nur eine Option neben zahlreichen alternativen Lebenswegen darstellt und dem kaum mehr eine Sonderrolle in der eigenen Lebensplanung eingeräumt wird.

## 7 Politisch-rechtliche Determinanten der Fertilität

### 7.1 Politisch-rechtliches Gesamtsystem

Aufgrund der starken bevölkerungspolitischen Ausrichtung der Familienpolitik im Nationalsozialismus wurde in der Bundesrepublik der bevölkerungspolitische Aspekt von Politikmaßnahmen lange Zeit nicht diskutiert beziehungsweise tabuisiert (zum Beispiel Dienel 2002: 41). Ob als explizite Bevölkerungspolitik benannt oder nicht, zeigen die Ausführungen dieses Literaturüberblicks jedoch, dass das Gesamtsystem der (familien-)politischen Maßnahmen und Leistungen eines Landes durchaus Einfluss auf die Fertilitätsentscheidungen der Menschen nimmt. Eine Gesamtbewertung der fertilitätsbezogenen Wirkungen der Familienpolitik eines Landes setzt dabei zunächst eine Definition von Familienpolitik beziehungsweise eine Abgrenzung der Familienpolitik von anderen Politikbereichen voraus. Gauthier (2002) (ähnlich: Neyer und Anderson 2007) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass nur wenige Länder eine explizite und umfassende Familienpolitik verfolgen. Vielmehr lässt sich Familienpolitik als eine Mischung aus Politikmaßnahmen beschreiben, die sich an Familien mit Kindern richten und auf die Erhöhung ihres Wohlergehens abzielen. Aus diesem Grund benutzt Gauthier diesen Begriff prinzipiell im Plural (family policies). Dieses Verständnis umfasst in einer weiten Perspektive diverse Politikbereiche, unter anderem auch Beschäftigungs- oder Verkehrspolitik, da diese das Wohlergehen von Familien beeinflussen. In einer engeren Perspektive umfasst Familienpolitik jedoch nur die Kernkomponenten: finanzielle Unterstützung für Familien, Dienstleistungen und Geldleistungen für erwerbstätige Eltern, Gesundheits- und Bildungspolitik sowie Familienrecht (Gauthier 2002: 456).

Entsprechend diesem Verständnis von Familienpolitik soll im folgenden Abschnitt eine Analyse der Fertilitätswirkungen des Familienpolitikprofils unter Rückgriff auf den eng gefassten Begriff von Familienpolitik erfolgen; ein Einbezug weiterer familienrelevanter Politikbereiche erfolgt im darauf folgenden Abschnitt. Anschließend werden moderierende Faktoren diskutiert, welche die Wirkung ehe- und familienbezogener Leistungen und Maßnahmen abschwächen oder verstärken können – zu nennen sind hier die Einstellungen und die Bekanntheit und Akzeptanz der Leistungen und Maßnahmen. Vor dem Hinter-

grund dieser eher allgemeinen und einordnenden Abschnitte erfolgt dann im Anschluss ein Überblick zur empirischen Evidenz hinsichtlich der Wirkung der Leistungen und Maßnahmen auf die Fertilität.

### 7.1.1 Familienpolitisches Gesamtprofil

Wie Neyer und Andersson (2007) betonen, kann die Wirkung von familienpolitischen Maßnahmen von der *spezifischen Konstellation der Familienpolitik* eines Landes abhängig sein. Sie nennen zwei relevante Aspekte: die „Quantität“ und das „Timing“ von Familienpolitikmaßnahmen. In Bezug auf die Quantität hängt die Wirkung von Familienpolitik auf die Fertilität davon ab, ob ein breites Spektrum an familienpolitischen Maßnahmen existiert oder ob nur wenige und ausschließlich bestimmten Gruppen zugängliche Maßnahmen vorhanden sind: „Even if two countries have a very similar measure in place, the effect of this measure on demographic behavior and demographic outcome may be quite different depending on whether this measure is a rather singular family policy or whether it is one policy measure among a battery of others“ (Neyer und Andersson 2007: 6). Der Effekt ist auch davon abhängig, welche weiteren Maßnahmen die Maßnahmenpalette enthält. Der Aspekt des Timings weist demgegenüber auf die Tatsache hin, dass die Wirkung familienpolitischer Maßnahmen auf die Fertilität auch davon abhängen kann, zu welchem Zeitpunkt eine bestimmte Maßnahme eingeführt wurde und in welcher Reihenfolge die unterschiedlichen Maßnahmen eingeführt wurden. Aus der Bedeutung von Quantität und Timing für die Wirkung familienpolitischer Maßnahmen schließen die Autoren, dass „our assessment of the relationship between family policies and fertility need to be based on at least a rough picture of a country’s family policies, their constellation and configuration, their content and their histories“ (Neyer und Andersson 2007: 6).

Die Berücksichtigung der von Neyer und Andersson angesprochenen Kontextfaktoren im Ländervergleich wird durch eine Orientierung an *Wohlfahrtsstaatentypologien* (zum Beispiel Esping-Andersen 1990) und *Familienpolitikregimen* (zum Beispiel Gauthier 1996, Gauthier und Hatzius 1997, Korpi 2000,

Mischke 2011) erleichtert.<sup>38</sup> Neyer und Andersson (2007: 11) weisen jedoch darauf hin, dass die Einteilung der Wohlfahrtsstaatenregime und der Familienpolitikregime nicht deckungsgleich ist: So fallen, wie bereits erwähnt, bei Esping-Andersen, der zwischen sozialdemokratischen, konservativen und liberalen Wohlfahrtsstaaten unterscheidet, zum Beispiel Frankreich und Deutschland in die gleiche Gruppe (konservative Wohlfahrtsstaaten) – wodurch eine Erklärung der unterschiedlichen Fertilitätsniveaus dieser Länder nicht möglich ist. Bei Typologien, die stärker auf die Familienpolitik fokussieren, zeigen sich Deutschland und Frankreich demgegenüber unterschiedlichen Regimen zugehörig.

Als Beispiel lässt sich auf die *Typologie der Familienpolitikregime von Gauthier* (1996) hinweisen. Gauthier bezieht neben ökonomischer (= Einkommenstransfers) und ökologischer (= Infrastruktur, zum Beispiel Kinderbetreuungseinrichtungen) Intervention auch die rechtliche Intervention in ihre Analyse mit ein und unterscheidet vier Ländergruppen: Erstens ein pronatales Modell (zum Beispiel Frankreich), in dem die Förderung von Familien als staatliche Aufgabe gesehen wird und welches auf die monetäre Förderung kinderreicher Familien und die Unterstützung der Müttererwerbstätigkeit ausgerichtet ist. Zweitens ein pro-traditionales Modell (zum Beispiel Deutschland) welches das traditionelle Ernährermodell fördert und ein mittleres Niveau staatlicher Unterstützung für Familien bereitstellt. Erwerbstätige Mütter werden zwar unterstützt, jedoch bestehen Hindernisse bzgl. der Erwerbstätigkeit von Frauen (zum Beispiel im Steuersystem oder bezüglich des Ausbaus der Kinderbetreuung). Drittens ein nicht-interventionistisches Modell (zum Beispiel Großbritannien), welches seine Unterstützung weitgehend auf bedürftige Familien beschränkt. Frauenerwerbstätigkeit wird einerseits nicht erschwert, andererseits wird eine Förderung auch nicht als staatliche Aufgabe angesehen. Viertens ein pro-egalitäres Modell (zum Beispiel Schweden), welches auf die Gleichstellung der Geschlechter abzielt. Die Unterstützung von Familien, insbesondere erwerbs-

---

<sup>38</sup> Andere Autoren haben weitere Einteilungen der Länder anhand der Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit (Gornick und Meyers 2004) oder Geschlechterbeziehungen (Gálvez-Muñoz et al. 2011, Korpi 2000) vorgenommen.

tätiger Eltern, wird als Aufgabe des Staates gesehen. Zudem wird das Engagement von Vätern in der Familie unterstützt (Gauthier 1996: 203ff.).

Während solche Ländertypologien eine grobe Orientierung bieten können, betonen Neyer und Andersson, dass je nachdem, welche (Familien-)Politik in der jeweiligen Typologie berücksichtigt wird und auf welche Aspekte der Politikmaßnahmen fokussiert wird, die Zuordnung einiger Länder zu einem bestimmten Familienpolitikregime variiert: Mit Ausnahme der nordischen Länder ist die Clusterbildung in Familienpolitikregime nicht robust. Daraus schließen die Autoren, dass der Effekt von familienpolitischen Leistungen auf die Fertilität auch von der *Kohärenz der Familienpolitik und der Homogenität des gesamten Wohlfahrtsstaaten- und Familienpolitik-Gefüges* abhängt (Neyer und Andersson 2007: 11f.).

Mit Blick auf die *Gesamtstrategie der Familienpolitik* weisen diejenigen Staaten im internationalen Vergleich eine höhere Fertilität auf, die dabei der Gleichstellung der Geschlechter einen hohen Stellenwert zumessen: So sehen Kröhnert und Klingholz (2008) als entscheidenden Wirkungskanal der Politik auf die Fertilität weniger die Höhe von Transferleistungen als eine Politik der gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen und Männern. Sie weisen darauf hin, dass die deutschen Sozialausgaben für Kinder und Familie je Einwohner im europäischen Vergleich hoch sind, Deutschland jedoch trotzdem eine vergleichsweise niedrige Fertilität aufweist. Als Ursache hierfür identifizieren sie die Tatsache, dass die Sozialausgaben teilweise – zum Beispiel mit Blick auf das Ehegattensplitting – immer noch auf die Förderung des Ernährermodells ausgerichtet sind: „Nirgendwo in Europa wird noch heute das Modell ‚allein verdienender Familienvater und nichterwerbstätige Ehefrau‘ so stark steuerlich begünstigt wie in Deutschland“ (Kröhnert und Klingholz 2008: 19). Während die Familienförderung in Deutschland traditionell auf die Erhöhung des „Ernährerlohns“ ausgerichtet ist und damit überwiegend in monetäre Transferleistungen fließt, investieren Länder mit einer höheren Geburtenrate stärker in Dienstleistungen, die beiden Elternteilen die Erwerbstätigkeit ermöglichen: Während Deutschland 2003 nur 29 % der Ausgaben in diesem Bereich getätigt hat, waren es in Frankreich 45 %, in Schweden 50 % und in Dänemark 59 %.

Bezüglich der familienpolitischen Ausrichtung ist es in Deutschland in den letzten Jahren jedoch zu einer schrittweisen Abkehr vom Ernährermodell gekom-

men. Unter anderem die Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes bei einer verkürzten Bezugsdauer sowie der Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur insbesondere für unter Dreijährige zeigen, dass die Erwerbstätigkeit der Mutter zunehmend politische Anerkennung findet. Hierzu passt auch die Änderung des Unterhaltsrechts, welches nun die Verantwortung des Einzelnen für die Erwirtschaftung des Lebensunterhalts betont. Da jedoch, wie zum Beispiel die Studie „Zentrale Leistungen“ der Gesamtevaluation von ehe- und familienbezogenen Leistungen (Bonin et al. 2011) gezeigt hat, in anderen Politikbereichen (zum Beispiel im Steuerrecht bzgl. des Ehegattensplittings oder in der Sozialversicherung bzgl. der beitragsfreien Mitversicherung des Ehepartners in der Gesetzlichen Krankenversicherung) weiterhin starke Anreize zur Nichterwerbstätigkeit eines Partners und somit eine Förderung des Ernährermodells weiterbestehen, lässt sich derzeit keine konsequente Ausrichtung der deutschen Politik auf eine Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben beobachten.

Neben der konkreten Ausrichtung wird in der Literatur auch der *Langfristigkeit und Anpassungsfähigkeit der Familienpolitik* ein Effekt auf die Fertilität attestiert: So betonen Sievert und Klingholz (2009), dass Frankreich bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit dem Code de La Famille (1939) die Geburtsstunde umfassender familienpolitischer Maßnahmen einläutete, um bezüglich der Bevölkerungszahl zu Deutschland aufzuschließen. Die familienpolitische Ausrichtung wurde dabei im Laufe der Zeit jeweils den wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen angepasst – förderte die Politik zunächst das Ernährermodell, so unterstützte sie bereits ab den 1970er Jahren die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und das Zweiverdienermodell. Die Autoren führen es auf diese Kontinuität der Familienpolitik zurück, dass Frankreich niemals so niedrige Geburtenraten verzeichnet hatte wie Deutschland.

### **7.1.2 Rolle weiterer Politikfelder**

Familienpolitik weist wie kaum ein anderes Politikfeld den Charakter eines *Querschnittsbereichs* auf (Gerlach 2010: 168); in diversen weiteren Politikbereichen werden Entscheidungen getroffen, die auf die Lebenssituation von Familien Einfluss nehmen. Dementsprechend muss eine Wirkungsmessung von familienpolitischen Maßnahmen und Maßnahmenpaketen auf die Fertilität neben ihrer Einpassung in das nationale Familienpolitikprofil auch das Zusam-

menspiel mit den *Rahmenbedingungen*, die durch andere Politikfelder gesetzt werden, berücksichtigen. Zu diesem Ergebnis kommen zum Beispiel Gauthier und Hatzius (1997): Sie untersuchten bereits Ende der 1990er Jahre die Wirkungen von familienpolitischen Leistungen auf die Fertilität anhand der Höhe der staatlichen monetären Unterstützung für Familien und fanden nur einen geringen (positiven) Effekt. Für weitere Forschungsarbeiten empfahlen sie deswegen den Einbezug weiterer Arten staatlicher Leistungen (Sozialleistungen, Tagespflege, Wohnen, Gesundheit und Bildung) in die Wirkungsanalyse (Gauthier und Hatzius 1997: 304).

Auch Hoem (2008) weist auf die Tatsache hin, dass die Fertilität durch Entwicklungen in Bereichen beeinflusst werden kann, die außerhalb des Kernbereichs der Familienpolitik liegen: „In addition to economic policies, factors affecting fertility rates may include housing policies, gender policies, social equity, tax rules, school opening hours, and even the overall structure of the educational system (...)“ (Hoem 2008: 255). Dabei betont er, dass die Wirkung des Gesamtgefüges an Politikmaßnahmen über die Summe der Einzelwirkungen hinausgehen kann, je nachdem, wie gut die einzelnen Elemente in das gesellschaftliche System eingepasst sind. Er schließt daraus, dass eine Analyse des Gesamtgefüges an Politikmaßnahmen für eine Wirkungsanalyse relevanter sein kann als ein Fokus auf einzelne politische Leistungen, und empfiehlt, prinzipiell einen ganzheitlichen Ansatz zu wählen (ebd.). Mit Blick auf die Wirkung des Gesamtgefüges von Politikmaßnahmen auf die Fertilität sieht Hoem ein Vorbild in den skandinavischen Ländern und Frankreich. „The evidence from France and the Nordic countries suggest that it should be possible to maintain a reasonably high ultimate fertility rate by a coordinated use of public policies in a range of interlocking areas (...) that are implemented in a spirit that furthers childbearing in general (...)“ (ebd.: 256). Die Wirkung hängt somit auch von der Konsistenz des Gesamtgefüges an Politikmaßnahmen ab.

Ähnlich argumentiert Luci (2011) auf Basis eines Vergleichs der politischen Ausrichtung Deutschlands und Frankreichs. Sie stellt fest, „dass auch Unterschiede in den gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Normen, im Bereich der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Gleichstellungs- und Bildungspolitik sowie im System der finanziellen Unterstützung von Familien wesentlich dazu beitragen, dass in Deutschland Beruf und Familie schwieriger zu vereinbaren sind als in Frankreich“ (Luci 2011: 3). Sie sieht in dem Zusammenwirken der unterschied-

lichen Politikfelder die Ursache dafür, dass Mütter in Deutschland häufiger als in Frankreich nicht erwerbstätig sein können. In Frankreich wird Gleichstellung als Querschnittsthema betrachtet, das in allen Politikbereichen Berücksichtigung findet. Das „kohärente Zusammenwirken vieler institutioneller Faktoren“ (ebd.) verursahe in Frankreich letztlich die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Bezüglich des Einflusses weiterer, über den Kernbereich der Familienpolitik hinausgehender Politikbereiche auf die Fertilität sei an dieser Stelle exemplarisch auf die Rolle der *Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik* eingegangen. Luci (2011) argumentiert, dass in Deutschland auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik an dem traditionellen Familienmodell mit einem (männlichen) Hauptverdiener festgehalten wird. Ein breiter Niedriglohnsektor ohne gesetzlichen Mindestlohn<sup>39</sup> sowie die Forcierung von Minijobs, die keine eigenständige Existenzsicherung bieten, erschweren nach Ansicht von Luci Müttern die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf über die Rolle der Zuverdienerin hinaus (Luci 2011: 14; 24). Zudem hat Laß (im Erscheinen) in einer Übersicht über den Forschungsstand zur Wirkung atypischer Beschäftigung auf Familien in Deutschland herausgestellt, dass diese Form der Beschäftigung gravierende Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nach sich ziehen und zudem die Wahrscheinlichkeit einer Heirat und Familiengründung negativ beeinflussen kann. Die beiden familienpolitischen Ziele der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Steigerung der Geburtenrate werden somit durch die beschäftigungspolitisch motivierten Deregulierungen beziehungsweise Neuregelungen auf dem Arbeitsmarkt konterkariert. Ähnlich sieht McDonald (2006) die mit dem Begriff „neuer Kapitalismus“ verbundenen, politisch unterstützten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, die sich unter anderem in steigender Arbeitsplatzunsi-

---

<sup>39</sup> Einschränkung weist Luci darauf hin, dass diese Niedriglohnstrategie in den letzten Jahren insbesondere im Dienstleistungsbereich Arbeitsplätze geschaffen hat (Luci 2011: 14). Folglich wäre davon auszugehen, dass viele Frauen ohne den Ausbau des Niedriglohnsektors aufgrund fehlender Arbeitsplätze überhaupt nicht erwerbstätig sein könnten, was dem Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe an der Erwerbsarbeit entgegenliefe. Insgesamt ist die Wirkung von Niedriglohnsektor und Minijobs auf die Erwerbsintegration und die Erwerbschancen von Frauen unter Wissenschaftlern umstritten.

cherheit widerspiegeln, als eine Ursache für das zunehmende Verschieben der Familiengründung: „In their support for or promotion of (...) economic deregulation, often through legislation, states have been principal players in the higher risks now associated with family life“ (McDonald 2006: 505). Dementsprechend sieht er eine politische Aufgabe darin, die ökonomischen Risiken einer Familiengründung für junge Menschen zu reduzieren. Ähnlich sieht Billari (2008) wirtschaftliche und berufliche Unsicherheit der jungen Generation als einen entscheidenden Faktor für das Aufschieben der Familiengründung in Europa. In der Verbesserung der Stellung junger Menschen in einer Gesellschaft verortet er dementsprechend eine fertilitätsfördernde politische Strategie: „Youth-oriented policies will therefore become fertility-oriented policies; youth empowerment would probably help reducing the postponement of childbearing“ (Billari 2008: 5).

## **7.2 Moderierende Faktoren bei der Wirkung familienpolitischer Leistungen auf die Fertilität**

In diesem Abschnitt werden Forschungsarbeiten zu der Frage, wie Einstellungen in der Bevölkerung die Wirkung von familienpolitischen Leistungen beeinflussen können, dargestellt. Dabei soll zunächst die Wechselwirkung zwischen Familienpolitik und familienbezogenen Einstellungen im Vordergrund stehen, während es im zweiten Unterabschnitt um die Einstellungen und Erwartungen der Bevölkerung an den Staat geht.

### **7.2.1 Familienpolitik und familienbezogene Einstellungen**

Prinzipiell kann Familienpolitik über mindestens zwei Kanäle auf die Kinderwünsche beziehungsweise die Fertilität wirken. Zum einen wirkt sie, wie in Kapitel 5 beschrieben, über monetäre Anreize, indem sie durch Geld- oder Sachleistungen die direkten Kosten oder die Opportunitätskosten von Kindern reduziert. Zum anderen stehen familienpolitische Leistungen jedoch *in Wechselwirkung zu den familienbezogenen Einstellungen* in der Bevölkerung. So zeigt Krapf (2009) in einer Studie für Schweden, dass der Übergang zur Erstgeburt umso stärker durch einen Ausbau der Kita-Plätze stimuliert wurde, je höher die regionale Zustimmung zum Doppelverdiener-Modell ausfiel.

Den Interaktionseffekt der Einstellungen auf die Wirksamkeit von Familienpolitik betont auch Borck (2011). Er greift Querschnittanalysen von Ahn und Mira (2002) auf der Makroebene auf und zeigt, dass es im Mehrländervergleich ein gewisses Clustering von Ländern mit niedriger Fertilitätsrate, niedriger Frauenerwerbsquote, niedriger Inanspruchnahme-Rate externer Kinderbetreuung und hohem geschlechtsspezifischen Lohnunterschied einerseits und andererseits Ländern mit jeweils gegenteiligen Ausprägungen auf diesen vier Merkmalen gibt (vgl. hierzu Kapitel 7.3.1). Aus mikroökonomischen Tests von Gleichgewichtsmodellen folgert der Autor, dass solche multiplen Gleichgewichte bestehen können, da kulturelle Werthaltungen („cultural attitudes“: 28) eine Schlüsselrolle für die Wirksamkeit von Politikinstrumenten innehaben. Der Autor folgert, dass ein bestehendes Gleichgewicht nur durch einen Einstellungsschock verlassen werden kann, sodass politische Entscheidungsträger ein Interesse an der Beeinflussung von Einstellungen haben müssten.

Dieser *Einstellungswandel* kann sowohl direkt den Kinderwunsch beeinflussen als auch die Opportunitätskosten von Kindern verändern, zum Beispiel wenn ein politisch gefördertes Engagement von Vätern in der Familienarbeit zunehmend gesellschaftlich akzeptiert und dadurch Müttern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert wird. Salles et al. (2010) bringen den Zusammenhang von Familienpolitik und Einstellungen auf den Punkt, indem sie schreiben, dass „family policies are built on certain visions of the family, and (...) policies in turn reinforce and crystallize individuals' representations and practices of childrearing, which then shape their fertility behaviours“ (Salles et al. 2010: 186)

Salles et al. (2010) haben auf Basis qualitativer Befragungen von Personen zwischen 28 und 37 Jahren die Einstellungen zu erwerbstätigen Müttern und außerhäuslicher Kinderbetreuung in Westdeutschland und Frankreich erhoben und verglichen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Einstellungen der Befragten die langjährigen familienpolitischen Strategien in den jeweiligen Ländern – Unterstützung der Nichterwerbstätigkeit beziehungsweise Teilzeitbeschäftigung von Müttern in Deutschland und Förderung der Erwerbstätigkeit von Müttern in Frankreich – widerspiegeln. Die unterschiedlichen Einstellungen zu Kinderbetreuung und Müttererwerbstätigkeit wirken jetzt als vermittelnde Instanz zwischen familienpolitischen Maßnahmen (zum Beispiel Angebot von externer Kinderbetreuung) und deren Inanspruchnahme. Da diese

Einstellungen sich äußerst langsam wandeln, können Politikänderungen in diesem Bereich nur einen *langfristigen Effekt* erzeugen: „Negative representations of external childcare will prevent new policies promoting the combination of work and family from having an immediate effect in Germany (...) (Salles et al. 2010: 185). Dabei vermuten die Autorinnen als Vorbedingung beziehungsweise Zeitpunkt eines Wandels des Fertilitätsverhaltens einen „turning point after which most people believe that is right for mothers to work, and after which most mothers do in fact work, managing to find childcare where it is available“ (ebd.: 159).

Ähnlich weisen auch Neyer und Andersson (2007) darauf hin, dass der Effekt familienpolitischer Maßnahmen auf die Fertilität davon abhängen kann, inwiefern die Bevölkerung dem von der Familienpolitik geförderten Verhalten entsprechen kann oder will: „The effects of family policies on fertility may be weak or insignificant if the family policies in place do not correspond to the social life that the majority of people in a country want to live or if the family policies contradict the norms that guide people’s life“ (Neyer und Andersson 2007: 7). Andererseits übt Familienpolitik selbst einen Einfluss auf gesellschaftliche Normen aus: Familienpolitische Maßnahmen signalisieren, welches Verhalten von den Menschen erwartet beziehungsweise gefördert wird. Neyer und Andersson sprechen hierbei von der „normativen oder symbolischen Funktion von Politik“ (ebd.). Als Beispiel für einen Widerspruch zwischen der Ausrichtung der Familienpolitik und den gewünschten Lebensentwürfen der Menschen führen die Autoren die langjährige Ausrichtung deutscher Familienpolitik an dem männlichen Ernährermodell an, welche unter anderem durch die Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit nicht mehr mit dem gewünschten Familienmodell vieler junger Menschen übereinstimmt (ebd.: 8).

### **7.2.2 Einstellungen und Erwartungen der Bevölkerung gegenüber Familien- und Sozialpolitik**

Die Wirkung familienbezogener Leistungen auf die Fertilität ist auch davon abhängig, inwiefern die Bevölkerung die *Zuständigkeit in familienpolitischen Bereichen* beim Staat, bei privaten Akteuren oder bei der Familie sieht. Zu dem deutschen Verständnis des Verhältnisses von Staat und privaten Akteuren gibt eine Studie von Spieß (2004) Aufschluss: Auf Basis des SOEP hat sie analysiert, inwiefern die Bevölkerung die Verantwortung für unterschiedliche Politikbe-

reiche eher beim Staat, sowohl beim Staat als auch bei privaten Kräften oder eher bei privaten Kräften sieht. Abgefragt wurden unter anderem die Zuständigkeit für die finanzielle Absicherung von Familien, die Betreuung von Vorschulkindern sowie die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern. Als Ergebnis stellt sie fest, dass nur eine Minderheit der Befragten die Verantwortung eher beim Staat sieht; die jeweilige Mehrheit sieht sowohl den Staat als auch private Kräfte in der Pflicht. Am seltensten wird die Zuständigkeit für die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern beim Staat verortet, am häufigsten die Betreuung von Vorschulkindern. Während sich zwischen Eltern und Personen ohne Kinder kaum Differenzen zeigen, zeigen sich deutliche Ost-West-Unterschiede: Ostdeutsche Befragte sehen mit Blick auf alle drei Politikbereiche den Staat stärker in der Pflicht als Westdeutsche, was auf die unterschiedlichen familienpolitischen Historien der Regionen zurückzuführen ist (Spieß 2004: 539f.). Die Studie von Spieß kann jedoch keine Antwort auf die Frage geben, welche Zuständigkeiten konkret bei der Familie verortet werden, da eine Unterteilung der Kategorie „private Kräfte“ in Kernfamilie, Verwandte und marktliche Anbieter auf Datenbasis des SOEP nicht möglich ist.

Die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study 2003 (Dorbritz et al. 2005) machen jedoch deutlich, dass zumindest unter den Frauen und Männern im Familiengründungsalter beziehungsweise mit jungen Familien (20-39 Jahre) eine *hohe Erwartung an die Familienpolitik* besteht: Von einem Katalog von 13 möglichen familienpolitischen Maßnahmen, die über flexiblere Arbeitszeiten für Eltern mit kleinen Kindern bis hin zu einem finanziellen Zuschuss zur Geburt eines Kindes reichten, hat die überwiegende Mehrheit der Befragten alle Maßnahmen als wichtig bis sehr wichtig eingestuft. Ein Vergleich mit der ersten PPAS aus dem Jahr 1992 zeigt, dass sich die Ansprüche an die Familienpolitik gewandelt haben: Stufen die Befragten damals insbesondere finanziell orientierte Maßnahmen als wichtig ein, haben nun Maßnahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Priorität. Ähnlich wie bei Spieß (2004) zeigt sich auch auf Basis der PPAS eine Ost-West-Differenz: Insgesamt werden in Ostdeutschland die vorgeschlagenen familienpolitischen Maßnahmen als wichtiger eingestuft als in Westdeutschland (Dorbritz et al. 2005: 41f.).

Während der Staat in Deutschland im Bereich familienbezogener Leistungen somit nicht allgemein als Hauptverantwortlicher gesehen wird, ist dies in Frankreich, wie Luci (2011) deutlich macht, gänzlich anders: Die höhere Er-

werbstätigkeit von Müttern wird hier weniger durch ein stärkeres Engagement der Väter in der Familienarbeit als in Deutschland bewerkstelligt, sondern überwiegend durch eine Auslagerung der Betreuungsarbeit. Bei Erziehung und Betreuung von Kindern ist eine starke Rolle des Staates gesellschaftlich akzeptiert und wird sogar eingefordert. Umgekehrt sieht die französische Regierung die Verantwortung für Kinderbetreuung als eine „affaire d’Etat“. Hinter dieser starken Rolle des Staates bei der Kinderbetreuung steht die traditionell verankerte gesellschaftliche Vorstellung, dass eine Erziehung von Kindern im Kollektiv dem Wohl des Kindes diene, während Kinder der deutschen Vorstellung nach von äußerlichen Einflüssen möglichst ferngehalten werden sollten (vgl. Kapitel 6.2.1).

### **7.2.3 Bekanntheit und Akzeptanz familienpolitischer Leistungen: Ergebnisse der Akzeptanzanalyse I**

Familienpolitische Maßnahmen können ihre Wirkung nur entfalten, wenn sie der Bevölkerung erstens hinreichend bekannt und von dieser zweitens ausreichend akzeptiert werden. Bekanntheit und Akzeptanz sind Bedingung für die Legitimität, die langfristige Tragfähigkeit und Wirksamkeit der Maßnahmen (Knudsen und Waerness 2001, Lengerer 2004, Höhn et al. 2006).

Zur Evaluation familienpolitischer Maßnahmen in Deutschland ist es daher zweckdienlich, eine entsprechende Untersuchung anzustellen. Diese Aufgabe leistete die vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) in den Jahren 2010 und 2011 durchgeführte Akzeptanzanalyse zu den ehe- und familienbezogenen Leistungen. Mit der Akzeptanzanalyse wurden drei Absichten verfolgt: erstens, die Wahrnehmung der bestehenden Förderinstrumente in der Bevölkerung zu messen, zweitens typische Nutzungsmuster herauszuarbeiten und drittens die subjektive Bedeutung der Leistungen für die Bezieher aufzuzeigen. Die Akzeptanzanalyse ist daher, ebenso wie der vorliegende Bericht, Teil der Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland. In der Analyse fanden alle derzeit existierenden 16 Leistungen Berücksichtigung:

- Kindergeld
- Kinderfreibetrag bei der Steuer
- Elterngeld

- Betreuungsangebote für kleinere Kinder
- Betreuungsangebote für größere Kinder
- Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten von der Steuer
- Ermäßigter Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung für Eltern
- Beitragsfreie Mitversicherung der Kinder in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)
- Beitragsfreie Mitversicherung des nichtberufstätigen Ehepartners in der gesetzlichen Krankenversicherung
- Ehegattensplitting, steuerliche Vorteile für Verheiratete
- Erhöhtes Wohngeld für Geringverdiener mit Kindern
- Kinderzuschlag
- Höheres Arbeitslosengeld I für Arbeitslose mit Kindern
- SGB II-Leistungen für Kinder
- Staatlicher Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende
- Entlastungsbetrag für Alleinerziehende

Die Studie setzt sich aus einem qualitativen und einem quantitativen Teil zusammen. Dem qualitativen Teil der Studie liegen 72 Intensivinterviews mit Nutzern von Leistungen sowie fünf Gruppendiskussionen mit Angehörigen unterschiedlicher Nutzerkreise zugrunde. Der quantitative Teil der Studie stützt sich auf eine mündlich-persönliche Umfrage mit 9.564 Befragten sowie eine schriftlichen Ergänzungsbefragung von 1.086 Beziehern des Kinderzuschlags. Die Umfrage basiert auf einer Personenstichprobe, der Nutzerbegriff in dieser Studie umfasst jedoch den gesamten Haushalt. Eine befragte Person gilt also dann als Nutzer beziehungsweise Nutzerin, wenn mindestens eine Person in ihrem Haushalt eine Leistung bezieht.

Im Folgenden werden die Ergebnisse des Endberichts der Studie sowie des zugehörigen Tabellenbandes zusammengefasst.

### 7.2.3.1 Kenntnis der Leistungen

*Aktives Wissen.* Aktiv präsent sind einer Mehrheit der Bevölkerung das Kindergeld, die Steuerfreibeträge für Kinder und das Elterngeld. Die anderen Leistungen werden von der Mehrheit der Bevölkerung offenbar nicht als ehe- oder familienbezogene Leistung wahrgenommen beziehungsweise sind nicht bekannt.

*Kenntnis der Leistungen in der Gesamtbevölkerung.* Im Detail bekannt ist einer Mehrheit der Bevölkerung lediglich das Kindergeld. Danach folgen die beitragsfreie Mitversicherung der eigenen Kinder in der GKV, der Kinderfreibetrag bei der Steuer und das Ehegattensplitting. Insgesamt zeigt sich wie erwartet, dass Leistungen, die von einem größeren Nutzerkreis über längere Zeit bezogen werden, in der Regel auch breiter bekannt sind als Leistungen, die kleineren Gruppen in besonderen Lebenslagen helfen. Eine Ausnahme stellt das Elterngeld dar, das zwar nur 13 % der Eltern mit minderjährigen Kindern beziehen, das aber 91 % der Bevölkerung bekannt ist, davon 17 % im Detail und 35 % immerhin ungefähr. Ebenso sind die Betreuungsangebote für kleinere und größere Kinder der Mehrheit der Bevölkerung bekannt, auch wenn nur 6 % diese derzeit tatsächlich nutzen.

*Kenntnis der Leistungen bei den Nutzern.* Interessant ist, dass auch die Nutzer die von ihnen bezogenen Leistungen zum Teil nur oberflächlich oder sogar nur namentlich kennen. Hier sind zwei Tendenzen erkennbar: (1) Je länger die Beantragung der Leistung her ist, desto mehr verblassen die (detaillierten) Kenntnisse und (2) über ausgezahlte Geld- sowie Sachleistungen wie etwa die Kinderbetreuung wissen die Nutzer besser Bescheid als über Leistungen durch Steuer- oder Abgabenermäßigungen. Ausnahmen von dieser Regel sind das erhöhte Wohngeld für Eltern und der Kinderzuschlag sowie das erhöhte ALG I für Eltern. Generell trauen sich Personen mit mittlerer und höherer Schulbildung eher gute Kenntnisse der Leistungen zu als Personen mit einfachen Schulabschlüssen.

*Missverständnisse.* Aus den Intensivinterviews geht hervor, dass insbesondere das Elterngeld offensichtlich häufig mit anderen staatlichen Leistungen für Kinder oder Leistungen mit Kinderkomponenten verwechselt wird.

### 7.2.3.2 Bezug der Leistungen

*Aktueller und erweiterter Nutzerkreis.* Derzeit werden 49 % der erwachsenen Bevölkerung mit mindestens einer der Leistungen gefördert. Erweitert um jene, die über frühere Förderungen Auskunft geben, vergrößert sich der Kreis auf 80 %. Die meistgenutzten Leistungen sind nach Angabe der Befragten das Kindergeld und der Kinderfreibetrag, das Ehegattensplitting, die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und nichtberufstätigen Ehegatten in der GKV sowie der ermäßigte Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung für Eltern mit Kindern. Von weitaus kleineren Gruppen wird dagegen die Nutzung der Leistungen für Alleinerziehende, des Elterngelds sowie der Hilfeleistungen für Geringverdiener und Arbeitslose angegeben. Eine Sonderstellung nehmen die Betreuungsangebote ein: Selbst wenn derzeit nur 30 % der Eltern beziehungsweise 6 % der Bevölkerung ihre Kinder in staatlichen Einrichtungen oder mit staatlicher Hilfe betreuen lassen, gibt es doch einen ungewöhnlich großen Kreis früherer Nutzer (31 % der Gesamtbevölkerung).

*Bezug nach Haushaltstyp.* Erwartungsgemäß profitieren Eltern am meisten von der Familienförderung. Die Intensität der Förderung nimmt hier allerdings mit dem Alter der Kinder ab. Die stärkste Unterstützung erhalten Eltern mit Kindern unter 6 Jahren im Haushalt. Im Durchschnitt nehmen sie mehr als 5 der 16 untersuchten Leistungen in Anspruch. Eltern, deren Kinder das Schulalter erreicht haben, nutzen im Durchschnitt noch etwa 4 Leistungen. Eltern mit erwachsenen Kindern profitieren hingegen deutlich weniger von der Familienförderung. Alleinerziehende werden oft zusätzlich über die SGB II-Leistungen für Kinder, den Wohngeld- und den Kinderzuschlag gefördert. Nutznießer sind aber auch jüngere Kinderlose, von denen immerhin etwa 40 % mindestens eine Leistung beziehen, zum Beispiel über die Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung ihrer Eltern oder über fortwährenden Kindergeldbezug während ihrer Ausbildung.

*Bezug nach Erwerbskonstellation.* Vollzeit arbeitende Elternteile oder berufstätige Alleinerziehende nutzen überdurchschnittlich oft Betreuungsangebote für größere Kinder. Da Vollzeit berufstätige Elternpaare für ihre Kinder zudem eher kostenaufwendigere Betreuungsformen nutzen, machen diese Eltern auch am häufigsten von der Absetzbarkeit von Betreuungskosten Gebrauch.

49 % der nichtberufstätigen Eltern in Paarverbindungen und 56 % der nichtberufstätigen Alleinerziehenden berichten über SGB II-Leistungen für ihre Kinder.

*Bezug nach Einkommensgruppen.* Es zeigt sich, dass Geringverdiener eher von Geld- und Vielverdiener eher von steuerlichen Leistungen profitieren. Im Hinblick auf die Zahl der genutzten staatlichen Leistungen ergeben sich allerdings nur graduelle Unterschiede; im Durchschnitt werden zwischen 4,1 und 4,6 Leistungen in Anspruch genommen.

### **7.2.3.3 Bewertung der Leistungen**

*Bewertung in der Bevölkerung insgesamt.* 49 % der Bevölkerung erhalten wenigstens eine der abgefragten Leistungen der Familienförderung, 41 % der Bevölkerung finden wenigstens eine der Leistungen besonders wichtig für ihre Familie. Von den Eltern mit minderjährigen Kindern erklären 92 % wenigstens eine der bezogenen Leistungen für besonders wichtig.

*Bewertung unter den Nutzern.* 13 der 16 einzelnen Leistungen werden von mindestens zwei Dritteln der Nutzer als „besonders wichtig für meine Familie“ eingestuft. Lediglich dem Ehegattensplitting, der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten von der Steuer und dem ermäßigten Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung für Eltern mit Kindern messen weniger als zwei Drittel eine solche Bedeutung zu. Die Betreuung für kleinere Kinder ist dabei wichtiger (81 % der Nutzer) als die Betreuung älterer Kinder (67 %). Außerdem werden monetäre Leistungen in allen Einkommenssegmenten höher bewertet. Diese besondere Wertschätzung für monetäre Leistungen ergibt sich gemäß der Intensivinterviews vor allem daraus, dass diese Leistungen – anders als (jährliche) steuerliche Leistungen – unmittelbar in die (monatlichen) Einnahmen-Ausgaben-Rechnungen einbezogen werden können.

*Bedeutung nach Haushaltstyp.* Interessant ist, dass das Splitting von verheirateten Eltern weniger häufig besonders positiv bewertet wird als bspw. die beitragsfreie Mitversicherung der Kinder. Im Hinblick auf die Betreuungsangebote für größere Kinder messen 82 % der Alleinerziehenden im Gegensatz zu 63 % der verheirateten Eltern diesen eine besondere Bedeutung bei.

*Bedeutung nach Erwerbskonstellation.* In Familien mit drei oder mehr Kindern, in denen der eine Partner oft nicht erwerbstätig ist, spielt die beitragsfreie Mitversicherung des nichtberufstätigen Ehepartners eine besondere Rolle.

*Bewertung nach Einkommensgruppen.* Generell erachten in allen Einkommensgruppen große Mehrheiten (zwischen 83 und 95 %) wenigstens eine der bezogenen Leistungen als besonders wichtig für ihre Familie. Während Geringverdiener allerdings im Durchschnitt 3,6 der durchschnittlich 4,5 bezogenen Leistungen als besonders wichtig einstufen, messen die Gutverdienenden im Durchschnitt nur 2,8 der durchschnittlich bezogenen 4,1 Leistungen eine solche Bedeutung zu.

*Zusammenhang zwischen Bewertung und Bekanntheit.* Alle abgefragten Leistungen werden von den Kennern besser beurteilt als von jenen, die sie weniger gut kennen: Während beispielsweise 61 % der gut informierten Nutzer die Absetzbarkeit von Betreuungskosten als besonders wichtig für ihre Familie einstufen, tun das von den weniger gut informierten nur 40 %. Der signifikante Pearson-Korrelationskoeffizient zwischen den Anteilswerten der Nutzer, die sich mit einer Leistung gut auskennen und den Werten für jene Nutzer, die den Wert der Leistung hoch veranschlagen, beträgt 0,67.

*Zusammenhang zwischen Bewertung und Leistungshöhe.* Die Höhe beziehungsweise der materielle Wert der Leistung korreliert mit der Bewertung. Der signifikante Pearson-Korrelationskoeffizient beträgt 0,55. Bei Ausschluss des erhöhten Wohngelds und des erhöhten Arbeitslosengelds, bei denen offensichtlich viele positive Bewertungen den Gesamtleistungen gelten und nicht allein den Kinderanteilen der Leistungen, wächst der Korrelationskoeffizient auf 0,67.

*Bekanntheit und Leistungshöhe als Determinanten für die Bewertung.* Lineare Regressionsanalysen zeigen, dass die Bekanntheit der verschiedenen Leistungen offenbar größere Erklärungskraft für deren Bewertung hat als die Leistungshöhe: Für den Zusammenhang zwischen Bekanntheit und Bewertung ergibt sich ein  $R^2$  von 0,4, für den Zusammenhang zwischen Leistungshöhe und Bewertung hingegen ein  $R^2$  von 0,3.

#### **7.2.3.4 Zusammenhang zum Erwerbsverhalten**

*Vorherrschen von Erwerbskonstellationen.* Derzeit sind 66 % der Mütter von minderjährigen Kindern berufstätig, in Westdeutschland 65 % und in Ostdeutschland 71 %. In Westdeutschland arbeiten 72 % der berufstätigen Mütter in Teilzeit. Zugleich ist eine deutliche Mehrheit der Väter Vollzeit berufstätig.

In den neuen Bundesländern sind 59 % der berufstätigen Mütter in Vollzeit beschäftigt. Zudem sind hier auch viele allein erziehende Mütter Vollzeit berufstätig. Generell deutet sich eine geringere Erwerbsbeteiligung der Mütter in den ersten Lebensjahren der Kinder an.

*Bedeutung der Kinderbetreuung für die Berufstätigkeit der Mütter.* Von den Eltern der Kinder unter 16 Jahren berichten heute 34 %, dass zumindest eines ihrer Kinder ein Betreuungsangebot über Halbtagskindergarten und normale Halbtagschule hinaus nutzt. Dabei zeigt sich ein klarer Zusammenhang der Nutzung solcher „erweiterter“ Angebote mit der Erwerbskonstellation der Eltern: Von den Familien, in denen beide Elternteile Vollzeit berufstätig sind, machen 49 % von solchen Angeboten Gebrauch, von den Ein-Verdiener-Familien nur 23 %. Darüber hinaus zeigen die Intensivinterviews, dass auch die frühere Rückkehr aus der Elternzeit, insbesondere in Westdeutschland, bei einem Teil der Mütter vor allem mit der Verfügbarkeit von Betreuungsangeboten zusammen hängt.

*Erwerbsrelevante Effekte von Elterngeld.* In den zurückliegenden Jahrzehnten haben sich die Elternzeiten berufstätiger Mütter insbesondere in Westdeutschland deutlich verkürzt: Während 50- bis 59-Jährige, die hier nach einer Familienphase in den Beruf zurückkehrten, im rechnerischen Durchschnitt noch deutlich über vier Jahre in Elternzeit waren, lag der entsprechende Wert für die heute 40- bis 49-jährigen Mütter bereits bei durchschnittlich weniger als drei Jahren. In Ostdeutschland liegen die Durchschnitte für beide Gruppen leicht über anderthalb Jahre. Im landesweiten Durchschnitt überwiegt aber die Verkürzung - nicht nur wegen der Überzahl der Mütter in Westdeutschland, sondern auch wegen der weitaus größeren Dimension der Veränderung. Diese Verkürzung der Elternzeiten wird durch das in der Regel nur für 12 bis 14 Monate gewährte Elterngeld weiter forciert. Die Daten deuten hier auf eine leichte Verringerung der besonders kurzen Elternzeiten von unter einem Jahr sowie der längeren Elternzeiten von wenigstens drei Jahren und auf eine deutliche Zunahme der Elternzeiten von genau einem Jahr hin.

*Erwerbsrelevante Effekte von Wohngeld und Kinderzuschlag.* Beim erhöhten Wohngeld und Kinderzuschlag zeigt sich in den Intensivinterviews das Bestreben von Hartz IV-Empfängern, eine wenn auch gering bezahlte Arbeitsstelle zu

finden, um dann mit der Hilfe von erhöhtem Wohngeld und ggf. auch Kinderzuschlag von den SGB II-Leistungen loszukommen.

*Zusammenhang von Leistungsbezug und Berufstätigkeit.* 23 % der berufstätigen und 41 % der nichtberufstätigen Eltern von minderjährigen Kindern haben sich schon einmal Gedanken gemacht, was Veränderungen im Erwerbsverhalten für ihre staatliche Förderung bedeuten würden. Nur 7 % der nichtberufstätigen Eltern geben an, eine Arbeitsaufnahme nur wegen der Befürchtung abzulehnen, man verliere dadurch den Anspruch auf staatlichen Leistungen.

### **7.2.3.5 Verbesserungspotenziale**

*Grundeinstellungen zur staatlichen Familienförderung.* Die Intensivinterviews zeigen, dass die Leistungen der Familienförderung für viele nicht als selbstverständlich hingenommen werden. Entsprechend ist die Mehrheit der Geförderten mit der Förderung zufrieden. Generell wird dennoch mehr und nicht weniger Unterstützung für Familien, lieber mehr als weniger Einmischung des Staates gewünscht.

*Weniger Bürokratie.* 72 % der Leistungsbezieher erklären, dass die Beantragung mit großem (39 %) oder sogar sehr großem bürokratischem Aufwand (33 %) verbunden war. Lediglich 24 Prozent bewerten den Aufwand als weniger oder gar nicht groß. Von allen Teilgruppen berichten Alleinerziehende und Bezieher von SGB II-Leistungen am häufigsten über beträchtlichen Bürokratieaufwand. Von den Hartz IV-Beziehern blicken 50 % auf einen sehr großen Verwaltungsaufwand bei der Beantragung ihrer Leistung zurück.

*Einsparungen am ehesten bei steuerlichen Maßnahmen wahrgenommen.* Gemäß den Nutzern könnte am ehesten bei den steuerlichen Leistungen gespart werden. Dabei ist bemerkenswert, dass auch die besser verdienenden Leistungsempfänger selbst mit großer Mehrheit der Auffassung sind, dass Kürzungen bei den von ihnen bezogenen Leistungen am ehesten möglich wären.

*Positive Anreize zur Erwerbstätigkeit erwünscht.* Sowohl in dem geringen Abstand zwischen der Förderung durch soziale Transfers und niedrigen Arbeits-einkommen als auch in der Aufstockung, wenn Vollzeit Berufstätige trotz ihrer Berufstätigkeit noch auf unterstützende Leistungen des Staates angewiesen sind, sehen viele eine Ungerechtigkeit.

### 7.2.3.6 Anmerkungen zu Methodik und Konzeption der Akzeptanzanalyse I

*Disproportionale Quotenauswahl.* In der Umfrage sind knapp drei Viertel der Befragten (74 %) Eltern mit Kindern unter 18 Jahren. Damit ist diese Gruppe im Vergleich mit ihrem tatsächlichen Anteil an der erwachsenen Bevölkerung (23 %) in der Stichprobe stark überrepräsentiert. Streng genommen handelt es sich somit eher um eine „Elternumfrage“ als um eine „Repräsentativbefragung“ der erwachsenen Bevölkerung. Zwar wird bei der Darstellung der Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung eine entsprechende korrigierende Gewichtung vorgenommen, dies ändert aber nichts an der aus dieser Zusammensetzung der Stichprobe resultierenden sehr unterschiedlichen Güte der Daten (Ausmaß des Stichprobenfehlers).

*Erweiterter Nutzerbegriff.* Der in dieser Studie verwendete erweiterte Nutzerbegriff, der den gesamten Haushalt umfasst, ist insofern sinnvoll, als dass Leistungen in der Regel nicht Einzelpersonen, sondern ganzen Familien zugutekommen. Problematisch ist allerdings, dass bei dieser Vorgehensweise ein potenziell unterschiedliches Antwortverhalten der Befragten unberücksichtigt bleibt, da wichtige personenspezifische Merkmale (zum Beispiel Geschlecht, Alter) nicht mehr im Rahmen der haushaltsspezifischen Merkmale abgebildet werden können. So geht beispielsweise eine unterschiedliche Einstellung von Männern und Frauen zu den abgefragten Fördermaßnahmen aus der Umfrage nicht hervor.

## 7.3 Evidenz zur Wirkung familienpolitischer Einflussfaktoren

### 7.3.1 Hintergrund

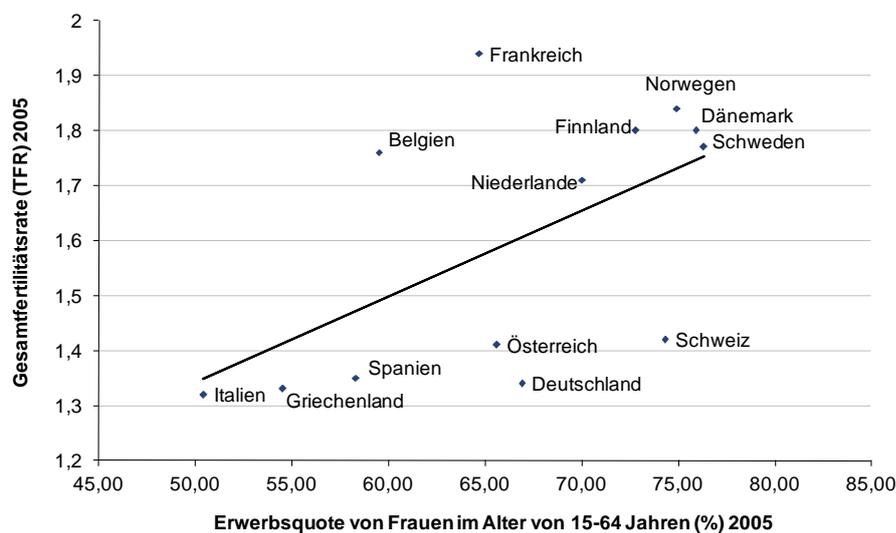
Familienpolitische Maßnahmen können sowohl die direkten Kosten von Kindern (zum Beispiel durch Kindergeld) als auch die Opportunitätskosten (durch Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf) beeinflussen und gestalten so den Kontext, in dem Entscheidungen von Individuen und Haushalten bezüglich ihres reproduktiven Verhaltens getroffen werden. Sie bieten folglich positive und negative Anreize für bestimmte Verhaltensweisen und beeinflussen, wie gesehen, mittel- und langfristig auch die Verhaltensnormen.

Ausgangspunkt vieler Argumentationen ist die Tatsache, dass sich der negative Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit und zusammengefasster

Geburtenziffer (Gesamtfertilitätsrate, engl. ‚total fertility rate‘, TFR), der im Vergleich von westeuropäischen oder OECD Staaten in den 1970er Jahren bestand, und Beckers These, dass der Anstieg der Opportunitätskosten von Frauen zu einem Rückgang der Fertilität führt, in einen positiven Zusammenhang in den 1990er Jahren verändert hat (Adserà 2005, Apps und Rees 2004, Brewster und Rindfuss 2000, del Boca 2002, Reich 2010). Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Länder, in denen die Frauenerwerbsquote hoch ist, inzwischen eine vergleichsweise hohe Gesamtfertilitätsrate aufweisen. Dies liegt daran, dass – bei einem länderübergreifenden Anstieg der Frauenerwerbsquote – der Rückgang der Gesamtfertilitätsrate in Ländern mit niedriger Frauenerwerbsquote stärker ausfiel als in Ländern mit traditionell hoher Frauenerwerbsquote.

Im Jahr 2005 übten im westeuropäischen Vergleich beispielweise in Italien und Griechenland weniger als die Hälfte der Frauen eine Berufstätigkeit aus, und die Fertilitätsrate lag bei 1,34 Kindern pro Frau in Griechenland und 1,28 Kindern pro Frau in Italien. In Norwegen und Schweden waren dagegen mehr als 70 % der Frauen erwerbstätig, und die Fertilitätsrate betrug 1,84 Kindern pro Frau (Norwegen) beziehungsweise 1,77 Kindern pro Frau (Schweden). Deutschland lag bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit mit 61,5 % etwa in der Mitte und bildete mit einer Fertilitätsrate von 1,34 Kindern pro Frau mit anderen das Schlusslicht in diesem Vergleich.

Abb. 25: Frauenerwerbsquote und Gesamtfertilitätsrate im internationalen Vergleich



Quelle: Eurostat (2012b; 2012c), eigene Darstellung.

Diese Trendumkehr scheint das Ergebnis unterschiedlicher familienpolitischer Ausrichtungen oder – im weiteren Sinne – der gesamten Rahmenbedingungen bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Wohlfahrtsstaaten zu sein. So argumentieren McDonald (1997), Chesnais (1996), Esping-Andersen (1996) und andere, dass dort, wo die familienpolitischen Weichen auf das Modell des männlichen Alleinverdieners und der Hausfrau ausgerichtet und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf weitestgehend unterentwickelt sind, Frauen sich zwischen der Berufstätigkeit und der Realisierung von Kinderwünschen entscheiden müssen, und sich oftmals für die Berufstätigkeit entscheiden. Mischke (2011) zeigt zudem in einer Cluster-Analyse verschiedener Familienpolitik-Typen, dass von den fünf identifizierten Clustern das mit der höchsten Unterstützung für das Doppelverdiener-Modell und mit einem mittleren Niveau von „genereller Familienpolitik“ eine relativ hohe Gesamtfertilitätsrate von 1,78 Kinder pro Frau und eine hohe Frauenerwerbsquote von

86,5 % aufweist. Dänemark und Schweden bilden dieses Cluster. Deutschland bildet in dieser Studie ein Cluster mit Österreich und Luxemburg, und dieses Cluster weist die zweitniedrigste Fertilitätsrate und Frauenerwerbsquote auf.<sup>40</sup> Auch Hobson und Oláh (2006) finden in ihrem Beitrag "Birthstrikes? Agency and Capabilities in the Reconciliation of Employment and Family" den größten „Geburtenstreik“-Effekt in Deutschland und anderen Ländern, in denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kaum gefördert wird und Familien relativ schlecht gegen eine unsichere ökonomische Zukunft abgesichert sind.

Die große Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familien in Deutschland wird auch von empirischen Umfragen gestützt. In einer Studie der OECD gaben 52 % der Paare mit Kindern unter sechs Jahren in Deutschland an, dass der Mann einer Vollzeittätigkeit nachgeht und die Frau nicht erwerbstätig ist; gewünscht wurde diese Konstellation jedoch nur von knapp 6 % der Paare. Gleichzeitig arbeiteten bei 16 % der Paare beide Partner Vollzeit, gewünscht wurde dieses Erwerbsmodell aber von doppelt so vielen Paaren (OECD 2001). In einer Studie des IAB wurden westdeutsche Paare mit Kindern unter drei Jahren befragt. 86 % dieser Paare wünschten sich die Erwerbstätigkeit beider Partner, aber nur 23 % konnten diese Vorstellung auch umsetzen (BMFSFJ 2005a). Diese Umfragen deuten an, dass es Müttern trotz Wunsch nach Erwerbstätigkeit oftmals nicht gelingt, diese zu realisieren. Gleichzeitig gibt es offenbar Frauen und Männer, die – vielleicht aufgrund der Erwerbstätigkeit – ihre Kinderwünsche nicht realisieren können. So lag in Deutschland die Zahl der durchschnittlich von Frauen im gebärfähigen Alter geborenen Kinder in den letzten zehn Jahren niedriger als die Zahl der gewünschten Kinder (Lutz und Milewski 2004; vgl. ausführlich hierzu auch Kapitel 3.3). Somit besteht in Deutschland Spielraum für die Realisierung der gewünschten Kinderzahl, und –

---

<sup>40</sup> Das „Doppelverdiener“ Cluster weist in diesem Vergleich auch den höchsten Wert bezüglich eines Indexes zur Geschlechtergerechtigkeit und die geringste Kinderarmutsquote auf, während das Cluster mit Deutschland den zweitletzten Platz bezüglich des Geschlechtergerechtigkeits-Indexes und einen mittleren Platz bei der Kinderarmut belegt.

da hier die Zahl der gewünschten Kinder im Ländervergleich gering ist – eventuell auch zur Erhöhung des Kinderwunsches.<sup>41</sup>

Familienpolitische Leistungen können sich theoretisch sowohl *direkt* auf fertilitätsrelevantes Verhalten von Individuen auswirken, sie können aber auch *indirekt* wirken, in dem sie etwa den Zusammenhang zwischen individuellen Merkmalen – wie der Ausstattung mit Sozialkapital (Balbo und Mills 2011a) oder beruflichen Belastungen (Begall und Mills 2011) – und Kinderwünschen moderieren. Im Gegensatz zur umfangreichen Literatur über den Einfluss von Familienpolitik auf die Realisierung von Geburten gibt es bislang jedoch kaum Studien, die den Zusammenhang zwischen spezifischen familienpolitischen Maßnahmen und *Kinderwünschen* empirisch untersuchen konnten (vgl. Höhn et al. 2006).

Die im Kapitel 5 dargelegten Befunde zeigen, dass das Geburtenverhalten von Präferenzen, Einkommen und Kosten von Kindern beeinflusst wird. Für die Evaluation familienpolitischer Maßnahmen bedeutet dies, nach den Wirkungen einzelner Maßnahmen und Leistungen sowie des „Gesamtpaketes“ auf Einkommen, Preise und Präferenzen zu fragen und Einkommen und Preise dabei tendenziell als dynamische und genderspezifisch wirkende Größen zu verstehen. Das heißt, es sind zugleich die Lebensverlaufs- und die Genderperspektive stärker in den Fokus zu nehmen.

In folgender Abbildung 16 ist diese Wirkungskette schematisch dargestellt. Ausgangsparameter sind einzelne familienpolitische Maßnahmen, wie beispielsweise Kindergeld, Elternzeit und -geld und öffentliches Kinderbetreuungsangebot. Diese wirken sich unmittelbar auf die wirtschaftliche Lage von Familien aus. Zusätzlich wird die wirtschaftliche Situation der einzelnen Partner auch von mittelbar wirksamen Impulsen der Maßnahmen und Leistungen, nämlich über deren Effekt auf das Erwerbsarbeitsangebot und die Übernahme von Familienaufgaben, beeinflusst; in diesem Zusammenhang spielen auch die über die Maßnahmen transportierten Signale zu Einstellungen und Verhal-

---

<sup>41</sup> Allerdings ist bei der Interpretation von Kinderwunsch-Daten Vorsicht geboten, unter anderem wegen der Vielfalt der Messkonzepte und der zeitlichen Instabilität der Ergebnisse (vgl. im Einzelnen Kapitel 3.3).

tensnormen eine Rolle. Der *Gesamteffekt* auf die wirtschaftliche Situation der (potenziellen) Eltern führt zur Entstehung neuer bzw. zur Umsetzung bestehender Kinderwünsche bei Eltern und Kinderlosen: Dies äußert sich in Zeitpunktentscheidungen von Eltern zu Erst- und Folgegeburten und der Gesamtkinderzahl sowie in einer Teilgruppe der potenziellen Eltern in Form des Verzichts auf Kinder. Die unterschiedlichen Akzentuierungen des Geburtenverhaltens münden in die beiden das Fertilitätsgeschehen zusammenfassenden Zielgrößen Gesamt- und Kohortenfertilitätsrate.

**Abb. 26: Schematische Wirkung von Familienpolitik auf die Fertilität**



Quelle: Eigene Darstellung.

In den kommenden Abschnitten werden empirische Studien zur Wirkung familienpolitischer Maßnahmen auf die Fertilität referiert. Da Familienpolitik heute anders wirkt als vor 30 oder 40 Jahren, werden schwerpunktmäßig Datenanalysen mit Daten nach 1980, bestenfalls nach 1990 ausgewertet. Aufgrund des Gegensatzes zwischen der großen Vielfalt an Maßnahmen in Deutschland und anderen Industriestaaten einerseits und der limitierten Anzahl von Studien,

die Kausalbeziehungen zwischen einzelnen familienpolitischen Maßnahmen und der Fertilität herstellen, werden in der folgenden Analyse nur die vergleichsweise weit verbreiteten Maßnahmen, zu der eine größere Anzahl von empirischen Studien vorhanden ist<sup>42</sup>, dargestellt: generelle monetäre Anreize in Form von *Kindergeld* und *Steuererleichterungen*, für eine Erwerbspause zu nutzende *Elternzeit* mit *Elterngeld* und *Betreuungszeit* mit *Betreuungsgeld*<sup>43</sup>, öffentliche Infrastruktur für Kinderbetreuung in Form von *Kindertagesstätten*, und die *Besteuerung von Paaren*.

Auch der *Mutterschutz* gehört zu den wichtigsten familienpolitischen Leistungen; er fördert die Erwerbstätigkeit von Müttern (Rønsen 1995, Rønsen und Sundström 1996) und kann somit einen Einfluss auf die Fertilität haben. Aufgrund der nachgewiesenen zentralen Bedeutung der ersten Lebensphase für die Entwicklung des Kindes (siehe Überblick in Waldfogel 2004), des Gesundheitsschutzes der Mutter rund um die Geburt (siehe Überblick in Staehelin und Berteau 2005) und der Vorgabe von mindestens 14 Wochen Mutterschutz der EU für alle Mitgliedsstaaten (EUR-Lex 2012) wird hier auf eine Evaluation des Mutterschutzes verzichtet.

Außerdem sei darauf hingewiesen, dass zwar Maßnahmen als „vereinbarkeitsfördernd“ beziehungsweise „-behindernd“ eingestuft werden, dem tatsächlichen Effekt dieser Maßnahmen auf die Müttererwerbstätigkeit in diesem Kapitel allerdings nicht nachgegangen werden kann, sondern der Schwerpunkt hier auf der Fertilitätswirkung liegt. Ein Literaturüberblick und eigene Wirkungsanalysen im Hinblick auf das Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf finden sich im Endbericht zum im Rahmen der Gesamtevaluation durchgeführten Modul „Zentrale Leistungen“.

---

<sup>42</sup> Darüber hinaus werden Kinder bei der Zahlung von Sozialhilfe/Hartz IV berücksichtigt, erhalten Niedrigeinkommensbezieher unter bestimmten Umständen einen Kinderzuschlag, werden Alleinerziehenden spezielle Hilfen gewährt, sind Kinderbetreuungskosten in Grenzen von der Einkommensteuer absetzbar usw.

<sup>43</sup> Das Betreuungsgeld wird zwar in Deutschland erst im Jahr 2013 eingeführt, jedoch existieren empirische Befunde aus dem Ausland zu dieser Maßnahme, die aus unserer Sicht an dieser Stelle erwähnt werden sollten.

### 7.3.2 Elternzeit und Elterngeld

Die Elternzeit ermöglicht es Elternteilen, nach der Geburt eines Kindes beziehungsweise nach dem Mutterschutz für einige Zeit von der Erwerbstätigkeit zu pausieren, um danach an denselben oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren.

Eine längere Tradition der Elternzeit haben die skandinavischen Länder<sup>44</sup>; das spiegelt sich auch in der Zahl der empirischen Studien wider. In Schweden wurde der Mutterschaftsurlaub im Jahr 1955 eingeführt und sukzessive zu einer Elternzeit ausgebaut. Die übrigen skandinavischen Länder folgten dieser Entwicklung in den 1970er und 1980er Jahren (Neyer et al. 2006). Neyer et al. (2006) stellen einen deskriptiven Zusammenhang zwischen der Elternzeit und dem Elterngeld einerseits und der Fertilität in den nordischen Ländern andererseits her. Sie weisen darauf hin, dass nach der Einführung beziehungsweise Verbesserung der Elternzeitregelungen mit einem hohen Elterngeld (100 % des Einkommens in Norwegen und Dänemark) zwischen 1978 und 1985 in Norwegen, Finnland und Dänemark eine positive Entwicklung der Zweitgeburtenrate, in Dänemark und Finnland auch eine positive Entwicklung der Drittgeburtenraten, und in den genannten vier Ländern eine Steigerung der Erstgeburten von über 30-jährigen Frauen zu beobachten war. Die Autoren kommen aber zu dem Schluss, dass nicht allein die Elternzeit für Mütter, sondern auch andere familienpolitische Maßnahmen bei diesen Entwicklungen eine Rolle spielten. Rønseth (2004) untersuchte die Auswirkungen der Ausweitung der rechtlichen Auszeit für Frauen (Mutterschutz plus Elternzeit) in Norwegen und Finnland zwischen 1968 und 2001 auf die Wahrscheinlichkeit von Erst-, Zweit- und Drittgeburten der zwischen 1943 und 1967 geborenen Frauen. Zwischen 1968 und 2001 stieg die Zahl der Auszeitwochen für Mütter von 12 auf 52 in Norwegen und von 9 auf 44 in Finnland an. In Finnland hatte die Ausweitung der Auszeit einen schwachen positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit einer Erstgeburt und einen stärkeren positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit einer dritten Geburt, jedoch keinen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit ei-

---

<sup>44</sup> Zu „Skandinavien“ zählen in dieser Studie die Länder Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark. Island wird mangels ausreichender empirischer Evidenz nicht berücksichtigt.

ner zweiten Geburt. In Norwegen hatten Frauen, die eine Auszeit zwischen 18 und 22 Wochen nehmen konnten, gegenüber Frauen, denen laut Gesetz nur eine zwölfwöchige Auszeit zustand, eine schwach signifikant höhere Wahrscheinlichkeit, ein zweites Kind zu bekommen; für die anderen Paritäten ergab sich kein signifikanter Effekt. Für Norwegen wurde auch die Veränderung in der Höhe des Mutterschutzgeldes beziehungsweise des Elterngeldes untersucht, aber es wurde kein signifikanter Einfluss gefunden.

D'Addio und d'Ercole (2005a; 2005b) schätzen an Hand von Längsschnittdaten von 16 OECD-Ländern inklusive Deutschland von 1980 bis 1999 den Effekt der Dauer der Elternzeit auf die Fertilität. In zwei der drei Modellspezifikationen korreliert die Dauer der Elternzeit negativ mit der Gesamtfertilitätsrate. Angesichts der hohen Variation der Elternzeitdauer im Datensatz (null Tage bis drei Jahre) sind nichtlineare Effekte zu vermuten.

In Deutschland stehen Befunde zu den Geburteneffekten des Elterngeldes angesichts des derzeit noch begrenzten Wirkungszeitraumes von fünf Jahren noch aus. 28 % aller Elterngeldbeziehenden mit einem jüngsten Kind, das im Jahr 2007 geboren wurde, gaben in einer Umfrage des IfD 2007 an, dass das Elterngeld die Entscheidung für ein (weiteres) Kind erleichtern könnte. Nach einer Umfrage des RWI 2007 schreiben 19 % der Eltern mit einem Kind, das vor 2007 geboren ist, dem Elterngeld eine große Bedeutung für die Entscheidung für weitere Kinder zu, weitere 44 % glauben, dass das Elterngeld zumindest etwas Einfluss hat (unter Kinderlosen sind die Anteile 18 % beziehungsweise 48 %). Im Rahmen der Befragung Junge Familie (1) wurden dagegen nur Kinderwünsche junger Eltern ohne Bezugnahme auf das Elterngeld abgefragt (BMFSFJ 2008).

Jüngst wurde dem Elterngeld hierzulande ein negativer Beschäftigungseffekt für das erste Lebensjahr des Kindes bescheinigt, aber im zweiten Lebensjahr des Kindes haben Mütter eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, in den Beruf zurückzukehren. Dies gilt insbesondere für Mütter mit niedrigem Einkommen und Mütter in Ostdeutschland (Geyer et al. 2012). Die Evaluation im Rahmen des Moduls „Zentrale Leistungen“, die nur das erste Jahr nach der Geburt untersucht, findet einen negativen Partizipationseffekt von vergleichbarer Höhe wie die Studie von Geyer et al. Dieser Effekt ist als wirtschaftlicher Schonraum nach der Geburt ja durchaus beabsichtigt.

Weitere Studien untersuchen explizit die Wirkungen, die von der Höhe des Elterngeldes ausgehen. In international vergleichenden Studien ist ein positiver Effekt der Höhe des Elterngeldes auf die Fertilität belegt (d’Addio und d’Ercole 2005a, Kalwij 2010). So findet Kalwij (2010) in einer Studie für 16 Industrieländer, dass eine Anhebung des Mutterschutz- und Elterngeldes<sup>45</sup> um 10 % mit einem um 3,2 % reduzierten Kinderlosigkeitsrisiko von 36- bis 40-jährigen Frauen einhergeht. Die Identifikation kausaler Effekte ist in Studien auf Länderebene aber generell schwierig. Intensiv – und mit größerer Aussicht auf die Identifikation kausaler Effekte – wurden Änderungen des Elterngeldes in Frankreich untersucht. Hier gab es ab 1985 ein pauschales Elterngeld („allocation parental d’éducation“, APE), das bei einer Erwerbspause ab dem dritten Kind für zwei Jahre gezahlt wurde, unter der Voraussetzung, dass die Mutter in allen 30 Monaten vor der Geburt erwerbstätig war. Ab 1986 wurde die Elternzeit mit APE auf drei Jahre verlängert, und kam allen Müttern nach einer dritten oder weiteren Geburt zugute, die in den letzten zehn Jahren mindestens zwei Jahre erwerbstätig waren. Ab 1994 wurde das APE ab dem zweiten Kind gezahlt, wenn die Mutter in den letzten fünf Jahren mindestens zwei Jahre lang erwerbstätig war. Die Höhe des APE belief sich im Jahr 2003 auf 484,97 Euro monatlich, ist also eher mit dem Erziehungsgeld in Deutschland von 1986 bis 2006 zu vergleichen als mit dem heutigen, einkommensabhängigen Elterngeld (Köppen 2003).<sup>46</sup>

Breton und Prioux (2005) zeigen in einer Grafik die Wahrscheinlichkeit eines Übergangs zum zweiten und zum dritten Kind für die Kalenderjahre 1970 bis 1995. Für die Kalenderjahre um 1980 ist ein Anstieg der Wahrscheinlichkeit einer zweiten und dritten Geburt zu verzeichnen, der auf die Einführung der pronatalistischen „Giscard-Maßnahmen“ (Breton und Prioux 2005:491) zurückzuführen ist.<sup>47</sup> Für die zweite Geburt gibt es auch zwischen 1995 und 1997, nach der Einführung des APE für das zweite Kind, einen Anstieg, aber es

---

<sup>45</sup> Kalwij (2010) verwendet einen Gesamtindikator für Elterngeld und Mutterschutzgeld.

<sup>46</sup> Im Jahr 2004 wurde das APE durch das „complément de libre choix d’activité“ (CLCA) ersetzt (Moss 2010:113).

<sup>47</sup> Damit sind Maßnahmen für Familien mit drei oder mehr Kindern unter Präsident Valéry Giscard d’Estaing gemeint.

kann aufgrund des Endes der Zeitreihe nicht festgestellt werden, ob dieser langfristig anhielt. Insgesamt ist die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Geburt von Müttern mit einem Kind im gesamten Zeitraum gleich bei etwa 80 % geblieben, die Wahrscheinlichkeit einer dritten Geburt von Müttern mit zwei Kindern hat aber fast kontinuierlich von etwa 57 % auf 44 % abgenommen.

Auch Toulemon et al. (2008) schließen nach einer Evaluation empirischer Analysen (Piketty 2005, Laroque und Salanié 2008), dass die APE-Änderung im Jahr 1994 lediglich einen geringen positiven Effekt hatte, bei dem es sich aufgrund der Kürze des untersuchten Zeithorizontes auch um einen Spacing-Effekt statt um einen Einfluss auf die Gesamtfertilität handeln kann. Nachgewiesen ist jedoch, dass die Reform zur Verringerung der Berufstätigkeit von Müttern mit Kindern unter drei Jahren geführt hat, von 69 % im Jahr 1994 auf 53 % im Jahr 1998 (Moss 2010).<sup>48</sup>

In Schweden und in Österreich sind Elternzeit und Elterngeld derart gestaltet, dass sich eine „Geschwindigkeitsprämie“ ab dem zweiten Kind ergibt. In beiden Ländern wird als Grundlage für die Berechnung des zweiten Elterngeldes das Einkommen vor der Geburt des ersten Kindes genommen, wenn die zweite Schwangerschaft innerhalb weniger Jahre nach der ersten Geburt einsetzt.<sup>49</sup> In Schweden gibt es zudem eine günstige Preisstruktur in öffentlichen Kindertageseinrichtungen, wenn ein weiteres Kind der gleichen Familie hinzukommt. Die Einführung einer Geschwindigkeitsprämie hat in Schweden nachweislich langfristig zu einem kürzeren Spacing beim zweiten und dritten Kind geführt, insbesondere nach der Ausdehnung des zulässigen Zeitraumes von 24 auf 30 Monate (Andersson 1999; 2000, Hoem 1993, Andersson et al. 2006, siehe auch Diskussion in Neyer et al. 2006). In Österreich hatte eine Mutter

---

<sup>48</sup> Von den APE-Beziehern nach der Reform von 1994 waren 98 % weiblich. Bei der Inanspruchnahme waren Mütter in jüngerem Alter, mit geringerem Bildungsniveau und schlechten Arbeitsbedingungen überrepräsentiert. Die Inanspruchnahme durch arbeitslose Mütter und Hausfrauen hat überdies zu Mitnahmeeffekten geführt (Marc 2004, Algava und Bressé 2005).

<sup>49</sup> In Schweden wurde die Geschwindigkeitsprämie 1974 eingeführt, und zunächst musste die zweite Geburt innerhalb von 12 bis 18 Monaten (regional unterschiedlich), seit 1980 innerhalb von 24 Monaten und seit 1986 innerhalb von 30 Monaten erfolgen (Björklund 2006).

nach der Geburt eines zweiten (oder weiteren) Kindes innerhalb von zwei Jahren (1990-1996) beziehungsweise 18 Monaten (seit 1996) das Recht auf eine weitere bezahlte Erziehungszeit, auch wenn sie in der Zeit vor dieser zweiten (oder weiteren) Geburt nicht berufstätig war. Nach der Studie von Lalive und Zweimüller (2005) hatten Frauen, die das erste Kind nach der Reform im Jahr 1990 bekamen statt kurz davor, einen höheren Übergang zum zweiten Kind in den drei Jahren und in den ersten zehn Jahren nach der ersten Geburt als die Frauen, die ihr Kind vor der Reform im Jahr 1990 bekamen. Daraus schließen die Autoren, dass diese Maßnahme sowohl einen Effekt auf das Spacing als auch auf die Gesamtfertilitätsrate hatte. Hoem et al. (2001) zeigen zudem, dass zumindest auch das Spacing zum dritten Kind verkürzt wurde. Die Reform von 1996 hatte nachweislich keinen Einfluss auf die Zweitgeburtenrate (Lalive und Zweimüller 2005).

Zusammenfassend legen die Studien nahe, dass der Ausbau der Elternzeit mit einem hohen Elterngeld relativ zum Einkommen vor der Geburt in den skandinavischen Ländern einen positiven Effekt auf die Fertilität hatte. Der Ausbau der Dauer beschränkt sich aber auf im internationalen Vergleich mittlere Längen von bis zu einem oder anderthalb Jahren. Werden auch Länder mit einer noch längeren Elternzeit mit einbezogen (Variation der Elternzeitdauer im Datensatz von null Tagen bis drei Jahren), zeigen zwei internationale Studien einen negativen Effekt der Dauer auf die Gesamtfertilitätsrate. Eine mittlere Dauer scheint demnach für die Fertilität günstig zu sein. Der Anreiz für eine schnelle weitere Geburt durch die Bindung des weiteren Elterngeldes an das Einkommen vor der vorherigen Geburt hat für Österreich und Schweden eine Verkürzung des Geburtenabstands zwischen dem ersten und dem zweiten sowie dem zweiten und dem dritten Kind bewirkt und unter Umständen auch die Kohorten-Fertilitätsrate positiv beeinflusst.

Ein an Bedeutung gewinnendes Element der Elternzeit war in den letzten zwei Jahrzehnten die Ausweitung der Elternzeit für Väter. Hierzu liegen zahlreiche empirische Analysen vor.

### **7.3.3 Elternzeit für Väter**

Traditionell wurden familienpolitische Maßnahmen auf Mütter ausgerichtet, und auch Analysen zu Geburtenraten wurden mit Daten zu Frauen untersucht (BMFSFJ 2005b, Schmitt 2004). Erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts began-

nen die Skandinavier als erste, Vätern durch familienpolitische Maßnahmen die Chance zu geben, sich aktiver bei der Betreuung und Erziehung der Kinder einzubringen. Für Elternzeit, die von beiden Eltern in Anspruch genommen werden kann, besteht aus ökonomischer Sicht der Anreiz, dass die Elternzeit von demjenigen Elternteil in Anspruch genommen wird, durch dessen Erwerbspause ein geringerer Verlust an Haushaltseinkommen erwartet wird. In Familien, in denen die Mutter weniger verdient als der Vater, verhalten sich Eltern rational, wenn die Mutter die Elternzeit in Anspruch nimmt, besonders, wenn das Elterngeld relativ gering ist. In den skandinavischen Ländern wird der geschlechtsspezifischen Nutzung entgegengewirkt, indem einige Elternzeitwochen beziehungsweise -monate für den Vater reserviert werden und bei Nicht-Inanspruchnahme verfallen. Zudem erhalten Eltern während der Elternzeit ein im internationalen Vergleich hohes Elterngeld von 70 % (Finnland) bis 100 % (Dänemark und Norwegen) des Einkommens in dem Jahr vor der Geburt (Moss 2010). In Dänemark wurden diese „Vatermonate“ nach drei Jahren wieder abgeschafft (Gupta et al. 2006). In Schweden gibt es gegenwärtig zwei Vatermonate, in Norwegen zehn Wochen und in Finnland einen Vatermonat (Moss 2010).

Für Schweden (Oláh 2003, Duvander und Andersson 2006, Duvander et al. 2010), und Norwegen (Duvander et al. 2010, Lappegård 2008; 2010) wurde gezeigt, dass die Inanspruchnahme der Vatermonate die Wahrscheinlichkeit des Übergangs zum zweiten Kind in dem jeweils untersuchten Zeitraum signifikant erhöhte. Für die Wahrscheinlichkeit einer dritten Geburt variieren die Ergebnisse. Für Schweden fanden Duvander und Andersson (2004 in Oláh 2008, 2006 in Neyer et al. 2006) sowie Duvander et al. (2010) auch für den Übergang zum dritten Kind einen positiven Effekt der väterlichen Elternzeit-Inanspruchnahme. Für Norwegen fanden Duvander et al. (2010) einen positiven Effekt der Elternzeit-Inanspruchnahme von Vätern (außer: besonders lange Inanspruchnahme) auf die Fertilität, gegenüber keiner Inanspruchnahme des Vaters. Lappegård (2010) hingegen fand für das gleiche Land einen negativen Zusammenhang zwischen der Elternzeit-Inanspruchnahme beider Elternteile im Vergleich zur reinen mütterlichen Elternzeit-Inanspruchnahme bezüglich des Übergangs zum dritten Kind. Die Autorin vermutet, dass es sich hierbei um besonders traditionelle Paare handelt, die das Modell des männlichen

Brotverdieners mit der Frau als Hausfrau und einer großen Anzahl Kinder bevorzugen.

Jüngere Studien weisen zudem darauf hin, dass der Effekt der väterlichen Elternzeit auf die Kinderzahl auch von der Dauer der Inanspruchnahme abhängt. Duvander et al. (2010) nutzen zur Konstruktion der fünf Kategorien keine, kurze, mittlere, lange und sehr lange Elternzeit den prozentualen Anteil des Elterngeldes am Gesamteinkommen eines Vaters in dem Jahr, in dem im Januar das Kind geboren wurde, da keine Daten zur genauen Dauer der Elternzeit vorliegen. Sie belegen, dass im Vergleich zur Referenzkategorie „keine Elternzeitinanspruchnahme“ die Wahrscheinlichkeit einer zweiten oder dritten Geburt geringer ist, wenn der Vater sehr lang in Elternzeit geht und höher bei allen übrigen Kategorien. Duvander und Andersson (2006) bestätigen den positiven Effekt einer mittleren väterlichen Elternzeit und finden keinen Effekt einer langen väterlichen Elternzeit. In Norwegen wirkt sich Duvander et al. (2010) zufolge jegliche Elternzeit-Inanspruchnahme von Vätern unabhängig von der Dauer positiv auf eine zweite Geburt aus, während bezüglich der dritten Geburt das gleiche Muster wie in Schweden gilt. Lappegård (2010) findet ebenfalls für Norwegen, dass sowohl die Inanspruchnahme der Vatermonate (Elternzeit reserviert für Väter, „kurze“ Elternzeit) als auch die Inanspruchnahme von mehr Elternzeit als die Zahl der Vatermonate („lange“ Elternzeit) zu einer höheren Wahrscheinlichkeit einer zweiten Geburt führen, und sich eine „lange“ Elternzeit von Vätern negativ auf die Wahrscheinlichkeit einer dritten Geburt auswirkt. Sie weist außerdem darauf hin, dass die Effekte der verschiedenen Varianten der Aufteilung der Elternzeit zwischen den Partnern ((1) keiner nimmt Elternzeit, (2) nur die Mutter, (3) Mutter nimmt Elternzeit und Vater die Vatermonate, (4) beide nehmen Elternzeit und der Vater die Vatermonate) vom Bildungsniveau der Mutter abhängen. Beispielsweise hat Variante (4) gegenüber (2) einen positiven Effekt, wenn die Frau über sekundäre oder tertiäre Bildung verfügt, nicht aber, wenn sie lediglich einen primären Bildungsabschluss aufweist. Bei hoher Bildung der Mutter versetzt die Partnerbeteiligung an der Familienarbeit (Modell (4)) die Mutter in die Lage, ihre Einkommenserzielungskapazität am Markt umzusetzen; das generierte zusätzliche Einkommen erhöht die Nachfrage nach Kindern (Einkommenseffekt). Bei niedrigem Bildungsstand senkt die partnerschaftliche Arbeitsteilung im Haushalt die Opportunitätskosten der Mutter in geringem Umfang bezie-

hungsweise erhöht das Haushaltseinkommen bei nun erfolgreicher Erwerbstätigkeit der Mutter in geringerem Ausmaß oder gar nicht, sodass das Stimulans für die Kindernachfrage geringer ausfällt oder ausbleibt.

Abschließend ist zu erwähnen, dass sich der Zeitraum, der in den verwendeten Daten zur Evaluation der Vatermonate zur Verfügung steht, meist auf einen Ausschnitt aus der fruchtbaren Phase der Frau beschränkt. Daher liefern die hier zitierten Studien wie auch schon jene zur Elternzeit zwar genaue Ergebnisse bezüglich des Timings der ersten Geburt und des Spacings zu weiteren Geburten, die sich letztlich in der Gesamtfertilitätsrate niederschlagen, sie können aber nur ungenaue Hinweise bezüglich der Kohortenfertilität geben.

Theoretisch kann sich die väterliche Inanspruchnahme von Vatermonaten und/oder der generellen Elternzeit vornehmlich durch zwei Kanäle positiv auf die Fertilität auswirken. Erstens kann die Übernahme von Betreuungsaufgaben vom Vater die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Mutter erleichtern, so dass sie eher geneigt ist, weitere Kinder zu bekommen (Lappegård 2008; 2010).<sup>50</sup> Wie bereits im vorigen Kapitel dargelegt zeigen zahlreiche Studien, dass die Übernahme von Kinderbetreuungsaufgaben oder allgemeiner unbezahlter Arbeit im Haushalt seitens der Väter einen positiven Effekt auf den Wunsch nach oder sogar die Realisierung von weiteren Geburten hat (Dänemark: Brodmann et al. 2007, Deutschland: Cooke 2004, Italien und Niederlande: Mills et al. 2008, Italien und Spanien: Cooke 2003, Österreich: Buber 2002, Ungarn: Oláh 2003, USA: Torr und Short 2004). Zweitens kann der Kinderwunsch von Vätern – insbesondere jener mit hoher Familienorientierung und dem Wunsch nach Zeit mit Kindern – zunehmen. So zeigen jeweils eine Studie zu Norwegen, Schweden und Finnland, dass Vorteile für die Beziehung zwischen Vätern und ihren Kindern bei der Entscheidung von Vätern für die Elternzeit sehr wichtig waren (Björnberg 1998, Brandth und Kvande 2001, Lammi-Taskula 2007). Weitere wichtige Motive – so zeigt eine Studie zu Finnland – waren die Unterstützung der Mutter und der Wunsch nach einer Erwerbspause (Lammi-Taskula 2007). Die Motive für die Elternzeitinanspruchnahme durch

---

<sup>50</sup> Zur Diskussion darüber, ob sich die Elternzeit-Inanspruchnahme von Vätern auf die dauerhafte Aufteilung von Betreuungs- und anderen Haushaltsaufgaben auswirkt, siehe Reich et al. (2012).

Väter stehen in engem Zusammenhang zu der Frage, ob die Elternzeitanspruchnahme von Vätern langfristige Effekte für deren familiäres Engagement hat.

#### **7.3.4 Betreuungszeit und Betreuungsgeld**

Ab dem Jahr 2013 sollen Eltern in Deutschland nach Ablauf der Elternzeit bis zum dritten Geburtstag des Kindes eine Betreuungszeit beanspruchen können, während der sie ein Betreuungsgeld von 150 Euro monatlich erhalten.<sup>51</sup> In Finnland wurde eine Betreuungszeit ähnlicher Ausgestaltung bereits im Jahr 1985, in Norwegen im Jahr 1998 eingeführt, sodass hierzu Analysen zur Wirkung dieser Maßnahme auf die Fertilität (und andere Parameter) vorliegen.

Das Betreuungsgeld kann in der theoretischen Analyse den Kinderpreis beeinflussen. Ob dies geschieht, hängt vom Erwerbs- und Betreuungsverhalten der Eltern nach Maßnahmeneinführung ab (Boll und Reich 2012). Die Kinderkosten sinken infolge der Maßnahmeneinführung für nichterwerbstätige Eltern, die bei unveränderten Markteinkommen ein höheres Einkommen nach Umverteilung erzielen. Infolge des Betreuungsgeldes mögen die Kinderkosten ferner für jene weiterhin erwerbstätigen Eltern sinken, die eine neue Betreuungsform jenseits der Kita wählen und für Kinderbetreuung, unter Berücksichtigung des erhaltenen Betreuungsgeldes, nun ‚unter dem Strich‘ weniger Geld ausgeben. Schließlich bewirkt das Betreuungsgeld auch für jene Minderheit von zuvor erwerbstätigen Eltern eine Kostensenkung, die infolge des Transfers in die Nichterwerbstätigkeit wechseln, deren damit verbundene Einkommensverluste jedoch unterhalb der Transferzahlung bleiben. Positive Fertilitätseffekte sind daher vor allem bezüglich der bereits vor Maßnahmeneinführung nichterwerbstätigen Eltern zu erwarten. Trittbrettfahrerverhalten ist hier allerdings nicht auszuschließen.

Konform mit der Theorie geht daher der Befund von Vikat (2004) für Finnland und Norwegen, die belegt, dass Frauen mit zwei Kindern, welche im Vorjahr das Betreuungsgeld in Anspruch genommen hatten, eine höhere Wahrscheinlichkeit hatten, ein drittes Kind zu bekommen, als solche, die das Betreuungs-

---

<sup>51</sup> Koalitionsvertrag der CDU, CSU und FDP zur 17. Legislaturperiode, 2009, S. 68.

geld nicht in Anspruch genommen hatten. Für den Übergang zum zweiten Kind ergab sich kein statistisch signifikanter Effekt. Als Gründe für die paritätsspezifischen Unterschiede können die starke Zwei-Kind-Norm in Finnland, Differenzen bezüglich der Familienorientiertheit nach der Anzahl der Kinder und die Generierung von Kinderwünschen durch das Zuhause bleiben nach der zweiten Geburt dienen. Lappegård (2008) findet für Norwegen einen positiven kurzfristigen Effekt auf die Zweitgeburtenrate in den ersten zwei Jahren nach der Einführung der Betreuungszeit, der sich für das dritte und vierte Jahr nach der Einführung in einen negativen Effekt umkehrt, und einen positiven Effekt für die Drittgeburtenrate (unabhängig von der Inanspruchnahme). Die Ergebnisse sind ähnlich für Frauen mit unterschiedlichen Bildungsniveaus. Aassve und Låppegard (2009) finden ebenfalls für Norwegen bei ‚Betreuungszeitlerinnen‘ ein signifikant geringeres Spacing zum zweiten und dritten Kind, aber der Effekt ist beim dritten Kind deutlich schwächer. Die Autoren zeigen aber, dass vor allem Frauen mit geringem Bildungsniveau und niedrigem Einkommen das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum dann nach der Einführung der Maßnahme auch bei besser gebildeten Frauen die Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten steigt. Dies kann der Nutzerinnenstruktur wegen nicht allein auf das Betreuungsgeld zurückzuführen sein. Sofern das Betreuungsgeld von Müttern mit hohem Bildungsstand in Anspruch genommen wird, hat dies gegenüber der gleich gebildeten Vergleichsgruppe ohne Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes einen geringeren Einfluss auf das Spacing als bei Müttern mit einem niedrigen Bildungsniveau.<sup>52</sup> Dies bestätigt die Ergebnisse für die Wirkung mütterlichen Erwerbseinkommens in Lebenszyklusmodellen der Fertilität, wie sie im vorigen Kapitel beschrieben wurden: Bei im Zeitablauf steigenden Fraueneinkommen achten erwerbsorientierte Frauen darauf, nach einer Geburt den Humankapitalverlust zügig wieder aufzuholen, um den Karriereanschluss nicht zu verpassen. Bei nicht erwerbsorientierten Müttern spielt dieser Aspekt dagegen keine Rolle.

Für Norwegen zeigen Hardoy und Schøne (2005), dass die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes zu einer Absenkung der Geburtenrate um durchschnitt-

---

<sup>52</sup> Bezüglich verschiedener Einkommensgruppen sind keine starken Unterschiede festzustellen.

lich 3 % geführt hat, verglichen mit einer Situation ohne Einführung dieser Maßnahme. Allerdings weisen die Autoren auf die mögliche Verzerrung des gemessenen Maßnahmeneffektes aufgrund des Umstands, dass sich die Gruppen der Mütter, die vor und nach Maßnahmeneinführung verglichen wurden, in vermutlich fertilitätsrelevanten Merkmalen voneinander unterscheiden, hin. Als Begründung für den negativen Einfluss auf die Geburtenrate nennen die Autoren ein erhöhtes Spacing von Geburten; das Betreuungsgeld erhöht den Anreiz, eine Folgegeburt weiter aufzuschieben, zugleich wollen Mütter aber weiterhin vor der nächsten Geburt auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, da die Höhe der Elterngeldzahlung vom Einkommen vor der (nächsten) Geburt abhängt. Der Rückgang der Geburtenzahl fiel zudem bei Müttern mit hohem Bildungsniveau gravierender als bei jenen mit niedrigerem Bildungsniveau, bei Müttern mit einer den OECD-Ländern zugehörigen Nationalität stärker als bei aus Nicht-OECD-Ländern stammenden Frauen und überdies bei älteren Müttern stärker als bei jüngeren Müttern aus.

Schließlich soll erwähnt werden, dass die Gesamtfertilitätsrate in Deutschland während der Geltungsdauer der Erziehungszeit von 1986 bis Ende 2006, einem Instrument mit ähnlichen Gestaltungselementen wie die Erziehungszeit (geringes Erziehungsgeld, Auszeit bis zum dritten Geburtstag des Kindes) nicht gestiegen ist (vgl. Kapitel 2 sowie Reich 2010).

Aufgrund dieser empirischen Erkenntnisse hängt der Einfluss des Betreuungsgeldes auf die Geburtenrate von den Präferenzen der Frauen bezüglich des Kinderwunsches und ihrem Bestreben, eine Berufstätigkeit mit der Familie zu vereinbaren, ab, welches wiederum kulturell beeinflusst sein kann. Insgesamt kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Einführung des Betreuungsgeldes in Deutschland die Geburtenrate positiv beeinflussen kann.

### **7.3.5 Öffentliche Betreuungsinfrastruktur: Platzangebot und Gebühren**

Das Angebot an öffentlichen Kindertagesstätten (Kitas) gehört zu den Schlüsselmaßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Aassve und Lappegård 2009, Funke 2006, Hank und Kreyenfeld 2003, Hank et al. 2004). In den folgenden Abschnitten sollen daher Ergebnisse bezüglich der Wirkung von öffentlicher Betreuungsinfrastruktur in quantitativer (Anzahl der Plätze) und qualitativer (Öffnungszeiten, Gebühren etc.) Hinsicht auf die Fertilität ausgewertet werden.

In Westdeutschland wurde das Angebot an Kita-Plätzen für Kinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren seit den 1970er Jahren ausgebaut. Ziel war nicht die Ermöglichung der Berufstätigkeit von Müttern, sondern eine bessere Chancengleichheit für alle Kinder. In der DDR wurde hingegen eine umfangreiche öffentliche Betreuungsinfrastruktur für Kinder jeden Alters geschaffen, um die Erwerbstätigkeit von Müttern zu fördern (Kreyenfeld 2004). Ab dem Jahr 1996 hatten deutsche Eltern für ihre Kinder in dem entsprechenden Alter einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, in der Regel aber nur für vier Stunden am Vormittag (Rainer et al. 2011b). Der Anteil an Kindern zwischen drei und sechs Jahren, die eine Kita besuchen, lag dementsprechend in Deutschland im Jahr 2008 bei 92,7 % (OECD 2012a) und damit deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 77,3 % und dem EU-27 Durchschnitt von 81,8 %. In Ostdeutschland war (und ist) die Zahl der Ganztagesplätze deutlich höher (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011, Statistisches Bundesamt 2012b; 2012c; 2012d; 2012e). Auch der Anteil der unter Dreijährigen, die eine Kita besuchen, ist in Ostdeutschland aufgrund der historischen Entwicklung höher (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2006; 2007; 2008; 2009; 2010; 2011; 2012). In den westdeutschen Bundesländern begann der Ausbau des bestehenden Angebots zu Ganztags-Kindergärten (und Ganztagschulen) sowie der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren erst mit dem am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Tagesbetreuungsausbaugesetz (Rainer et al. 2011b). Im Jahr 2008 besuchten in Deutschland insgesamt 18 % der Kinder unter drei Jahren eine Kita, und damit deutlich weniger als in Skandinavien<sup>53</sup>, Frankreich (42 %), Vereinigtes Königreich (41 %) und sogar Italien (29 %) und Spanien (37 %). Zudem war die durchschnittliche Stundenzahl pro Woche mit 23 Stunden deutlich geringer als in anderen europäischen Ländern (OECD 2012a).

Hank (2002) und Hank und Kreyenfeld (2003) finden in einer Analyse auf Basis von Daten westdeutscher Frauen aus den 1980er und 1990er Jahren keinen Effekt der regionalen Kinderbetreuungsquote von Kindern zwischen drei und sechs Jahren auf die Wahrscheinlichkeit, ein erstes oder zweites Kind zu bekommen. Hank et al. (2004) weiten die Untersuchung auf Ostdeutschland und

---

<sup>53</sup> Dänemark: 66 %, Norwegen: 51 %, Schweden: 47 %, Finnland: 29 %

verschiedene Betreuungsformen aus; Datengrundlage sind SOEP-Daten von 1996 bis 2000. In Ostdeutschland beschleunigt den Ergebnissen zufolge eine hohe Versorgung mit Kita-Plätzen für drei- bis sechsjährige Kinder (Kindergartenplätzen) sowie eine hohe Verfügbarkeit von Hortplätzen die Geburt des ersten Kindes; für die Verfügbarkeit von Kita-Plätzen für unter Dreijährige (Krippenplätze) und Ganztagsplätze für Drei- bis Sechsjährige ergibt sich kein statistisch signifikanter Effekt. In Westdeutschland hat keine der regionalen Variablen für institutionelle Kinderbetreuung einen signifikanten Einfluss auf die Erstgeburt, aber die Nähe der Großmutter (die Mutter der Mutter wohnt am selben Ort) hat einen schwachen positiven Effekt.

Die Spezifikation des Betreuungsangebots in Betreuungsquoten-Kategorien bestätigt diese Ergebnisse und legt die Vermutung nahe, dass zwischen dem institutionellen Kinderbetreuungsangebot und dem Fertilitätsverhalten kein linearer Zusammenhang besteht, sondern dass bestimmte Schwellenwerte erreicht werden müssen, damit dieses Angebot verhaltensrelevant wird und die Fertilität beeinflussen kann. Während Mütter in Ostdeutschland sich angesichts eines höheren flächendeckenden Betreuungsangebotes darauf verlassen können, ihrem Bedarf entsprechend Betreuungsangebote zu finden, scheint ein solches Vereinbarkeitssignal von der in Westdeutschland bestehenden Infrastruktur nicht auszugehen. Hier müssen zunächst gewisse Schwellenwerte im Platzangebot beziehungsweise bei der Betreuungsquote überschritten werden, um dieses Signal zu setzen (Hank et al. 2004). Tatsächlich legt eine Analyse mit neueren Daten auf Landkreisebene für Westdeutschland dar, dass der Ausbau von Krippenplätzen für unter dreijährige Kinder zwischen 2002 und 2008 die Geburtenzahl positiv beeinflusst hat (Rainer et al. 2011b). Die Autoren berechnen, dass ein zehnpromzentiger Anstieg der Betreuungsquote für Kleinkinder in einem Landkreis zu einem prozentualen Anstieg der Fertilität von etwa 2,4 % im Folgejahr und etwa 3,5 % im darauf folgenden Jahr führt, der vor allem von einer höheren Geburtenneigung von Frauen unter 25 Jahren sowie zwischen 30 und 40 Jahren getrieben wird. Auch Haan und Wrohlich (2009) belegen mit deutschen Daten, dass ein Ausbau des Platzangebotes für Kinder unter drei Jahren die Fertilität von zwei Frauengruppen, nämlich der hochgebildeten und der kinderlosen Frauen, signifikant positiv beeinflusst, wenngleich die Gesamtfertilität nach ihren Schätzungen von dieser Maßnahme nicht profitiert.

Auch in skandinavischen Ländern wurde die Wirkung des Kita-Angebots auf die Fertilität untersucht. Kravdal (1996) findet für Frauen in norwegischen Regionen gemischte – positive, negative, nicht signifikante – Ergebnisse des regionalen Kita-Angebots (Altersgruppe: 1-3 Jahre) in den 1970er und 1980er Jahren auf die Wahrscheinlichkeit einer ersten, zweiten, dritten oder weiteren Geburt. Rønsen (2004) findet für Norwegen (Altersgruppe 0-3 Jahre) und Finnland (Altersgruppe 0-6 Jahre) einen nicht signifikanten oder negativen Zusammenhang für verschiedene Paritäten, woraus die Autorin schließt, dass entweder nötige Schwellenwerte nicht überschritten wurden oder das Kita-Angebot zu eng mit der – ebenfalls kontrollierten – Frauenerwerbstätigkeit in der Region korreliert, um einen eigenständigen Effekt auszuüben. Andersson et al. (2004) finden mit Daten aus den Jahren 1997-98 auch für schwedische Frauen keinen Effekt des Kita-Angebots (Alter 1 bis 12 Jahre, Ganztagsangebot) auf die Wahrscheinlichkeit einer zweiten oder dritten Geburt. Einige Autoren argumentieren, dass erstens das Angebot zwischen den Regionen eines Landes kaum hinsichtlich der Quantität und Qualität schwankte, und zweitens, dass sowohl in Norwegen als auch in Finnland dennoch das Angebot rationiert war, das heißt, dass die Nachfrage deutlich höher als das Angebot war (siehe auch Neyer et al. 2006). Rindfuss et al. (2007) finden für Norwegen (Altersgruppe 0-6) einen signifikant positiven Einfluss auf die Erstgeburtenrate. Für Schweden zeigt Krapf (2009), dass das regionale Kita-Angebot sehr wohl einen Effekt auf die Fertilität in Schweden hat, wenn die regionale Verbreitung eines modernen Rollenbildes in die Analyse mit einbezogen wird.

In Italien hat das regionale Angebot an Kita-Plätzen für Kinder im Alter von unter drei Jahren einen positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit, dass eine Mutter von ein oder zwei Kindern noch ein weiteres bekommt (del Boca 2002). Der Effekt des Kita-Angebots ist in dieser Analyse stärker als der Effekt, der von monetären Transferleistungen an Mütter in Form von Barzahlungen ausgeht. Ein ähnliches Ergebnis ist für Spanien zu verzeichnen: Hier hat das gleiche Angebot einen positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit einer Erstgeburt und die Wahrscheinlichkeit einer zweiten oder weiteren Geburt (Baizán 2009). Interessanterweise hat auch in der Tschechischen Republik das Kita-Angebot einen Einfluss auf die Fertilität. Hier reicht allein die Sorge einer Frau, dass kein adäquater Betreuungsplatz gefunden werden könnte, um die Geburtenneigung negativ zu beeinflussen (Klasen und Launov 2006).

Auch in makroökonomischen Analysen von OECD- beziehungsweise EU-Staaten (d'Addio und d'Ercole 2005a, Castles 2003) hat das Angebot an Kita-Plätzen für unter Dreijährige einen positiven Effekt auf die Gesamtfertilitätsrate.

Neben der Quantität und Rationierung der Plätze ist für die Höhe der Betreuungskosten auch der Gebührensatz und ggf. seine Einkommensstaffelung relevant. Theoriegemäß führen geringere Gebühren unter sonst unveränderten Umständen über den Einkommenseffekt und Substitutionseffekt sinkender Kinderkosten zu einer erhöhten Kindernachfrage. Zudem können geringe Opportunitätskosten auch die Attraktivität einer (längeren) Erwerbsarbeit steigern (Mörk et al. 2011). Empirische Studien kommen allerdings zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Bujard (2011a) zeigt auf Basis von OECD-Daten mit Hilfe bivariater Korrelationsanalysen zwischen staatlichen Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung und Gesamtfertilitätsrate einen statisch signifikanten positiven Zusammenhang der Veränderungsraten beider Größen im Zeitraum 1986-2006 für zwölf Länder. Steigende Kinderbetreuungsausgaben des Staates gehen also in der Studie von Bujard mit einer steigenden Gesamtfertilitätsrate einher. Für die Evaluation familienpolitischer Maßnahmen sind Analysen dieser Art von begrenztem Erklärungsgehalt. Aus bivariaten Korrelationen kann nicht auf kausale Wirkungszusammenhänge geschlossen werden, da auf der Seite der Einflussgrößen von Fertilität noch zahlreiche andere soziodemografische, sozial-normative und politisch-rechtliche Faktoren einen Einfluss auf das generative Verhalten ausüben und zudem vermutlich (in einer landesspezifischen Weise) mit der einzeln herausgegriffenen Betreuungskostenkennziffer interagieren. Die statistische Signifikanz der familienpolitischen Größe bleibt zwar auch in den multivariaten Analysen, die der Autor ebenfalls anstellt, erhalten, jedoch kontrollieren diese zwangsläufig nur für einen Teil beobachtbarer Einflussfaktoren. Latente Einflüsse, die zum Teil über länderspezifische fixe Effekte eingefangen werden könnten, werden, soweit ersichtlich, nicht berücksichtigt. Nicht zuletzt kann aus der erklärenden Größe TFR nicht ohne weiteres auf das individuelle Fertilitätsverhalten in seinen zahlreichen Aspekten geschlossen werden; hierzu bedarf das Mehrebenenmodell einer mikroökonomischen und mikroökonomischen Fundierung (siehe auch Bujard 2011b).

Allerdings liefern die bivariaten Querschnittsanalysen von Bujard einen interessanten Teilaspekt: Ob die Geburtenrate steigt, hängt vom Ausmaß des Ausgabenanstiegs ab; mit niedrigen Ausgabenanstiegen gehen sogar sinkende Geburtenziffern einher. Dieses Ergebnis liefert den Hinweis, dass die Überschreitung von Schwellenwerten in der staatlichen Leistungsausweitung tatsächlich von Bedeutung sein könnte, wie weiter oben erwähnte Studien nahelegten (vgl. u. a. Hank et al. 2004).

Andersson et al. (2004) finden für schwedische Kommunen (1997-1998), dass die Kita-Kosten keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit eines zweiten Kindes haben, die Wahrscheinlichkeit eines dritten Kindes aber in den Kommunen um 11 % höher ist, in denen die Kita-Kosten „niedrig“ (unter 11.400 SEK/Jahr) statt „mittel“ (11.400-13.900 SEK/Jahr) sind. Mörk et al. (2011) untersuchen den Einfluss der Kita-Kosten in den Jahren um eine Kosten-Reform in Schweden 1998-2002. Sie finden einen positiven Effekt auf die Geburtenneigung von kinderlosen Paaren, aber keinen Effekt auf die Zahl der Kinder von Eltern. Hier identifizieren sie lediglich einen (schwachen) Effekt auf das Timing von weiteren Geburten, damit sie von der Reform profitieren. Kalwij (2010) berechnet den durchschnittlichen Kita-Kosten-Zuschuss pro Kind für erwerbstätige Mütter von Kindern unter sechs Jahren für 16 europäische Länder. Im Jahr 2003 war dieser mit Abstand am höchsten in Dänemark (15.544 €) und Schweden (14.190 €), und am niedrigsten in Irland, Portugal und Griechenland (unter 2.000 €). Deutschland nahm mit 4.286 € den zwölften von 16 Plätzen ein. Die multivariate Analyse mit Längsschnitt-Daten (1980-2003) zeigt, dass eine Erhöhung des öffentlichen Zuschusses für Kinderbetreuung um 10 % keinen Einfluss auf den Übergang zur Mutterschaft hat, aber die Kinderzahl von Müttern um 0,4 % erhöht.

Hierbei sei darauf hingewiesen, dass die Höhe der Kita-Kosten auch den Beitrag von Kitas zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beeinflussen kann. Für Österreich zeigt Biffl (2006), dass es für österreichische Mütter oft die finanziell günstigere Option ist, nicht zu arbeiten und die Kinder zu Hause zu betreuen. Hier sind nicht nur die Kosten der Kita-Plätze, sondern auch die Pendelkosten von Bedeutung, da Kindertagesstätten dort nicht flächendeckend vorhanden sind. Außerdem sind Österreicherinnen vor allem in Branchen und auf Betriebsebenen mit niedrigerem Lohn beschäftigt, sodass sie die anfallenden Kosten durch die außerhäusliche Betreuung kaum durch ein Lohnein-

kommen ausgleichen können. Bütler (2007) weist am Beispiel der Schweiz darauf hin, dass sich eine positiv vom Einkommen abhängige Gebührenstruktur negativ auf den Umfang der Erwerbstätigkeit von Müttern auswirken kann. Für eine Lehrerin oder Informatikerin lohnt es sich ihren Berechnungen zufolge kaum, zu arbeiten, wenn sie in der Zeit zwei Kinder in Kitas versorgen lassen muss. Insbesondere an den Schwelleneinkommen kann bei einkommensgestaffelten Gebührensätzen ein Prohibitivpreiseffekt induziert werden, der den Verzicht auf die Nutzung der Kita nahelegt.

Insgesamt scheint für eine Erhöhung der Fertilität und der Berufstätigkeit von Müttern eher ein kostengünstiges Angebot an Kita-Plätzen förderlich zu sein. Wrohlich (2006) argumentiert aber an Hand eines Simulationsmodells, dass in Deutschland, wo das Angebot an Kita-Plätzen rationiert ist, die Ausweitung des Angebots an Kita-Plätzen einen größeren positiven Effekt auf die Müttererwerbstätigkeit hat als eine Senkung der Kosten für die Plätze. Der positive Befund von Haan und Wrohlich (2009) zu den Geburteneffekten auf Kinderlose und hochqualifizierte Frauen bestätigt dies. Auch im Vergleich zu anderen Ländern (USA, Kanada, Vereinigtes Königreich) hat die Reduktion der Kita-Kosten in Deutschland einen geringen Effekt auf die Müttererwerbstätigkeit (Wrohlich 2004).<sup>54</sup>

Insgesamt ist bezüglich des quantitativen Angebots an institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen festzuhalten, dass ein Ausbau des Platzangebotes durchaus einen positiven Effekt auf das Geburtenverhalten haben kann. Es muss aber erstens ein bestimmter Schwellenwert erreicht werden, um ein wirksames Vereinbarkeits-Signal zu setzen. Zweitens muss das Angebot hinsichtlich Öffnungszeiten und Gebührengestaltung so ausgestaltet sein, dass es Müttern die Erwerbstätigkeit praktisch und finanziell auch ermöglicht. Drittens zeigen Erfahrungen aus dem Ausland aber auch aus dem innerdeutschen Ost-West-Vergleich, dass die vorherrschenden Einstellungen zur Fremdbetreuung von (Klein-)Kindern eine wichtige Rolle für die Wirksamkeit des Betreuungsausbaus auf die Fertilität spielen.

---

<sup>54</sup> Leider wurde der Effekt auf die Fertilität hier nicht geschätzt.

### 7.3.6 Kindergeld, Kinderfreibetrag und ähnliche Leistungen

Als Kindergeld wird eine staatliche monetäre Leistung an Familien bezeichnet, die sich nach dem Alter und der Anzahl der Kinder richtet, jedoch im Gegensatz zum Mutterschutzgeld, Elterngeld und Betreuungsgeld nicht an eine kurze Zeit um und nach der Geburt gekoppelt ist, sondern in der Regel bis zum Eintreten des Kindes ins Erwachsenenalter an die Eltern ausgezahlt wird.<sup>55</sup> Im internationalen Vergleich sind kindergeldähnliche Leistungen weit verbreitet, jedoch in der in Deutschland gewährten Höhe als großzügig einzuschätzen (Abramovici 2003, OECD 2012b, Eichhorst und Thode 2002).

Mit dem Kindergeld beziehungsweise Kinderfreibetrag besteht eine weithin bekannte und akzeptierte kindbezogene Transferleistung beziehungsweise Steuererleichterung, mit der sich der Staat an den privaten Kosten von Kindern beteiligt und damit die gesellschaftlichen Erträge von Kindern honoriert. Sieht man vom Aspekt der Gegenfinanzierung ab<sup>56</sup>, gehen vom Kindergeld nach der mikroökonomischen Theorie positive Geburteneffekte aus. Unter der Annahme, dass die Kinderkosten mit dem Einkommen steigen, deckt das Kindergeld bei Geringverdienern einen höheren Kostenanteil als bei höheren Einkommensgruppen ab und zeitigt daher bei niedrigeren Einkommensgruppen höhere Fertilitätseffekte als bei höheren.<sup>57</sup> Theoretisch kann das Kindergeld also einen positiven Effekt auf die Fertilität haben, insbesondere bei nicht-

---

<sup>55</sup> Unter anderem durch das Kindergeld wird die verfassungsrechtlich gebotene Steuerfreistellung des Existenzminimums für Kinder gewährleistet. Fakultativ zum Kindergeld kann ein Kinderfreibetrag vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden, wenn das Einkommen des Haushalts eine bestimmte Grenze überschreitet. Die im Einzelfall finanziell günstigere Variante wird durch das zuständige Finanzamt ermittelt und angewendet. Das Kindergeld selbst ist nicht einkommensabhängig, jedoch steigt der Steuervorteil aus dem Kinderfreibetrag mit steigendem Einkommen.

<sup>56</sup> Die Form der Gegenfinanzierung beeinflusst das Ausmaß etwaiger positiver Erwerbs- und Fertilitätseffekte (Apps und Rees 2004, Rainer et al. 2011a). Bei erwerbsorientierten Frauen kann eine Gegenfinanzierung über die Einkommensteuer, wie Apps und Rees (2004) zeigen, sogar zu negativen Fertilitätseffekten führen.

<sup>57</sup> Dies gilt zumindest für jene Einkommensbezieher, für die das Kindergeld und nicht der Kinderfreibetrag zur Anwendung kommt und bei denen das Kindergeld zugleich einen faktischen Einkommenszuwachs darstellt, mithin nicht mit anderen bezogenen Transferleistungen (nach dem SGB II) verrechnet wird.

erwerbsorientierten Frauen, die Geldleistungen mehr schätzen als Sachleistungen (zum Beispiel Kita-Plätze) zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Verhandlungsmodelle der Haushaltsproduktion messen auch der Frage, welcher der Partner das Kindergeld und andere kindbezogene Transferleistungen nach der Auflösung der Partnerschaft erhält, Bedeutung zu. So kann die Berücksichtigung der gemeinsam mit dem Kind verbrachten Zeit nach der Trennung in der Zumessung des Kindergeldes auf die Partner einen Geburtenanreiz für Frauen induzieren (Steurer 2008). Auch Lundberg et al. (1997) untersuchen den Effekt veränderter Anspruchsregelungen beim Kindergeld zugunsten der Mutter in den späten 1970er Jahren im Vereinigten Königreich und zeigen, dass diese mit einer veränderten Einkommensverteilung innerhalb der Partnerschaft, ebenfalls zugunsten der Mutter, einhergingen. Den weiblichen ‚Drohpunkt‘ können auch andere familienpolitische Leistungen erhöhen, die Alleinerziehenden gewährt werden (Greenwood et al. 2003, McElroy 1990, Lundberg und Pollak 1993), wie beispielsweise in Deutschland der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende oder der staatliche Unterhaltsvorschuss.

Als alternative Lebenssituation, die den ‚Drohpunkt‘ der Partner bei Verhandlungen über Fertilität beeinflusst, wird neben der Scheidung beziehungsweise Auflösung der Partnerschaft in manchen Verhandlungsmodellen auch ein nicht-kooperatives Verhalten der Partner innerhalb der Ehe beziehungsweise Partnerschaft angenommen. Nicht-Kooperation bedeutet, dass nicht ein Interessenkonsens zwischen den Partnern angestrebt wird, sondern dass die Interessen des anderen Partners als gegeben hingenommen und unter dieser Bedingung die eigenen Interessen optimiert werden. Lundberg und Pollak (1993) verstehen unter einer solchen nicht-kooperativen Situation den Rückfall in traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Partnern. Hält der Partner, der von dieser veränderten Rollenteilung den höheren Schaden erwartet, das Eintreten einer solchen Situation für möglich, spielt die Verteilung staatlicher Ressourcen wie monetärer Transferleistungen auf die Partner auch in nicht-kooperativen Ehesituationen eine Rolle für Fertilitätsentscheidungen (Lundberg und Pollak 1993).

Wie ist die empirische Evidenz zu Fertilitätseffekten kindbezogener Transferleistungen und Steuererleichterungen? In deskriptiv-statistischen Analysen auf der Makroebene ergibt sich im Vergleich von westeuropäischen beziehungs-

weise OECD-Ländern eine negative Korrelation zwischen monetären Leistungen für Familien einerseits und der Gesamtfertilitätsrate andererseits (Abramovici 2003 beziehungsweise OECD 2012b): Hier liegt Deutschland auf einem der ersten Plätze bezüglich monetärer Leistungen für Familien, weit vor vielen Ländern, die eine höhere Gesamtfertilitätsrate (und meist eine höhere Frauenerwerbsquote) aufweisen (u. a. skandinavische Länder, Frankreich, USA). Multivariate Analysen mit Aggregatdaten, in denen der Einfluss von Kindergeldzahlungen auf die Gesamtfertilitätsrate geschätzt wird, gelangen demgegenüber zu positiven Wirkungszusammenhängen. So zeigen Gauthier und Hatzius (1997) anhand von Daten von 22 Industrieländern 1970 bis 1990, dass mit der Höhe des Kindergeldes (jeweils für Familien mit einem, zwei oder drei Kindern) die Gesamtfertilitätsrate steigt. Allerdings konzentriert sich der positive Effekt auf skandinavische Länder, während für kontinentaleuropäische Länder geringe und für anglo-amerikanische Länder gar keine signifikanten Effekte zu finden sind.<sup>58</sup> In multinationalen Schätzungen mit Mikrodaten unter Kontrolle für makroökonomische Rahmendaten zeitigt eine Kindergelderhöhung überdies keine Effekte (Kalwij 2010).<sup>59</sup> Rønsen (2004), die für Norwegen für die Frauenjahrgänge 1943 bis 1967 die Wirkung einer Kindergelderhöhung untersucht hat, findet ebenfalls für keine der Geburtenparitäten signifikante Effekte. Auch eine Studie von Engelbrech (2002) mit einem multinationalen Datensatz zeigt, dass die Gewährung von Transferzahlungen und Freibeträgen wie Kindergeld und Kinderfreibetrag die Geburtenhäufigkeit nicht zu erhöhen vermag.

Große Aufmerksamkeit erfuhren die Änderungen der Höhe des Kindergeldes in der kanadischen Provinz Québec in den 1980er und 1990er Jahren. Von

---

<sup>58</sup> Dies mag damit zusammenhängen, dass mit der Kindergelderhöhung in Skandinavien flankierende Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einhergingen, die den positiven Fertilitätseffekt bewirkt haben. Vgl. zur Bedeutung der Einbettung der Familienpolitik in ein konsistentes Gesamtgefüge politischer Maßnahmen Kapitel 7.1.2).

<sup>59</sup> Kalwij zeigt anhand von Daten des European Social Survey zu Fertilitätsverläufen zwischen 1980 und 2003, dass eine 10 %-ige Kindergelderhöhung keine signifikanten Effekte hatte – weder auf Timing- oder Spacing-Entscheidungen noch auf die endgültige Kinderzahl von Frauen.

1985 bis 1997 stieg das Kindergeld pro Kind von 671 CAN-\$ auf 1.607 CAN-\$, was einer realen Erhöhung um das 2,4-Fache entspricht (Duclos et al. 2001). Lediglich eine Studie – in ihr wurde der Übergang zum dritten Kind untersucht – fand keinen signifikanten Effekt (Bélanger und Dumas 1998). Zahlreiche andere Studien zeigten dagegen positive Effekte für die Paritäten eins, zwei und/oder drei (Kearns 1996, Duclos 2000, Duclos et al. 2001, Milligan 2002). Einige Autoren weisen aber darauf hin, dass es sich dabei um reine Tempoefekte (Timing, Spacing) gehandelt haben kann, die zudem lediglich das Absinken der Gesamtfertilitätsrate in Québec gebremst haben (Duclos et al. 2001). Für Spanien liegt eine Untersuchung zu einer Einkommenssteuerreform aus dem Jahr 2003 vor, nach dem Frauen mit Kindern unter drei Jahren Steuererleichterungen (1.200 € pro Jahr für drei Jahre) gewährt werden (Azmat und González 2009). Diese Reform hatte einen positiven Effekt auf die Fertilität, besonders bei Frauen mit einem niedrigen Bildungsniveau und besonders bezüglich der Wahrscheinlichkeit einer Erstgeburt.

Auch kindbezogene Steuergutschriften, die im Ausland nicht unüblich sind, sind in Teilen mit Kindergeldzahlungen vergleichbar. Sie wirken wie negative Einkommenssteuern, indem sie bei Niedrigverdienern keine Steuerzahlung, sondern im Gegenteil den Bezug einer monetären Transferleistung induzieren, werden aber – im Gegensatz zum Kindergeld – einkommensabhängig gewährt, das heißt: der Transfer schmilzt mit steigendem Einkommen ab, während der Steuervorteil des Kinderfreibetrags mit steigendem Einkommen zunimmt. Die Gemeinsamkeit zwischen Steuergutschriften und Kindergeld ist die Bindung der Leistung an die Existenz minderjähriger Kinder im Haushalt und daher ihr kinderkostenmindernder Effekt. Am intensivsten bezüglich ihrer Wirkung auf die Fertilität wurden der britische ‚Working Families‘ Tax Credit‘ (WFTC) und der US-amerikanische ‚Earned Income Tax Credit‘ (EITC) untersucht.

Der WFTC ist eine Steuergutschrift für Familien, in denen mindestens ein Elternteil mindestens 16 Stunden pro Woche erwerbstätig ist, und deren Kinder unter 16 Jahre alt sind. Es löste im Jahr 1999 den weniger generösen ‚Family Credit‘ (FC) ab (Rainer et al. 2011a, Ohinata 2008). Die Befunde zum WFTC sind gemischt. Insgesamt lässt sich die Tendenz erkennen, dass die Steuergutschrift schwach positiv auf die Geburtenwahrscheinlichkeit wirkt, wobei Mütter in Partnerschaften stärker reagieren als Alleinerziehende (Francesconi und

van der Klaauw 2007, Francesconi et al. 2009, Ohinata 2008, Brewer et al. 2012).

Die Evaluation des US-amerikanischen EITC, einer Steuergutschrift, durch die besonders für einkommensschwache Personen die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit attraktiver werden soll und für die seit 1990 besonders attraktive Regelungen für Erwachsene mit mindestens zwei Kindern gelten, ergab einen nur schwachen Effekt auf die Geburtenneigung (Ohinata 2008, Baughman und Dickert-Conlin 2003; 2009).<sup>60</sup> Seit 1990 gelten für Erwachsene mit mindestens zwei Kindern besonders attraktive Regelungen, und diese und weitere Reformen wurden auf ihre Wirkung auf die Fertilität geprüft. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die Reform lediglich geringe Wirkung auf die Geburtenneigung hat.

In den Studien von d’Addio und d’Ercole (2005a; 2005b) mit Daten aus 16 OECD Ländern regressieren die Autoren die Differenz zwischen der durchschnittlichen Steuerlast von Alleinstehenden ohne Kinder und Paaren mit zwei Kindern und finden einen negativen Effekt eines hohen Steuerkeils zwischen Kinderlosen und Familien auf die Gesamtfertilitätsrate.

Für Deutschland wurde untersucht, ob die Kindergeldreform von 1996 – durch die das Kindergeld erhöht wurde, aber mit unterschiedlicher Größe je nach Einkommensniveau (Rainer et al. 2011a) – die Geburtenneigung verstärkt hat. Die Autoren finden lediglich einen schwach signifikanten positiven Effekt, der von Erstgeburten bei gering qualifizierten Frauen getrieben wird, was die These des theoretischen Modells bestätigt, aber leider halten die Ergebnisse verschiedenen Sensitivitätsanalysen nicht stand (Rainer et al. 2011a). Haan und Wrohlich (2011) belegen jedoch ebenfalls mit deutschen Daten, dass von einer Kindergelderhöhung positive Geburteneffekte ausgehen können. Die stärksten Geburtenanreize einer Kindergelderhöhung erfahren Frauen mit niedrigem Einkommen in Ostdeutschland und kinderlose Frauen, aber auch die Gesamtfertilitätsrate reagiert positiv. Allerdings ist mit der Maßnahme ein signifikant negativer Effekt auf das Arbeitsangebot von Müttern verbunden.

---

<sup>60</sup> Der Betrag des Transfers steigt zunächst mit dem Einkommen an, bleibt bei einer gewissen Höhe konstant und wird dann wieder abgeschmolzen (Rainer et al. 2011).

Wenige Studien widmen sich bisher dem Einfluss monetärer Leistungen auf den *Kinderwunsch*. Eine wichtige Ausnahme stellt in diesem Zusammenhang die Untersuchung von Drago et al. (2011) zur Bedeutung des australischen ‚Baby Bonus‘ für Kinderwünsche und tatsächliches Fertilitätsverhalten dar. Die Autoren können einen moderat positiven Effekt des ‚Baby Bonus‘ in Höhe von A\$3.000 pro Kind sowohl auf die Absicht, ein (weitere) Kind zu bekommen, als auch auf die Wahrscheinlichkeit, dies tatsächlich zu tun, feststellen. Allerdings „the small size of the effect yields a marginal cost per additional child figure of at least A\$ 126.000. This cost estimate is sufficiently high that policy-makers may wish to reconsider cash benefits relative to alternative policies if enhancing fertility is the only goal.“ (Drago et al. 2011: 395).

Insgesamt können die meisten internationalen, mikroökonomisch fundierten Studien, in denen Kindergeld oder Kindergeldähnliche Leistungen evaluiert wurden, keine signifikanten Fertilitätseffekte finden. Wenn überhaupt, beschränken sich positive Effekte auf Niedrigeinkommenshaushalte. Für Deutschland finden sich positive Effekte vor allem für Niedrigeinkommensbezieher in Ostdeutschland und Kinderlose.

### 7.3.7 Ehegattensplitting

In Deutschland können verheiratete Paare seit 1957 vom Ehegattensplitting profitieren.<sup>61</sup> Das System des Ehegattensplittings beschert jenen Paaren den höchsten Steuervorteil, deren Einkommen am weitesten auseinander liegen. Zudem steigt der Vorteil mit steigenden Einkommen. Gegenüber dem System der Individualbesteuerung führt das Ehegattensplitting zu einem niedrigeren Durchschnittssteuersatz für das Haushaltseinkommen, zugleich aber zu einem höheren Grenzsteuersatz für den zuverdienenden Partner. Der höhere Grenzsteuersatz reduziert den Ertrag aus Erwerbsarbeit, senkt mithin die Opportunitätskosten des Erwerbsverzichts (zum Beispiel wegen Kinderbetreuung) und mindert daher die Erwerbsanreize für den zuverdienenden Partner (Fenge und Ochel 2001, Dingeldey 2001, Hülskamp und Seyda 2005, Reich 2010). Nach der ökonomischen Theorie der Fertilität setzen sowohl der Effekt auf das Haushaltseinkommen als auch jener auf das Zuverdiener-Einkommen

---

<sup>61</sup> Erstmalige gemeinsame Veranlagung von Ehepartnern in Preußen im Jahr 1891.

Geburtenanreize, da die Nachfrage nach Kindern mit steigendem Einkommen und sinkenden Kinderkosten steigt. Dennoch hat Deutschland im internationalen Vergleich eine mittlere Erwerbsquote, aber eine niedrige Geburtenrate. Möglicherweise wirkt das Ehegattensplitting nicht geburtensteigernd, weil es der Lebensrealität und den Lebenszielen insbesondere junger Menschen zuwiderläuft. Erwerbstätigkeit und Kindererziehung werden nicht mehr als alternative, sondern als parallele Lebensentwürfe verstanden. Ein Steuersystem, das finanzielle Anreize für die Nichterwerbstätigkeit oder nur geringfügige Beschäftigung eines Partners setzt, befördert bei erwerbsorientierten Personen unter Umständen den Verzicht auf Kinder und setzt zugleich ein Negativsignal für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In diesem Sinne würde es die Motivation familienpolitischer Instrumente, die Vereinbarkeit und gleichberechtigten Teilhabechancen beider Geschlechter in Beruf und Familie zu fördern, konterkarieren. Eine Wirkungsanalyse des deutschen Ehegattensplittings im Hinblick auf die Fertilität steht aber noch aus und soll im Rahmen des vorliegenden Projektes geleistet werden.

Das System der Getrenntveranlagung lässt die Erwerbsanreize des zuverdienenden Partners dagegen unverändert und wirkt in Richtung einer gleichberechtigten Erwerbsbeteiligung beider Ehepartner (OECD 2001, Althammer 2002). Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die den Schritt in Richtung Individualbesteuerung noch nicht vollzogen haben (Wrohlich 2007, Eichhorst und Thode 2002). Apps und Rees (2001) können zeigen, dass Länder mit Individualbesteuerung an Stelle monetärer Transfers sowohl höhere Erwerbsquoten als auch höhere Geburtenraten aufweisen. Gustafsson (1992) zeigt, dass die Erwerbsquote von Frauen in Deutschland in den 1990er Jahren um zehn Prozentpunkte höher gewesen wäre, wenn in Deutschland das schwedische System der Individualbesteuerung gegolten hätte. Einen ähnlichen Effekt findet auch Schettkat (1987) für Frauen im Alter zwischen 35 und 44 Jahren. Wrohlich (2007) zeigt, dass die Frauenerwerbsquote in Deutschland um über fünf Prozentpunkte steigen würde, wenn das Land zu einer Individualbesteuerung übergehen würde (der Wechsel zu einem Familiensplitting würde lediglich zu einem Anstieg um 0,6 Prozentpunkte führen). Auch die Evaluation im Modul „Zentrale Leistungen“ belegt die negative Wirkung des Ehegattensplittings auf die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen.

Alesina und Ichino (2007) sowie Alesina et al. (2007) analysieren die Wirkungen eines geschlechtsspezifischen Steuersatzes in einem mikroökonomischen Arbeitsangebotsmodell und zeigen, dass ein geringerer Steuersatz für Frauen nicht nur die Frauenerwerbstätigkeit erhöhen, sondern aufgrund der gleicheren Löhne von beiden Partnern auch zu einer gleicheren Verteilung der unbezahlten Arbeit im Haushalt führen würde. Diese, so wurde im Abschnitt über Elternzeit von Vätern (siehe oben) dargelegt, hat laut zahlreicher Studien einen positiven Effekt auf den Kinderwunsch und die Geburtenzahl von Frauen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Besteuerung von Paaren einen direkten Einfluss auf das Arbeitsangebot von Frauen und einen indirekten Effekt auf die Fertilität hat.

### 7.3.8 Grenzen und Chancen der Evaluation familienpolitischer Einflüsse

Insgesamt ist die empirische Überprüfung, welche familienpolitischen Maßnahmen tatsächlich das Geburtenverhalten beeinflussen, aus mehreren Gründen schwierig.

*Erstens* gibt es sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern eine umfassende Vielfalt an Leistungen und Maßnahmen, deren Einzeleffekt schwer zu isolieren ist. Für einen sauberen Vergleich zwischen den Leistungen und Maßnahmen muss die Wirkungsanalyse zudem idealerweise im selben Setting, das heißt: mit denselben Mikrodaten und demselben Makrodatenkranz, geschätzt werden. *Zweitens* wirkt selbst die Gesamtheit familienpolitischer Maßnahmen in einem größeren Kontext von Makrovariablen politischer und ökonomischer Natur, sodass familienpolitische Maßnahmen immer im regionalen beziehungsweise nationalen Kontext zu interpretieren sind. Die Politik kann und sollte daher nicht nur *direkt* auf die Steigerung der Geburtenziffern zielende Maßnahmen in Betracht ziehen, sondern auch die Bedeutung *indirekt* wirksamer Maßnahmen (zum Beispiel im Bereich der Arbeitsmarktpolitik; vgl. Kapitel 7.1.2) berücksichtigen. *Drittens* stellt sich im Ländervergleich das Problem, dass mit familienpolitischen Maßnahmen andere fertilitätsrelevante Faktoren wie Einstellungen korrelieren, familienpolitische Maßnahmen gar die Folge und nicht die Ursache fertilitätsrelevanter Merkmale der Bevölkerung sein könnten, was die Isolation der reinen Maßnahmenwirkungen und die Übertragbarkeit ausländischer Erfahrungen auf das Inland zusätzlich erschwert. *Viertens* reagieren Frauen und Männer zeitversetzt auf Maßnahmeneinfüh-

rungen und -änderungen, so dass der Erfolg einer Maßnahme erst nach einer längeren Anpassungszeit des reproduktiven Verhaltens untersucht werden kann. Da Kinderwünsche und individuelle Erwartungen an deren Realisierbarkeit in kulturell vorgeprägten gesellschaftlichen Kontexten entstehen, reagieren Menschen, falls überhaupt, auf spezifische Änderungen institutioneller Rahmenbedingungen nur mit einer gewissen Trägheit (vgl. hierzu etwa die Gegenüberstellung von Frankreich und Italien bei Régnier-Loilier und Vignoli 2011, sowie den deutsch-französischen Vergleich von Ruckdeschel 2009). *Fünftens* werden familienpolitische Maßnahmen häufig erst dann wahrgenommen, wenn bereits ein positiver Kinderwunsch besteht (vgl. Ruckdeschel 2004). Das heißt, in einer gesellschaftlichen Situation, in der *gewünschte Kinderlosigkeit* keine seltene Ausnahme mehr darstellt – und dies gilt laut Ergebnissen einer Analyse der Population Policy Acceptance Study von Sobotka und Testa (2008) im europäischen Vergleich insbesondere für Deutschland – ‚entzieht‘ sich eine signifikante Minderheit potenziellen Interventionen der Familienpolitik. *Sechstens* bestehen Probleme bezüglich der Genauigkeit von Maßzahlen, beispielweise bei der Messung der genauen Kosten von Kindern und der Opportunitätskosten.

Die referierten Befunde aus der internationalen Literatur zeigen deutlich, dass den Einstellungen eine maßgebliche Funktion in der Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen zukommt. Diese Erkenntnis *hat restriktiven* Charakter insofern als ohne ausreichende Verankerung des familienpolitisch intendierten Verhaltens im Werte- und Normensystem der Bevölkerung die Maßnahmen nur eine begrenzte Wirkungskraft entfalten. Zugleich hat der offengelegte Wirkungskanal über die Einstellungen jedoch auch *Potenzial*charakter: Er verdeutlicht, dass von Familienpolitik über ihre symbolische und normative Kraft auch Verhaltenssignale gesetzt werden, die die Wirkung der ‚harten‘ monetären Anreize verstärken und sich – zumindest in der längeren Frist – geburtensteigernd auswirken können.

Dabei zeigt ein Blick auf diejenigen europäischen Länder, die derzeit eine hohe Fertilität zu verzeichnen haben, dass hierbei insbesondere die Förderung des Modells der erwerbstätigen Mutter und damit der Akzeptanz externer Kinderbetreuung einerseits sowie des Modells des „aktiven Vaters“, der sich maßgeblich an der Familien- und Hausarbeit beteiligt, andererseits, richtungweisend sind. Mit der Einführung der Partnermonate beim Elterngeld begünstigt

auch die deutsche Politik einen diesbezüglichen Einstellungswandel: Eine stärkere Einbeziehung von Vätern in die Familienarbeit durch das Konzept der ‚Vätermonate‘ ist nicht vorrangig über den monetären Effekt zweier zusätzlicher Elterngeldmonate zu erwarten, sondern insbesondere über das politische Signal an (potenzielle) Eltern, privates Umfeld und Arbeitgeber, dass auch Väter einen legitimen Anspruch auf eine Erwerbsunterbrechung zur Wahrnehmung familialer Aufgaben haben und diesen auch geltend machen dürfen oder sogar sollten.

Insbesondere im Bereich der Infrastrukturpolitik könnte außerdem eine Erweiterung der Perspektive von der Kinderbetreuung im Vorschulalter auf die Schulkindbetreuung an Nachmittagen und in den Ferien weitere interessante Einsichten in potenzielle Einflussfaktoren auf die Geburtenbereitschaft eröffnen. Die aktuelle Fokussierung der Betreuungsleistungen auf die ersten Lebensjahre des Kindes unterstellt Eltern ein recht kurzsichtiges Entscheidungsverhalten (Spieß 2012). Mit Blick auf die zunehmende Bedeutung ausstrahlender Karriere- und Einkommensfolgen heutiger Entscheidungen von Eltern legt die stärkere familienpolitische Gestaltung der Infrastruktur für Eltern von *Schulkindern* positive Fertilitätseffekte nahe.

## TEIL C:

# DATENQUELLEN UND MÖGLICHE PARAMETRISIERUNG

## 8 Datenquellen und mögliche Parametrisierung

### 8.1 Datenquellen

Die Wirkungsanalyse ehe- und familienpolitischer Maßnahmen und Leistungen im Bezug auf Geburten und Kinderwünsche wird durch eine dreigeteilte Vorgehensweise erarbeitet: Aufbauend auf der Faktenlage und dem Forschungsstand zu Determinanten der Fertilität wird ein verhaltensbasiertes dynamisches Mikrosimulationsmodell entwickelt, mit dessen Hilfe anschließend die Verhaltenswirkung einzelner Maßnahmen und Leistungen konkret abgeschätzt werden. Vorgehensweise und Ergebnisse der Mikrosimulationen sind der zweiten Veröffentlichung innerhalb des Moduls "Fertilität" vorbehalten. Allerdings ist Vorbedingung für eine modellbasierte Vorgehensweise, dass verfügbare deutsche Daten für eine Parametrisierung der identifizierten Einflussfaktoren sondiert werden. Dieser Datensatz muss einerseits die für die Schätzung der intertemporalen Wechselwirkungen erforderliche Panelstruktur aufweisen und andererseits die zentralen Einflussfaktoren, die sich aus dem Literaturüberblick der Kapitel 5 bis 7 ergeben, enthalten.

Für Deutschland erfüllt das *Sozio-oekonomische Panel (SOEP)* diese Anforderungen am besten. Ergänzend können die an das SOEP angelehnten Daten zu *Familien in Deutschland (FiD)* herangezogen werden. Für eine eigenständige Schätzung des intertemporalen Modells sind die FiD-Daten mit derzeit drei Wellen aber ebenso wenig geeignet wie die pairfam-Daten (Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics), von denen derzeit zwei und bald drei Wellen zugänglich sind. Auch der Generations and Gender Survey (GGG) hat noch nicht die erforderliche lange Panelstruktur. Andere Datensätze (ALLBUS, World Values Survey, Eurobarometer, International Social Survey Programme) weisen überhaupt keine Panelstruktur auf, können also allenfalls mittels Imputation zur Schließung von Datenlücken in SOEP und FiD herangezogen werden. Bereits mit den beiden letztgenannten Datenquellen lassen sich aber die wesentlichen im Literaturüberblick herausgearbeiteten Einflussfaktoren abbilden.

## 8.2 Mögliche Parametrisierung

Im Folgenden wird die mögliche Parametrisierung eines dynamischen Mikrosimulationsmodells zur Abbildung von Fertilitäts- und Erwerbsentscheidungen diskutiert. Dazu wird geprüft, wie sich die Einflussfaktoren, die sich im Literaturüberblick als potenziell relevant erwiesen haben, in den Daten abbilden lassen. Wie viele dieser Faktoren sich tatsächlich (gleichzeitig) im Modell berücksichtigen lassen, ist in der empirischen Umsetzung zu erproben. Die Antwort ist bestimmt zum einen von den Fallzahlen, zum anderen von der Korrelationsstruktur zwischen den Einflussfaktoren – für Faktoren, die stets zusammen variieren, lässt sich ein separater Einfluss nicht oder nur schwer bestimmen. In diesen Fällen müssen die Variablen zusammengefasst werden, um wenigstens den gemeinsamen Einfluss schätzen zu können. Wegen der großen Anzahl von Faktoren wird im Folgenden eine an die Kapitel 5 und 6 angelehnte Gliederung gewählt. Tabelle 7 enthält zunächst die sozialen Hintergrundfaktoren.<sup>62</sup>

Der *sozio-ökonomische Hintergrund des Elternhauses* kann durch den Bildungsabschluss beider Elternteile und durch umfangreiche Informationen zur beruflichen Stellung der Mutter und des Vaters abgebildet werden.<sup>62</sup> Erhoben wird die Stellung für das Jahr, in dem die Kinder 15 Jahre alt sind; bekannt ist, ob die Eltern nicht erwerbstätig, arbeitslos, in Ausbildung, angestellt, selbstständig, verbeamtet usw. waren. Die einzelnen Kategorien sind sogar noch feiner unterteilt (z.B. bei den Beamten nach einfachem, mittlerem, gehobenen und höherem Dienst), eine Aggregation wird für die empirische Analyse aber unumgänglich sein. Bekannt ist zudem die Branche (ISCO 88-Klassifikation und Klassifikation des Statistischen Bundesamtes), in der die Eltern zu diesem Zeitpunkt erwerbstätig waren. Das SOEP stellt zudem die Berufsprestigeskalen nach Treiman und nach Ganzeboom und das Erikson-Goldthorpe-Klassenschema zur Verfügung.

---

<sup>62</sup> Die Aufzählung beschränkt sich hier auf den Regelfall, dass die Eltern nicht bereits selbst im SOEP befragt wurden. Für die Befragten, die bereits als Kind in einem SOEP-Haushalt gelebt haben und nun im Familiengründungsalter sind, liegen deutlich umfangreichere Informationen vor. Dies ist aber trotz der langen Laufzeit des SOEP von mittlerweile 28 Jahren noch vergleichsweise selten der Fall.

**Tab. 7: Soziale Hintergrundfaktoren**

Einflussfaktor	Mögliche Parametrisierung
Sozio-ökonomischer Hintergrund des Elternhauses	Bildungsabschluss, berufliche Stellung, Beruf, Berufsprestige, Klassenschema
Familienstand der Eltern	Jahre in verschiedenen Konstellationen; Alter der Eltern bei Geburt
Zahl der Geschwister	Über Personennummer der Eltern; in Welle 2003 direkt erhoben
Religiöse Orientierung	Religionszugehörigkeit; Häufigkeit Kirchgang/religiöse Veranstaltungen
Partnerschaft und Familienstand	Feinere Unterscheidungen grundsätzlich möglich
Familienstandsbiografie	Eheparität; Zusammenleben vor der Ehe
Qualität der Partnerschaft	Zufriedenheit Familienleben und Tätigkeit im Haushalt; Zeitverwendung; Umfang der Kinderbetreuung durch Mutter/Vater; wer trifft finanzielle Entscheidungen
Gemeinsamer Haushalt	Separate Schätzung für Alleinstehende und Alleinerziehende grundsätzlich möglich
Region	Zusätzlich Bundesland und Gemeindegröße
Familiäre Betreuungsnetzwerke	Entfernung und Art der Beziehung zu Mutter, Vater, Großeltern usw. Wenn schon ein Kind vorhanden: Umfang der Betreuung durch Großeltern und andere Verwandte
Nationalität und Migrationserfahrung	Staatsangehörigkeit, Herkunftsland, Migrationshintergrund
Gesundheit	Zufriedenheit mit Gesundheit, Einschränkungen durch Gesundheit; Arztbesuche, Krankenhausaufenthalte; Krankheiten, Behinderung. Tabak- und Alkoholkonsum; Ernährung, Sport.
Wohnraum	Größe der Wohnung/des Hauses, Zahl der Zimmer, Ausstattung und Lage.

Quelle: Eigene Darstellung.

Im SOEP kann der *Familienstand der Eltern* sehr detailliert über die Zahl der Jahre, die eine Befragungsperson mit beiden leiblichen Eltern, einem alleinerziehenden Elternteil, einem Elternteil mit einem anderen Partner, bei Verwandten oder in einem Heim verbracht hat, erfasst werden. Auch das Alter der Eltern ist bekannt; zusammen mit dem Geburtsjahr des oder der Befragten kann somit das Alter der Eltern bei der Geburt berechnet werden.

Die *Zahl der Geschwister* lässt sich in knapp einem Viertel der Fälle über die Personennummern der Eltern ermitteln. In der SOEP-Welle von 2003 wurde zudem nach der Zahl der Geschwister (separat für Brüder und Schwestern) gefragt. Diese Information kann wegen der Panelstruktur grundsätzlich auch früheren oder späteren Wellen, in denen die im Jahr 2003 Befragten im Datensatz sind, zugespielt werden. Es ist aber abzusehen, dass sich durch die Berücksichtigung der Variable Zahl der Geschwister die Fallzahlen vergleichsweise stark reduzieren werden. Hier sind also Vor- und Nachteile einer Berücksichtigung gegeneinander abzuwägen. Ebenfalls zu prüfen ist eine Imputation der Geschwisterzahlen auf Basis der Informationen aus der 2003er Welle und ggf. der Informationen, die sich über die Personennummern der Eltern gewinnen lassen. Durch die Imputation ließe sich der Rückgang der Fallzahlen vermeiden, allerdings um den Preis einer zusätzlichen statistischen Unsicherheit, die durch einen solchen ‚konstruierten Regressor‘ entsteht. (In vielen angewandten Arbeiten wird diese zusätzliche statistische Unsicherheit aber vernachlässigt.)

Die *Religionszugehörigkeit* wurde in den Wellen 1997, 2003 und 2007 erhoben und kann über die Panelstruktur oder durch Imputation (siehe oben bei „Zahl der Geschwister“) den Personen auch in anderen Wellen zugespielt werden. Unter den *religiösen Praktiken* wurden die Häufigkeit des Kirchgangs und allgemeiner des Besuchs religiöser Veranstaltungen in fast allen Wellen seit Mitte der 1990er Jahre erhoben.

Die *Partnerschaft* und der *Familienstand* werden im Grundmodell von Haan und Wrohlich (2011), die ein simultanes Arbeitsangebots- und Fertilitätsmodell auf Basis des SOEP schätzen, über eine Dummyvariable für verheiratete Paare abgebildet. Feinere Unterscheidungen der Referenzkategorie „kein verheiratetes Paar“ sind grundsätzlich möglich, also nach Alleinstehenden, Alleinerziehenden und Paaren, die ohne Trauschein zusammenleben. Weiter kann

unterschieden werden, ob die Partner nie verheiratet waren, verheiratet sind und vom Ehepartner getrennt leben, geschieden oder verwitwet sind. In der Praxis wird eine allzu feine Unterscheidung aber vermutlich zu ungenauen Schätzungen führen.

Die *Familienstandsbiografie* kann im SOEP rekonstruiert werden. Insbesondere lässt sich ermitteln, ob die Partner vor der Ehe bereits zusammengelebt haben und ob einer oder beide Partner in zweiter oder höherer Ehe verheiratet ist. Interessant ist auch die Information darüber, ob die Eheschließung vor oder nach der Geburt des ersten Kindes stattgefunden hat.

Die *Qualität der Partnerschaft* kann im SOEP seit der Welle 2006 über die Zufriedenheit mit dem Familienleben und in nahezu allen SOEP-Wellen über die Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt abgebildet werden. Ein indirektes Maß für die Qualität der Partnerschaft (oder zumindest für die Aufgabenverteilung) lässt sich über die Zeitverwendungsdaten und, in den Mutter-Kind-Fragebögen, über den Umfang der Kinderbetreuung durch die Mutter und den Vater abbilden.<sup>63</sup> Diese Fragebögen liegen aber nur dann vor, wenn bereits Kinder vorhanden sind, können also nicht zur Modellierung der Entscheidung über das erste Kind herangezogen werden. Ein interessantes Maß zur Abbildung der Verhandlungsmacht der Partner findet sich in den SOEP-Wellen 2004, 2005, 2008 und 2010 und in den FiD-Daten. Dort wird erhoben, wie die Partner den Umgang mit dem Einkommen des Haushalts regeln und wer bei finanziellen Entscheidungen das letzte Wort hat.

Im Modell von Haan und Wrohlich werden nur Personen, die in einem *gemeinsamen Haushalt* leben, modelliert. Separate Schätzungen für Alleinstehende und Alleinerziehende sind grundsätzlich möglich, aber in der praktischen Umsetzung zu erproben. Vermutlich sind die Fallzahlen zu klein, da in den meisten Fällen die zukünftigen Eltern schon im Jahr vor der Erstgeburt zusammenleben. Dies gilt erst recht für Geburten höherer Ordnung. Geburten

---

<sup>63</sup> Die Aufteilung der Hausarbeit sagt aber nur bedingt etwas über die Qualität der Partnerschaft aus. Traditionelle eingestellte Paare werden nur mit einer traditionellen Rollenaufteilung zufrieden sein, egalitär eingestellte Paare nur mit einer entsprechend egalitären Arbeitsteilung.

in Haushalten von Alleinerziehenden und erst recht Alleinstehenden sind also vergleichsweise selten.

Die *Region* ist bei Haan und Wrohlich über eine Dummy-Variable für Ostdeutschland erfasst. Eine zusätzliche Unterscheidung nach dem Bundesland ist möglich, etwa um den Einfluss von je nach Bundesland unterschiedlichem Angebot an Kinderbetreuungsplätzen abzubilden. Daneben können die Haushalte nach der Gemeindegröße des Wohnorts (Stadt/Land) unterschieden werden.

Informationen zu den *familiären Betreuungsnetzwerken* finden sich zum einen in den Wellen 1996, 2001 und 2006. Es wird separat nach der räumlichen Entfernung zur Mutter, dem Vater, den Großeltern, zu sonstigen Verwandten und ggf. zu Söhnen, Töchtern und Enkel (die letzten drei Gruppen sind hier weniger relevant) gefragt; in den Wellen von 1996 und 2001 wird zusätzlich die Art der Beziehung (sehr eng, eng, mittel, nur flüchtig, überhaupt keine Beziehung) erhoben. Eine weitere Informationsquelle bilden die Mutter-Kind-Fragebögen, in denen der wöchentliche Umfang der Kinderbetreuung durch die Großeltern und durch andere Verwandte erhoben wird. Diese Informationen können aber nur herangezogen werden, um die Entscheidung für ein weiteres (und nicht für das erste) Kind zu modellieren, da mindestens ein älteres Geschwisterkind vorhanden sein muss, für das der Fragebogen ausgefüllt wurde.

Informationen liegen ebenfalls zur *Staatsangehörigkeit* und zum *Herkunftsland* der Befragten vor. Über das Herkunftsland der Eltern lässt sich außerdem der *Migrationshintergrund* der zweiten Generation erfassen.

Die *Gesundheit* der (potenziellen) Eltern kann im SOEP über eine Reihe von objektiven und subjektiven Faktoren gemessen werden. Subjektiv wird nach der Zufriedenheit mit der Gesundheit und nach verschiedenen Einschränkungen aufgrund gesundheitlicher Probleme gefragt. Als objektive Faktoren sind das Vorliegen einer Behinderung, die Zahl der Arztbesuche, die Zahl und die Dauer von Krankenhausaufenthalten zu nennen. In der Welle von 2009 gaben die Befragungspersonen an, welche Krankheiten bei ihnen durch einen Arzt festgestellt wurden. Gefragt wurde nach körperlichen Krankheiten und nach einer Depression. Relevant insbesondere für die Frage des Geburtenverhaltens sind auch die Informationen zum Alkohol- und Tabakkonsum der Wellen 2006, 2008 und 2010. In den gleichen Wellen wurde auch nach der Bedeutung einer gesundheitsbewussten Ernährung gefragt. In sämtlichen Wellen liegen Infor-

mationen zur Häufigkeit sportlicher Betätigung vor. Seit 2002 werden zahlreiche im Zweijahresabstand erhobene Gesundheitsinformationen in einer eigenen Datei (HEALTH) zur Verfügung gestellt. Diese Datei enthält unter anderem bereits durch eine Faktoranalyse verdichtete Informationen zum körperlichen und seelischen Gesundheitszustand.

Der Einfluss des *Wohnraums* auf die Geburtenwahrscheinlichkeit lässt sich im SOEP detailliert abbilden, etwa über die Größe der Wohnung oder des Hauses, die Zahl der Wohnräume über sechs Quadratmeter, die Ausstattung oder die Lage der Wohnung oder des Hauses.

Die folgende Tab. 8 zeigt übersichtsartig, wie sich die demografischen Einflussfaktoren parametrisieren lassen.

**Tab. 8: Demografische Faktoren**

Einflussfaktor	Mögliche Parametrisierung
Alter der (potenziellen) Eltern	Alter linear, quadratisch oder in Kategorien
Anzahl Kinder	Linearer oder nichtlinearer Zusammenhang (Polynom höherer Ordnung oder Kategorien); gemeinsame Kinder ja/nein
Alter der Kinder	Dummy für Geburt in der Vorperiode; Alter aller Kinder
Geschlecht der Kinder	Bei zwei oder mehr Kindern: Dummyvariable für gleiches Geschlecht aller Kinder
Erfahrungen mit bisherigen Kindern	Körperl. und seel. Befinden der Mutter vor und nach Geburt; Umstände der Geburt; Änderung der Lebensumstände durch das Kind; Elternrolle befriedigend oder belastend; Befinden, Verhalten und Entwicklung des Kindes; Zufriedenheit mit Kinderbetreuung

Quelle: Eigene Darstellung.

Das *Alter der (potenziellen) Eltern* wird im Modell von Haan und Wrohlich (2011) für den Mann über einen linearen Interaktionsterm und für die Frau, bei der das Alter für die Geburtsentscheidung eine größere Rolle spielt, über vier Kategorien berücksichtigt. Für beide Geschlechter soll die Modellierung

des Alters noch einmal geprüft werden, da es sich um eine besonders wichtige Einflussgröße handelt. Statt eines linearen Terms könnte z.B. auch ein Polynom höherer Ordnung (z.B. ein quadratischer Zusammenhang) verwendet werden.

Die Entscheidungsprozesse, die zur Geburt eines (weiteren) Kindes führen, sind so flexibel zu modellieren, dass Unterschiede je nach der Ordnungszahl der Geburt abgebildet werden können. Die *Anzahl der* bereits im Haushalt lebenden *Kinder* hat bei Haan und Wrohlich einen linearen Effekt auf die Arbeitsangebots- und die Fertilitätsentscheidung. Hier sind Erweiterungen möglich, die Nichtlinearitäten in der Kinderzahl berücksichtigen. Zu denken ist an ein Polynom höherer Ordnung oder eine Kategorisierung (1 Kind, 2 Kinder, 3 oder mehr Kinder). Ergänzend kann auch die Information, ob es sich um gemeinsame Kinder des Paares handelt, zur Schätzung herangezogen werden.

Das *Alter der Kinder* wird bei Haan und Wrohlich nur für einen Spezialfall berücksichtigt: Die Schätzung enthält einen Dummy, der den Wert eins annimmt, wenn in der Vorperiode ein Kind geboren wurde. Dadurch wird die Pfadabhängigkeit der Entscheidungen abgebildet: Selbst dann, wenn sie sich identischen Anreizen gegenübersehen, werden Haushalte, die vor kurzem ein Kind bekommen haben, sich von den übrigen Haushalten in ihrem Fertilitäts- und Arbeitsangebotsverhalten unterscheiden. Bei der Entwicklung des Grundmodells ist zu prüfen, ob die intertemporalen Verknüpfungen noch ausgebaut werden können, um insbesondere die Entscheidung über den Geburtenabstand (Spacing) besser erfassen zu können. So sollte mindestens das Alter aller ggf. vorhandenen Kinder in der Schätzung berücksichtigt werden.

Das *Geschlecht der* möglicherweise bereits vorhandenen *Kinder* spielt ebenfalls eine Rolle für die Geburtsentscheidung. Eine weitere Geburt ist unter sonst gleichen Umständen wahrscheinlicher, wenn die beiden ersten Kinder gleichen Geschlechts sind (siehe z.B. Angrist und Evans 1998). Im zu entwickelnden Modell sollte also in Haushalten mit zwei oder mehr Kindern über eine Dummyvariable erfasst werden, ob alle Kinder das gleiche Geschlecht haben.

Die *Erfahrungen mit bisherigen Kindern* lassen sich im SOEP in den neueren Wellen sehr detailliert abbilden. Im Neugeborenen-Fragebogen machen Mütter Angaben zu ihrem körperlichen und seelischen Befinden im letzten Drittel

der Schwangerschaft und in den ersten drei Monaten nach der Geburt. Es wird zudem generell danach gefragt, ob sich durch das Kind die Lebensumstände stark verändert haben und ob das Kind Glück und Freude bereitet und die Mutter ihre Rolle als befriedigend erlebt oder umgekehrt oft am Ende ihrer Kräfte ist, sich den neuen Aufgaben und Anforderungen oft nicht gewachsen fühlt und unter ihrer Beschränkung auf die Mutterrolle leidet. Erhoben wird auch, ob die Geburt per Kaiserschnitt stattgefunden hat, in welcher Schwangerschaftswoche das Kind geboren wurde, wie groß und schwer es bei der Geburt war und ob und wie lange das Kind gestillt wurde. Auch das Befinden und Verhalten des Kindes (meist fröhlich/zufrieden, neugierig/aktiv, leicht erregbar/weint häufig, schwer zu trösten) wird erhoben.

Diese Fragen nach dem Befinden und Verhalten werden auch den Müttern von zwei- bis dreijährigen, fünf- bis sechsjährigen und sieben- bis achtjährigen Kindern gestellt. Hier ist der Katalog an Fragen zur kindlichen Entwicklung noch etwas umfangreicher. Es wird zum Beispiel danach gefragt, ob Störungen in der Entwicklung festgestellt wurden und ob die Gesundheit des Kindes Sorgen macht. Mütter von sieben- bis achtjährigen Kindern werden zudem ausführlich zu ihrer Elternrolle befragt, etwa nach ihrem Wunsch, nicht durch Elternpflichten gefangen zu sein oder nach der Freude darauf, mit dem Kind zusammen zu sein. In den FiD-Daten wird außerdem sehr detailliert nach der Zufriedenheit mit den vorhandenen Möglichkeiten zur Kinderbetreuung und der Betreuungssituation gefragt.

Die Erfahrungen mit bisherigen Kindern können also im Schätzmodell dann ausführlich berücksichtigt werden, wenn das jüngste Kind nicht älter als acht Jahre alt ist. Da ein höherer Geburtsabstand aber selten ist, entsteht dadurch kein allzu großer Verlust bei den Fallzahlen. Außerdem verblassen vermutlich mit der Zeit die Erinnerungen an die für eine weitere Fertilitätsentscheidung möglicherweise besonders prägende Kleinkindphase, sodass der Einfluss dieser Determinante über die Jahre abnehmen dürfte.

In der folgenden Tab. 9 sind Bildungseinflüsse auf die Fertilität und ihre mögliche Parametrisierung dargestellt.

Die zwei zentralen Bildungseinflüsse sind das *Bildungsniveau beider Partner*, aus dem sich dann der Bildungsabstand ermitteln lässt. Das SOEP erlaubt eine Bildungsmessung über die Dauer der Ausbildung in Jahren oder über den

höchsten Bildungsabschluss. Haan und Wrohlich (2011) kategorisieren die Bildungsvariablen basierend auf der Ausbildungsdauer (weniger als 11 Jahre; 11 bis 13 Jahre; mehr als 13 Jahre). Im Modul „Zentrale Leistungen“ im Rahmen der Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen wurde die Kategorisierung hingegen auf Basis der Abschlüsse vorgenommen, weil die Abschlüsse stärker als die Bildungsjahre als Produktivitätssignal wirken. Beide Varianten der Parametrisierung sollen aber erprobt werden.

**Tab. 9: Bildungseinflüsse**

Einflussfaktor	Mögliche Parametrisierung
Bildungsniveau der Frau	Ausbildung in Jahren oder höchster Abschluss in Kategorien
Bildungsniveau des Mannes	Ausbildung in Jahren oder höchster Abschluss in Kategorien
Bildungsabstand der Partner	Differenz in Jahren oder Dummyvariablen für Hyper-, Homo-, Hypogamie hinsichtlich der Bildung
Beruf der Partner	Beruf; Branche; Ausbildungsberuf; Fachrichtung des Hochschulabschlusses; Status: Angestellter, Beamte, Selbständige
Laufende Ausbildung	Schule, Ausbildung, Studium. Berücksichtigung aber problematisch, da simultan das Arbeitsangebot modelliert wird.

Quelle: Eigene Darstellung.

Der *Bildungsabstand* zwischen beiden Partnern wird von Haan und Wrohlich nicht berücksichtigt. Nimmt man alle Bildungsvariablen linear auf, kann nämlich wegen des sogenannten Kollinearitätsproblems (das dann entsteht, wenn zwei oder mehr Variablen in einem exakten Zusammenhang stehen, also stets gemeinsam variieren) nicht gleichzeitig der Einfluss der Ausbildungsdauer der Frau, der Ausbildungsdauer des Mannes und der Differenz in den Ausbildungsdauern ermittelt werden. Eine der drei Variablen muss im Schätzmodell ausgeklammert werden. Eine Alternative zu einer linearen Modellierung über die Dauer der Ausbildung sind Dummyvariablen, mit denen gemessen wird, ob die Frau den gleichen, einen niedrigeren oder einen höheren Bildungsab-

schluss hat als der Mann. Auch hier muss eine der drei Dummyvariablen in der Schätzung ausgespart und somit als Referenzkategorie behandelt werden.

Der *Beruf der Partner* wird nach der ISCO 88- und der Klassifikation des Statistischen Bundesamtes erfasst. Daneben ist die Branche bekannt. Von Interesse sind auch der Ausbildungsberuf (der ja nicht unbedingt mit dem aktuellen Beruf übereinstimmt) und die Fachrichtung des Hochschulabschlusses. Erfasst wird zudem, ob eine Person angestellt, verbeamtet oder selbständig ist.

Personen *in laufender Ausbildung* (Schule, Ausbildung, Studium) können in den Daten identifiziert werden, sodass sich in einem isolierten Modell ein Einfluss der laufenden Ausbildung auf die Fertilität ermitteln ließe. Da allerdings die Fertilität simultan mit dem Arbeitsangebot modelliert wird, können diese Personen zur gemeinsamen Modellierung nicht herangezogen werden, da Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden, in Arbeitsangebotsmodellen gemeinhin nicht berücksichtigt werden.

Die Einflussfaktoren, die im Literaturüberblick unter der Überschrift „Erwerbstätigkeit und Einkommen“ zusammengefasst und hier in Tabelle 10 noch einmal aufgelistet sind, spielen wegen der simultanen Modellierung von Arbeitsangebots- und Fertilitätsentscheidung eine besondere Rolle. In einem strukturellen Verhaltensmodell sind der Erwerbsstatus und das Einkommen Entscheidungsvariablen – es wird also ausdrücklich berücksichtigt, dass diese Variablen nicht unabhängig von der Fertilitätsentscheidung sind.

So sind der Erwerbs- oder *Beschäftigtenstatus* und die *Arbeitsstunden* Entscheidungsvariablen des Modells. Bei Haan und Wrohlich (2011) wird nur der Erwerbsstatus der Frau modelliert, bei gegebenem Arbeitsangebot des Mannes. Da der Literaturüberblick zeigt, dass vor allem der Erwerbsstatus der Frau auf die Fertilitätsentscheidung wirkt, ist das sicher eine zulässige Vereinfachung. Dennoch soll, wie erwähnt, auch eine Modellierung des männlichen Arbeitsangebots geprüft werden. Für beide Geschlechter ist die genaue Parametrisierung der Stundenkategorien in der praktischen Umsetzung zu testen.

Die *Erwerbserfahrung* beider Partner liegt ebenso wie die Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung und die Dauer bisheriger Arbeitslosigkeit in den Daten vor.

**Tab. 10: Erwerbstätigkeit und Einkommen**

Einflussfaktor	Mögliche Parametrisierung
Beschäftigtenstatus	Für die Frau: Entscheidungsvariable des Modells. Für den Mann: Modellierung ist zu prüfen.
Arbeitsstunden	Für die Frau: Entscheidungsvariable des Modells. Für den Mann: Modellierung ist zu prüfen.
Erwerbserfahrung	Vollzeit, Teilzeit, Arbeitslosigkeit separat verfügbar.
Berufliche Stellung	Arbeiter: ungelernt bis Polier; Beamte: einfacher bis höherer Dienst. Angestellte: einfache Tätigkeiten bis umfassende Führungsaufgaben. Art der Führungsposition.
Beschäftigungsunsicherheit und Angst vor Arbeitslosigkeit	Unterscheidung von Selbständigen, Angestellten und Beamten. Zeitarbeit und befristete Arbeitsverträge. Direkte Frage nach Wahrscheinlichkeit von Arbeitsplatzverlust und vermuteter Schwierigkeit, eine vergleichbare Stelle zu finden. FiD zusätzlich: Arbeitszeitregelungen; Familienfreundlichkeit des Arbeitgebers
Lohneinkommen	Einfluss über die Budgetrestriktion (Monatseinkommen ist Entscheidungsvariable, Stundenlohn ist gegeben). Zusätzlicher Einfluss des Stundenlöhne als Indikatoren für die Verhandlungsposition der Partner.
Einkommensprofil über den Lebensverlauf	Im Modell mit kurzfristiger Optimierung schwierig umzusetzen. Annäherung durch Modellierung nicht nur der Anreize z.B. 12 Monate nach der Geburt, sondern über den restlichen Lebensverlauf. Dazu Fortschreibung ohne Verhaltensmodell.
Haushaltseinkommen	Als Nichterwerbseinkommen: Annäherung über Einkommensinformationen im SOEP. Als verfügbares Einkommen: Entscheidungsvariable

Quelle: Eigene Darstellung.

Die *berufliche Stellung* ist in Abgrenzung vom bereits betrachteten Beruf zu verstehen. Es geht hier also nicht um den ausgeübten Beruf, sondern um die

Position in der Hierarchieebene. Die Daten weisen aus, ob jemand ungelernt ist oder als Meister oder Polier arbeitet, ob ein Beamter oder eine Beamtin im einfachen, mittleren, gehobenen oder höheren Dienst tätig ist, ob eine Angestellte oder ein Angestellter mit einfachen Tätigkeiten betraut ist oder umfassende Führungsaufgaben wahrnimmt usw. Bei Personen, die anderen leitend vorgesetzt sind, wird nach der Zahl der Personen und der Art der Führungsposition gefragt. Zweckmäßig ist es vermutlich eine Kategorisierung etwa im Sinne einer Dreiteilung nach einfachen Tätigkeiten, mittlerer beruflicher Stellung und Führungspositionen. Die genaue Umsetzung ist zu erproben.

*Beschäftigungsunsicherheit* und die *Angst vor Arbeitslosigkeit* stehen ebenfalls in Wechselwirkung mit der Fertilitätsentscheidung. Eine erste Annäherung an diese Unsicherheit bietet eine Unterscheidung von Selbständigen, Angestellten und Beamten. Die Daten enthalten aber auch direktere Maße. So werden Erwerbstätige danach gefragt, für wie wahrscheinlich sie es halten, dass sie innerhalb der nächsten zwei Jahre ihren Arbeitsplatz verlieren oder sich in ihrem jetzigen Betrieb beruflich verschlechtern. Bekannt ist auch, ob die Personen in einem Zeitarbeitsverhältnis stehen und ob sie einen befristeten Arbeitsvertrag haben. In den FiD-Daten wird auch nach den Arbeitszeitregelungen und der Familienfreundlichkeit des Arbeitgebers gefragt. Erhoben wird zudem, wie schwierig es wäre, bei einem Verlust der jetzigen Stelle eine mindestens gleichwertige Stelle zu finden. Ein weiteres Maß für die berufliche und allgemein für die wirtschaftliche Unsicherheit sind die Fragen danach, ob man sich um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die eigene wirtschaftliche Situation oder, bei Erwerbstätigen, um die Sicherheit des Arbeitsplatzes sorgt.

Eine explizite Modellierung der Unsicherheit in einem modelltechnischen Sinne wäre sehr aufwändig. Alternativ kann angenommen werden, dass die Haushalte ihre Entscheidungen bei voller Kenntnis über die eigene finanzielle Situation in jeder der Handlungsalternativen treffen. Die genannten Maße für die Beschäftigungsunsicherheit können aber nach Möglichkeit in die Nutzenfunktion aufgenommen werden, um zu berücksichtigen, dass Haushalte auf gegebene finanzielle Anreize möglicherweise anders reagieren, wenn sie sich in einem unsicheren Beschäftigungsverhältnis befinden.

Das (*Brutto-*)*Lohneinkommen* ergibt sich durch die Multiplikation der Wochenstunden in der gewählten Stundenkategorie mit dem Bruttostundenlohn und

der Zahl der Wochen pro Monat – es handelt sich also um eine Entscheidungsvariable. Entschieden wird allerdings nur über den Umfang der Erwerbstätigkeit; der Bruttostundenlohn wird bei der Entscheidung als gegeben betrachtet. Er ist für die derzeit erwerbstätigen Personen grundsätzlich bekannt und muss für die anderen geschätzt werden, wobei die Selbstselektion in die Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen ist, da ansonsten die in den Schätzungen ermittelten Lohneinflüsse nicht für alle Frauen, sondern nur für die derzeit erwerbstätigen Frauen repräsentativ sind. Die Idee dahinter ist, dass die erwerbstätigen Frauen keine Zufallsauswahl aller Frauen darstellen. Aus diesem Grund kann man die Ergebnisse zum Lohneinkommen, die man für die tatsächlich erwerbstätigen Frauen gewinnt, nicht einfach auf alle Frauen verallgemeinern.

Wie der Literaturüberblick gezeigt hat, hat der Bruttostundenlohn der Frau einen starken Substitutionseffekt auf die Kindernachfrage (über die Opportunitätskosten); außerdem hat er, wie Verhandlungsmodelle zeigen, einen zusätzlichen Effekt über die relative Verhandlungsposition in der Partnerschaft, die umso stärker ist, je höher der Stundenlohn im Vergleich mit dem des Partners ausfällt. Aus diesem Grund sollten die Stundenlöhne nicht nur über die Budgetrestriktion, sondern auch über die Präferenzen berücksichtigt werden, um als Indikatoren der Verhandlungsmacht ein Verhandlungsmodell zumindest anzunähern. In welcher Form dies geschehen kann (relativer Stundenlohn oder Differenz der Stundenlöhne; Löhne aus der Entscheidungsperiode oder der Vorperiode) ist in der praktischen Umsetzung zu prüfen.

Da Kinder eine „lebenslange Unternehmung“ (Gustafsson 2003: 352) sind, ist – wie der Literaturüberblick deutlich herausgearbeitet hat – zur Modellierung der Fertilitätsentscheidung idealerweise nicht nur das gegenwärtige Einkommen, sondern das *Einkommensprofil über den Lebensverlauf* heranzuziehen. Insbesondere für die Frauen ergeben sich hier Wechselwirkungen mit der Fertilität. So haben einerseits die Geburten einen Einfluss auf den weiteren Einkommens- und Karrierepfad, bestimmen also das Einkommensprofil über den Lebensverlauf. Umgekehrt beeinflusst das zu erwartende Profil die Entscheidung insbesondere über das Timing der Geburten.

Die Modellierung dieser Wechselwirkungen ist im Grundmodell schwierig, da in der Klasse der Modelle mit kurzfristigem Entscheidungshorizont anders als in Lebenszyklusmodellen nicht sämtliche weitere Perioden berücksichtigt wer-

den. Es ist daher der Zeitpunkt festzulegen, für den die Anreize modelliert werden sollen. Bei Haan und Wrohlich ist dies der Zeitpunkt zwölf Monate nach einer (hypothetischen) Geburt. Andere Zeitpunkte sind zu prüfen, zum Beispiel ein Dreijahreshorizont. Dieser ist den Haushalten aus unterschiedlichen Entscheidungszusammenhängen beziehungsweise Ereignissen vertraut (Eintritt des Kindes in die Kita, maximale Dauer der Elternzeit, Entgeltpunkte in der Gesetzlichen Rentenversicherung für geburtsbedingte Auszeiten).

Ein erster Schritt in Richtung eines Lebenszyklusmodells wäre eine Aggregation der zukünftigen Wirkungen unter der Annahme, dass keine weiteren Geburten stattfinden oder dass sich diese wie im Modul „Zentrale Leistungen im Lebensverlauf“ ohne weitere Optimierung aus einer reinen Fortschreibung ermitteln lassen. Damit ließe sich die Wechselwirkung mit dem Einkommensprofil über den Lebensverlauf zumindest annähern.

Das *Haushaltseinkommen* enthält nicht nur die Erwerbseinkommen der Partner, sondern auch weitere Bestandteile wie Zins-, Pacht- oder Mieteinkommen. Diese Einkommensbestandteile sind in den Daten zumindest näherungsweise verfügbar. Das verfügbare Einkommen, das sich in einem Simulationsmodell ergäbe, würde einerseits auf annahmegemäß fixen Einkünften, andererseits auf den Erwerbseinkommen, die eine Entscheidungsvariable des Modells darstellen, beruhen. Durch die simultane Modellierung wird der wechselseitige Einfluss von Haushaltseinkommen und Fertilitätsentscheidungen erfasst.

Die in Tab. 11 aufgeführten makroökonomischen Faktoren sind vor allem als Ersatzvariablen zu verstehen. In vielen Fällen ist es in einem Mikrosimulationsmodell sinnvoller, direkt auf die entsprechenden Mikrovariablen zu kontrollieren. Nur bei den ersten drei Faktoren – der Konjunktur, der regionalen Arbeitslosen- und der regionalen Erwerbsquote – ist eine Berücksichtigung zu prüfen, weil diese Variablen möglicherweise Aspekte der Beschäftigungsunsicherheit und Wiederbeschäftigungschancen messen, die noch nicht in den entsprechenden Mikrovariablen (Tab. 10) enthalten sind. Grundsätzlich sind aber diese Mikrovariablen vorzuziehen, weil es stärker auf die subjektive Wahrnehmung der Beschäftigungsrisiken als auf die objektiven Kennzahlen ankommt. Mit letzteren lassen sich die Risiken für den einzelnen Haushalt nicht zuletzt aufgrund der groben Regionaleinteilung, mit der sich nicht unbe-

dingt der relevante Arbeitsmarkt erfassen lässt, nur unzureichend abbilden. Wie dem auch sei – eine einfache Berücksichtigung von (nationalen) *Konjunkturlinien* ist durch die Aufnahme von Jahresdummies in die Schätzung möglich. Die *regionale Arbeitslosenquote* und die *regionale Erwerbsquote* liegen beispielsweise in den INKAR-Daten vor und können den SOEP-Daten zugespielt werden.

**Tab. 11: Makroökonomische Faktoren**

Einflussfaktor	Mögliche Parametrisierung
Konjunktur	Berücksichtigung über Jahresdummies
Regionale Arbeitslosenquote	Kann berücksichtigt werden (INKAR-Daten)
Regionale Erwerbsquote	Kann berücksichtigt werden (INKAR-Daten)
Anteil der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst	Direkte Kontrolle auf eigene Beschäftigung im Öffentlichen Dienst ist vorzuziehen
Anteil Frauen mit tertiärer Bildung	Direkte Kontrolle auf eigene Bildung ist vorzuziehen
Frauenanteil unter MINT Studienabsolventen	Direkte Kontrolle auf eigenen Studienabschluss ist vorzuziehen
Gender pay gap	Kontrolle auf eigenen Bruttostundenlohn ist vorzuziehen. Monatseinkommen ist im Modell Entscheidungsvariable.
Differenz in der Arbeitslosenquote zwischen Frauen und Männern	Kontrolle auf eigene Arbeitslosigkeitserfahrung ist vorzuziehen. Nichterwerbstätigkeit ist im Modell Entscheidungsvariable.

Quelle: Eigene Darstellung. MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.

Deutlich wichtiger als die Berücksichtigung der makroökonomischen Faktoren ist die Abbildung von Einstellungsunterschieden (Tab. 12). In der Tabelle geht es um Möglichkeiten, die im Literaturüberblick herausgearbeiteten Werte, Normen und Einstellungen *direkt* zu berücksichtigen. Ein indirekter Einfluss wird auch durch die bisher besprochenen Einflussfaktoren, etwa die Bildung (Tab. 9), erfasst. Mit den Einstellungsvariablen soll abgebildet werden, dass bestimmte Personen auf die gleichen Anreize und Restriktionen aufgrund un-

terschiedlicher Einstellungen verschieden reagieren werden, weil sie die Anreize und Restriktion verschieden bewerten.

**Tab. 12: Einstellungsvariablen**

Einflussfaktor	Mögliche Parametrisierung
Normen der Partnerschaftsbildung	Keine Informationen in SOEP; FiD: heiraten, wenn Kinder da; Ehe als lebenslange Verbindung. Imputation durch andere Daten möglich, aber nicht vordringlich, da die Modellierung für gegebene Partnerschaften erfolgt
Normative Verbindlichkeit der Elternschaft	Wichtigkeit von Kindern
Zeitfenster für Elternschaft	Keine direkten Informationen im SOEP. Indirekt über Alter, Ausbildungsabschluss, Berufserfahrung, Unsicherheit im Beruf. FiD: Keine (weiteren) Kinder, weil zu alt
Frauen- und Mutterrolle; Männer- und Vaterrolle	SOEP: Bedeutung des Berufs; Wichtigkeit von Familie und Partnerschaft. Im Fragebogen für Eltern von 7- oder 8-jährigen Kindern: Wahrnehmung der Elternrolle  FiD: ausführliche Informationen
Wertschätzung von Ehe und Familie	Wichtigkeit von Familie; Wichtigkeit einer glücklichen Ehe oder Partnerschaft
Wahrgenommener Wert von Kindern	Wichtigkeit von Kindern. Im Neugeborenen-Fragebogen: Veränderungen im Leben durch das Kind. Im Fragebogen für Eltern von 7- oder 8-jährigen Kindern: Ansprüche an Kinder und Erziehung: Idealer Schulabschluss, Erziehungsziele, Erziehungspraxis.
Mit Familienorientierung in Konkurrenz stehende Werte	Wichtigkeit von Lebensbereichen (Familie, Einkommen, Arbeit usw.). Wichtigkeit, sich selbst zu verwirklichen, sich etwas leisten zu können, für andere da zu sein, Kinder zu haben, sich zu engagieren usw.

Quelle: Eigene Darstellung.

Zu den *Normen der Partnerschaftsbildung* (normativ bedingte Selektionskriterien bei der Partnerwahl wie Größe, Altersabstand, Bildung sowie Einstellun-

gen dazu, ob eine stabile Partnerschaft Voraussetzung für Kinder ist) finden sich im SOEP keine direkten Informationen. Im FiD wird erhoben, ob man spätestens dann heiraten sollte, wenn ein Kind da ist, und ob die Ehe eine lebenslange Verbindung sei, die nicht beendet werden sollte. Verbleibende Datenlücken können grundsätzlich durch Imputation aus den im Literaturüberblick genannten Datenquellen geschlossen werden. Die *normative Verbindlichkeit der Elternschaft* kann in den Wellen 2004 und 2008 durch eine Frage nach der Wichtigkeit von Kindern angenähert werden, der Aspekt der Verbindlichkeit wird damit aber nicht exakt erfasst. In den übrigen Wellen kann diese Variable imputiert werden.

Zum *Zeitfenster für Elternschaft* finden sich im SOEP keine direkten Informationen. Indirekt lässt sich das Zeitfenster über das Alter abbilden, allerdings geht damit der normative Aspekt verloren. Ebenfalls indirekt abbildbar ist die untere Schwelle des Zeitfensters, also die Vorstellung, dass bestimmte andere Schritte zu absolvieren sind, bevor eine Elternschaft in Frage kommt. Diese untere Schwelle kann durch den Ausbildungsabschluss, die Berufserfahrung oder die Unsicherheit im Beruf abgebildet werden. In den FiD-Daten wird gefragt, ob deshalb kein (weiteres) Kind geplant ist, weil man selbst oder der Partner/die Partnerin zu alt ist.

Zur *Frauen- und Mutterrolle* und zur *Männer- und Vaterrolle* liegen im SOEP vergleichsweise wenige Informationen vor. In den Wellen von 1994 bis 2001 wurde jährlich und seitdem alle zwei Jahre nach der Bedeutung des Berufs gefragt; in Verbindung mit den Fragen nach der Wichtigkeit von Familie und Partnerschaft lässt sich so ein erstes Bild der Frauen- und Mutterrolle beziehungsweise Männer- und Vaterrolle zeichnen. Ein Nachteil dieser Maße ist aber, dass sie nur für die Person selbst und nicht über Kreuz, also auch für den Partner, erhoben werden. Zudem wird nach der Wichtigkeit gefragt, ohne direkt auf die normative Wirkung von Rollenbildern abzielen („Eine Frau sollte ...“ oder ähnlich). Der Fragebogen für Eltern von sieben- oder achtjährigen Kindern enthält allerdings detaillierte Informationen zur Wahrnehmung der Elternrolle. Damit ist aber die Frauenrolle nur zum Teil abgedeckt, und außerdem stehen die Informationen zur Elternrolle nur für diejenigen Personen zur Verfügung, die bereits mindestens ein Kind im Alter von sieben oder acht Jahren haben. Zur Modellierung der Entscheidung für das erste Kind können sie also nicht herangezogen werden.

Die neuen FiD-Daten haben die Datenlage hinsichtlich der Geschlechter- und Elternrollen deutlich verbessert. Erfragt wird in insgesamt zwölf Items unter anderem, ob die Befragten der Meinung sind, dass ein Kind unter drei beziehungsweise sechs Jahren unter der Berufstätigkeit der Mutter leiden wird, ob sich Frauen stärker um die Familie als um ihre Karriere kümmern sollten oder ob sich Männer stärker um die finanzielle Absicherung der Familie kümmern sollten als Frauen, also eine Ernährerrolle haben.

Zur Messung der *Wertschätzung von Ehe und Familie* stehen Informationen aus den Wellen 1999 (Wichtigkeit von Familie) und 2004 und 2008 (Wichtigkeit einer glücklichen Ehe oder Partnerschaft) zur Verfügung.

In den Wellen 2004 und 2008 wurde zudem nach der Wichtigkeit von Kindern gefragt; damit lässt sich der im Literaturüberblick diskutierte *wahrgenommene Wert von Kindern* abbilden. Die Ansprüche an die „Qualität“ der Kinder, die in einigen Fertilitätsmodellen eine Rolle spielen, lassen sich im Fragebogen für Eltern von sieben- oder achtjährigen Kindern erfassen. Die Eltern werden unter anderem nach ihrer Idealvorstellung hinsichtlich des Schulabschlusses gefragt – diese Information ist auch deshalb interessant, weil zugleich nach der Wahrscheinlichkeit der Abschlüsse gefragt wird. Der Fragebogen enthält auch Informationen zur Wichtigkeit einer Reihe von Erziehungszielen. Eltern, die hier häufig „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“ angeben, haben höhere Ansprüche an ihr Kind und an ihre eigene Erziehung. Informationen zur Erziehungspraxis liegen ebenfalls vor. Erhoben wird zum Beispiel, wie häufig die Eltern ihr Kind kritisieren und streng zu ihm sind. Die Informationen aus dem Fragebogen liegen aber nur für Personen vor, die bereits ein sieben- oder achtjähriges Kind haben. Nur für Eltern liegen die Informationen vor, die im Neugeborenen-Fragebogen zu den Erfahrungen mit dem Kind vorliegen, also zum körperlichen und seelischen Befinden der Mutter vor und nach Geburt und zu der Änderung der Lebensumstände durch das Kind, der Wahrnehmung der Elternrolle als befriedigend oder belastend und zum Befinden, Verhalten und der Entwicklung des Kindes (vgl. Tab.6).

Die generelle Bedeutung von *mit einer Familienorientierung in Konkurrenz stehenden Werten* kann im SOEP durch in der Welle 1999 zuletzt gestellte Fragen nach der Wichtigkeit von Lebensbereichen (Familie, Einkommen, Arbeit), besser aber über eine Fragebatterie aus den Wellen 2004 und 2008 abgebildet

werden, in denen danach gefragt wird, wie wichtig es für die Person sei, sich etwas leisten können, sich selbst zu verwirklichen und Erfolg im Beruf zu haben oder andererseits für andere da zu sein, Kinder zu haben, sich politisch oder sozial zu engagieren usw. In den FiD-Daten liegen diese Informationen ebenfalls vor.

Als *Fazit* lässt sich festhalten, dass die Datenlage im Bereich der ehe- und familienbezogenen Werte, Normen und Einstellungen im SOEP etwas schlechter ist als bei den übrigen Einflussfaktoren. Die Mutter-Kind-Fragebögen beziehungsweise der Elternfragebogen bieten noch die meisten Informationen. Diese liegen aber nur für Personen vor, die bereits Eltern sind. Die FiD-Daten haben aber für eine deutliche Verbesserung gesorgt und viele Datenlücken geschlossen.

Eine Ergänzung durch weitere Datenquellen (insbesondere Erhebungen, die ihren Schwerpunkt auf Einstellungen oder auf Familie und Partnerschaft legen) ist trotz der Verbesserungen durch die FiD-Daten bei den Werten, Normen und Einstellungen am ehesten zu prüfen – bei den übrigen Einflussfaktoren enthalten SOEP und FiD wie gesehen ja bereits umfangreiche Informationen. Die Liste der Datensätze und Variablen, die für eine Imputation in Frage kommen, ergibt sich aus dem Literaturüberblick in Kapitel 6. Dort sind die einzelnen Fragen ja zum Teil bereits wortwörtlich aufgeführt. So können die Normen der Partnerschaftsbildung aus dem Generations and Gender Survey (GGS) und mithilfe der dortigen Variable „Man sollte erst Kinder bekommen, wenn man sich sicher ist, dass man als Paar zusammenbleibt“ oder aus der Befragung des IfD Allensbach (enthält eine Frage nach einer stabilen Partnerschaft als Voraussetzung für Kinder) abgebildet werden (vgl. Abschnitt 6.1.1). Für die übrigen Normen und Einstellungen sei ebenfalls auf den Literaturüberblick verwiesen. Die Imputation ist aber in jedem Einzelfall in der empirischen Umsetzung zu prüfen.

## 9 Zusammenfassung

Seit 2009 wird im Rahmen der „Gesamtevaluation von ehe- und familienbezogenen Leistungen“ in Deutschland erstmals eine umfassende Analyse der Wirkung staatlicher Leistungen und Maßnahmen auf bestimmte familienpolitische Ziele durchgeführt. Eines dieser Ziele ist die Steigerung der Geburtenrate bzw. die Erfüllung von Kinderwünschen. Im Zentrum des Interesses steht die Frage, wie eine Steigerung der Geburtenrate über den Kanal der Erfüllung bestehender Kinderwünsche erreicht werden kann. Die vorliegende Teilstudie bietet eine umfassende Bestandsaufnahme zur Geburtenrate und zu den Kinderwünschen und identifiziert die wichtigsten soziodemografischen, sozial-normativen und politisch-rechtlichen Einflussfaktoren auf die Fertilität. Dieser Überblick bildet die Grundlage, um die Wirkung der ehe- und familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen in Deutschland auf die Geburtenrate und die Erfüllung von Kinderwünschen zu analysieren. Die Ergebnisse der Wirkungsanalyse werden im Sommer 2013 vorliegen und in einer zweiten Teilstudie veröffentlicht.

### 9.1 Bestandsaufnahme zu Fertilität und Kinderwünschen

Im **historischen Rückblick** ist zu beobachten, dass in Deutschland nach Jahrzehnten der Zurückhaltung gegenüber bevölkerungspolitischen Fragen der sich abzeichnende Bevölkerungsrückgang und seine Folgen zunehmend thematisiert werden. Ein Blick auf die **Entwicklung der Fertilität** in Deutschland liefert in diesem Zusammenhang zwei maßgebliche Befunde: Es zeigt sich *erstens* ein langfristiger Trend sinkender beziehungsweise niedriger Geburtenziffern unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus, der bereits deutlich vor dem sogenannten ‚Pillenknick‘ Ende der 1960er Jahre eingesetzt hat. Es finden sich jedoch auch Hinweise darauf, dass es in den ab 1970 geborenen Jahrgängen erstmals wieder zu einem leichten Anstieg der Kohortenfertilität kommen könnte. *Zweitens* werden die nach wie vor bestehenden strukturellen Unterschiede des Geburtenverhaltens in den alten und neuen Bundesländern deutlich.

Verknüpft man diese Erkenntnisse zur Fertilität mit den beiden weiteren demografischen Prozessen der Mortalität und der Migration, so lässt sich die

**historische und zukünftige Entwicklung der Bevölkerung** Deutschlands nachzeichnen. Die aktuelle Entwicklung ist charakterisiert durch eine Geburtenrate unterhalb des Reproduktionsniveaus, eine zunehmende Lebenserwartung besonders älterer Menschen sowie schwankende, niedrige Wanderungsgewinne. Als Konsequenz dieser Entwicklung wird sich zukünftig aller Voraussicht nach der bereits eingesezte Bevölkerungsrückgang beschleunigen. Parallel hierzu wird voraussichtlich einerseits der Anteil der zugewanderten Bevölkerung zunehmen und sich andererseits die Altersstruktur zugunsten der älteren und hochbetagten Bevölkerung verschieben.

Die **Konsequenzen** dieses demografischen Wandels berühren prinzipiell alle gesellschaftlichen Bereiche. So sind u.a. aus ökonomischer Sicht einerseits finanzielle Herausforderungen für die Systeme der sozialen Sicherung zu erwarten; gleichzeitig werden Einbußen bezüglich des Wirtschaftswachstums vorausgesagt. Zweitens werden sich zukünftig Herausforderungen im Bereich der Angehörigenpflege ergeben, da einer zunehmenden Zahl Pflegebedürftiger immer weniger Angehörige gegenüberstehen werden. Dies wird auch Fragen der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege stärker in den Vordergrund rücken. Drittens wird die ungleichmäßige Bevölkerungsentwicklung zwischen und innerhalb der Bundesländer zu regionalen Unterschieden mit Bezug auf Wohlstand und infrastrukturelle Versorgung führen.

Neben dem beobachtbaren Geburtenverhalten ist auch der **Kinderwunsch** von Paaren von Bedeutung. Dieser vieldiskutierte Indikator für die zukünftige Entwicklung der Geburtenziffern kann den politischen Entscheidungsträgern wichtige Hinweise auf mögliche (ungedekte) Bedarfe im Bereich der familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen geben. Aus wissenschaftlicher Sicht zeigt sich allerdings, dass die Definition des Begriffs „Kinderwunsch“ nicht einheitlich vorgenommen wird, was die Vergleichbarkeit vorhandener Studien deutlich erschwert. Entsprechend scheint Vorsicht geboten, wenn aus *Kinderwünschen* Rückschlüsse auf zukünftig *realisierte* Geburten gezogen werden sollen oder aus der häufig beobachteten Diskrepanz zwischen idealer, erwarteter und realisierter Kinderzahl Schlussfolgerungen bezüglich der Notwendigkeit einer familienpolitischen Intervention abgeleitet werden.

Obleich die *durchschnittlich* gewünschte Kinderzahl in Deutschland lange Zeit mit 1,75 relativ konstant blieb, ergaben sich in den vergangenen Jahrzehnten

markante *strukturelle* Verschiebungen: Insgesamt zeichnet sich nun eine bimodale Verteilung des Kinderwunsches ab, indem entweder gar keine oder mindestens zwei Kinder gewünscht werden. Dabei gehört Deutschland zu den europäischen Ländern mit der niedrigsten idealen oder gewünschten Kinderzahl. Neuere Umfrageergebnisse weisen allerdings darauf hin, dass die persönlich ideale Kinderzahl in jüngster Zeit auf durchschnittlich 2,1 gestiegen ist. Offen muss derzeit bleiben, inwiefern diese Entwicklung eine Trendwende markiert und sich auf die tatsächlich beobachtete Fertilität auswirken wird.

## 9.2 Einflussfaktoren auf Fertilität und Kinderwünsche

Ein Überblick über vorhandene theoretische und empirische wissenschaftliche Arbeiten verdeutlicht, dass eine breite Vielfalt an Einflussfaktoren auf die Fertilität und die Kinderwünsche diskutiert wird. Diese lassen sich grob in drei Kategorien einordnen: „soziodemografische“, „sozial-normative“ sowie „politisch-rechtliche“ Einflussfaktoren.

### 9.2.1 Soziodemografische Faktoren

Die soziodemografischen Einflussfaktoren lassen sich in soziale Hintergrundfaktoren, demografische Faktoren und Humankapitalfaktoren unterteilen. Gemäß den ökonomischen Fertilitätstheorien wirken diese Faktoren entweder über die Kosten von Kindern, das Einkommen und/oder die Präferenzen der (potenziellen) Eltern.

Unter den sozialen Hintergrundfaktoren sind zunächst **familiale Faktoren** von Bedeutung. Dabei ist u.a. die familiäre Herkunft entscheidend: Während ein hoher sozio-ökonomischer Status des Elternhauses überwiegend dazu führt, dass Frauen ihr erstes Kind später bekommen, erhöht eine hohe Geschwisterzahl die Zahl der gewünschten eigenen Kinder. Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass der Familienstand der Ehe einen positiven Einfluss auf den Übergang zur Erstgeburt ausübt, wenngleich dieser Einfluss in Ostdeutschland weniger stark ausgeprägt ist als in Westdeutschland und zudem für Gesamtdeutschland abnimmt. Ein positiver Geburteneffekt wurde außerdem (insbesondere für Westdeutschland) für das Vorhandensein familialer Betreuungsnetzwerke gefunden.

Als weiterer sozialer Hintergrundfaktor erhöht eine ausgeprägte **religiöse Orientierung** die Geburtenwahrscheinlichkeit, während unterschiedliche Religionszugehörigkeiten der Partner einen hemmenden Effekt ausüben.

Schließlich gehören auch **Region, Nationalität und Migrationserfahrung** zu den sozialen Hintergrundfaktoren. Die Region ist dabei gewissermaßen als ein „Platzhalter“ für durch die verwendeten statistischen Daten nicht abgebildete Einflüsse auf die Fertilität anzusehen. So zeigt eine Vielzahl von Studien, dass die Einstellungen der Bevölkerung bezüglich der Erwerbstätigkeit von Müttern, außerfamiliärer Kinderbetreuung und der Bedeutung von Familie als zentralem Lebensbereich zwischen Ost- und Westdeutschland differieren. Die regional vorherrschenden Einstellungen zu diesen Fragen wirken nicht nur direkt auf das Geburtenverhalten, sondern haben zudem einen Einfluss darauf, wie sich das regional vorhandene Kinderbetreuungsangebot auf die Fertilität auswirkt. Auch im internationalen Vergleich zeigen sich Ländereffekte, die selbst bei Kontrolle institutioneller Unterschiede auftreten und somit in Teilen ebenfalls auf Einstellungsunterschiede zurückzuführen sind. Zudem ist länderübergreifend ein positiver, wenn auch rückläufiger Einfluss ausländischer Nationalität bzw. Migrationserfahrung auf die Fertilität zu beobachten.

Darüber hinaus haben auch **demografische Faktoren** einen Einfluss auf das Geburtenverhalten. So steigt mit zunehmendem Alter der Frau die Wahrscheinlichkeit einer Erstgeburt, während sich dieser Effekt für Folgegeburten umkehrt. Auch das Vorhandensein sowie das Alter von Kindern im Haushalt sind von Bedeutung für Fertilitätsentscheidungen.

Die Einflussgrößen Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen lassen sich daneben als **Humankapitalfaktoren** fassen. Aus einem hohen **Bildungsniveau** resultiert meist ein hohes (erzielbares) Einkommen, dem sowohl positive als auch negative Effekte auf die Fertilität zugeschrieben werden können: Während ein hohes Einkommen der Frau einerseits die Wahrscheinlichkeit einer Geburt begünstigt (*Einkommenseffekt*), führt es andererseits dazu, dass der Wert der eigenen Zeit steigt und sich dadurch die Kosten alternativer Zeitverwendung (wie z.B. Kinderbetreuung) erhöhen (*Opportunitätskosteneffekt*). Insgesamt wirkt ein hohes Bildungsniveau auf eine Erstgeburt in der Mehrzahl der Studien verzögernd, während Folgegeburten hierdurch begünstigt werden. Die negativen Einflüsse des Bildungsniveaus auf die Übergangsrate zur ersten

Geburt verschwinden jedoch unter Berücksichtigung der Dauer der Ausbildung: Zwar schließen Akademikerinnen ihre berufliche Ausbildung deutlich später ab als niedriger gebildete Frauen, jedoch erfolgt der Übergang zur Mutterschaft anschließend vergleichsweise zügig. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit einer Familiengründung während der Ausbildung vergleichsweise gering ist, zeigt ein Ost-West-Vergleich auf, dass eine gute Vereinbarkeitsituation die Fertilität bereits während der Ausbildung erhöhen kann.

Die Vereinbarkeit entscheidet auch darüber, ob von einem hohen Bildungsniveau der Mutter ein eigenständiger geburtenfördernder Effekt ausgeht. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass dies dort der Fall ist, wo eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben ist: Gut ausgebildete Mütter können hier einer entsprechend gut bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen, und dieses Mehr an Haushaltseinkommen beeinflusst die Geburtenneigung positiv. Der positive Bildungseffekt seitens der Mutter bleibt auch erhalten, wenn das Bildungsniveau des Vaters berücksichtigt wird. In Ländern mit einer ungünstigeren Vereinbarkeitssituation hingegen führen gesellschaftliche Konventionen dazu, dass zumeist die Mutter ihre Erwerbstätigkeit aufgibt oder einschränkt, während der Vater kontinuierlich erwerbstätig ist. In diesen Ländern tritt der Bildungseffekt seitens der Mutter daher hinter jenen des Vaters zurück. Außerdem ist festzuhalten, dass Bildungseinflüsse bei jüngeren Kohorten eine größere Rolle spielen als bei älteren.

Auch mit Blick auf den zweiten Humankapitalfaktor **Erwerbstätigkeit** belegt eine Vielzahl von Studien die zentrale Bedeutung der Vereinbarkeitssituation: Bei einer gelingenden Vereinbarkeit von Beruf und Familie zeigen sich fördernde Effekte der Frauenerwerbstätigkeit auf die Erstgeburt, während eine Erwerbsbeteiligung sowie eine hohe berufliche Stellung der Frau geburtenhemmend wirken, wenn eine Vereinbarkeit beider Lebensbereiche nicht gewährleistet ist. Für Folgegeburten können zudem ein hoher Wochenarbeitsumfang sowie eine langjährige Erwerbsbeteiligung der Frau negative Effekte zeitigen. Auch von Arbeitslosigkeit und einem unsicheren Beschäftigungsverhältnis der Frau gehen unterschiedliche Effekte aus, je nachdem, welche Erwerbs- und Einkommensverantwortung ihr in der Partnerschaft zukommt. Für Skandinavien und Ostdeutschland lässt sich eine geburtenhemmende Wirkung ökonomischer Unsicherheit auf Seiten der Frau konstatieren. Dieser Effekt wird zusätzlich durch das Bildungsniveau moderiert: In Ostdeutschland wirkt

Arbeitslosigkeit bei niedrig qualifizierten Frauen überwiegend geburtenfördernd, während sie bei hochqualifizierten Frauen den umgekehrten Effekt hat.

Die Argumentation im Zusammenhang mit den beiden Einflussfaktoren Bildungsniveau und Erwerbsarbeit wird durch die Befunde zum dritten Humankapitalfaktor, dem **Einkommen**, unterstrichen. Neben den Einkommensverlusten, die während der beruflichen Auszeit anfallen, zieht eine Erwerbsunterbrechung auch *nach* Rückkehr in den Beruf Einkommenseinbußen (z.B. durch eine Entwertung der beruflichen Qualifikationen oder unterlassene Weiterbildungsinvestitionen) nach sich. In der Folge neigen Frauen nicht nur bei einem hohen Bildungsstand, sondern zusätzlich auch bei einer schnellen Entwertung des Humankapitals, einer langen erwarteten Erwerbsunterbrechung sowie bei hohen Investitionen in und hohen Erträgen aus beruflicher Weiterbildung dazu, die Erstgeburt aufzuschieben. Demgegenüber zeitigen die Erwerbstätigkeit und das Einkommen des männlichen Partners den meisten Studien zufolge positive Effekte auf die Fertilität, insbesondere auf die Entscheidung zu Folgegeburten. Die Befunde zum Einfluss des Haushaltseinkommens erweisen sich allerdings als ambivalent, was auf die sehr unterschiedliche Definition des Begriffs zurückzuführen ist.

In der empirischen Analyse der soziodemografischen Faktoren von Geburtenentscheidungen auf der Mikroebene werden drei Akzentverschiebungen sichtbar, die mit der zunehmenden Einbindung von Frauen in das Erwerbsleben zusammenhängen. Zum einen spielen Zeitkosten der mütterlichen Betreuung eine zunehmende Rolle – insbesondere dort, wo die Vereinbarkeitssituation eher ungünstig ist. Geburtsbedingte Auszeiten sind, zweitens, nicht nur im Sinne des kurzfristigen Einkommensverlustes, sondern auch in ihren Erwerbs- und Einkommensfolgen für den weiteren Erwerbsverlauf relevant. Angesichts zunehmender Instabilitäten von Partnerschaften ist, drittens, auch die Frage der Arbeitsteilung zwischen den Partnern und die damit einhergehende Verteilung ökonomischer Risiken im Sinne entgangener Einkommens- und Teilhabechancen am Arbeitsmarkt in der Lebensverlaufsperspektive bedeutsam.

Ergänzend zu den Faktoren auf der Mikroebene wurden in einigen Studien **makroökonomische Faktoren** (insbesondere die Arbeitslosenquote, aber auch die Frauenerwerbsquote) mit der Geburtenrate in Verbindung gesetzt. Da die

beobachtbaren Zusammenhänge jedoch vermutlich durch Drittvariablen bestimmt wurden, lassen sich hieraus meist keine kausalen Zusammenhänge ableiten.

### 9.2.2 Sozial-normative Determinanten

Die Betrachtung der sozial-normativen Determinanten der Fertilität verdeutlicht, dass Normen bezüglich der Biografiegestaltung, dominante Geschlechterrollenbilder sowie das Ausmaß der Wertschätzung von Familie und Kindern einen Einfluss auf die Fertilität nehmen (können).

Bezüglich der **Normen der Partnerschaftsbildung** zeigt sich, dass eine stabile Partnerschaft in Deutschland als unentbehrliche Voraussetzung für eine Familiengründung angesehen wird. Diese Voraussetzung ist allerdings für eine steigende Zahl potenzieller Eltern nicht gegeben, was u.a. auf unrealisierbare Vorstellungen vom idealen Partner (z.B. bezüglich des Bildungsniveaus) sowie hohe Erwartungen an die emotionale Qualität einer Paarbeziehung zurückzuführen ist. Demgegenüber lässt sich mit Blick auf die **normative Verbindlichkeit der Elternschaft** in der Vergangenheit eine schrittweise Abnahme des gesellschaftlichen Drucks zur Elternschaft und damit verbunden eine steigende Akzeptanz der Kinderlosigkeit konstatieren. Gleichzeitig ist die Zahl sinnstiftender Handlungsoptionen als Alternativen zur Elternschaft gestiegen.

Normen, die das mögliche **Zeitfenster für Elternschaft** abstecken, beziehen sich zum einen auf das ideale Alter für eine Mutter- oder Vaterschaft und zum anderen darauf, welche Vorbedingungen für die Gründung einer Familie erfüllt sein sollten. Hierbei ist insbesondere in Westdeutschland ein sequentielles Muster zu konstatieren, welches den Eintritt in den Arbeitsmarkt und damit die ökonomische Unabhängigkeit von den eigenen Eltern einer Elternschaft voranstellt. Aufgrund verlängerter Ausbildungszeiten und verzögerter Berufseinstiege sind diese Voraussetzungen heute häufig erst ab Mitte/Ende 20 erfüllt. In Kombination mit den herrschenden Altersnormen, die das ideale Alter für eine Familiengründung im dritten Lebensjahrzehnt verorten, ergibt sich ein vergleichsweise kleines Zeitfenster. Dementsprechend ist Kinderlosigkeit häufig nicht das Ergebnis einer bewussten Entscheidung gegen Kinder, sondern Resultat des Aufschiebens der Familiengründung.

Die **Frauen- und Mutterrolle** hat in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland einen deutlichen Wandel erfahren und weist nun Ambivalenzen auf: Während das Qualifikationsniveau sowie die Erwerbsbeteiligung von Frauen allgemein zugenommen haben, bestehen weiterhin – im internationalen Vergleich besonders starke – Vorbehalte gegen eine Erwerbstätigkeit von Müttern. Obwohl die überwiegende Mehrheit der Frauen eine Kombination von Erwerbstätigkeit und Familie anstrebt, werden sie daher mit einem Entscheidungskonflikt zwischen diesen beiden Lebensbereichen konfrontiert. Dabei lässt sich im Ländervergleich ein positiver Zusammenhang zwischen der Befürwortung der Müttererwerbstätigkeit sowie einer egalitären Rollenverteilung einerseits und der Geburtenrate andererseits nachweisen.

Bezüglich der **Männer- und Vaterrolle** zeigt sich für Deutschland nach wie vor eine Orientierung am Modell des männlichen Ernährers, obwohl die praktische Umsetzung durch gestiegene Arbeitslosigkeit und atypische Beschäftigungsformen schwieriger geworden ist. Zudem ist Vaterschaft zunehmend mit neuen, höheren Ansprüchen bezüglich eines stärkeren Engagements in der Familienarbeit behaftet. Der doppelte Anspruch an die Vaterrolle als Ernährer sowie ‚aktiver Vater‘ kann zu Verunsicherung unter jungen Männern führen und ihre Bereitschaft zur Familiengründung senken.

Die **Wertschätzung von Ehe und Familie** ist in Deutschland nach wie vor groß; alternative Lebensformen werden zumeist nicht bewusst gewählt, sondern sind Resultat widriger Umstände, wie z.B. der gestiegenen Instabilität von Paarbeziehungen. Während im Zeitverlauf die Ehe an Bedeutung verloren hat, sind jedoch im internationalen Vergleich die Wertschätzung der Ehe sowie die Verknüpfung von Ehe und Elternschaft in Deutschland besonders ausgeprägt. Mit Blick auf die **Wertschätzung von Kindern** zeigt sich ein deutlicher gesellschaftlicher Wandel: Während Kindern ein immer geringerer ökonomischer und sozialer Wert zugemessen wird, dominiert nun ihr psychisch-emotionaler Wert. Dieser ist jedoch häufig bereits bei einer geringen Kinderzahl ausgeschöpft.

Die gesunkene Bedeutung der Institution der Ehe und die veränderte Wertschätzung von Kindern gehen einher mit einer Bedeutungszunahme von **Werten, die mit einem Leben mit Familie und Kindern in Konkurrenz** stehen. Für Deutschland kann in den vergangenen Jahrzehnten ein Zuwachs postmateria-

listischer Werte, die auf Partizipation, Selbstverwirklichung und Lebensqualität ausgerichtet sind, konstatiert werden. Dabei ist eine hohe Bedeutung dieser Werte mit einer höheren Wahrscheinlichkeit der Kinderlosigkeit verknüpft. Elternschaft ist in Deutschland zu einem Wert unter vielen geworden, die das Leben mit Sinn erfüllen können, wodurch ein niedriger Kinderwunsch begünstigt werden kann.

### 9.2.3 Politisch-rechtliche Determinanten

Fertilitätsentscheidungen sind nicht nur von soziodemografischen und sozial-normativen Einflussfaktoren abhängig, sondern werden auch durch politisch-rechtliche Rahmenbedingungen beeinflusst. Die Wirkung einzelner familienpolitischer Leistungen und Maßnahmen auf die Fertilität ist dabei von dem **familienpolitischen Gesamtprofil** eines Landes abhängig. Hierbei ist neben der Anzahl und dem Zusammenspiel einzelner Maßnahmen auch die historische Entwicklung des bestehenden Leistungsspektrums relevant. Dabei scheinen sowohl *Kohärenz* und *Homogenität* als auch *Langfristigkeit* und *Anpassungsfähigkeit* der Familienpolitik eine hohe Fertilität zu begünstigen. Bezüglich der konkreten familienpolitischen Ausrichtung weisen im internationalen Vergleich derzeit insbesondere diejenigen Länder eine hohe Fertilität auf, die der Gleichstellung der Geschlechter einen hohen Stellenwert beimessen und egalitäre Rollenmuster unterstützen. Mit Blick auf das familienpolitische Profil Deutschlands lässt sich historisch eine Ausrichtung am Modell des männlichen Ernährers und der nichterwerbstätigen bzw. zuverdienenden Mutter beobachten. Während es in den vergangenen Jahren zwar zu einer zunehmenden Förderung der Müttererwerbstätigkeit gekommen ist, lässt sich (noch) nicht von einer konsistenten Neuausrichtung der Familienpolitik sprechen.

Da es sich bei Familienpolitik um einen ausgeprägten Querschnittsbereich handelt, sind neben der Ausrichtung der Familienpolitik im engeren Sinne auch die Rahmenbedingungen, die durch **andere Politikbereiche** für Familien gesetzt werden, zu beachten. Hierbei reicht das Spektrum von Wohnungs- und Sozialpolitik über Bildungs- und Gesundheitspolitik bis hin zu Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Ein koordiniertes Zusammenwirken dieser Politikbereiche scheint dabei in Skandinavien sowie in Frankreich eine hohe Fertilität zu begünstigen.

Bei der Wirkung familienpolitischer Leistungen und Maßnahmen kommt **Einstellungen** eine moderierende Funktion zu. Dies gilt erstens mit Blick auf **familienbezogene Einstellungen**, die in einem wechselseitigen Zusammenhang zur Familienpolitik stehen: Einerseits beeinflussen sie die Ausgestaltung der Familienpolitik, andererseits kann die Familienpolitik langfristig einen Einstellungswandel in der Bevölkerung bewirken und dadurch die Fertilität beeinflussen. Demgegenüber kann der Effekt von Politikänderungen auf die Fertilität kurz- und mittelfristig gering sein, wenn die Neuregelungen nicht mit den vorherrschenden familienbezogenen Einstellungen (z.B. zur externen Kinderbetreuung) korrespondieren.

Zweitens sind die **Einstellungen und Erwartungen der Bevölkerung an die Familienpolitik** von Relevanz. Obwohl der Staat in Deutschland weniger stark als in anderen Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, in der Verantwortung für Familie und Kinder gesehen wird, sind die Erwartungen an die Familienpolitik dennoch hoch. Dabei zeichnet sich ein Wandel der Bedürfnisse ab: Stufen die Befragten noch vor zehn Jahren insbesondere finanzielle Unterstützung als besonders wichtig ein, so haben nun Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf Priorität. Familienpolitische Maßnahmen und Leistungen können ihre Wirkung allerdings nur entfalten, wenn sie der Bevölkerung *erstens* hinreichend bekannt und von dieser *zweitens* ausreichend akzeptiert werden. **Bekanntheit und Akzeptanz** sind Bedingung für die Legitimität, die langfristige Tragfähigkeit und Wirksamkeit der Maßnahmen.

Bezüglich der **Wirkung einzelner familienpolitischer Leistungen und Maßnahmen** auf die Fertilität bietet die Wissenschaft gemischte Erkenntnisse. Ursächlich hierfür ist die Heterogenität der vorhandenen Studien sowohl mit Blick auf die betrachteten Bevölkerungsgruppen, die verwendeten Fertilitätsmaße als auch die genutzten Datensätze und Modellspezifikationen. Aus den Befunden lassen sich somit derzeit nur Tendenzaussagen zu den Wirkungen der einzelnen untersuchten Politikmaßnahmen ableiten:

- a) **Elterngeld und Elternzeit** können positive Geburteneffekte zeitigen, wobei allerdings die Leistungshöhe und die Länge der Elternzeit von entscheidender Bedeutung sind. So geht ein positiver Effekt von einer mittleren Elternzeitdauer aus, während sich sehr lange Elternzeiten negativ auswirken

können. Elterngeldmonate für Väter wirken sich positiv aus, indem sie die Geburtenwahrscheinlichkeit für weitere Kinder erhöhen.

- b) Von der Einführung eines **Betreuungsgeldes** sind, wenn überhaupt, positive Fertilitätseffekte bei nichterwerbstätigen Müttern mit niedriger Bildung zu erwarten.
- c) Der Ausbau des **Platzangebots in Krippen, Kitas und Horten**, wie z.B. im Rahmen des Ausbaus der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige, wirkt sich positiv insbesondere auf die Entscheidung zum ersten Kind aus. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass die Betreuungsquoten bzw. das Platzangebot einen gewissen Schwellenwert überschreiten, um (potenziellen) Eltern ein verlässliches, verfügbares Angebot zu signalisieren. Weiterhin spielen Qualitätsaspekte wie Öffnungszeiten und Kita-Gebühren eine zentrale Rolle. Drittens beeinflusst der Ausbau des Platzangebotes nur dann die Fertilität positiv, wenn die Betreuung von (Klein-)Kindern außerhalb der Familie gesellschaftlich akzeptiert ist.
- d) **Kindbezogene monetäre Transferzahlungen und Steuererleichterungen**, wie z.B. Kindergeld und Kinderfreibeträge, können durchaus positive Fertilitätseffekte zeitigen. Allerdings sind insbesondere für Frauen höherer Einkommens- und Bildungsgruppen von einem umfassenden Ausbau der Kinderbetreuungsangebote vergleichsweise stärkere Geburteneffekte zu erwarten.
- e) Das **Ehegattensplitting** fördert eine traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Partnern. Daraus können sich für erwerbsorientierte Frauen negative Geburtenanreize ergeben. Die Wirkungsanalyse der Geburteneffekte des Ehegattensplittings mit Mikrodaten steht jedoch noch aus und ist eine der Aufgaben des vorliegenden Projektes.

Insgesamt gestaltet sich die Evaluation einzelner familienpolitischer Leistungen und Maßnahmen aus mehreren Gründen schwierig. Dies hängt unter anderem mit methodischen Problemen der Messung isolierter Effekte in einem Wirkungsgefüge arbeitsmarkt-, sozial-, steuer-, bildungs- und familienpolitischer Regelungen zusammen, aber auch mit der Bedeutsamkeit von Werten, Normen und Einstellungen, die zumindest kurzfristig von Seiten der Politik nicht beeinflussbar sind. Hier sind insbesondere geschlechtsspezifische Rol-

**Geburten und Kinderwünsche in Deutschland:**  
Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen

lenbilder, Kinder und Familie betreffende Werte sowie Einstellungen zu familienpolitischen Maßnahmen zu nennen.

Unterschiede in den sozial-normativen und politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen erschweren darüber hinaus die Übertragbarkeit ausländischer Erfahrungen mit einzelnen familienpolitischen Maßnahmen auf deutsche Verhältnisse. Zugleich zeigen aber die theoretischen und empirischen Befunde aus den Vergleichsländern, dass diese ‚weichen‘ Hintergrundfaktoren einen zusätzlichen, effektiven Wirkungskanal von Familienpolitik darstellen, die die Wirkung der oftmals im Fokus stehenden ‚harten‘ Kostenfaktoren maßgeblich mitprägen. Dies ist, zumindest auf mittel- bis längerfristige Sicht, eine gute Nachricht für die deutsche Familienpolitik.

## 10 Ausblick

Diese als Teil des Moduls „Evaluation der Wirkung ehe- und familienbezogener Leistungen auf die Geburtenrate/Erfüllung von Kinderwünschen“ durchgeführte Studie bietet neben einer Aufbereitung der Faktenlage zu Fertilität, Kinderwünschen und Bevölkerungsentwicklung eine aktuelle und umfassende Bestandaufnahme der deutschen wie internationalen Forschung zu den Determinanten der Fertilität. Die Studie soll den Akteuren der Familienpolitik, der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Community einen Überblick über die umfangreiche Literatur bieten. Darüber hinaus erfüllt sie eine spezifische Funktion im Rahmen der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen: Die breit angelegte Bestandaufnahme hilft, die Ergebnisse der quantitativ angelegten Wirkungsanalysen zur Familienpolitik einzuordnen.

Das mit einer weiteren Teilstudie verfolgte Hauptziel des Moduls ist es, die Wirkungen der ehe- und familienbezogenen Leistungen und Maßnahmen auf die Geburtenrate mit Hilfe eines empirisch fundierten Modells zu evaluieren. Es soll untersucht werden, inwieweit und zu welchen Kosten es der Politik gelingt, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass bestehende Kinderwünsche nach Möglichkeit erfüllt werden können. *Dass* ein Einfluss der Politik auf die Rahmenbedingungen von Elternschaft besteht, ist unstrittig; *wie stark* er ist, lässt sich bisher allenfalls aus verstreut vorliegenden empirischen Studien für einzelne Länder und Leistungen abschätzen. Im Rahmen der Gesamtevaluation sollen die Wirkungen der Politik auf die Geburtenrate nun erstmals in einem einheitlichen und speziell auf die deutschen Verhältnisse zugeschnittenen Modellrahmen quantifiziert werden. Von einer einfachen Übertragbarkeit ausländischer Erfahrungen ist nämlich, wie der Literaturüberblick gezeigt hat, angesichts von Unterschieden in den sozial-normativen und den generellen politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen nicht ohne weiteres auszugehen.

Das Vorhaben einer systematischen Wirkungsanalyse der Familienpolitik auf die Geburtenrate ist – auch im internationalen Vergleich – innovativ. Das dafür zu entwickelnde Modell wird zudem eine Ex-ante-Evaluation von Veränderungen der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen erlauben. Der Ansatz er-

gänzt somit vorliegende Studien, die sich meist darauf beschränken, Fertilitätsunterschiede und -determinanten im Status quo zu beschreiben.

Der Schwerpunkt der Analyse wird auf den von der Familienpolitik ausgehenden finanziellen Anreizen und auf den vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Geburten- und Erwerbsentscheidungen liegen. Damit werden, wie der vorliegende Text zeigt, zentrale Einflussfaktoren auf die Fertilität erfasst. Der Bericht lenkt den Blick aber auch auf weitere wichtige Faktoren, die in einem quantitativ orientierten strukturellen Ansatz nur mittelbar abgebildet werden. Zu beachten sind insbesondere soziale und kulturelle Faktoren. Diese sind zwar einer kurzfristigen Beeinflussung durch den Staat weniger zugänglich, in der langen Frist wirkt die Familienpolitik aber auch auf diese Faktoren, nicht zuletzt über die Symbolkraft einzelner Leistungen und Maßnahmen. Änderungen des Geburtenverhaltens vollziehen sich langsam, sind dann aber von großer Tragweite. Daher braucht auch die Familienpolitik einen entsprechend langen Atem.

## 11 Literatur

Aassve, A.; Lappegård, T. (2009): Childcare Cash Benefits and Fertility Timing in Norway, *European Journal of Population* 25, 67-88.

Aassve, A.; Burgess, S.; Propper, C.; Dickson, M. (2006): Employment, Family Union and Childbearing Decisions in Great Britain, *Journal of the Royal Statistical Society* A169, 781-804.

Abramovici, G. (2003): Sozialschutz: Barleistungen für Familien in Europa, *Statistik kurz gefasst, Bevölkerung und soziale Bedingungen*, Thema 3, 19/2003.

Adserà, A. (2006): An Economic Analysis of the Gap Between Desired and Actual Fertility: The Case of Spain, *Review of Economics of the Household* 4, 75-95.

Adserà, A. (2005). Vanishing Children: From High Unemployment to Low Fertility in Developed Countries, *American Economic Review Papers and Proceedings*, 95 (2), 189-193.

Adserà, A. (2004): Changing Fertility Rates in Developed Countries. The Impact of Labor Market Institutions, *Journal of Population Economics* 17, 17-43.

Ahn, N.; Mira, P. (2002): A Note on the Changing Relationship Between Fertility and Female Employment Rates in Developed Countries, *Journal of Population Economics* 15 (4), 667-682.

Ahrens, R. (2012): Nachhaltigkeit in der deutschen Familienpolitik: Grundlagen - Analysen – Konzeptualisierung, VS-Verlag, Wiesbaden.

Alderman, H.; Chiappori, P.-A.; Haddad, L.; Hoddinott, J.; Kanbur, R. (1995): Unitary Versus Collective Models of the Household: Is It Time to Shift the Burden of Proof?, *World Bank Research Observer* 10 (1), 1-19.

Alesina, A. F.; Ichino, A. (2007): Gender Based Taxation, University of California, Berkeley.

Alesina, A. F.; Ichino, A.; Karabarbounis, L. (2007): Gender Based Taxation and the Division of Family Chores, *IZA Discussion Papers* 3233, Institute for the Study of Labor (IZA).

Algava, É.; Bressé, S. (2005): Les Bénéficiaires de l'Allocation Parental d'Éducation : Trajectoires d'Activité et Retour à l'Emploi, Direction de la Recherche des Études de l'Évaluation et des Statistiques, Études et Résultats No. 399, <http://www.sante.gouv.fr/IMG/pdf/er399.pdf>, 05.03.2012.

Althammer, J. (2002): Familienbesteuerung – Reformen ohne Ende?, *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 71 (1), 67-82.

Andersson, G. (2004): Childbearing Developments in Denmark, Norway, and Sweden from the 1970s to 1990s: A Comparison, *Demographic Research*, Special Collection 3, Article 7, 155-174.

Andersson, G. (2000): The Impact of Labour-Force Participation on Childbearing Behaviour: Pro-cyclical Fertility in Sweden during the 1980s and the 1990s, *European Journal of Population* 16, 293-333.

Andersson, G. (1999): Childbearing Trends in Sweden 1961-1997, *European Journal of Population* 15, 1-24.

Andersson, G.; Duvander, A.-Z.; Hank, K. (2004): Do Child-Care Characteristics Influence Continued Child Bearing in Sweden? An investigation of the quantity, quality, and price dimension, *Journal of European Social Policy* 14 (4), 407-18.

Andersson, G.; Hoem, J.; Duvander, A.-Z. (2006): Social Differentials in SpeedPremium Effects in Childbearing in Sweden, *Demographic Research* 14 (4), 51-70, <http://www.demographic-research.org/volumes/vol14/4/14-4.pdf>.

Andersson, G.; Hank, K.; Rønsen, M.; Vikat, A. (2006): Gendering Family Composition: Sex Preferences for Children and Childbearing Behaviour in the Nordic Countries, *Demography* 43 (2), 255-267.

Andorka, R. (1978): Determinants of Fertility in Advanced Societies, Methuen und Co Ltd, Great Britain.

Apps, P.; Rees, R. (2004): Fertility, Taxation and Family Policy, *Scandinavian Journal of Economics* 6, 745-763.

Apps, P.; Rees, R. (2001): Fertility, Female Labor Supply, and Public Policy, *IZA Discussion Paper* 409, Bonn.

Ariès, P. (1978): *Geschichte der Kindheit*, München.

- Arránz Becker, O.; Lois, D.; Nauck, B. (2010): Unterschiede in den Fertilitätsmustern zwischen Ost- und Westdeutschen Frauen. Differenzierung der Rollen des kulturellen Hintergrunds und des Transformationsprozesses, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 35(1), 35-64.
- Azmat, G.; González, L. (2009): Targeting Fertility and Female Participation through the Income Tax, *Working Paper*, Universität Pompeu Fabra.
- Baizán, P. (2009): Regional Child Care Availability and Fertility Decisions in Spain, *Demographic Research* 21 (27), 803-842.
- Balbo, N.; Mills, M. (2011a): The Effects of Social Capital and Social Pressure on the Intention to Have a second or Third Child in France, Germany, and Bulgaria, 2004-05, *Population Studies* 65, 335-351.
- Balbo, N.; Mills, M. (2011b): The Influence of the Family Network on the Realisation of Fertility Intentions, *Vienna Yearbook of Population Research* 9, 179-206.
- Bambey, A.; Gumbinger, H.-W. (2006): Neue Väter – andere Kinder? Das Vaterbild im Umbruch – Zwischen gesellschaftlichen Erwartungen und realer Umsetzung, *Forschung Frankfurt*, Heft 4/2006.
- Baudin, T. (2010): A Role for Cultural Transmission in Fertility Dynamics, *Macroeconomic Dynamics*, 454-481.
- Bauer, G.; Jacob, M. (2008): Familiengründung im Partnerschaftskontext. Eine Analyse der Bedeutung der Bildungskonstellation von Paaren für eine Elternschaft anhand des Mikrozensus 1996-2004, *MZES Working Paper* 109, Mannheim.
- Bauer, G.; Kneip, T. (im Druck): Fertility from a Couple Perspective: A Test of Competing Decision Rules on Proceptive Behaviour, *European Sociological Review*.
- Bauernschuster, S.; Rainer, H. (2010): From Politics to the Family: How Sex-Role Attitudes Keep on Diverging In Reunified Germany, *CESifo Working Paper* 2957.
- Baughman, R.; Dickert-Conlin, S. (2009): The Earned Income Tax Credit and Fertility, *Journal of Population Economics* 22, 537-563.

Baughman, R.; Dickert-Conlin, S. (2003): Did Expanding the EITC Promote Motherhood?, *American Economic Review* 93 (2), 247-251.

Beblo, M.; Wolf, E. (2003): Sind es die Erwerbsunterbrechungen? Ein Erklärungsbeitrag zum Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland, *Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 4, 560-572.

Beblo, M.; Wolf, E. (2002a): Die Folgekosten von Erwerbsunterbrechungen, *DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 71 (1), 83-94.

Beblo, M.; Wolf, E. (2002b): How Much Does a Year Off Cost? Estimating the Wage Effects of Employment Breaks and Part-Time Periods, *Cahiers Economique de Bruxelles* 45 (2), 191-217.

Becker, G. S. (1965): A Theory of the Allocation of Time, *Economic Journal* 75, 493-517.

Becker, G. S. (1960): An Economic Analysis of Fertility. Demographic and Economic Change in Developed Countries, *Universities-National Bureau of Economic Research Conference Series* No. 11, NBER, Princeton NJ, 209-231.

Becker, G. S.; Lewis, H. G. (1973): On the Interaction Between the Quantity and Quality of Children, *Journal of Political Economy* 81 (2), 279-288.

Becker, G. S.; Stigler, G. J. (1977): De Gustibus Non Est Disputandum, *The American Economic Review* 67(2), 76-90.

Begall, K.; Mills, M. (2011): The Impact of Subjective Work Control, Job Strain and Work-Family Conflict on Fertility Intentions: A European Comparison, *European Journal of Population* 27, 433-456.

Bélanger, A.; Dumas, J. (1998): Report on the Demographic Situation in Canada 1997, Catalogue No. 91-209-XPE, Statistics Canada, Ottawa.

Ben-Porath, Y. (1973): Economic Analysis of Fertility in Israel, *Journal of Political Economy* 81, 202-233.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2012): Glossar, <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/glossar.html#c1400>.

Bernardi, L.; Klärner, A.; von der Lippe, H. (2008): Job Insecurity and the Timing of Parenthood: A Comparison Between Eastern and Western Germany, *European Journal of Population* 24, 287-313.

Berninger, I.; Weiß, B.; Wagner, M. (2011): On the Links Between Employment, Partnership Quality, and the Intention to Have a First Child: The Case of West Germany, *Demographic Research* 24, 579-610.

Bertram, H. (2012): Keine Zeit für die Liebe – oder: Die Rushhour des Lebens als Überforderung der nachwachsenden Generation?, in: Bertram, H., Bujard, M. (Hrsg.): *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik* (Soziale Welt, Sonderband 19), Nomos Verlag, Baden-Baden, 25-44.

Bertram, H.; Bujard, M.; Rösler, W. (2011): Rush-Hour des Lebens: Geburtenaufschub, Einkommensverläufe und familienpolitische Perspektiven, *Journal für Reproduktionsmedizin und Endokrinologie* 8, 91-99.

Bertram, H.; Rösler, W.; Ehlert, N. (2005): Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Berlin.

Bhaumik, S. K.; Nugent, J. B. (2005): Does Economic Uncertainty Affect the Decision to Bear Children? Evidence from East and West Germany, *Discussion paper series/ Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit* 1746.

Biffi, G. (2006): How to Raise the Employment Rate of Women in Austria, *Austrian Institute of Economic Research (WIFO), Paper presented at the OeNB Workshop "Strategies for Employment and Growth" in Austria*, 3 March 2006.

Billari, F. (2008): Lowest-low Fertility in Europe: Exploring the Causes and Finding some surprises, *The Japanese Journal of Population* 6(1), 2-18.

Billari, F. C. (2005a): Partnership, Childbearing and Parenting: Trends of the 1990s, in: Macura, M., MacDonald, A. L., Haug, W. (eds.), *The New Demographic Regime. Population Challenges and Policy Responses*, UN, ECE, UNFPA, New York and Geneva, 63-94.

Billari, F. C. (2005b): The Transition to Parenthood in European Societies, *Paper presented at the European Population Conference 2005 "Demographic Challenges for Social Cohesion"*, Council of Europe, Strasbourg, 7-8 April 2005.

Birg, H. (2003): Strategische Optionen der Familien- und Migrationspolitik in Deutschland und Europa, in: Leipert, C. (Hrsg.): Demographie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Leske + Budrich Verlag, Opladen, 27-56.

Birg, H. (2001): Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, C.H. Beck Verlag, München.

Birg, H. (2006): Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt, C.H. Beck Verlag, München.

Birg, H.; Flöthmann, E.-J.; Reiter, I. (1991): Biographische Theorie der demographischen Reproduktion, Frankfurt.

Björnberg, U. (1998): Family Orientation Among Men: A Process of Change in Sweden, in: Drew, E.; Emerek, E.; Mahon, E. (eds.): *Women, Work and the Family in Europe*, Routledge, London, 200-207.

Björklund, A. (2006): Does Family Policy Affect Fertility? Lessons from Sweden, *Journal of Population Economics* 19, 3-24.

Blood, R. O.; Wolfe, D. M. (1960): *Husbands and Wives: The Dynamics of Married Living*, Free Press, New York.

Blossfeld, H. P.; Huinink, J. (1991): Human Capital Investments or Norms of Role Transition? How Women's Schooling and Career Affect the Process of Family-Formation, *American Journal of Sociology* 97 (1), 143-168.

Blossfeld, H. P.; Jaenichen, U. (1990): Bildungsexpansion und Familienbildung - Wie wirkt sich die Höherqualifikation der Frauen auf ihre Neigung zu heiraten und Kinder zu bekommen aus?, *Soziale Welt* 41, 454-476.

Blossfeld, H. P.; Timm, A. (1997): Der Einfluss des Bildungssystems auf den Heiratsmarkt – Eine Längsschnittanalyse der Wahl des ersten Ehepartners im Lebenslauf, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49 (3), 440-476.

Blum, S. (im Erscheinen): Familienpolitik als Reformprozess. Deutschland und Österreich im Vergleich, Wiesbaden.

## Literatur

BMFSFJ (2012): Familienpolitik und Fertilität: demografische Entwicklungen und politische Gestaltungsmöglichkeiten, Monitor Familienforschung, Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Ausgabe 27, Berlin.

BMFSFJ (2009): Memorandum Familie Leben. Impulse für eine familienbewusste Zeitpolitik, Berlin.

BMFSFJ (2008): Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit, Endbericht 2008.

BMFSFJ (2006): Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Berlin.

BMFSFJ (2005a): Das subjektive Zeitfenster für die Elternschaft. Eine Repräsentativbefragung der Bevölkerung zwischen 16 und 44 Jahren, Institut für Demoskopie Allensbach.

BMFSFJ (2005b): Monitor Familiendemographie, Ausgabe Nr. 3: Väter und Vaterbilder in Deutschland, Berlin, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Newsletter/Monitor-Familienforschung/2005-03/Medien/monitor-familiendemographie,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>, 05.03.2012.

BMFSFJ (2005c): Deutschland: Kinderlos trotz Kinderwunsch, Monitor Familiendemographie, Ausgabe Nr. 1.

BMFSFJ (2004): Bevölkerungsorientierte Familienpolitik. Ein Wachstumsfaktor, Berlin.

BMGS (2003): Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Bericht der Kommission, Berlin.

BMI (2012): Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung, Berlin.

BMI (2011): Demografiebericht, Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes, Berlin.

Börsch-Supan, A. (2011): Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels, Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, 19-26.

Boll, C. (2011a): Mind the gap: German Motherhood Risks in Figures and Game Theory Issues, *International Economics and Economic Policy* Bd. 8(2011) (4), 363-382.

Boll, C. (2011b): Lohnleinbußen von Frauen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen. Der Schattenpreis von Kindern und dessen mögliche Auswirkungen auf weibliche Spezialisierungsentscheidungen im Haushaltszusammenhang, Eine quantitative Analyse auf Basis von SOEP-Daten, Monografische Dissertationsschrift, Reihe "Sozialökonomische Schriften" (Hrsg.: Prof. Dr. B. Rürup und Prof. Dr. W. Sesselmeier), Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main et al.

Boll, C. (2009): Lohnleinbußen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen –fertilitätstheoretische Einordnung, Quantifizierung auf Basis von SOEP-Daten und familienpolitische Implikationen, *HWWI Research Paper* 1-19, Hamburg.

Boll, C.; Reich, N. (2012): Das Betreuungsgeld – eine kritische ökonomische Analyse, *Wirtschaftsdienst* 92 (2), 121-128.

Bolte, K. M. (1980): Typen generativer Entscheidung – ein Schritt in Richtung prognosefähiger Bevölkerungstheorie?, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 6 (1), 5-23.

Bonin, H., Clauss, M., Gerlach, I., Laß, I., Mancini, A.-L., Niepel, V., Nehr Korn-Ludwig, M.-A., Schnabel, R., Stichnoth, H. (2011): Evaluation zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland. Gutachten für die Prognos AG, Endbericht, Mannheim.

Bonstein, J. (2006): Kinderfreie Zone. Der Spiegel – TV-Programm, 102-103.

Borck, R. (2011): Adieu Rabenmutter - The effect of culture on fertility, female labour supply, the gender wage gap and childcare, *CESifo Working Paper* No. 3337.

Brachet, S.; Salles, A.; Rossier, C. (2010): Understanding the Long Term Effects of Family Policies on Fertility: The Diffusion of Different Family Models in France and Germany, *Demographic Research* 22.

Brandth, B.; Kvande, E. (2001): Flexible Work and Flexible Fathers, *Work Employment Society* 15, 251-267.

Bratti, M.; Tatsiramos K. (2008): Explaining How Delayed Motherhood Affects Fertility Dynamics in Europe, *IZA Discussion Paper* 3907.

Braun, M.; Scott, J.; Alwin, D. F. (1994): Economic Necessity or Self Actualization? Attitudes Toward Women's Labour-Force Participation in East and West Germany, *European Sociological Review* 10 (1), 29-47.

Bredtmann, J. ; Kluge, J. ; S. Schaffner (2009): Women's Fertility and Employment Decisions under Two Political Systems: Comparing East and West Germany Before Reunification, *Ruhr Economic Papers* No. 149.

Breton, D.; Prioux, F. (2005): Deux ou Trois Enfants? Influence de la Politique Familiale et de Quelques Facteurs Sociodémographiques, *Population-F* 60 (4), 489-522.

Brewer M.; Ratcliffe, A.; Smith, S. (2012): Does Welfare Reform Affect Fertility? Evidence from the UK, *Journal of Population Economics* 25 (1), 245-266.

Brewster, K. L.; Rindfuss, R. R. (2000): Fertility and Women's Employment in Industrialized Nations, *Annual Review of Sociology* 26, 271-296.

Brodmann, S.; Esping-Andersen, G; Güell, M. (2007): When Fertility is Bargained: Second Births in Denmark and Spain, *European Sociological Review* 23(5), 599-613.

Browning, M.; Chiappori, P.-A.; Lechene, V. (2004): Collective and Unitary Models: A Clarification, Centre for Applied Microeconometrics (CAM), 2004-15, Institute of Economics, University of Copenhagen, <http://curis.ku.dk/ws/files/23321336/2004-15.pdf>

Brüderl, J.; Klein, T. (1991): Bildung und Familiengründung: Institutionen- versus Niveaueffekt, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 17, 323-335.

Buber, I. (2002): The Influence of the Distribution of Household and Childrearing Tasks Between Men and Women on Childbearing Intentions in Austria, *MPIDR Working Paper* WP 2002-004.

Buhr, P.; Kuhnt, A.-K. (2012): Die kurzfristige Stabilität des Kinderwunsches von Kinderlosen in Ost- und Westdeutschland: eine Analyse mit den ersten beiden Wellen des deutschen Beziehungs- und Familienpanels, *Zeitschrift für Familienforschung*, Sonderheft 2012, 275-297.

Bujard, M. (2012): Perspektiven einer familienorientierten Demografiefolitik, *Working Paper 3/2012*, Berliner Demografieforum.

Bujard, M. (2011a): Geburtenrückgang und Familienpolitik. Ein interdisziplinärer Erklärungsansatz und seine empirische Überprüfung im OECD-Länder-Vergleich 1970-2006, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Bujard, M. (2011b): *Familienpolitik und Geburtenrate. Ein internationaler Vergleich*. BMFSFJ, Berlin.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2009): 1973-2008. 35 Jahre bevölkerungswissenschaftliche Forschung am BiB. Ein öffentlicher Tätigkeitsbericht, Wiesbaden.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2008): Bevölkerung. Daten, Fakten, Trends zum demographischen Wandel in Deutschland, Wiesbaden.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2005): Bevölkerung. Fakten, Trends, Ursachen, Erwartungen. Die wichtigsten Fragen, Sonderheft der Schriftenreihe des BiB, Wiesbaden.

Bütler, M. (2007): Arbeiten lohnt sich nicht – ein zweites Kind noch weniger. Zu den Auswirkungen einkommensabhängiger Tarife auf das (Arbeitsmarkt-) Verhalten der Frauen, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 8 (1), 1-19.

Carl, C. (2002): Gewollt kinderlose Frauen und Männer – Psychologische Einflussfaktoren und Verlaufstypologien des generativen Verhaltens, VAS Verlag, Frankfurt/Main.

Castles, F.G. (2003): The World Turned Upside Down: Below Replacement Fertility, Changing Preferences and Family-Friendly Public Policy in 21 OECD Countries, *Journal of European Social Policy* 13, 209-227.

Chesnais, J.-C. (1996): Fertility, Family and Social Policy in Contemporary Western Europe, *Population and Development Review* 22 (4), 729-739.

Chiappori, P.-A. (1992): Collective Labor Supply and Welfare, *Journal of Political Economy* 100, 437-67.

Chiappori, P.-A. (1988): Rational Household Labor Supply, *Econometrica* 56 (1), 63-90.

Chiappori, P.-A.; Donni, O. (2009): Non-Unitary Models of Household Behavior, A Survey of the Literature, *IZA DP* No. 4603.

Cigno, A. (1991): *Economics of the Family*, Clarendon Press, Oxford.

Cigno, A.; Ermisch, J. (1989): A Micro-Economic Analysis of the Timing of Birth, *European Economic Review* 33, 737-760.

Coleman, D. (2004): Why We Don't Have to Believe Without Doubting in the 'Second Demographic Transition' – some Agnostic Comments, *Vienna Yearbook of Population Research*, 1-24.

Conrad, A. H.; Meyer, J. R. (1958): The Economics of Slavery in the Ante Bellum South, *Journal of Political Economy*, April, 108.

Cooke, L. P. (2004): The Gendered Division of Labor and Family Outcomes in Germany, *Journal of Marriage and the Family* 66 (4), 1246-1259.

Cooke, L. P. (2003): The South Revisited: The Division of Labour and Family Outcomes in Italy and Spain, *IRISS Working Paper* 2003-12.

D'Addio, A. C.; d'Ercole, M. M. (2005a): Trends and Determinants of Fertility Rates: the Role of Policies, *OECD Social, Employment and Migration Working Paper* No. 27.

D'Addio, A. C.; d'Ercole, M. M. (2005b): Policies, Institutions and Fertility Rates: A Panel Data Analysis in OECD countries, *Paper for the XII Panel Data Conference*, Copenhagen, 24-26 June 2005.

Dankmeyer, B. (1996): Long Run Opportunity Cost of Children according to Education of the Mother in the Netherlands, *Journal of Population Economics* 9, 349-361.

Davie, E.; Mazuy, M. (2010): Fécondité et Niveau d'Études des Femmes en France à Partir des Enquêtes Annuelles de Recensement, *Population* 65(3), 475-511.

De Laat, J.; Sevilla-Sanz, A. (2011) : The Fertility and Women's Labour Force Participation Puzzle in OECD countries : the Role of Men's Home Production, *Feminist Economics* 17 (2), 87-119.

De la Rica, S.; Iza, A. (2005): Career Planning in Spain: Do Fixed-Term Contracts Delay Marriage and Parenthood?, *Review of Economics of the Household* 3, 49-73.

Del Boca, D. (2002): The Effect of Child Care and Part Time Opportunities on Participation and Fertility Decisions in Italy, *Journal of Population Economics* 15, 549-573.

Delta Lloyd (2006): Kundenkompass Pflege. Aktuelle Bürgerbefragung: Anspruch, Wirklichkeit, Herausforderung. Wiesbaden.

Deutscher Bundestag (2002): Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Berlin.

Dey, I.; Wasoff, F. (2010): Another Child? Fertility Ideals, Resources and Opportunities, *Population Research and Policy Review* 29, 921-940.

Dienel, C. (2007): Bevölkerungspolitik in Deutschland. Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung.

Dienel, C. (2002): Familienpolitik: Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme, Weinheim/München.

Dingeldey, I. (2001): European Tax Systems and their Impact on Family, *Journal of Social Policy* 30 (4), 653-672.

Dorbritz, J. (2005): Kinderlosigkeit in Deutschland und Europa – Daten, Trends und Einstellungen, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 30 (4), 359-408.

Dorbritz, J.; Schwarz, K. (1996): Kinderlosigkeit in Deutschland – ein Massenphänomen? Analysen zu Erscheinungsformen und Ursachen, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 21 (3), 231-261.

Dorbritz, J.; Lengerer, A.; Ruckdeschel, K. (2005): Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland, Bundesinstitut für Bevölkerungsfragen, Wiesbaden.

Drago, R.; Sawyer, K.; Shreffler, K.M.; Warren, D.; Wooden, M. (2011): Did Australia's Baby Bonus Increase Fertility Intentions and Births?, *Population Research and Policy Review* 30, 381-397.

- Dublin, L. I.; Lotka, A. J. (1946): *The Money Value of a Man*, Ronald Press.
- Duclos, É. (2000): *Les Politiques Familiales et les Naissances Par Rang au Québec et au Canada de 1981 à 1996*, Master Thesis, Department of Economics, Université du Québec à Montréal.
- Duclos, É.; Lefebvre, P.; Merrigan, P. (2001): A 'Natural Experiment' on the Economics of Storks: Evidence on the Impact Differential Family Policy on Fertility Rates in Canada, *Working Paper* Nr. 136, University of Québec and Montréal.
- Durand, B. (2004): *Die Legende vom typischen Deutschen. Eine Kultur im Spiegel des Franzosen*, Leipzig.
- Duvander, A.-Z.; Andersson, G. (2006): Gender Equality and Fertility in Sweden: A Study on the Impact of the Father's Uptake of Parental Leave on Continued Childbearing, *Marriage and Family Review* 39 (1/2), 121-42.
- Duvander, A.-Z.; Andersson, G. (2004). Leder delad föräldrapenning till fler barn? En studie om hur pappor och mammors föräldrapenninguttag påverkar benägenheten att skaffa ytterligare barn. (Does shared parental leave result in more children? A Study on the Impact of Fathers' and Mothers' Use of Parental Leave on the Propensity to have Another Child), *RFV Analyserar* 2004, 15, Social Insurance Board, Stockholm.
- Duvander, A.-Z.; Lappegård, T.; Andersson, G. (2010): Family Policy and Fertility: Fathers' and Mothers' Use of Parental Leave and Continued Childbearing in Norway and Sweden, *Journal of European Social Policy* 20 (1), 45-57.
- Düntgen, A.; Diewald, M. (2008): Auswirkungen der Flexibilisierung von Beschäftigung auf eine erste Elternschaft, in: Szydlik, M. (Hrsg.): *Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie*, Wiesbaden, 213-231.
- Easterlin, R. A. (1961): The American Baby Boom in Historical Perspective, *American Economic Review* 60, 869-911.
- Eberstadt, N. (1994): Demographic Shocks After Communism: Eastern Germany, 1989-93, *Population and Development Review* 20, 137-152.
- Eckhard, J. (2006): Kinderlosigkeit durch Partnerlosigkeit. Der Wandel der Partnerschaftsbiographien und Zusammenhänge mit der Geburtenentwicklung, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 31, 105-126.

Eckhard, J.; Klein, T. (2006): Männer, Kinderwunsch und generatives Verhalten. Eine Auswertung des Familiensurvey zu Geschlechterunterschieden in der Motivation zur Elternschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Eckhard, J.; Klein, T. (2007): Die Motivation zur Elternschaft. Unterschiede zwischen Männern und Frauen, in: Kreyenfeld, M.; Konietzka, D. (Hrsg.), *Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Eckhard, J.; Klein, T. (2012): Rahmenbedingungen, Motive und die Realisierung von Kinderwünschen, in: Bertram, H.; Bujard, M. (Hrsg.): *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik* (Soziale Welt, Sonderband 19), Nomos Verlag, Baden-Baden, 231-252.

Edmonston, B.; Lee, S. M.; Wu, Z. (2010): Fertility Intentions in Canada: Change or No Change?, *Canadian Studies in Population* 37, 297-337.

Eichhorst, W.; Thode, E. (2002): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Benchmarking Deutschland aktuell, Verlag Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.

Ekert-Jaffé, O.; Joshi, H.; Lynch, K.; Mougín, R.; Rendall, M.; Shapiro, D. (2002): Fertility, Timing of Births and socio-economic status in France and Britain: social policies and occupational polarization, *Population Economics* 57 (3), 475-507.

Ellwood, D. T.; Bane, M. J. (1985): The impact of AFDC on Family Structure and Living Arrangements, *Research in labor economics* 7, Greenwich, CT.

Engelbrech, G. (2002): Transferzahlungen an Familien – demografische Entwicklung und Chancengleichheit, *WSI-Mitteilungen* 55 (3), 139-146.

Ermisch, J. F. (1989): Purchased Child Care, Optimal Family Size and Mother's Employment: Theory and Econometric Analysis, *Journal of Population Economics* 2, 79-102.

Erosa, A.; Fuster, L.; Restuccia, D. (2010): A Quantitative Theory of the Gender Gap in Wages, *IMDEA Working Paper* 2010/04.

Esping-Andersen, G. (1996): Welfare States Without Work: The Impasse of Labour Shedding and Familialism in Continental European Social Policy, in: Esping-Andersen, G. (ed.), *Welfare States in Transition: National Adaptations in Global Economies*, Sage Publications, London, 66-87.

Esping-Andersen, G. (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge.

Ette, A.; Ruckdeschel, K. (2007): Die Oma macht den Unterschied! Der Einfluss institutioneller und informeller Unterstützung für Eltern auf ihre weiteren Kinderwünsche, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 32 (1-2), 51-72.

EUR-LEX (2012): Richtlinie 92/85/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz (zehnte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG), <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31992L0085:DE:HTML>, 05.03.2012.

Eurostat (2012a): Fruchtbarkeitsziffern, [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search\\_database](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database), 02.03.2012.

Eurostat (2012b): Erwerbsquote, Frauen, 15-64 Jahre, 2005, [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search\\_database](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database), 20.03.2012.

Eurostat (2012c): Total Fertility Rate 2005, [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search\\_database](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database), 20.03.2012.

Fachinger, B. (1981): Motive und Barrieren des generativen Verhaltens. Bericht über zwei Forschungsprojekte des Psychologischen Instituts der Universität Bonn, 91-96, in: Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (Hrsg.): *Demographische Forschung heute. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Dokumentation der Jahrestagung 1981 der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft e. V.*, Selbstverlag, Wiesbaden.

Fagnani, J. (2001): Les Françaises Font Toujours Plus d'Enfants que les Allemandes de L'Ouest. Une Esquisse d'Interpretation, *Recherches et previsions* 64.

Fenge, R.; Ochel, W. (2001): Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: der Schlüssel für eine kinderreiche Gesellschaft, *ifo-Schnelldienst* 54 (12), 17-29.

Fernández, R.; Fogli, A. (2009): Culture: An Empirical Investigation of Beliefs, Work, and Fertility, *American Economic Journal: Macroeconomics* 1, 146-177.

Fernández, R.; Fogli, A. (2006): Fertility: The Role of Culture and Family Experience, *Journal of the European Economic Association* 4 (2-3), 552-561.

Feyrer, J.; Sacerdote, B.; Stern, A. D. (2008): Will the Stork return to Europe and Japan? Understanding Fertility within developed Nations, *Paper prepared as part of a Journal of Economics Perspectives Symposium*.

Fortin, N. M. (2005): Gender Role Attitudes and the Labour-Market Outcomes of Women Across Countries, *Oxford Review of Economic Policy* 21, 416-438.

Francesconi, M.; van der Klaauw, W. (2007): The Socioeconomic Consequences of 'In-Work' Benefit Reform for British Lone mothers, *Journal of Human Resources* 42 (1), 1-31.

Francesconi, M.; Rainer, H.; van der Klaauw, W. (2009): The Effects of In-Work benefit Reform in Britain in Couples: Theory and Evidence, *The Economic Journal* 119 (535), F66-F100.

Funke, A. (2006): Höhere Geburtenraten in Deutschland – die Rolle des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung, *IÖB-Diskussionspapier* 5/06.

Galler, H. P. (1991): Opportunitätskosten der Entscheidung für Familie und Haushalt, in: S. Gräbe (Hrsg.): *Der private Haushalt als Wirtschaftsfaktor*, Verlag Campus, Frankfurt am Main/New York.

Gálvez-Muñoz, L.; Rodríguez-Modroño, P.; Domínguez-Serrano, M. (2011): Work and Time Use by Gender: A New Clustering of European Welfare Systems, *Feminist Economics* 17 (4), 125-157.

García-Morán, E.; Kuehn, Z. (2012): With Strings Attached: Grandparent-Provided Child care, Fertility, and Female Labor Market Outcomes, *MPRA Paper* 37001, [http://mpra.ub.uni-muenchen.de/37001/1/MPRA\\_paper\\_37001.pdf](http://mpra.ub.uni-muenchen.de/37001/1/MPRA_paper_37001.pdf).

Gauthier, A. H. (2002): Family Policies in Industrialized Countries: Is there Convergence?, *Population-E*, 57 (3), 447-474.

Gauthier, A. H. (1999): Historical Trends in State Support for Families in Europe (post-1945), *Children and Youth Services Review* 21 (11/12), 937-965.

Gauthier, A. H. (1996): *The State and the Family. A Comparative Analysis of Family Policies in Industrialized Countries*, New York.

Gauthier, A. H.; Hatzius, J. (1997): Family Benefits and Fertility: An Econometric Analysis, *Population Studies* 51 (3), 295-306.

Gebel, M.; Giesecke, J. (2009): Ökonomische Unsicherheit und Fertilität. Die Wirkung von Beschäftigungsunsicherheit und Arbeitslosigkeit auf die Familiengründung in Ost- und Westdeutschland, *Zeitschrift für Soziologie* 38 (5), 399-417.

Geißler, R. (2011): *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung*, 6. Aufl., Wiesbaden.

Gerlach, I. (2010): *Familienpolitik*. 2. Auflage, VS Verlag, Wiesbaden.

Gerlach, I.; Laß, I. (2012a): Gesamtgesellschaftliche Effekte betrieblicher Familienpolitik, in: Gerlach, I.; Schneider, H. (Hrsg.): *Betriebliche Familienpolitik. Kontexte, Messungen und Effekte*, Springer VS, Wiesbaden, 241-260.

Gerlach, I.; Laß, I. (2012b): Gesellschaftliche Rahmenbedingungen betrieblicher Familienpolitik, in: Gerlach, I.; Schneider, H. (Hrsg.): *Betriebliche Familienpolitik. Kontexte, Messungen und Effekte*, Springer VS, Wiesbaden, 29-44.

Gerlinger, T.; Röber, M. (2009): *Die Pflegeversicherung*, Bern.

Gerster, M.; Lappegård, T. (2010): *Mother's Employment and Fertility in Norway*, Statistics Norway Research Department Discussion Paper No. 624.

Gesterkamp, T. (2005): Betriebliche und politische Hindernisse engagierter Vaterschaft, *Zeitschrift für Familienforschung* 17 (1), 66-75.

Geyer, J.; Haan, P.; Spieß, C. K.; Wrohlich, K. (2012): Elterngeld führt im zweiten Jahr nach Geburt zu höherer Erwerbsbeteiligung von Müttern, *DIW-Wochenbericht* 9, 3-10.

Giuliano, P. (2007): *Ties that matter: Cultural Norms and Economic Behavior in Western Europe*. Harvard University, IMF and IZA.

Goldstein, J. R.; Kreyenfeld, M. (2011): Has East Germany Overtaken West Germany? Recent Trends in Order-Specific Fertility, *Population and Development Review* 37 (3), 453-472.

- Goldstein, J.; Lutz, W.; Testa, M. R. (2003): The Emergence of Sub-Replacement Family Size Ideals in Europe, *Population Research and Policy Review* 22, 479-496.
- González, M.; Jurado-Guerrero, T. (2006): Remaining Childless in Affluent Economies: A Comparison of France, West Germany, Italy and Spain, 1994-2001, *European Journal of Population* 22 (4), 317-352.
- Gornick, J. C.; Meyers, M. K. (2004): Welfare Regimes in Relation to Paid Work and Care, in: Giele, J. Z.; Holst, E. (eds.): *Changing life patterns in Western industrial societies*, Elsevier Science Press, 45-67.
- Görlich, D.; de Grip, A. (2007): Human Capital Depreciation During Family-related Career Interruptions in Male and Female Occupations, *Kiel Working Paper* No. 1379, IfW Kiel.
- Gräf, B. (2003): Deutsches Wachstumspotenzial: Vor der demographischen Herausforderung, *Deutsche Bank Research*, 277/2003.
- Greenwood, G.; Guner, N.; Knowles, J. A. (2003): More on Marriage, Fertility, and the Distribution of Income, *International Economic Review* 44 (3), 827-862.
- Groot, W.; Pott-Buter, H. (1992): The Timing of Maternity in the Netherlands, *Journal of Population Economics* 5, 155-172.
- Grünheid, E. (2004): Junge Frauen in Deutschland: bei hoher Ausbildung kinderlos?, *psychosozial* 95, 35-46.
- Gupta, N. D.; Smith, N.; Verner, M. (2006): Child Care and Parental Leave in the Nordic Countries: A Model to Aspire to?, *IZA Discussion Paper* 2014.
- Gustafsson, S. (2003): Optimal Age at Motherhood. Theoretical and Empirical Considerations on Postponement of Maternity in Europe, in: Zimmermann, K. F., Vogler, M. (eds.): *Family, Household and Work*, Verlag Springer, Berlin/Heidelberg.
- Gustafsson, S. (1992): Separate Taxation and Married Women's Labor Supply: A Comparison of West Germany and Sweden, *Journal of Population Economics* 5, 61-85.

Gustafsson, S. S.; Wetzels, C. M. M. P. (2000): Optimal Age for First Birth: Germany, Great Britain, the Netherlands and Sweden, in: Gustafsson, S. S.,; Meulders, D. E. (eds.): *Gender and the Labour Market. Econometric Evidence of Obstacles to Achieving Gender Equality*, Applied Econometrics Association Series, MacMillan Press, London.

Gutiérrez-Domènech, M. (2008): The Impact of Labour Market on the Timing of Marriage and Births in Spain, *Journal of Population Economics* 21, 83-110.

Haan, P.; Prowse, V. (2010): A Structural Approach to Estimating the Effect of Taxation on the Labor Market Dynamics of Older Workers, *Econometrics Journal* 13 (3), 99-125.

Haan, P.; Wrohlich, K. (2011): Can Child Care Policy Encourage Employment and Fertility?: Evidence from a Structural Model, *Labour Economics* 18 (4), 498-512.

Hagewen, K. J.; Morgan, S. P. (2005): Intended and Ideal Family Size in the United States, 1970-2002, *Population and Development Review* 31, 507-527.

Hahn, K.; Burkhart, G. (1998): *Liebe am Ende des 20. Jahrhunderts*, Opladen.

Hakim, C. (2000): *Work-Lifestyle Choices in the 21th Century. Preference Theory*, Oxford.

Hank, K. (2002): Regional Social Contexts and Individual Fertility Decisions: A Multilevel Analysis of First and Second Births in Western Germany, *European Journal of Population* 18, 281-299.

Hank, K.; Kohler, H.-P. (2000): Gender Preferences for Children in Europe: Empirical results for 17 FFS Countries, *Demographic Research* 2 (1).

Hank, K.; Kreyenfeld, M. (2003): A Multilevel Analysis of Child Care and Women's Fertility Decisions in Western Germany, *Journal of Marriage and Family* 65 (3), 584-596.

Hank, K.; Kreyenfeld, M.; Spieß, C. K. (2004): Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland, *Zeitschrift für Soziologie* 33, 228-244.

Hannover, I.; Birkenstock, A. (2005): *Familienbilder im Fernsehen. Familienbilder und Familienthemen in fiktionalen und nicht-fiktionalen Fernsehsendungen*, Eine Studie des Adolf Grimme Instituts, Berlin.

Happel, S. K.; Hill, J. K.; Low, S. A. (1984): An Economic Analysis of the Timing of Childbirth, *Population Studies* 38, 299-311.

Hardoy, I.; Schøne, P. (2005): Cash for Care: More Work for the Stork?, *Working Paper*, Institute for Social Research, Oslo.

Hayford, S. (2009): The Evolution of Fertility Expectations Over the Life Course, *Demography* 46, 765-783.

Heckman, J.; Walker, J. (1990): The Third Birth in Sweden, *Journal of Population Economics* 3, 295-275.

Heckman, J.; Willis, R. (1975): Estimation of a Stochastic Model of Reproduction: An Econometric Approach, in: Terleckyj, N. (ed.): *Household production and consumption*, Columbia University Press, New York.

Heiland, F.; Prskawetz, A.; Sanderson, W. C. (2008): Are Individuals' Desired Family Sizes Stable? Evidence from West German Panel Data, *European Journal of Population* 24, 129-156.

Helberger, C. (1984): Humankapital, Berufsbiographie und die Einkommen von Männern und Frauen, Arbeitspapiere des SFB 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“, Nr. 129, J. W. Goethe-Universität Frankfurt und Universität Mannheim, Frankfurt am Main/Mannheim.

Hener, T. (2010): Do Couples Bargain over Fertility? Evidence Based on Child Preference Data, *SOEP-Papers* 323.

Héran, F.; Pison, G. (2007): Deux Enfants Par Femme Dans la France de 2006: La Faute aux Immigrées?, *Population et sociétés* 432, 1-4.

Hill, P. B.; Kopp, J. (2000): Fertilitätsentwicklung: Trends, Erklärungen und empirische Ergebnisse, in: Müller, U.; Nauck, B.; Diekmann, A. (Hrsg.): *Handbuch der Demographie, Band 2*, Verlag Springer, Berlin-Heidelberg-New York, 729-750.

Hillmann, J.; Kuhnt, A.-K. (2011): Der Kinderwunsch im Kontext von Partnerschaft und Partnerschaftsqualität, *MPIDR Working Paper* WP 2011-019, Rostock.

- Hobson, B.; Oláh, L. S. (2006): Birthstrikes? Agency and Capabilities in the Reconciliation of Employment and Family, *Marriage and Family Review* 39 (3-4), 197-227.
- Hoem, B. (2000): Entry into Motherhood in Sweden: The Influence of Economic Factors on the Rise and Fall in Fertility, 1986-1997, *Demographic Research* 2, Article 4.
- Hoem, J. M. (2008): The Impact of Public Policies on European Fertility, *Demographic Research* 19, 249-260.
- Hoem, J. M. (1993): Public Policy as the Fuel of Fertility: Effects of a Policy Reform on the Pace of Childbearing in Sweden in the 1980s, *Acta Sociologica* 36, 19-31.
- Hoem, J.; Neyer, G.; Andersson, G. (2006): Education and Childlessness. The Relationship Between Educational Field, Educational Level, and Childlessness Among Swedish Women Born 1995-59, *Demographic Research* 14, Article 15, 331-380.
- Hoem, J. M.; Prskawetz, A.; Neyer, G. R. (2001): Autonomy or Conservative Adjustment? The Effect of Public Policies and Educational Attainment on Third Births in Austria, 1975-96, *Population Studies* 55, 249-261.
- Hoffman, L. W.; Hoffman, M. L. (1973): The Value of Children to the Parents, in: James, T.F. (ed.): *Psychological Perspectives on Population*, New York, 19-76.
- Hotz, V. J. (2007): The Economics of Fertility in Developed Countries: A Survey, *Handbook of Population and Family Economics* 1A, 276-347.
- Hotz, V. J.; Miller, R. A. (1993): Conditional Choice Probabilities and the Estimation of Dynamic Models, *Review of Economic Studies* 60 (3), 497-529.
- Hotz, V. J.; Miller, R. A. (1988): An Empirical Analysis of Life Cycle Fertility and Female Labor Supply, *Econometrica* 56 (1), 91-118.
- Höhn, C.; Ette, A.; Ruckdeschel, K. (2006): Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik, Robert Bosch Stiftung (Hrsg.), Stuttgart.

Huinink, J. (2002): Familienentwicklung in europäischen Ländern: Zur Erklärung von Polarisierungsphänomenen, in: Dorbritz, J.; Otto, J. (Hrsg.): *Familienpolitik und Familienstrukturen*, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 108, BiB, Wiesbaden, 47-60.

Huinink, J. (1989): Das zweite Kind. Sind wir auf dem Weg zur Ein-Kind-Familie?, *Zeitschrift für Soziologie* 8 (3), 192-207.

Huinink, J. (1987): Soziale Herkunft, Bildung und das Alter bei der Geburt des ersten Kindes, *Zeitschrift für Soziologie* 16 (5), 367-384.

Huinink, J.; Konietzka, D. (2007): *Familiensoziologie. Eine Einführung*, Frankfurt.

Huinink, J.; Kreyenfeld, M. (2004): Family Formation in Times of Social and Economic Change: An Analysis of the 1971 East German Cohort, *MPIDR Working Paper* WP 2004-013.

Huinink, J.; Wagner, M. (1989): Regionale Lebensbedingungen, Migration und Familienbildung, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 41, 669-689.

Hülkamp, N.; Seyda, S. (2005): Politische Rahmenbedingungen als Ursachen niedriger Geburtenraten, *Wirtschaftsdienst* 85 (2), 09-116.

Hülkamp, N.; Seyda, S. (2004): *Staatliche Familienpolitik in der sozialen Marktwirtschaft: ökonomische Analyse und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen*, Köln.

Iacovou, M.; Tavares, L. P. (2011): Yearning, Learning, and Conceding: Reasons Men and Women Change Their Childbearing Intentions, *Population and Development Review* 37, 89-123.

Inglehart, R. (2004): *Human Beliefs and Values: A Cross-Cultural Sourcebook Based on the 1999 - 2002 Values Surveys*, México, D.F.

INKA (1990): *Die öffentliche Meinung der Europäer über die Familie und den Wunsch nach Kindern. Bericht im Auftrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.*

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) (2007): *Fünf Monate nach Einführung des Elterngeldes: Das Elterngeld im Urteil der jungen Eltern. Eine Umfrage*

unter Müttern und Vätern, deren jüngstes Kind 2007 geboren wurde, Umfrage im Auftrag des BMFSFJ, Allensbach, zitiert nach: BMFSFJ (Hrsg.) (2008): Dossier Elterngeld als Teil nachhaltiger Familienpolitik.

Iyigun, M.; Walsh, R. P. (2007): Endogenous Gender Power, Household Labor Supply and the Demographic Transition, *Journal of Development Economics* 82, 138-155.

Jones, L. E.; Schoonbroodt, A.; Tertilt, M. (2011): Fertility Theories: Can They Explain the Negative Fertility-Income Relationship?, in: Shoven, J. B. (ed.): *Demography and the Economy*, NBER Book, University of Chicago Press, 43-100.

Joshi, J. (1998): The Opportunity Costs of Childbearing: More than Mother's Business, *Journal of Population Economics* 11, 161-183.

Joshi, J. (1990): The Cash Alternative Costs of Childbearing: An Approach to Estimation Using British Data, *Population Studies* 44, 41-60.

Kalwij, A. (2010): The Impact of Family Policy Expenditure on Fertility in Western Europe, *Demography* 47 (2), 503-519.

Kaufmann, F. X. (2005): *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Kaufman, G. (2000): Do Gender Role Attitudes Matter? Family Formation and Dissolution Among Traditional and Egalitarian Men and Women, *Journal of Family Issues* 21 (1), 128-144.

Kearns, P. (1996): *Les Déterminants Socio-Économiques de la Fécondité Par Rang au Canada et au Québec, 1975-1993*, Master Thesis, Department of Economics, Université du Québec à Montréal.

Kharkova, T. L.; Andreev, E. M. (2000): Did the Economic Crisis Cause the Fertility Decline in Russia: Evidence from the 1994 Microcensus, *European Journal of Population* 16, 211-233.

Kiernan, K. E. (1995): *Transition to Parenthood: Young Mothers, Young Fathers – Associated factors and later life experiences*, Discussion Paper WSP 113, London School of Economics.

Klasen, S.; Launov, A. (2006): Analysis of the Determinants of Fertility Decline in the Czech Republic, *Journal of Population Economics* 19, 25-54.

Klawon, E.; Tiefenthaler, J. (2001): Bargaining Over Family Size: The Determinants of Fertility in Brazil, *Population Research and Policy Review* 20, 423-440.

Klein, D. (2006): Zum Kinderwunsch von Kinderlosen in Ost- und Westdeutschland, *Materialien zur Bevölkerungswissenschaft*, Heft 119, BiB, Wiesbaden.

Klein, T.; Eckhard, J. (2008): Partnerschafts- und berufsbezogene Aspekte des Kinderwunsches von Männern und Frauen, in: Feldhaus, M.; Huinink, J. (Hrsg.): *Neuere Entwicklungen in der Beziehungs- und Familienforschung*. Vorstudien zum Beziehungs- und Familienpanel (PAIRFAM), Ergon, Würzburg, 379-401.

Klein, T.; Eckhard, J. (2005): Bildungsbezogene Unterschiede des Kinderwunsches und des generativen Verhaltens. Eine kritische Analyse der Opportunitätskostentheorie, in: Steinbach, A. (Hrsg.): *Generatives Verhalten und Generationenbeziehungen*. Festschrift für Bernhard Nauck zum 60. Geburtstag, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 151-174.

Klevmarck, N. A.; Tasiran, A. C. (1996): Is the Decision 'To Work' Endogenous to the Fertility Process?, *Memorandum* 220, Gothenburg University.

Klöß, H.-P., Seyda, S. (2007): Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Beschäftigungs- und Bildungssystem, in: Dilger, A., Gerlach, I., Schneider, H. (Hrsg.): *Betriebliche Familienpolitik. Potenziale und Instrumente aus multidisziplinärer Sicht*, VS-Verlag, Wiesbaden, S. 29-44.

Knudsen, K.; Waerness, K. (2001): National Context, Individual Characteristics and Attitudes on Mothers' Employment: A Comparative Analysis of Great Britain, Sweden and Norway, *Acta Sociologica* 44 (1), 67-79.

Koalitionsvertrag der CDU, CSU und FDP zur 17. Legislaturperiode von 2009 bis 2013: „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt“ 2009, 68. <http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertragcducusu-fdp.pdf>, 22.1.2012.

Kohlmann, A.; Kopp, J. (1997): Verhandlungstheoretische Modellierung des Übergangs zu verschiedenen Kinderzahlen, *Zeitschrift für Soziologie* 26 (4), 258-274.

Konietzka, D.; Kreyenfeld, M. (2007): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

- Konietzka, D.; Kreyenfeld, M. (2002): Women's Employment and Nonmarital Childbearing: A Comparison Between East and West Germany in the 1990s, *Population* 57 (2), 331-357.
- Kooreman, P.; Kapteyn, A. (1990): On the Empirical Implementation of Some Game Theoretic Models of Household Labour Supply, *The Journal of Human Resources* 25 (4), 584-598.
- Koppel, O., Plünnecke, A. (2009): Fachkräftemangel in Deutschland. Bildungsökonomische Analyse, politische Handlungsempfehlungen, Wachstums- und Fiskaleffekte, IW Köln.
- Korpi, W. (2000): Faces of Inequalities: Gender, Class and Patterns of Inequalities in Different Types of Welfare States, *Social Politics* 7 (1), 127-191.
- Kotte, M.; Ludwig, V. (2011): Intergenerational Transmission of Fertility Intentions and Behaviour in Germany: The Role of Contagion, *Vienna Yearbook of Population Research* 9, 207-226.
- Köppen, K. (2006): Second Births in Western Germany and France, *Demographic Research* 14, 295-330.
- Köppen, K. (2003): Vereinbarkeit von Beruf und Familie – ein Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich, Diplomarbeit, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität Rostock.
- Krapf, S. (2009): Childcare and Family Ideology in Sweden, *MPIDR Working Paper* WP 2009-044.
- Kravdal, Ø. (2002): The Impact of Individual and Aggregate Unemployment on Fertility in Norway, *Demographic Research* 6 (10), 263-94.
- Kravdal, Ø. (1996): How the Local Supply of Day-Care Centers Influences Fertility in Norway: A Parity-Specific Approach, *Population Research and Policy Review*, 15 (3), 201-218.
- Kravdal, Ø. (1992): The Emergence of a Positive Relationship Between Education and First Birth Rates in Norway With Supportive Evidence from the United States, *Population Studies* 46, 459-475.

Kreyenfeld, M. (2009a): Uncertainties in Female Employment Careers and the Postponement of Parenthood in Germany, *European Sociological Review* 26(3), 351-366.

Kreyenfeld, M. (2009b): Das zweite Kind in Ostdeutschland: Aufschub oder Verzicht?, in: Cassens, I.; Luy, M.; Scholz, R. D. (Hrsg.): *Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland: demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 100-123.

Kreyenfeld, M. (2004): Fertility Decisions in the FRG and GDR: An Analysis With Data from the German Fertility and Family Survey, *Demographic Research*, Special Collection 3, Article 11, 275-318.

Kreyenfeld, M. (2003): Crisis or Adaptation – Reconsidered: A comparison of East and West German Fertility Patterns in the First Six Years After the ‘Wende’, *European Journal of Population* 19, 303-329.

Kreyenfeld, M. (2002): Time-Squeeze, Partner Effect or Self-Selection? An Investigation into the Positive Effect of Women’s Education on Second Birth Risks in West Germany, *Demographic Research* 7 (2), 15-48.

Kreyenfeld, M. (2000a): Employment Careers and the Timing of First Births in East Germany, *MPIDR Working Paper* WP 2000-004, March 2000 (Revised August 2000).

Kreyenfeld, M. (2000b): Educational Attainment and First Births: East Germany Before and After Unification, *MPIDR Working Paper* WP 2000-011.

Kreyenfeld, M.; Scholz, R.; Peters, F.; Wlosnewski, I. (2010): Ordnungsspezifische Geburtenraten für Deutschland. Schätzungen auf Basis der Perinatalstatistik für die Jahre 2001-2008, *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 35, 225-244.

Kreyenfeld, M.; Zeman, K.; Burkimsher, M.; Jaschinski, I. (2012): Fertilitätsdaten für Deutschland, Österreich und die Schweiz: Wo liegen die Möglichkeiten? Was sind die Begrenzungen?, *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 36 (2-3), 480-486.

Kroh, M. (2008): Wertewandel: Immer mehr Ost- und Westdeutsche ticken postmaterialistisch, *Wochenbericht des DIW Berlin* 34, 480-486.

Kröhnert, S.; Klingholz, R. (2008): Emanzipation oder Kindergeld? Was die neue Familienpolitik Deutschlands von anderen europäischen Ländern gelernt hat, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Kröhnert, S.; Medicus, F.; Klingholz, R. (2006): Die demographische Lage der Nation. wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? [Daten, Fakten, Analysen], 2. Aufl., München.

Kröhnert, S.; van Olst, N.; Klingholz, R. (2004): Emanzipation oder Kindergeld? Wie sich die unterschiedlichen Kinderzahlen in den Ländern Europas erklären, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Krüger, H. (2006): Geschlechterrollen im Wandel – Modernisierung der Familienpolitik, in: Bertram, H. (Hrsg.): *Wem gehört die Familie der Zukunft? Experten zum 7. Familienbericht der Bundesregierung*, Opladen, 191-206.

Kulu, H.; Vikat, A. (2007): Fertility Differences by Housing Type: The effect of Housing Conditions or of Selective Moves?, *Demographic Research* 17(26), 775-802.

Kunze, A. (2002): The Timing of Careers and Human Capital Depreciation, *IZA Discussion Paper No. 509*, Bonn.

Kunze, A.; Ejrnaes, M. (2004): Wage Dips and Drops around First Birth, *IZA Discussion Paper No. 1011*, Bonn.

Kühn, T. (2005): Die Bedeutung von Familiengründung für die Biographiegestaltung junger Männer, in: Tölke, A.; Hank, K. (Hrsg.): *Männer - das vernachlässigte Geschlecht in der Familienforschung*. Zeitschrift für Familienforschung, 127-151.

Lalive, R.; Zweimüller, J. (2005): Does Parental Leave Affect Fertility and Return-to-Work? Evidence from a "True Natural Experiment", *IZA Discussion paper No. 1613*.

Lammi-Taskula, J. (2007): Parental Leave for Fathers? Gendered Conceptions and Practices in Families With Young Children in Finland. Dissertation an der Universität Tampere, *Research Report 166*.

Lappegård, T. (2010): Family Policies and Fertility in Norway, *European Journal of Population* 26, 99-116.

Lappegård, T. (2008): Family Policies and Fertility: Parents' Parental Leave Use, Childcare Availability, the Introduction of Childcare Cash Benefit and Continued Childbearing in Norway, Statistics Norway, Research Department, *Discussion Papers* 564.

Lappegård, T. (2002): Education Attainment and Fertility Pattern Among Norwegian Women. Statistics Norway, Department of Social Statistics, Dokument 2002/18.

Lappegård, T.; Rønsen, M. (2005): The Multifaceted Impact of Education on Entry into Motherhood, *European Journal of Population* 21, 31-49.

Laroque, G.; Salanie, B. (2008): Does Fertility Respond to Financial Incentives? *IZA Diskussionspapier* 3575, Bonn.

Laß, I. (im Erscheinen): Atypische Beschäftigung – Konflikt zwischen Arbeitsmarkt- und Familienpolitik?, *FFP-Arbeitspapier* 8, Münster.

Laß, I. (2008): Der Geburtenrückgang in Deutschland. Erklärungsansätze und Perspektiven für die Familienpolitik, unveröffentlichte Masterarbeit, Osnabrück.

Lechner, M. (2001): The Empirical Analysis of East German Fertility after Unification: An Update, *European Journal of Population* 17 (1).

Lehrer, E. L. (1996): Religion as a Determinant of Marital Fertility, *Journal of Population Economics* 9 (2), 173-96.

Lengerer, A. (2004): Zur Akzeptanz von Familienpolitik, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 29 (3-4), 387-420.

Lesthaeghe, R. (1992): Der zweite demographische Übergang in den westlichen Ländern – Eine Deutung, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 18, 313-354.

Lesthaeghe, R.; Moors, G. (1995): Is There a New Conservatism That Will Bring Back the Old Family? Ideational trends and the Stages of Family Formation in Germany, France, Belgium and the Netherlands, 1981-1990, Evolution or Revolution of European Population, Plenary Vol., European Population Conference, FrancoAngeli, Milan.

Licht, G.; Steiner, V. (1992): Individuelle Einkommensdynamik und Humankapitaleffekte nach Erwerbsunterbrechungen, *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik* 209 (3-4), 241-265.

Licht, G.; Steiner, V. (1991a): Stichprobenselektion, unbeobachtete Heterogenität und Humankapitaleffekte bei der Schätzung von Lohnfunktionen mit Paneldaten, in: Rendtel, U.; Wagner, G. (Hrsg.): *Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984*, Projektgruppe „Das sozio-ökonomische Panel“ im DIW Berlin, Sozio-ökonomische Daten und Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Verlag Campus, Frankfurt/New York, 100-134.

Licht, G.; Steiner, V. (1991b): Male-Female Wage Differentials, Labor Force Attachment, and Human-Capital Accumulation in Germany, *Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe des Instituts für Volkswirtschaftslehre*, Beitrag 65, Universität Augsburg, Augsburg.

Liefbroer, A. (2009): Changes in Family Size Intentions Across Young Adulthood: A Life-Course Perspective, *European Journal of Population* 25, 363-386.

Luci, A. (2011): Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland und Frankreich. Warum es Französischen besser gelingt, Familie und Beruf zu vereinbaren, Berlin.

Lundberg, S. J.; Pollak, R. A. (1993): Separate Spheres Bargaining and the Marriage Market, *Journal of Political Economy* 101 (6), 988-1010.

Lundberg, S. J.; Pollak, R. A.; Wales, T. J. (1997): Do Husbands and Wives Pool their Resources? Evidence from the United Kingdom Child Benefit, *Journal of Human Resources* 32(3), 463-480.

Lutz, W.; Milewski, N. (2004): Als ideal angesehene Kinderzahl sinkt unter zwei. Wandel der Normen in Österreich und Deutschland, *Demographische Forschung aus Erster Hand* 2, 1-2.

Lutz, W.; Skirbekk V.; Testa, M. R. (2007): The Low Fertility Trap Hypothesis: Forces That May Lead to Further Postponement and Fewer Births in Europe, *European Demographic Research Papers*.

Luy, M.; Pötzsch, O. (2010): Schätzung der tempobereinigten Geburtenziffer für West- und Ostdeutschland, 1955-2008, *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 35, 569-604.

Lyngstad, T. H.; Prskawetz, A. (2010): Do Siblings' Fertility Decisions Influence Each Other?, *Demography* 47, 923-934.

Manser, M.; Brown, M. (1980): Marriage and Household Decision-Making: A Bargaining Analysis, *International Economic Review* 21, 31-44.

Manz, U. (2007): Bürgerliche Frauenbewegung und Eugenik in der Weimarer Republik, Helmer Verlag, Frankfurt a.M.

Marc, C. (2004): L'Influence des Conditions d'Emploi Sur le Recours à l'APE. Une Analyse Économique du Comportement d'Activité des Femmes, *Recherches et Prévisions* 75. [http://www.caf.fr/web/WebCnaf.nsf/090ba6646193ccc8c125684f005898f3/77512f67734bba8ec125730d0040aa6a/\\$FILE/RP75-CMarc.pdf](http://www.caf.fr/web/WebCnaf.nsf/090ba6646193ccc8c125684f005898f3/77512f67734bba8ec125730d0040aa6a/$FILE/RP75-CMarc.pdf), letzter Zugriff: 05.03.2012.

Mau, S. (1998): Der demographische Wandel in den neuen Bundesländern. Familiengründung nach der Wende: Aufschub oder Verzicht?, *Zeitschrift für Familienforschung* 6 (3), 197-220.

Mayer, T. (2011): Demografiepolitik – gestalten oder verwalten? *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10-11/2011.

McDonald, P. (2006): Low Fertility and the State, *Population and Development Review* 32(3), 485-510.

McDonald, P. (2000a): Gender Equity, Social Institutions and the Future of Fertility, *Journal of Population Research* 17, 1-16.

McDonald, P. (2000b): Gender Equity in Theories of Fertility Transition, *Population and Development Review* 26 (3), 427-439.

McDonald, P. (1997): Gender Equity, Social Institutions and the Future of Fertility, in: Cosio-Zavala, M.-E. (ed.): *Women and families: evolution of the status of women as factor and consequence of changes in family dynamics*, 13-33.

McElroy, M. B. (1990): The Empirical Content of Nash-Bargained Household Behaviour, *Journal of Human Resources* 25 (4), 559-583.

- McElroy, M. B.; Horney, M. J. (1981): Nash-Bargained Household Decisions: Toward a Generalization of the Theory of Demand, *International Economic Review* 22, 333-49.
- MDK Bayern (Hrsg.) (2008): Die Soziale Pflegeversicherung. Leistungen, Begutachtung, Qualitätssicherung, gesellschaftspolitische Aspekte. Landsberg.
- Merrigan, P.; St Pierre, Y. (1998): An Econometric and Neoclassical Analysis of the Timing and Spacing of Births in Canada from 1950 to 1990, *Journal of Population Economics* 11, 29-51.
- Meuser, M. (2007): Vereinbarkeit von Beruf und Familie - ein Problem für Männer? Familie und Lebensverlaufsplanung bei Männern, in: Barlösius, E.; Schieck, D. (Hrsg.): *Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands*. Wiesbaden, 135-150.
- Micheel, F. (2005): Die demographische Entwicklung in Deutschland und ihre Implikationen für Wirtschaft und Soziales, in: Kerschbaumer, J.; Schroeder, W. (Hrsg.): *Sozialstaat und demographischer Wandel. Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherung*, VS Verlag, Wiesbaden, S.43-65.
- Miettinen, A.; Basten, S.; Rotkirch, A. (2011): Gender Equality and Fertility Intentions Revisited: Evidence from Finland, *Demographic Research* 24, 469-496.
- Milligan, K. (2002): Subsidizing the Stork: New Evidence on Tax Incentives and Fertility, *NBER Working Paper* 8845, March 2002.
- Mills, M.; Mencarini, L.; Tanturri, M. L.; Begall, K. (2008): Gender Equity and Fertility Intentions in Italy and the Netherlands, *Demographic Research* 18, 1-26.
- Mincer, J. (1963): Markets Prices, Opportunity Costs, and Income Effects, in: Christ, C. (ed.): *Measurement in Economics. Studies in Mathematical Economics in Memory of Yehuda Grunfeld*, Stanford University Press, Stanford, 67-82.
- Mincer, J.; Polachek, S. (1974): Family Investments in Human Capital: Earnings of Women, *Journal of Political Economy* 82 (2), 76-108.
- Mischke, M. (2011): Types of Public Family Support: A Cluster Analysis of 15 European Countries, *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 13 (4), 443-456.

Moffitt, R. (1984): Optimal Life-Cycle Profiles of Fertility and Labor Supply, *Research in Population Economics* 5, 29-50.

Morgan, S. P.; Rackin, H. (2010): The Correspondence Between Fertility Intentions and Behavior in the United States, *Population and Development Review* 36, 91-118.

Moss, P. (2010): International Review of Leave Policies and Related Research 2010, *Employment Relations Research Series* No. 115.

Mörk, E.; Sjögren, A.; Svaleryd, H. (2011): Childcare Costs and the Demand For Children – Evidence from a Nationwide Reform, *Journal of Population Economics*.

Mühling, T.; Rost, H.; Rupp, M.; Schulz, F. (2006): Kontinuität trotz Wandel. Die Bedeutung traditioneller Familienleitbilder für die Berufsverläufe von Müttern und Vätern, Weinheim/München.

Nauck, B. (2007): Der individuelle und kollektive Nutzen von Kindern, in: Ehmer, J.; Ferdinand, U.; Reulecke, J. (Hrsg.): *Herausforderung Bevölkerung. Zu Entwicklungen des modernen Denkens über die Bevölkerung vor, im und nach dem „Dritten Reich“*, Wiesbaden.

Nave-Herz, R. (2006): Ehe- und Familiensoziologie: eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, 2. Aufl., Weinheim.

Neuwirth, N.; Baierl, A.; Kaindl, M.; Rille-Pfeiffer, C.; Wernhart, G. (2011): Der Kinderwunsch in Österreich - Umfang, Struktur und wesentliche Determinanten. Eine Analyse anhand des Generations and Gender Programme (GGP). Forschungsbericht Nr. 5, Österreichisches Institut für Familienforschung, Wien.

Newman, J. (1988): A Stochastic Dynamic Model of Fertility, *Research in Population Economics* 6, 41-68.

Neyer, G. R.; Andersson, G. (2007): Consequences of Family Policies on Childbearing Behavior: Effects or Artifacts?, *MPIDR Working Paper* WP 2007-021, Rostock.

Neyer, G. R.; Hoem, J. M.; Andersson, G. (2006): Fertilität, Familiengründung und Familienerweiterung in den nordischen Ländern, *MPIDR Working Paper* WP 2006-022.

## Literatur

Ní Bhrolcháin, M.; Beaujouan, E. (2011): Uncertainty in Fertility Intentions in Britain, 1979-2007, *Vienna Yearbook of Population Research* 9, 99-129.

Noelle-Neumann, E.; Köcher, R. (2002): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002, Bd. 11, München.

OECD (2012a): Family database, Tabelle PF3.2, Enrolment in Childcare and Preschools, <http://www.oecd.org/dataoecd/55/55/38969007.xls>, 04.03.2012.

OECD (2012b): Family Database, Tabelle PF1.3, Family Cash Benefits, 2008.

OECD (2001): OECD Employment Outlook, June 2001, Paris.

Ohinata, A. (2008): Fertility Response to Financial Incentives – Evidence from the Working Families Tax Credit in the UK, *Warwick Economic Research Papers*, Working Paper No. 851.

Oláh, L. S. (2008): Should Governments in Europe Be Much More Aggressive in Pushing for Gender Equality to Raise Fertility? Yes, *MPIDR Working Paper* WP 2008-003.

Oláh, L. S. (2003): Gendering Fertility: Second Births in Sweden and Hungary, *Population Research and Policy Review* 22, 171-200.

Oláh, L. S. (1996): The Impact of Public Policies on Second-Birth Rates in Sweden: a Gender Perspective, *Stockholm Research Reports in Demography* 98.

Onnen-Isemann, C. (2007): Deutsche Perspektive: Kinderlosigkeit - französische Perspektive: Elternschaft. Familienpolitik und Fertilitätsunterschiede in Frankreich und Deutschland, in: Auth, D.; Holland-Cunz, B. (Hrsg.): *Grenzen der Bevölkerungspolitik: Strategien und Diskurse demographischer Steuerung*, Op-laden.

Ott, N. (1992): Intrafamily Bargaining and Household Decisions, Verlag Springer, Berlin et al. (Überarbeitete Version der Dissertation: Haushaltsökonomie und innerfamiliäre Arbeitsteilung: eine spieltheoretische Analyse familialer Entscheidungen (1989)).

Pairfam (2012): Theoretischer Ansatz und Forschungsstand, <http://www.pairfam.uni-bremen.de/de/studie/inhaltliche-schwerpunkte/elternschaftsentscheidungen.html>, 14.02.2012.

Pavetic, M.; Stein, P. (2011): Entscheidungsprozess zur Familiengründung in Partnerschaften, *Zeitschrift für Familienforschung* 23, 5-23.

Peuckert, R. (2008): Familienformen im sozialen Wandel. 7. Aufl., Wiesbaden.

Pfau-Effinger, B.; Geissler, B. (2002): Cultural Change and Family Policies in East and West Germany, in: Carling, A., Duncan, S., Edwards, R. (eds.), *Analyzing Families: Morality and Rationality in Policy and Practice*, London/New York, 77-128.

Philipov, D. (2009): Fertility Intentions and Outcomes: The Role of Policies to Close the Gap, *European Journal of Population* 25, 355-361.

Piketty, T. (2005) : L'impact de l'Allocation Parentale d'Éducation Sur l'Activité Féminine et la Fécondité en France, 1982-2002, in: Lefèvre, C. ; Filhon, A. (eds.) : *Histoires de familles, histoires familiales. Les résultats de l'enquête famille de 1999*, INED: Paris, 79-109.

Plünnecke, A., Seyda, S. (2007): Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik, IW-Analysen, Köln.

Pollard, M. S.; Morgan, S. P. (2002): Emerging Parental Gender Indifference? Sex Composition of Children and the Third Birth, *American Sociological Review* 67 (4), 600-613.

Prioux, F. (2007): L'Évolution Démographique Récente en France : La Fécondité à Son Plus Haut Niveau Depuis Plus de Trente Ans, *Population* 62 (3), 495.

Puur, A.; Oláh, L. S.; Tazi-Perve, M. I.; Dorbritz, J. (2008): Men's Childbearing Desires and Views of the Male Role in Europe at the Dawn of the 21<sup>st</sup> Century, *Demographic Research* 19, 1883-1912.

Rainer, H.; Bauernschuster, S.; Danzer, N.; Hener, T.; Holzner, C.; Reinkowski, J. (2011a): Kindergeld - Endbericht für die Geschäftsstelle Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen in Deutschland, Unveröffentlichtes Manuskript.

Rainer, H.; Bauernschuster, S.; Auer, W.; Danzer, N.; Hancioglu, M.; Hartmann, B.; Hener, T.; Holzner, C.; Ott, N. Reinkowski, J.; Werding, M. (2011b): Kinderbetreuung - Endbericht für die Geschäftsstelle Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen in Deutschland, Unveröffentlichtes Manuskript.

Ranjan, P. (1999): Fertility Behavior Under Income Uncertainty, *European Journal of Population* 15, 25-43.

Rasul, I. (2008): Household Bargaining Over Fertility: Theory and Evidence from Malaysia, *Journal of Development Economics* 86, 215-241.

Régnier-Loilier, A.; Solaz, A. (2010): La Décision d'Avoir un Enfant: Une Liberté Sous Contraintes, *Politique sociales et familiales* 100, 61-77.

Régnier-Loilier, A.; Vignoli, D. (2011): Fertility Intentions and Obstacles to Their Realization in France and Italy, *Population-E* 66, 361-390.

Reich, N. (2010): Familienpolitik und Geburtenrate in Deutschland: Die potenzielle Wirkung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes auf die Kinderzahl, Diplomica Verlag, Hamburg.

Reich, N.; Boll, C.; Leppin, J. (2012): Fathers' Childcare and Parental Leave Policies – Evidence from Western European Countries and Canada, *HWWI Research Paper* 115.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (2007): Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit, Studie im Auftrag des BMFSFJ, Essen 2007, zitiert nach: BMFSFJ (Hrsg.) (2008): Dossier Elterngeld als Teil nachhaltiger Familienpolitik.

Rindfuss, R. R.; Guilkey, D.; Morgan, P.; Kravdal, Ø.; Guzzo, K. B. (2007): Child Care Availability and First-Birth Timing in Norway, *Demography* 44, 345-372.

Rosina, A.; Testa, M. R. (2009): Couples' First Child Intentions and Disagreement: An Analysis of the Italian Case, *European Journal of Population* 25, 487-502.

Rossier, C.; Bernardi, L. (2009): Social Interaction Effects on Fertility: Intentions and Behaviors, *European Journal of Population* 25, 467-485.

Rønsen, M. (2004): Fertility and Public Policies – Evidence from Norway and Finland, *Demographic Research* 10 (6), 143-170.

Rønsen, M. (1995): Family Policies and Maternal Employment - The Importance of Public Day Care, Maternity Leave and Child Allowance for Women's Afterbirth Employment Activity in Norway, *Paper presented at the 9th Annual Meeting, Lisboa, European Society for Population Economics*.

Rønsen, M.; Sundström, M. (1997): The Choice Between Full-time and Part-time Work for Norwegian and Swedish Mothers, in: Persson, I.; Jonung, C. (eds.): *Economics of Family and Family Policy*, Routledge, London.

Rønsen, M.; Sundström, M. (1996): Maternal Employment in Scandinavia: A Comparison of the After-Birth Employment Activity of Norwegian and Swedish Women, *Journal of Population Economics* 9(3), 267-85.

Ruckdeschel, K. (2009): Rabenmutter contra Mère Poule: Kinderwunsch und Mutterbild im deutsch-französischen Vergleich, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 34 (1-2), 105-134.

Ruckdeschel, K. (2008): Gender and Fertility - Attitudes Towards Gender Roles and Fertility Behaviour, in: Höhn, C.; Avramov, D.; Kotowska, I. E. (eds.): *People, Population Change and Policies - Lessons from the Population Policy Acceptance Study Vol. 2: Demographic Knowledge - Gender – Ageing*, 175-192.

Ruckdeschel, K. (2007): Der Kinderwunsch von Kinderlosen, *Zeitschrift für Familienforschung* 19, 210-230.

Ruckdeschel, K. (2004): Determinanten des Kinderwunsches in Deutschland, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 29, 363-386.

Rürup, B.; Gruescu, S. (2005): Eine effektive und nachhaltige Familienpolitik führt zu wirtschaftlichem Wachstum, *Sozialer Fortschritt* 11-12/2005, 273-279.

Rürup, B.; Gruescu, S. (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Berlin.

Rürup, B.; Ranscht, A. (2009): Familienpolitik und soziale Sicherung, in: Biedenkopf, K., Bertram, H., Niejahr, E. (Hrsg.): *Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise. Bericht der Kommission »Familie und demographischer Wandel«*, Robert Bosch Stiftung GmbH, 106-119.

Rupp, M. (2005): Kinderlosigkeit in stabilen Ehen, *Zeitschrift für Familienforschung* 17(1), 21-40.

Salles, A.; Rossier, C.; Brachet, S. (2010): Understanding the Long Term Effects of Family Policies on Fertility: The Diffusion of Different Family Models in France and Germany, *Demographic Research* 22, 1057-1096.

- Schettkat, R. (1987): Erwerbsbeteiligung und Politik: theoretische und empirische Analysen von Determinanten und Dynamik des Arbeitsangebots in Schweden und der Bundesrepublik Deutschland, Edition Sigma, Berlin.
- Schmitt, C. (2008): Gender-Specific Effects of unemployment on family formation: a cross-national perspective, *DIW Discussion Papers* 841.
- Schmitt, C. (2005): Kinderlosigkeit bei Männern – Geschlechtsspezifische Determinanten ausbleibender Elternschaft, in: Tölke, A.; Hank, K. (eds.): *Männer – Das ‚vernachlässigte‘ Geschlecht in der Familienforschung* (Sonderheft 4 der ZfF), VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 18-43.
- Schmitt, C. (2004): Kinderlose Männer in Deutschland - Eine sozialstrukturelle Bestimmung auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Studie im Auftrag des BMFSFJ 2003, *DIW Materialien* 34.
- Schmitt, C.; Winkelmann, U. (2005): Wer bleibt kinderlos? Was sozialstrukturelle Daten über Kinderlosigkeit bei Frauen und Männern verraten, *Feministische Studien* 1/2005.
- Schultheis, F. (1998): Familiäre Lebensformen, Geschlechterbeziehungen und Familienwerte im deutsch-französischen Gesellschaftsvergleich, in: Köcher, R.; Schild, J. (Hrsg.): *Wertewandel in Deutschland und Frankreich*, Opladen.
- Schultz, T. P. (1990). Testing the Neoclassical Model of Family Labour Supply and Fertility, *The Journal of Human Resources* 25 (4), 599-634.
- Shell-Studie (2002): Jugend 2002, Frankfurt/Main.
- Sievert, S.; Klingholz, R. (2009): Ungleiche Nachbarn. Die demographische Entwicklung in Deutschland und Frankreich verläuft gegensätzlich - mit enormen Langzeitfolgen. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung - Discussion Paper 2, Berlin.
- Simm, R. (1988): Partnerschaftsdynamik und Familienentwicklung. Die interne Dynamik von Partner- und Familiensystemen und ihre strukturellen Bedingungen und Folgen (IBS-Materialien Nr. 25). Universität Bielefeld, Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik.
- Sobotka, T. (2010): Les Migrants Exercent-ils une Influence Croissante Sur la Fécondité en Europe?, *Politique sociales et familiales* 100, 41-59.

Sobotka, T. (2009): Sub-Replacement Fertility Intentions in Austria, *European Journal of Population* 25, 387-412.

Sobotka, T.; Lutz, W. (2010): Wie Politik durch falsche Interpretationen der konventionellen Perioden-TFR in die Irre geführt wird: Sollten wir aufhören, diesen Indikator zu publizieren?, *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 35, 665-696.

Sobotka, T.; Testa, M. R. (2008): Attitudes and Intentions Towards Childlessness in Europe, in: Höhn, C., Avramov, D., Kotowska, I. (eds.), *People, Population Change and Policies: Lessons from the Population Policy Acceptance Study – Volume 1*, Springer Verlag, Berlin, 177-211.

Spieß, C. K. (2012): Zeit, Geld, Infrastruktur und Fertilität: Befunde empirischer Mikrostudien und was wir daraus lernen können, in: Bertram, H., Bujard, M. (Hrsg.), *Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik* (Soziale Welt, Sonderband 19), Nomos, Baden-Baden, 321-336.

Spieß, K. (2004): Im Urteil der Bevölkerung: Wie viel Staat und wie viel private Aktivität braucht Familienpolitik?, *Wochenbericht des DIW-Berlin* 37, 537-544.

Stahelin, K.; Berteau, P. C. (2005): Mutterschaft, Erwerbstätigkeit und Gesundheit, in: Forschungsnetzwerk Gender Health (Hrsg.): *Geschlecht und Gesundheit in den verschiedenen Lebensaltern. Aktuelle Forschungsarbeiten aus dem Bereich Gender Health*. Dokumentation zur 3. Nationalen Tagung des Forschungsnetzwerks Gender Health vom 29. Juni 2005 in Brugg, 53-61, <http://www.gendercampus.ch/d/Platform/05/02/Dokus/Tagungsreader.pdf#page=55>, 05.03.2012.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012): GENESIS Datenbank, Tabellen zu Einrichtungen der Jugendhilfe: Tageseinrichtungen für Kinder, <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online;jsessionid=46835CC9505B80DE379A9AD943AD0F0D?Menu=Willkommen>, 04.03.2012.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011): Kindertagesbetreuung regional 2011. Ein Vergleich aller 142 Kreise in Deutschland, Wiesbaden, [http://www.statistikportal.de/statistik-portal/kita\\_regional.pdf](http://www.statistikportal.de/statistik-portal/kita_regional.pdf).

## Literatur

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2006; 2007; 2008; 2009; 2010): Kinderbetreuung regional, Ausgaben 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2012a): Geburten in Deutschland, 2012, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2012b): Kinder- und Jugendhilfestatistiken, Versorgung mit Ganztagsplätzen für Kindergartenkinder, Plätze je 1000 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren, Excel-Tabelle für die Jahre 1994 und 1998, Bundesländer-Ebene.

Statistisches Bundesamt (2012c): Kinder- und Jugendhilfestatistiken, Versorgung mit Ganztagsplätzen für Krippenkinder, Plätze je 1000 Kinder im Alter von 0 bis unter 3 Jahren, Excel-Tabelle für die Jahre 1994, 1998, 2002, Bundesländer-Ebene.

Statistisches Bundesamt (2012d): Verfügbare Ganztagsplätze in Kindertageseinrichtungen am 31.12.2002 nach Altersgruppen, Platz-Kind-Relation sowie nach Ländern. (Tabelle, pers. Korrespondenz).

Statistisches Bundesamt (2012e): Statistik der Kinder- und Jugendhilfe Teil III.1 - Kinder und tätige Personen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, Ganztagsquote in Tageseinrichtungen am 15.03.2007, Excel-Tabelle.

Statistisches Bundesamt (2012f): Bevölkerung nach dem Gebietsstand, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Bevoelkerung/lrbev03.html>.

Statistisches Bundesamt (2012g): Einwohnerzahl Deutschlands im Jahr 2011 erstmals seit 2002 wieder gestiegen. Pressemitteilung Nr. 255/2012, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2012h): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Natürliche Bevölkerungsbewegungen, Fachserie 1, Reihe 1.1, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2012i): 2011. Weniger Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen, Pressemitteilung 225/2012, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2011): Zahl der Pflegebedürftigen seit 1999 um 16 % gestiegen, Pressemitteilung Nr. 070/2011, Wiesbaden.

**Geburten und Kinderwünsche in Deutschland:**  
Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen

Statistisches Bundesamt (2010a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung in den Bundesländern, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern bis 2060, <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungBundeslaender2060.html>.

Statistisches Bundesamt (2010b): Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 2, Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern, Ausgabe 2010, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 18. November 2009 in Berlin, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2006): 11. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Annahmen und Ergebnisse, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2011): Datenreport 2011, Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Band 1, Wiesbaden.

Steurer, M. (2008): Children as Family Public Goods: Some Implications for Fertility, *School of Economics Working Paper*, University of New South Wales.

Stigler, G. J. (1950): Employment and Compensation in Education, National Bureau of Economic Research, *Occasional Paper* 33, Appendix B.

Störtzbach, B. (1994): Deutschland nach der Vereinigung: Meinungen und Einstellungen zu Familie, Kindern und zur Familienpolitik in Ost und West, *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft: Demographie* 19 (2), 151-167.

Tarver, J. D. (1956): Costs of Rearing and Educating Farm Children, *Journal of Farm Economics*, February, 144-153.

Testa, M. R. (2007): Childbearing Preferences and Family Issues in Europe: Evidence from the Eurobarometer 2006 Survey, *Vienna Yearbook of Population Research* 5, 357-379.

Testa, M. R.; Grilli, L. (2006): The Influence of Childbearing Regional Contexts on Ideal Family Size in Europe, *Population-E* 61, 109-238.

- Testa, M. R.; Cavalli, L.; Rosina, A. (2011): Couples' Childbearing Behaviour in Italy: Which of the Partners is Leading it?, *Vienna Yearbook of Population Research* 9, 157-178.
- Thomson, E. (1997): Couple Childbearing Desires, Intentions, and Births, *Demography* 34, 343-354.
- Tivig, T.; Henseke, G.; Czechl, M. (2011): Wohlstand ohne Kinder? Sozioökonomische Rahmenbedingungen und Geburtenentwicklung im internationalen Vergleich, Verlag Springer, Heidelberg.
- Torr, B. M.; Short, S. E. (2004): Second Births and the Second Shift: A Research Note on Gender Equity and Fertility, *Population and Development Review* 30(1), 109-30.
- Toulemon, L. (2004): La Fécondité des Immigrées: Nouvelles Données, Nouvelle Approche, *Population et société* 400, 1-4.
- Toulemon, L.; Testa, M. R. (2005): Fertility Intentions and Actual Fertility: A Complex Relationship, *Population and Societies* 415.
- Toulemon, L.; Pailhé, A.; Rossier, C. (2008): France: High and Stable Fertility, *Demographic Research* 19(16), 503-556.
- Tutt, C. (2007): Das große Schrumpfen. Von Wohlstandsinseln und Verliereregionen, in: Barlösius, E.; Schieck, D. (Hrsg.): *Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands*, VS-Verlag, Wiesbaden, 43-47.
- Urdze, A.; Rerrich, M. S. (1981): *Frauenalltag und Kinderwunsch: Motive von Müttern für oder gegen ein zweites Kind*, Frankfurt/New York.
- Van de Kaa, D. J. (1987): Europe's Second Demographic Transition, *Population Bulletin* 42 (1), 3-59.
- Vatterrott, A. (2011): The Fertility Behaviour of East to West German Migrants, *MPIDR Working Paper* WP 2011-013.
- Vikat, A. (2004): Women's Labor Force Attachment and Childbearing in Finland, *Demographic Research*, Special Collection, Article 8.
- Vinken, B. (2007): *Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos*, Frankfurt/Main.

Volz, R.; Zulehner, P. M. (2009): Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland, Baden-Baden.

Wahl, S. (2004): Folgen der Bevölkerungsentwicklung für Wirtschaft und Gesellschaft, in: Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg (Hrsg.): *Bevölkerungsrückgang. Konsequenzen für Flächennutzung und Umwelt*, Wissenschaftl. Verlagsgesellschaft, Stuttgart, 13-28.

Waldfoegel, J. (2004): Social Mobility, Life Chances and the Early Years, *CASE Paper 88*, Center for Analysis of Social Exclusion, London School of Economics.

Walker, J. R. (1995): The Effect of Public Policies on Recent Swedish Fertility Behavior, *Journal of Population Economics* 8, 223-251.

Westoff, C. F.; Higgins, J. (2009): Relationships Between Men's Gender Attitudes and Fertility, *Demographic Research* 21, 65-74.

Willis, R. (1973): A New Approach to the Economic Theory of Fertility Behavior, *Journal of Political Economy* 81 (2), 14-64.

Wingen, M. (2004): Die Geburtenkrise ist überwindbar: wider die Anreize zum Verzicht auf Nachkommenschaft, Graftschaft.

Wingen, M. (2003): Bevölkerungsbewusste Familienpolitik - eine hochdringliche Langfristaufgabe. Ein Essay mit einem Plädoyer für die rationale Diskussion um eine Geburtenförderpolitik, *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst: Bevölkerungsforschung* 2/2003, 7-16.

Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen (2012): Generationenbeziehungen. Herausforderungen und Potenziale, VS-Verlag, Wiesbaden.

Witte, J. C.; Wagner, G. G. (1995): Declining Fertility in East Germany After Reunification: A Demographic Response to Socioeconomic Change, *Population and Development Review* 21, 387-397.

Wolpin, K. I. (1984): An Estimable Dynamic Stochastic Model of Fertility and Child Mortality, *Journal of Political Economy* 92 (5), 852-874.

Wrohlich, K. (2007): Evaluating Family Policy Reforms Using Behavioral Microsimulations. The Example of Childcare and Income Tax Reforms in Germany, Dissertation an der Freien Universität Berlin.

## Literatur

Wrohlich, K. (2006): Labor Supply and Child Care Choices in a Rationed Child Care Market.

Wrohlich, K. (2004): Child Care Costs and Mothers' Labor Supply: An Empirical Analysis for Germany, *DIW Discussion Papers* 412, DIW Berlin.

ZEW; ifo; DIW (2008): Machbarkeitsstudie zur stufenweisen Evaluation des Gesamttabelleaus ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland, Mannheim, München, Berlin.

Ziefle, A. (2004): Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs: Eine empirische Analyse der kurz- und längerfristigen Folgen für den Karriereverlauf von Frauen, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56 (2), 213-231.